

ED 718-5-1

Band 5: Verband der Kriegsdienstverweigerer:
Mitteilungen, Rundschreiben und Proto-
kollle (1959 - 1969)

Institut für Zeitgeschichte ARCHIV	
Akz. 7842190	Best. ED 718/5
Rep. Braun	Kat.

Verband der kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

6050 Offenbach, den 16.1.1964
Waldstr. 99, Postfach 648

Rundschreiben M 1 - 1964

An den
Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

"Wir werden schon sehen, wer den längeren Atem hat!" - mit diesen Worten bezeichnete Laurie Prichett, Polizeichef der Stadt Albany, Georgia, USA, in diesen Tagen die Situation der zwölf Mitglieder des Quebec - Washington - Guantanamo-Friedensmarsches, die am 23. 12. festgenommen und im Albany-Geängnis inhaftiert wurden.

Ihr Verbrechen: sie hatten ein Verbot des Polizeichefs mißachtet, wonach sie auf ihrem Marsch durch die Stadt in den Randgebieten bleiben und das Hauptgeschäftszentrum nicht betreten sollten. Sie mißachteten dieses Verbot "vorsätzlich" und wurden verhaftet. Die Möglichkeit einer Freilassung gegen Kaution, die man ihnen einräumte, schlugen sie mit dem Hinweis aus, daß arme Leute die geforderten Summen oftmals nicht aufbringen könnten und daß sie nicht anders als diese behandelt werden wollten.

Die zwölf sitzen seitdem unter schwierigen Bedingungen und schlechten hygienischen Verhältnissen im Stadtgefängnis. Die Regel des Normalfalles, wonach nach zwei Tagen ein Haftprüfungstermin stattfindet, wurde bei ihnen nicht eingehalten; erst am 30. 12. sind Protokollaufnahmen gemacht worden, und der Beginn ihrer Verhandlung wurde für den 8. 1. in Aussicht gestellt.

Der "Marsch für den Frieden" mit zur Zeit 17 Teilnehmern begann am 26. Mai 1963 in Quebec, Kanada, und wird nach der amerikanischen Marinebasis Guantanamo auf Kuba führen. Durch diesen aufgrund des Kuba-Konflikts beschlossenen Marsch soll die Gefährlichkeit jeder Macht- und Rüstungspolitik den Menschen möglichst einprägsam nahegebracht werden. Die Marschierer sprechen überall auf der Route über Gewaltlosigkeit und versuchen, die Bevölkerung über die Möglichkeiten gewaltloser Methoden zur Konfliktlösung zu unterrichten und deren Verwirklichung zu fordern. Sie treten dafür ein, daß Kuba von sämtlichen sowjetischen und amerikanischen Streitkräften geräumt und militärisch neutral wird und fordern die Freizügigkeit des Aufenthalts für Kubaner und Amerikaner zwischen Kuba und den USA.

Bradford Lyttle, Koordinator des Marsches, hofft als Teilnehmer des San Franzisko - Moskau-Marsches 1960/61, bei dem im Zentrum zahlreicher Städte der Sowjetunion, an einem Radar-Stützpunkt der Roten Armee nahe Moskau und unter anderem vor dem polnischen Verteidigungsministerium Flugblätter verteilt wurden und demonstriert worden ist, daß der amerikanischen Bundesstaat Georgia - und später Florida sowie Kuba - doch noch gleiche Rechte gewähren werde.

Zu berücksichtigen ist allerdings auch, daß zu den Unannehmlichkeiten gegen die Marschierer wesentlich die Tatsache beiträgt, daß drei von ihnen Farbige sind. Im "Südstaat" Georgia ist es ja schließlich auch zur ersten Inhaftierung der Gruppe seit ihrem Marsch von Quebec aus gekommen. Zu dieser Schwierigkeit der Rassendiskriminierung wird in Flo-

rida, wohin die Marschierer demnächst kommen werden, noch hinzukommen, daß die dort zahlreich lebenden Exilkubaner bestimmt keine Förderer der Gewaltlosigkeitsbemühungen der Gruppe sind. -

Liebe Freunde, warum schreiben wir Ihnen das in einem Gruppenrunds schreiben? Ist es so wichtig?

Ja. Es ist "örtlich" wichtig: es betrifft uns, uns in Deutschland wie auch die einzelne VK-Gruppe, weil wir mit allen Friedensarbeitern auf der ganzen Welt in einem großen Kreis stehen, weil gerade die Friedensarbeit weltweiten Blick und das Loslösen von nationalen Begrenzungen bedingt, um dauerhafte Ergebnisse bringen zu können. - Und es ist "sachlich" wichtig, weil es morgen uns "Deutschen" in Hannover, Stuttgart und Hamburg, in Düsseldorf, Frankfurt und München genau so ergehen kann. Und weil wir dann froh und dankbar sein werden, wenn unsere Freunde in aller Welt uns zu Hilfe kommen!

In diesem Sinn sind wir zur Unterstützung unserer Freunde in Georgia aufgerufen - und das bedeutet: schreiben Sie Protestbriefe nach USA!

Wir empfehlen allerdings, daß keine Briefe von VK-Gruppen geschickt werden - vor "Vercinen" fallen die Scheuklappen der Angeschriebenen schneller -, sondern daß möglichst viele Einzelne als Privatpersonen Protestbriefe schicken (Luftpost!). Die infragekommenden Anschriften sind:

Chief of Police Laurie PRICHETT, City Hall, 246 Pine Ave.,
Albany, Georgia, USA
City Commissioner T. H. Mc Collum, City Hall, 246 Pine Ave.,
Albany, Georgia, USA
" " B. C. GABLE, 607 Pine Ave., Albany, Ga., USA
" " Allen F. DAVIS, 1815 Pineknoll Lane, Albany, --
Governor Carl E. SANDERS, State Capitol Bldg., Atlanta, Ga., USA
((- Gouverneur von Georgia))
Senator Richard RUSSEL, Senate Office Bldg., Washington DC, USA
" Herman TALMADGE, " " " " " "
Rep. J. L. PILCHER, House of Representatives, Washington DC, USA

Zur Zeit sind zwölf Teilnehmer des "Quebec - Washington - Guantansmo Walk for Peace" inhaftiert im Albany City Jail, Georgia, USA. Englische Briefe werden empfohlen, jedoch kann notfalls auch deutsch geschrieben werden.

Ich danke für Ihre Mitarbeit!

Mit besten Grüßen

Horst Maurer

Auslandsreferat

Dieses Rundschreiben geht Ihnen wieder mehrfach zu, so daß die Anschriften gleichzeitig mehreren Schreibern gegeben werden können.

Um zu sehen, ob und wie weit die Arbeit des Auslandsreferats besetzt wird und "ankommt", bitten wir, daß uns gelegentlich mitgeteilt wird, wie Sie auf dieses Rundschreiben reagiert haben - schicken Sie uns einfach eine Kopie Ihrer Protestbriefe!

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der 'War Resisters' International e.V.

695 Offenbach, 16. Januar 1964
Waldstr. 99, Postfach 648 Wa./Ha.

20.1.64

Rundschreiben V 2 - 1964

An die Verteiler I und II;
den Verteilern III und IV zur Kenntnisnahme

Betr.: Bundeskongreß 1964 in Hamburg

Liebe Freunde,

wir laden hiermit zum VK- Bundeskongreß 1964 am 2./3. Mai 1964
in Hamburg ein.

Wir halten uns an die früheren Beschlüsse des Bundesausschusses,
nach denen die Gruppen zu dem Kongreß für je angefangene 50 Mit-
glieder einen Delegierten entsenden können.

Für die Ermittlung der Delegiertenzahl wird das 4. Quartal 1963
zugrunde gelegt. Nach unseren Unterlagen haben wir die Delegierten-
zahl ermittelt, die Sie aus der beigefügten Aufstellung entnehmen
können.

Gruppen, die mit diesen Angaben nicht einig gehen, werden um
Reklamation bis spätestens 28. Februar 1964 gebeten. Später ein-
gehende Reklamationen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Anträge der Gruppen oder Einzelmitglieder an den Bundeskongreß
müssen der Verbandsgeschäftsstelle bis spätestens 1. April 1964
vorliegen. Anträge die später eingehen, können nur behandelt
werden, wenn sie auf dem Bundeskongreß die in der zu beschließen-
den Geschäftsordnung festgelegte Unterstützung einer gewissen
Anzahl von Delegierten erhalten.

Der Vorschlag des Bundesvorstandes für eine Tagesordnung ist bei-
gefügt. Wir bitten die Gruppen, nun die Wahl der Delegierten vor-
zunehmen und Ersatz- oder Gastdelegierte zu ernennen. Die bei-
gefügte Delegiertenmeldung bitten wir bis 1. April 1964 ebenfalls
an die Verbandsgeschäftsstelle zu geben, damit wir die Delegier-
tenunterlagen rechtzeitig zum Versand bringen können.

Die Delegiertenmeldungen sind auf blauem Papier abgezogen, die
Gastdelegiertenmeldungen auf rotem. Wir haben den Gruppen immer
1 - 3 Stück Delegiertenmeldungen mehr beigefügt als sie Delegier-
te entsenden, da es immer einmal vorkommt, daß eine Delegierten-
meldung verlorengeht. Selbstverständlich können nur so viele
Delegierte angemeldet werden, wie der Gruppe zustehen.

Wir schreiben den Bundeskongreß 1964 deshalb so rechtzeitig aus,
weil die gastgebende Gruppe - der Landesverband Hamburg - sehr
frühzeitig über die genaue Zahl der Kongreß-Teilnehmer infor-
miert sein muß, um die notwendigen Übernachtungsmöglichkeiten
bereitzustellen. Wir bitten deshalb, ebenfalls bis zum 1. April
1964 die Zimmerreservierung bei dem Landesverband Hamburg anzu-
melden. Für Hotel-Unterkünfte konnte bei den verhältnismäßig
teuren Preisen in Hamburg ein günstiger Pauschalpreis von DM 15.--
pro Bett (einschließlich Frühstück) ausgehandelt werden.

Wir möchten bei dieser Gelegenheit noch einmal darauf hinweisen, daß die Mitglieder des Bundesausschusses aufgrund ihrer Tätigkeit nicht gleichzeitig Delegierte beim Bundeskongreß sind. Wir hoffen jedoch, daß alle BA-Gruppen bei der Delegiertenwahl ihre BA-Vertreter berücksichtigen. Für die Anmeldung an den Bundesverband Hamburg weisen wir darauf hin, daß vor dem Bundeskongreß eine BA-Sitzung stattfindet, die am 1. Mai 1964, 15 Uhr beginnt. Für BA-Sitzungen, die im Zusammenhang mit Bundeskongressen veranstaltet werden, zahlt der Bundesvorstand keine Fahrtvergütungen. Wir bitten, dies zu beachten.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack

(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

Vorgeschlagene Tagesordnung für den VK-Bundeskongreß am
2./3. Mai 1964 in Hamburg

- 1.) Eröffnung des Bundeskongresses und Begrüßungsworte des Vorsitzenden der gastgebenden Gruppe und anwesender Persönlichkeiten
- 2.) Wahl der Kommissionen
 - a) Tagungspräsidium
 - b) Antragskommission
 - c) Mandatsprüfungskommission
- 3.) Beschlußfassung über die Geschäftsordnung
- 4.) Beschlußfassung über die Tagesordnung
- 5.) Arbeitsberichte des Vorstandes
 - a) Erläuterung des schriftlich vorliegenden Berichtes des Bundesvorstandes
 - b) Kassenbericht des Schatzmeisters
 - c) Bericht der Kassenprüfung
- 6.) Diskussion über die Berichte
- 7.) Entlastung
 - a) des Schatzmeisters
 - b) des gesamten Vorstandes
- 8.) Bericht der Mandatsprüfungskommission
- 9.) Beschlußfassung über Satzungsänderungsanträge (soweit welche vorliegen)
- 10.) Behandlung und Beschlußfassung über Anträge und Resolutionen
- 11.) Neuwahl
 - a) des Vorstandes
 - b) der Kassenprüfer
 - c) des Schiedsgerichtes
- 11.) Abschluß des Kongresses

In den Bundeskongreß eingeplant ist eine öffentliche Veranstaltung oder Kundgebung, die zur Zeit noch vorbereitet wird und über deren Inhalt und Verlauf noch keine Angaben gemacht werden können. Die Arbeitstagung des Bundeskongresses nach der oben vorgeschlagenen Tagesordnung wird am 2. Mai 1964 von 15 - 18.30 Uhr dauern und am 3. Mai 1964 von 9 - 14 Uhr fortgesetzt.

Aufstellung über die Gruppen-Delegierten zum Bundeskongress 1964

Aachen	1	Köln	5
Achern	1	Konstanz	1
Balingen	1	Krefeld	2
Bielefeld	4	Lemgo	1
Bochum	1	Leverkusen	2
Bremen	1	Lübeck	2
Castrup-Rauxel	1	Mainz	2
Darmstadt	1	Mannheim	6
Detmold	2	Mettmann	1
Dortmund	4	München	5
Düsseldorf	3	Nastätten	1
Duisburg	2	Neumünster	1
Erdan	1	Neuwied	1
Eßlingen	1	Northeim	1
Frankfurt	x 13	Offenbach	6
Freiburg	2	Opladen	1
Friedberg	1	Pfungstadt	1
Gelsenkirchen	1	Remscheid	3
Gütersloh	1	Rüsselshoim	1
Hamburg	26	Saar	2
Hannover	3	Siegerland	1
Herford	1	Singen	1
Hofheim	1	Solingen	4
Husum	1	Stuttgart	4
Iserlehn	2	Westharz	1
Itzehoe	1	Windischeschenbach	1
Kiel	3	Witten	1
Koblenz	1	Wuppertal	6

Darüber hinaus sind nach der WK-Satzung die Mitglieder des Bundesvorstandes Delegierte. Die Gruppenvertreter im Bundesausschuß sind keine Delegierten. Wir bitten die BA-Gruppen jedoch, nach Möglichkeit ihre BA-Vertreter zum Bundeskongress 1964 mit einem Delegiertenmandat zu betrauen.

x 13
x 13
x 26

ED 718-5-5

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

Termin: 1. April 1964

GAST - DELEGIERTENMELDUNG

zum VK-Bundeskongreß am 2./ 3. Mai 1964 in Hamburg

Ich nehme als Gast-Delegierter am Bundeskongreß 1964 teil:

Name: Vorname:

Adresse: Tel.:

Alter: Beruf:

Ich war bereits Gast-Delegierter folgender VK-Bundeskongresse:

(nur Jahreszahl angeben)///

Ich bin Gast-Delegierter folgender Gruppe:

.....
(Ort, Datum) (Unterschrift)

Diese Meldung bitte an die Verbandsgeschäftsstelle, 605 Offen-
bach, Postfach 648 senden.

An den
Verband der Kriegsdienstverweigerer
Landesverband Hamburg
2 Hamburg 36
Große Bleichen 23/27

Termin: 1.4.64

Ich habe heute meine Gast-Delegiertenanmeldung an die Verbands-
geschäftsstelle gegeben und bitte Sie, für die organisatorische
Vorbereitung folgendes vorzumerken:

Name: Vorname:

Adresse: Tel.:

Meine Anreise erfolgt am 1. Mai /2. Mai

Meine Abreise erfolgt am 3. Mai /4. Mai

Ich wünsche: Hotel mit Frühstück

einfache Unterkunft
(Jugendherberge o.ä.)

Privatquartier

Besondere Wünsche zum Nachtquartier (z.B. unbedingt Hotel-Ein-
zelzimmer)

.....

.....
Unterschrift

ED 718-5-6

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

605a Offenbach, den 16.1.1964
Waldstr. 95, Postfach 648

Rundschreiben N 1 - 1964

An den
Verteiler I, II, III und IV

20.1.64

Liebe Freunde,

"Wir werden schon sehen, wer den längeren Atem hat!" - mit diesen Worten bezeichnete Laurie Prichett, Polizeichef der Stadt Albany, Georgia, USA, in diesen Tagen die Situation der zwölf Mitglieder des Quebec - Washington - Guantnamo-Friedensmarsches, die am 23. 12. festgenommen und im Albany-Gefängnis inhaftiert wurden.

Ihr Verbrechen: sie hatten ein Verbot des Polizeichefs mißachtet, wonach sie auf ihrem Marsch durch die Stadt in den Randgebieten bleiben und das Hauptgeschäftszentrum nicht betreten sollten. Sie mißachteten dieses Verbot "vorsätzlich" und wurden verhaftet. Die Möglichkeit einer Freilassung gegen Kaution, die man ihnen einräumte, schlugen sie mit dem Hinweis aus, daß arme Leute die geforderten Summen oftmals nicht aufbringen könnten und daß sie nicht anders als diese behandelt werden wollten.

Die zwölf sitzen seitdem unter schwierigen Bedingungen und schlechten hygienischen Verhältnissen im Stadtgefängnis. Die Regel des Normalfalles, wonach nach zwei Tagen ein Haftprüfungstermin stattfindet, wurde bei ihnen nicht eingehalten; erst am 30. 12. sind Protokollaufnahmen gemacht worden, und der Beginn ihrer Verhandlung wurde für den 8. 1. in Aussicht gestellt.

Der "Marsch für den Frieden" mit zur Zeit 17 Teilnehmern begann am 26. Mai 1963 in Quebec, Kanada, und wird nach der amerikanischen Marinebasis Guantnamo auf Kuba führen. Durch diesen aufgrund des Kuba-Konflikts beschlossenen Marsch soll die Gefährlichkeit jeder Macht- und Rüstungspolitik den Menschen möglichst einprägsam nahegebracht werden. Die Marschierer sprechen überall auf der Route über Gewaltlosigkeit und versuchen, die Bevölkerung über die Möglichkeiten gewaltloser Methoden zur Konfliktlösung zu unterrichten und deren Verwirklichung zu fordern. Sie treten dafür ein, daß Kuba von sämtlichen sowjetischen und amerikanischen Streitkräften geräumt und militärisch neutral wird und fordern die Freizügigkeit des Aufenthalts für Kubaner und Amerikener zwischen Kuba und den USA.

Bradford Lyttle, Koordinator des Marsches, hofft als Teilnehmer des San-Franzisko - Moskau-Marsches 1960/61, bei dem im Zentrum zahlreicher Städte der Sowjetunion, an einem Radar-Stützpunkt der Roten Armee nahe Moskau und unter anderem vor dem polnischen Verteidigungsministerium Flugblätter verteilt wurden und demonstriert worden ist, daß der amerikanischen Bundesstaat Georgia - und später Florida sowie Kuba - doch noch gleiche Rechte gewähren werde.

Zu berücksichtigen ist allerdings auch, daß zu den Unannehmlichkeiten gegen die Marschierer wesentlich die Tatsache beiträgt, daß drei von ihnen Farbige sind. In "Südstaat" Georgia ist es ja schließlich auch zur ersten Inhaftierung der Gruppe seit ihrem Marsch von Quebec aus gekommen. Zu dieser Schwierigkeit der Rassendiskriminierung wird in Flo-

rida, wohin die Marschierer demnächst kommen werden, noch hinzukommen, daß die dort zahlreich lebenden Exilkubener bestimmt keine Förderer der Gewaltlosigkeitsbemühungen der Gruppe sind. -

Liebe Freunde, warum schreiben wir Ihnen das in einem Gruppenrunds schreiben? Ist es so wichtig?

Ja. Es ist "örtlich" wichtig: es betrifft uns, uns in Deutschland wie auch die einzelne VK-Gruppe, weil wir mit allen Friedensarbeitern auf der ganzen Welt in einem großen Kreis stehen, weil gerade die Friedensarbeit weltweiten Blick und das Loslösen von nationalen Begrenzungen bedingt, um dauerhafte Ergebnisse bringen zu können. - Und es ist "sächlich" wichtig, weil es morgen uns "Deutschen" in Hannover, Stuttgart und Hamburg, in Düsseldorf, Frankfurt und München genau so ergehen kann. Und weil wir dann froh und dankbar sein werden, wenn unsere Freunde in aller Welt uns zu Hilfe kommen!

In diesem Sinn sind wir zur Unterstützung unserer Freunde in Georgia aufgerufen - und das bedeutet: schreiben Sie Protestbriefe nach USA!

Wir empfehlen allerdings, daß keine Briefe von VK-Gruppen geschickt werden - vor "Vereinen" fallen die Scheuklappen der Angeschriebenen schneller -, sondern daß möglichst viele Einzelne als Privatpersonen Protestbriefe schicken (Luftpost!). Die infragekommenden Anschriften sind:

Chief of Police Laurie FRICHETT, City Hall, 246 Pine Ave.,
Albany, Georgia, USA
City Commissioner T. H. Mc Collum, City Hall, 246 Pine Ave.,
Albany, Georgia, USA
" " B. C. GABLE, 607 Pine Ave., Albany, Ga., USA
" " Allen F. DAVIS, 1815 Pineknoll Lane, Albany, -
Governor Carl E. SANDERS, State Capitol Bldg., Atlanta, Ga., USA
(= Gouverneur von Georgia)
Senator Richard RUSSEL, Senate Office Bldg., Washington DC, USA
" Herman TALMADGE, " " " " "
Rep. J. L. PILCHER, House of Representatives, Washington DC, USA

Zur Zeit sind zwölf Teilnehmer des "Quebec - Washington - Guantanamo Walk for Peace" inhaftiert im Albany City Jail, Georgia, USA. Englische Briefe werden empfohlen, jedoch kann notfalls auch deutsch geschrieben werden.

Ich danke für Ihre Mitarbeit!

Mit besten Grüßen

Horst Maurer

Auslandsreferat

Dieses Rundschreiben geht Ihnen wieder mehrfach zu, so daß die Anschriften gleichzeitig mehreren Schreibern gegeben werden können.

Um zu sehen, ob und wie weit die Arbeit des Auslandsreferats beachtet wird und "ankommt", bitten wir, daß uns gelegentlich mitgeteilt wird, wie Sie auf dieses Rundschreiben reagiert haben - schicken Sie uns einfach eine Kopie Ihrer Protestbriefe!

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 16. Januar 1964
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./Ha.

Rundschreiber V 1 - 1964

An die Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

die ersten Wochen des neuen Jahres sind vorüber und sowohl in den Gruppen als auch im Bundesvorstand sind die Kriegsdienstverweigerer wieder fleißig am arbeiten.

Wir nutzen die Gelegenheit des heutigen Rundschreibens, um Ihnen - vielleicht etwas verspätet - für die vielen Weihnachts- und Neujahrsglückwünsche, die an den Bundesvorstand und an die Verbandsgeschäftsstelle gerichtet waren, zu danken. Wir haben uns sehr gefreut, da wir feststellen konnten, daß die solide und aufbauende Arbeit der Verbandsspitze von den Gruppen und Mitgliedern anerkannt wird. Wir werden so weiter arbeiten und wenn der Schein nicht trügt, werden sich in diesem Jahr noch mehr als in den vergangenen durch die Entspannungsbemühungen der Großen die ersten Früchte zeigen, die zu einem Teil auch unserer jahrelangen Kleinarbeit für den Frieden zu verdanken sind.

Nun zum Organisatorischen.

- 1) Unser Bundesvorstandsmitglied, Rechtsanwalt Heinrich Hannover, hat einen "Gegenentwurf zum Notstandsverfassungsgesetz" verfasst. Dieser Gegenentwurf wurde vom Bundesvorstand in gedruckter Form herausgebracht und ist in einem Exemplar beigefügt. Wir bitten Sie, mit dazu beizutragen, daß dieser Gegenentwurf eine starke Verbreitung findet und bitten um Bestellungen an die Verbandsgeschäftsstelle. Von der Verbandsgeschäftsstelle wurden bereits ca. 1000 Exemplare an Presse, Bundestagsabgeordnete und weitere prominente Persönlichkeiten verschickt.
- 2) Unser Freund Karl-Heinz Stahnke hat auch über den Ostermarsch 1963 wieder eine Presse-Analyse zusammengestellt. Wir fügen ein Exemplar bei. Weitere können gegen eine Stückgebühr von DM 1.-- bei der Verbandsgeschäftsstelle bezogen werden.
- 3) Im Ostermarsch-Artikeldienst sind "Betrachtungen über die internationale Friedensbewegung" von F.C. Hunnius erschienen. Es handelt sich hierbei um ein Referat, das Hunnius anlässlich der 11. Dreijahreskonferenz der WRI in Stavanger gehalten hat. Wir empfehlen diesen Artikeldienst zur Lektüre und würden es sehr begrüßen, wenn er in den Gruppenvorständen diskutiert werden könnte. (Der Artikeldienst geht nur an die Verteiler I, II und IV).
- 4) Der Zeitschrift "Vorgänge", herausgegeben von der Humanistischen Union entnehmen wir, daß ab 1.6.1964 eine neue Postordnung in Kraft treten soll, nach der Sendungen mit Vermerken politischen Inhalts auf der Aufschriftseite von der Postbeförderung ausgeschlossen werden. Wie der Bundesvorstand, haben viele Gruppen auf ihren Briefumschlägen derartige politische Texte aufgedruckt, sodaß es nach dem 1.6. bei der Postbeförderung Schwierigkeiten geben könnte.

- ✓ 5) Wir bitten, das beigefügte Rundschreiben M 1 - 1964 unseres
Auslandsreferenten, Horst Maurer, zur Kenntnis zu nehmen und
auszuwerten.
- 6) Der Verbandsgeschäftsführer, Klaus Vack, wird vom 19.1. bis
16.2.1964 in Erholung sein. Da Frl. Don vom 19.1. - 2.2.1964
in Urlaub ist, wird in diesen 14 Tagen die Verbandsgeschäfts-
stelle geschlossen sein. Wir bitten, dies zu beachten.

Das wäre für heute alles.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack

(Klaus Vack)
Verbandsgeschäftsführer

ED 718-5-8

An den

Verband der Kriegsdienstverweigerer
Verbandsgeschäftsstelle

605 Offenbach 4
Postfach 648

Bestellzettel

- 1) "Gegentwurf zum Notstandsverfassungsgesetz" DM.....
von Rechtsanwalt Heinrich Hannover (16 S.)
bis 20 Stück DM -.50; bei größeren Abnahmen
DM -.30
- 2) "Zur Frage einer Notstandsverfassung" DM.....
von Rechtsanwalt Heinrich Hannover (24 S.)
bis 20 Stück DM -.50; bei größeren Abnahmen
DM -.30
- 3) "Zum Entwurf eines Gesetzes über den Zivil- DM.....
dienst im Verteidigungsfall" (Zivildienst-
gesetz) von Rechtsanwalt Heinrich Hannover
(16 S.) bis 20 Stück DM -.35; bei größeren
Abnahmen DM -.25
- 4) Ostermarsch-Presse-Analyse 1963 DM 1.-- DM.....
- 5) "Bedingungen des Friedens" DM.....
20 Stück DM 1.50
- 6) Werbe-ZIVIL 1963 DM.....
50 Stück DM 5.-- (portofrei)
- 7) OM-Kalender 1964 DM.....
DM 4.50 das Stück
- 8) "Wer wird als Kriegsdienstverweigerer aner- DM.....
kannt?" (50 Seiten). Für VK-Gruppen und Mit-
glieder DM 3.-- (4.80)
- 9) "Warum wir den Kriegsdienst verweigern" DM.....
Keller/Tempel - bis 20 Stück DM -.50; bei
größeren Abnahmen DM -.35
- 10) "Kriegsdienstverweigerung und Dienst an der DM.....
Gemeinschaft" Hannover /Dr. Ude bis 20 Stück
DM -.30; bei größeren Abnahmen DM -.20
- 11) Merkblatt für Kriegsdienstverweigerer DM.....
"Was wir sind - was wir wollen" (14 S.)
mit VK-Satzung bis 20 Stück DM -.20; bei
größeren Abnahmen DM -.10
- 12) Flugblatt "Aktion 4/3" DM 25.-- für 1000 Stück DM.....
- 13) Handzettel mit verschiedenen Karikaturen DM.....
1000 Stück DM 3.50

Das Material ist zu liefern an:
.....

Archiv

Institut für

ED 718-5-9

VERBAND DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER
in der War Resisters' International
- Gruppe Stuttgart -

Stuttgart, den 6. Februar 1964
Schloßstraße 50/I 8.2.64
Postcheckkonto: Stgt. 54 220

An alle Mitglieder der VK-Gruppe Stuttgart

Betr.: Einberufung der Jahreshauptversammlung

Liebe Freunde!

Wie bisher alljährlich, ist auch diesmal vorgesehen, die Jahreshauptversammlung auf einen möglichst frühen Zeitpunkt zu Beginn des neuen Jahres zu legen. Da der diesjährige Bundeskongreß auf Anfang Mai festgesetzt worden ist, soll die Jahreshauptversammlung rechtzeitig vor diesem Termin stattfinden.

Gemäß § 12, Abs. III unserer Verbandssatzung laden wir daher alle Mitglieder der Gruppe Stuttgart zur ordentlichen Jahreshauptversammlung auf

Donnerstag, den 20. Februar 1964, 19.30 Uhr

im Hotel Sautter, Stuttgart-W., Johannesstr. 28

ein.

T a g e s o r d n u n g:

1. Begrüßung durch den Gruppenvorsitzenden
2. Wahl der Versammlungskommission
- 3a Verlesung des Protokolls der letzten Jahreshauptversammlung
- 3b Tätigkeitsbericht des Vorstandes
4. Kassenbericht
5. Revisionsbericht
6. Diskussion über die Berichte
7. Entlastung des Gruppenvorstandes
8. Anträge
9. Vorschläge für die Gruppenarbeit im Geschäftsjahr 1964
10. Neuwahl des Gruppenvorstandes, vor allem des 1. und des 2. Vorsitzenden, des Kassiers, des Schriftführers und der Referenten
11. Neuwahl der Delegierten für den Bundeskongreß und den Bundesausschuß.
12. Verschiedenes.

Schriftliche Anträge an die Jahreshauptversammlung sind bis spätestens Dienstag, den 18. Februar 1964, bei der Geschäftsstelle einzureichen.

Wir bitten alle Mitglieder, zur Jahreshauptversammlung unbedingt ihre Mitgliedsausweise mitzubringen.

Da auf der Jahreshauptversammlung neben der Neuwahl des Vorstandes auch die Wahl der Delegierten für den Bundeskongreß, welcher am 2. und 3. Mai 1964 in Hamburg stattfinden soll, sowie der Delegierten für den Bundesausschuß erfolgt, bitten wir unsere Mitglieder, möglichst vollzählig zu erscheinen.

Mit freundlichen Grüßen

VERBAND DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER e.V.
- Gruppe Stuttgart -

(gez.) Joachim Loß

1. Vorsitzender

ED 718-5-10

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

6050 Offenbach, den 19.2.1964
Waldstr. 99, Postfach 648

20.2.64

Rundschreiben V 3 - 1964

An die Verteiler I, II, III

Liebe Freunde,

in den letzten Wochen haben Sie wenig von der Verbandsgeschäftsstelle gehört und mußten feststellen, daß ein Teil Ihrer Anfragen nicht wunschgemäß bearbeitet und beantwortet werden konnten.

Wir möchten Sie deshalb heute davon in Kenntnis setzen, daß sich unser Verbandsgeschäftsführer, Klaus Vack, sehr plötzlich einer Operation unterziehen mußte. Er wird heute aus dem Krankenhaus entlassen und wird sicher noch 2 bis 3 Wochen arbeitsunfähig sein.

Durch die Erkrankung von Klaus Vack ist auch die Verbandszeitschrift ZIVIL in diesem Monat sehr verspätet fertig gestellt worden. ZIVIL ging gestern aus der Druckerei und wird nun hoffentlich durch die Post zügig zugestellt.

Wir möchten noch einmal ausführlich auf die Schrift "Gegenentwurf zum Notstandsverfassungsgesetz" hinweisen, die unser Bundesvorstandsmitglied Rechtsanwalt Heinrich Hannover veröffentlicht hat. Wir können heute bereits feststellen, daß sich diese Schrift eines sehr positiven Echos erfreut und bitten unsere Gruppen, in ihrem Bereich alles zur Verbreitung des Gegenentwurfes zu tun.

Wir fügen einen Bestellzettel über das bei der Verbandsgeschäftsstelle vorrätige Material bei und bitten, hiervon Gebrauch zu machen.

Mit freundlichen Grüßen!
i.A.:

Annelie Don

(Annelie Don)

6050 Offenbach - 4
Icstfach 648

Bestellzettel
= = = = =

- 1) "Gegenentwurf zum Notstandsverfassungsgesetz" DM
von Rechtsanwalt Heinrich Hannover (16 S.)
bis 20 Stück DM -.50; bei größeren Abnahmen
DM -.30
- 2) "Zur Frage einer Notstandsverfassung" DM
von Rechtsanwalt Heinrich Hannover (24 S.)
bis 20 Stück DM -.50; bei größeren Abnahmen
DM -.30
- 3) "Zum Entwurf eines Gesetzes über den Zivil-
dienst im Verteidigungsfall" (Zivildienst-
gesetz) von Rechtsanwalt Heinrich Hannover
(16 S.) bis 20 Stück DM -.35; bei größeren
Abnahmen DM -.25
- 4) Ostermarsch-Presseanalyse 1963 DM 1,-- DM
- 5) "Bedingungen des Friedens" DM
- 20 Stück DM 1.50
- 6) Werbe-ZIVIL 1963 DM
- 50 Stück DM 5,-- (portofrei)
- 7) OM-Kalender 1964 DM
- DM 4.50 das Stück
- 8) "Wer wird als Kriegsdienstverweigerer aner-
kannt?" (50 S.). Für VK-Gruppen und Mit-
glieder DM 3,-- (4.80) DM
- 9) "Warum wir den Kriegsdienst verweigern"
Keller/Tempel - bis 20 Stück DM -.50; bei
größeren Abnahmen DM -.35 DM
- 10) "Kriegsdienstverweigerung und Dienst an der
Gemeinschaft" Hannover/Dr. Ude - bis 20
Stück DM -.30; bei größeren Abnahmen DM -.20 DM
- 11) Merkblatt für Kriegsdienstverweigerer
"Was wir sind - was wir wollen" (14 S.)
bis 20 Stück DM -.20; bei größeren Abnahmen
DM -.10 DM
- 12) Flugblatt "Aktion 4/3" DM -.25 für 1000 St. DM
- 13) Handzettel mit verschiedenen Karikaturen DM
- 1000 Stück DM 3.50

Das Material ist zu liefern an:

.....
.....

.....
(Unterschrift)

ED 718 - 5 - 12

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

6050 Offenbach, den 27.2.1964
Waldstr. 99, Postfach 648

28.2.64

Rundschreiben R 1 - 1964

An die Verteiler I, II und III

Liebe Freunde,

obwohl die Aktion zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" schon weit zurückliegt, scheint es mir angebracht, neben den Berichten, die in ZIVIL veröffentlicht wurden, eine kleine Analyse der Presseberichte, unter Auswertung aller größeren Tageszeitungen, vorzunehmen.

Zunächst einmal unabhängig der einzelnen Meldungen (diese hängen ja größtenteils von uns selber ab) will ich dabei versuchen aufzuzeigen, welche publizistische Erfolge durch aktive Aktionen unseres Verbandes möglich sind.

Ich hoffe, damit beitragen zu können, daß das Selbstvertrauen unserer Gruppen gestärkt wird und hinsichtlich der Aktionen zur Notstandsgesetzgebung neue Impulse verliehen werden.

Die Dokumentationsabteilung unseres Verbandes bemüht sich, alle Pressemeldungen zu sammeln. Es sei deshalb in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß alle Pressemeldungen - besonders aus lokalen Zeitungen - unter Quellenangabe an Karl-Heinz Stahnke, 2070 Ahrensburg 1, Bogenstr. 14, gesandt werden sollten.

- A. Fast sämtliche Tageszeitungen aus der lokalen Sicht haben über die erwähnte Aktion berichtet. Meistens waren es dpa oder Gruppenmeldungen unseres Verbandes. Die Meldungen umfaßten sowohl die Aktionen der Gruppen in der Bundesrepublik als auch die Aktion in Ostberlin. Beispiel: (das sehr wahrscheinlich einen Durchschnitt darstellt!) Von 12 lokalen Zeitungen aus dem Raum Stuttgart berichteten insgesamt 9 davon. 6 Zeitungen veröffentlichten dazu Bilder.
- B. Die Berichte waren - abgesehen von etwas abwertenden Überschriften - objektiv. Sie stützten sich dabei vor allem auf die Presse-Erklärungen unseres Verbandes. Auszüge wurde besonders bei Bildunterschriften verwendet. Das Hauptgewicht lag auf der Ostberlin-Aktion. Die Überschriften zu der Berlin-Aktion lagen alle in der gleichen Richtung: "Kriegsdienstverweigerer in Ostberlin enttäuscht" - "Kriegsdienstverweigerer durften in Ostberlin nicht demonstrieren" - "Kriegsdienstverweigerer lernen in Ostberlin" - "Hoffnung zerschlagen".
- C. Von Zeitungs-Ausschnitt-Dienst sind von großen Tageszeitungen insgesamt 41 Ausschnitte zugegangen. - Dabei sind kleinere Zeitungen natürlich nicht berücksichtigt. Etwa 2/3 sind Meldungen der Ostberlin-Aktion und 1/3 sind Meldungen der Gruppenaktionen. Etwa 20 Zeitungen davon brachten Bilder. Die durchschnittlichen Berichte umfaßten so gegen 20 Zeilen.
- D. Die Gesamttenenz läßt ein Bemühen um Objektivität erkennen. Aus diesem Grund ist meist auch auf jegliche Kommentierung verzichtet worden. Ausnahmen bilden vor allem verschiedene Berliner Boulevard- und Abendzeitungen.

Mit freundlichen Grüßen!
gez. Alfred Riedel

ED 718-5-13

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

6050 Offenbach, den 27.2.1964
Waldstr. 99, Postfach 648

28.2.64

Rundschreiben M 2 - 1964
An den Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

Noch einmal komme ich auf den Quebec - Guantanamo-Marsch zu sprechen. Mein Rundschreiben M 1-64 vom 16. Januar ist nach den mir zugegangenen Informationen lediglich in München, Dortmund und Hannover nicht nur gelesen, sondern auch beachtet worden: von dort aus haben zahlreiche Freunde den Friedensmarschierern in den amerikanischen Südstaaten mit Protestschreiben und Unterstützungsaktionen geholfen. Ich danke für diese Aktivität -

! aber ich bitte heute um noch größere und intensivere Anstren- !
! gung unserer Mitglieder und Gruppen für unsere Freunde, die !
! zur Zeit im amerikanischen Südstaat Georgia, in der Stadt !
! Albany, nahezu tödliche Strapazen aushalten müssen. !

Inzwischen ist die Unterstützung auch durch ausländische Freunde aus aller Welt noch viel dringender geworden, da die Lage in Albany sich noch weiter zugespitzt hat und sich ständig verschlechtert.

Wir haben heute einen Pressedienst in dieser Sache veröffentlicht, von dem wir Ihnen ein Exemplar beifügen. Daraus können Sie Näheres entnehmen; Sie werden erkennen, daß die Sache dramatisch wird.

A. J. Muste, Vorsitzender des amerikanischen "Committee for Non-Violent Action" ("Komitee für Gewaltlose Aktion") und Bayard Rustin, Vorsitzender der amerikanischen WRI-Sektion und Mitglied des WRI-Rates, halten sich in Albany auf und versuchen, zwischen den Marschierern und den städtischen Behörden zu vermitteln. Am 21. 2. erhielt WRI London von Muste und Rustin folgenden - vorläufig letzten - Bericht (auszugsweise):

"Wir hatten gehofft, daß sich ein Übereinkommen erzielen lassen würde. Jetzt haben die städtischen Behördenvertreter einen zuletzt besprochenen Kompromiß verworfen. Die Situation ist noch kritischer geworden.

+++ Es besteht sehr große Wahrscheinlichkeit, daß einer der +++
+++ Marschteilnehmer aufgrund seines Fastens sterben wird. +++

Acht Marschierer haben mit Ausnahme von 10 Tagen die ganze Zeit seit ihrer Ankunft gefastet, und die Haftverhältnisse sind schlecht. Eine gewöhnliche Erkältung könnte für einige von ihnen den Tod bedeuten. Die städtischen Behörden in Albany sind überhaupt nicht zu Verhandlungen bereit und scheinen den Ernst der Lage nicht zu erkennen. Es gibt eine ganze Anzahl von (weißen) Gemäßigten in der Gemeinde, besonders Minister, so daß Druck von außen möglicherweise helfen wird. Es hängt von nur einer Stimme ab, ob die Entscheidung des Gemeinderats rückgängig gemacht wird. Das WRI-Mitglied John Papworth und einige kanadische Anhänger sind im Gefängnis, weil sie sich weigerten, das Polizeirevier zu verlassen, solange die Marschierer nicht freigelassen seien ..."

Liebe Freunde, es ist dringend erforderlich, daß wir für unsere Freunde in den USA noch mehr tun:

- 1) Auf jeden Fall sollten möglichst viele Freunde Privatbriefe schreiben, mit denen gegen die diskriminierende Behandlung der Teilnehmer des "Quebec - Washington - Guantanamo Walk for Peace" protestiert wird. Die Anschriften hierfür stehen im Rundschreiben M 1-64 vom 16. 1. 64, dazu kommt noch die Adresse des Bürgermeisters von Albany:
Mayor Pro Tem Burford COLLINS, City Hall, Albany, Georgia, USA
- 2) Noch wirkungsvoller können Telegramme sein (besonders an Bürgermeister Collins, möglicherweise auch an US-Präsident Johnson), die evtl. von den VK-Gruppen bezahlt werden, als Absender aber Privatleute nennen sollten.
- 3) Geben Sie den Organisatoren des Marsches, dem "Committee for Non-Violent Action", Solidaritätsschreiben, und zwar an:
CNVA, 2nd Floor, 514 Mercer, Albany, Georgia, USA
- 4) Überbringen Sie private oder Gruppen-Protestbriefe Ihrem US-Konsulat. Versuchen Sie, dabei mit Verantwortlichen in ein Gespräch zu kommen.
- 5) Machen Sie mit einer Mahnwache oder kurzen Demonstrationen Ihrer Gruppe, besonders in Verbindung mit der Briefe-Übergabe, die Öffentlichkeit auf die Situation aufmerksam; informieren Sie Ihre örtliche Presse, auch mit Hinweis auf den zentral vom VK-Büro (Verbandsgeschäftsstelle) verschickten Pressedienst.

Ein dringender Hilfe-Appell der WRI London an alle Sektionen vom 21. Februar schließt mit den Worten

"Bitte handelt sofort. Die Lage ist sehr ernst. Der Marsch ist eine der bedeutendsten internationalen Aktionen seit länger Zeit und verdient Unterstützung aus aller Welt."

Dem habe ich nichts hinzuzufügen - im Namen unserer amerikanischen Freunde danke ich Ihnen für Ihre Aktivität!

Mit den besten Grüßen

Horst Maurer

Auslandsreferat

Anlage
Pressedienst von heute

ED 718-5-14

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der Esr Resisters' International e.V.

5050 Offenbach, den 28.2.1964
Waldstr. 99, Postfach 648

29.2.64

Rundschreiben M 2 a - 1964

An den Verteiler I (je 1 mal) und II (je 2 mal)

Liebe Freunde,

unser Rundschreiben M 2 von gestern über die Lage der Teilnehmer des Quebec-Guantanamo-Marsches im US-Staat Albany war gerade zur Post ~~geschickt~~ ^{gelesen} worden, als aus London die Nachricht eintraf, daß die Marschierer aus der Haft entlassen worden sind und der Marsch fortgesetzt werden kann.

URI London schrieb am 24.2.:

"Die Quebec-Guantanamo-Marschierer sind am Samstag, ~~am~~ 22.2.1964, aus dem Gefängnis ~~des~~ Albany entlassen worden. Diese Mitteilung erhielt Peace News London am 24.2.1964 von Bayard Rustin. Sie wurden bedingt freigesprochen (probation), und 5 von Ihnen sollen heute ab 9.00 Uhr früh auf einer Route ihrer eigenen Wahl durch die Stadt demonstrieren dürfen. Die Marschierer dürfen auf der Strecke, die ihnen von der Polizei vorgeschlagen worden ist, Flugblätter verteilen. Am Samstag demonstrierten 100 Neger mit 5 der Marschierer 2 Stunden lang vor dem Rathaus. Es gab keine Verhaftungen.

... Die Marschierer haben gefastet, weil sie die Meinung vertraten, daß sie ein verfassungsmäßiges Recht haben, durch die Hauptstrassen und das Geschäftsviertel von Albany demonstrieren zu dürfen und Flugblätter zu verteilen. Augenscheinlich wurden von beiden Seiten Kompromisse gemacht. Die Marschierer haben für das von ihnen vertretene Prinzip Anerkennung erhalten. Weitere ~~Aktionen~~ ^{Kontrollen} scheinen nicht erforderlich, es sei denn, daß die Marschierer auf ihrem weiteren Weg durch die südl. Staaten erneut Schwierigkeiten haben. John Papworth, ein englischer Anhänger der Aktion, soll heute wegen nicht Befolgung einer polizeilichen Anordnung vor Gericht erscheinen."

Natürlich sind wir ^{aber} an dieser Entwicklung erfreut und bitten, alle Aktionen zunächst zurückzustellen. Leider muß befürchtet werden, daß die Marschierer auf ihrem weiteren Weg bis zu dem amerikanischen Stützpunkt Guantanamo auf Kuba noch erhebliche Schwierigkeiten haben werden, sowohl auf Seiten der Behörden wie auch der Bevölkerung. Es ist bereits vor ihrer Inhaftierung vorgekommen, daß die Marschierer von der Bevölkerung nicht nur angepöbelt, beschimpft und bespuckt worden sind, sondern, daß auch versucht wurde, sie tödlich anzugreifen, und auch die Anwesenheit ~~mehrerer~~ ^{von} Hackenschützen war bereits festgestellt worden. Die in den Südstaaten geduldete Aktivität des Ku-Klux-Klan darf ebenfalls nicht unterschätzt werden. Großer Zündstoff liegt noch wie vor darin, daß auch Farbige an dem Marsch teilnehmen; dazu werden besonders in Florida Angriffe von Exilkubanern kommen.

Wir ~~hoffen~~ ^{hoffen}, daß der Marsch trotzdem jetzt gut zu Ende geführt werden kann.

Mit freundlichen Grüßen,
gez. Horst Maurer

ED 718-5-15

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' Internation e.V.

605 Offenbach, 16. März 1964
Waldstr. 99, Postfach 648

Rundschreiben V 4 - 1964

17.3.64

An die Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

es sind wieder einige Dinge angefallen und wir müssen Sie deshalb wieder mit einem Rundschreiben belästigen. Besonders wichtig ist der eingerahmte Hinweis "Ostermarsch-Betrachtungen". Nun zu den anderen Dingen.

- 1) Mit Rundschreiben V 2 - 1964 haben wir den Bundeskongress, der am 2./3. Mai 1964 in Hamburg stattfindet, ausgeschrieben. Wir möchten Sie heute noch einmal daran erinnern, daß Anträge sowie die Meldung der Delegierten und Gast-Delegierten der Verbandsgeschäftsstelle bis spätestens 1. April 1964 vorliegen müssen. Desgleichen die Unterkunfts-meldungen, wobei wir auf Wunsch des LV Hamburg darauf hinweisen, daß dieser Termin bereits reichlich spät ist und man dort möglichst früh einen genauen Überblick haben möchte, wieviel Quartiere der verschiedensten Arten reserviert werden müssen.
- 2) Dr. Th. Michaltschew hat im Verlag der Friedensrundschau eine Luftschutz-Broschüre "Verschwiegene Tatsachen" herausgebracht. Die Broschüre kostet DM 1.-- und kann beim Verlag "Die Friedensrundschau", Hamburg 13, Bornstr. 6 bestellt werden.
- 3) Eine Schrift "Der gewaltlose Weg zum Recht - Brief aus dem Gefängnis von Birmingham" von Martin Luther King kann bei der

OSTERMARSCH - Betrachtungen

Herausgegeben von Robert Jenke in einem nicht existenten Brückenbauer-Verlag, Köln-Riehl, heißt eine Schrift, die in diesen Tagen in ungezählten Exemplaren verteilt und verschickt wird. Alle Ostermarsch-Unterzeichner, Stellen von SPD, DGB und anderen Organisationen erhalten dieses Pamphlet kostenlos zugesandt. Dort wird von jeder Seite Kalter-Krieg-rechts "nachgewiesen", daß die Kampagne für Abrüstung der oft zitierten Unabhängigkeit entbehre. Die einzigen unabhängigen Kräfte dürften nach Lektüre der Ostermarschbetrachtungen die VK-Vertreter sein, die allerdings von Politik keine Ahnung hätten und deshalb schändlichst mißbraucht würden.

Der Bundesvorstand sah sich veranlaßt, deshalb eine Sonderausgabe von "Zivil" vorzubereiten, die evtl. morgen in Druck gegeben wird. Diese "Zivil"-Sondernummer geht jedoch den Mitgliedern nicht zu. Sie wird vorwiegend in Ostermarschkreisen zur Verteilung gebracht. Wir bieten unseren VK-Gruppen die Sondernummer zum Preis von DM 22,- je 100 Stück an und bitten um Bestellungen zur Verteilung an die örtlichen Mitglieder und an wichtige Außenstehende.

Verbandsgeschäftsstelle zum Stückpreis von DM 0,30 bestellt werden.

4) Das hessische Fernsehen sendet in seinem Programm am 23.4.64 von 18.15 - 18.40 Uhr eine Sendung über "Kriegsdienstverweigerung und Ersatzdienst". An dieser Sendung haben unser Bundesvorsitzender, die VK-Gruppe Frankfurt und verschiedene Mitglieder unseres Verbandes aktiv mitgewirkt. Fernsehgerät-Besitzer, die die Möglichkeit haben, das hessische Fernsehen zu empfangen, sollten sich diese Sendung anschauen.

5) Wir weisen noch einmal darauf hin, daß in der Verbandsgeschäftsstelle von früheren Nummern ZIVIL Werbeexemplare zur Verfügung stehen. Wir bieten unseren Gruppen 50 Stück hiervon zum Preis von DM 5.-- (portofreie Zusendung) an. Gruppen, die demnächst irgendwelche Werbeveranstaltungen planen, sollten von diesem Angebot Gebrauch machen.

Das wäre für heute alles.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr
gez.: Klaus Vack
Verbandsgeschäftsführer

An den
Verband der Kriegsdienstverweigerer
Verbandsgeschäftsstelle

605 Offenbach 4
Postfach 648

B e s t e l l z e t t e l

- 1) ZIVIL-Sondernummer 100 Stück DM 22.-- DM
- 2) Werbe-ZIVIL 1963 50 Stück DM 5.-- DM
- 3) Ostermarsch-Presseanalyse 1963 DM 1.-- DM
- 4) "Gegenentwurf zum Notstandsverfassungsgesetz" von Heinrich Hannover (16 Seiten) bis 20 Stück DM 0,50; bei größeren Abnahmen DM 0,30 DM
- 5) "Zur Frage einer Notstandsverfassung" von Heinrich Hannover (24 Seiten) bis 20 Stück DM 0,50; bei größeren Abnahmen DM 0,30 DM
- 6) "Zum Entwurf eines Gesetzes über den Zivildienst im Verteidigungsfall (Zivildienstgesetz) von Heinrich Hannover (16 Seiten) bis 20 Stück DM 0,35; bei größeren Abnahmen DM 0,25 DM

Das Material ist zu liefern an:

.....

.....

Datum

Unterschrift

ED 718-5-18

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 20. März 1964
Waldstr. 99, Postfach 648 - Va/Ha

Rundschreiben

23.3.64

an die Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

mit dem Rundschreiben V 4 - 1964 haben wir Sie auf die Sonderausgabe unserer Verbandszeitschrift ZIVIL aufmerksam gemacht, die der Bundesvorstand im Hinblick auf die Angriffe gegenüber der Kampagne für Abrüstung und insbesondere auf die Broschüre des Herrn Robert Jenke, 'Ostermarsch-Betrachtungen', geplant hatte.

Die Sonderausgabe ist inzwischen fertig geworden und wir konnten sie bereits in großer Anzahl an viele unserer VK-Gruppen senden, die ihre Bestellung unverzüglich auf das Rundschreiben V 4 - 64 der Verbandsgeschäftsstelle mitgeteilt haben.

Wir fügen diesem heutigen Rundschreiben ein Exemplar der Sonderausgabe von ZIVIL bei und bitten alle Gruppen, da sie ja nun über konkretes Anschauungsmaterial verfügen, zu überprüfen, ob sie noch eine Bestellung der Sondernummer an den Bundesvorstand geben können. Der Preis beläuft sich auf DM 20.-- je 100 Stück.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

An den
Verband der Kriegsdienstverweigerer
Verbandsgeschäftsstelle
605 Offenbach 4
Postfach 648

Die VK-Gruppe ----- bestellt zur sofortigen Lieferung
----- Exemplare der Sondernummer von ZIVIL zum Preis von
DM 20.-- je 100 Stück. Das Material ist zu liefern an:

genaue Anschrift

Datum

Unterschrift

605c Offenbach, den 6. April 1964
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./An

7. 4. 64

Rundschreiben V 4 - 1964

An den Verteiler I und II

Liebe Freunde,

wir müssen Ihnen heute wieder ein Rundschreiben schicken und Sie von verschiedenen, teilweise wichtigen Dingen in Kenntnis setzen. Lesen und bearbeiten Sie dieses Rundschreiben recht bald und beachten Sie besonders unseren Hinweis zum Bundeskongress.

1. Mit Rundschreiben V 2 - 1964 haben wir den Bundeskongress 1964, der am 2./3. Mai in Hamburg stattfindet, ausgeschrieben. Wir möchten Sie an diesen Termin erinnern und besonders alle Gruppen, die bisher ihre Delegierten- und Gastdelegierten-Meldungen sowie die Quartiersmeldungen nicht abgegeben haben, bitten, dies unverzüglich nachzuholen.

Die Unterkunftsfrage während des Bundeskongresses läßt sich von unseren Hamburger Freunden nur sehr schwer lösen. Es ist deshalb umso notwendiger, daß man in Hamburg bis spätestens 12. April 1964 genau weiß, mit wieviel Delegierten zu rechnen ist.

Sämtliche Delegierten und Gastdelegierten erhalten eine Delegationsmappe mit ausreichend Unterlagen für den Kongress. Die Delegiertenmappen werden den gemeldeten Delegierten bis 15.4. direkt zugesandt. Gruppen, die keine Delegierten für den Kongress gemeldet haben, erhalten zur Information lediglich eine Delegiertenmappe an die Gruppenanschrift.

Der Bundeskongress findet im Gewerkschaftshaus in Hamburg statt. Er wird am 2. Mai 1964, 14.30 Uhr eröffnet. Neben der allgemeinen Tagesordnung wird im Mittelpunkt des Kongresses ein Referat von Wilhelm Klier stehen mit dem Thema: "Sicherheit des Weltfriedens ohne Gewalt?".

Am Samstagabend findet eine öffentliche Forumdiskussion mit prominenten Befürwortern und Gegnern der Kriegsdienstverweigerung statt, unter dem Thema: "Kriegsdienstverweigerer - Schwärmer oder Realisten".

2. Sie finden beigelegt eine Adressenliste, in der alle Zeitungen aufgeführt sind, die regelmäßig unseren VK-Pressedienst erhalten. Prüfen Sie bitte, ob alle entscheidenden regionalen Zeitungen Ihres Gebietes in der Liste aufgeführt sind und teilen Sie uns die Adressen der Zeitungen mit, die nicht aufgeführt sind, aber regelmäßig den Pressedienst erhalten sollten.

3. Für die Fahrt nach Hamburg und für künftige Autokorsen bietet die VK-Gruppe Düsseldorf den Autofahrern an:

- 1) Autoplaketten "Mein Automobil bleibt zivil" Stk. 1,--
- 2) Plakate 50 x 50 cm "Mein Automobil bleibt zivil" Einzelabnahme bis 5 Stück Stk. 1,--

Mengenabnahme 5 bis 10 Stück Stck. M -,50
Mengenabnahme bei mehr als 10 Stück Stck. M -,30

Bei den Plakaten und Plaketten ist in der Mitte das VK-Abzeichen blau eingedruckt. Bestellungen sind zu richten an VK-Gruppe Düsseldorf, 4000 Düsseldorf, Fürstenwall 76.

4. Sie finden beigelegt 1 und soweit der Vorrat reicht evtl. auch 2 Exemplare des von der WRI herausgebrachten Mitteilungsblattes "War Resistance" und hierzu eine Bestellliste und eine Zahlkarte. Die WRI, die "War Resistance" herausgibt, plant, dieses Mitteilungsblatt zu verbessern, um in Zukunft noch ausführlicher über die internationale pazifistische Arbeit zu informieren. Die WRI bittet alle VK-Gruppen, wenn finanziell irgend möglich, "War Resistance" zur ständigen Lieferung zu abonnieren und darüber hinaus auf den Bestelllisten weitere Abonnenten zu werben. Der Bezugspreis ist DM 2,80 jährlich, Bestellungen und Zahlungen gehen an Karl Struve, Wentoff/b. Reinbeck, Bezirk Hamburg, Postscheckkonto 280822.

Wir hoffen, daß durch diese Aktion für "War Resistance" viele neue Bezieher gewonnen werden und außerdem dazu beitragen wird, daß unsere VK-Gruppen und Mitglieder noch stärker als bisher an der internationalen Arbeit Anteil nehmen können.

5. Ausgehend vom Ostermarsch 64 startet die Kampagne für Abrüstung eine Petition an den Deutschen Bundestag. Der geschäftsführende Vorstand hat beschlossen, der April-Nummer von ZIVIL - die heute die Druckerei verläßt - eine Petitionsliste beizufügen, um damit die Mitglieder zur aktiven Beteiligung an der Petition anzuregen. Wir haben weitere Petitionslisten in der Verbandsgeschäftsstelle und können Ihnen diese in kleineren Mengen bis zu 100 Stück kostenlos zur Verfügung stellen. Ab 100 Stück müssen wir für die Listen je 100 Stück DM 1,50 berechnen.
6. Von der Schrift "Der Gewaltlose Weg zum Recht - Briefe aus dem Gefängnis von Birmingham" von Martin Luther King legen wir 1 Exemplar bei. Weitere können bei der Verbandsgeschäftsstelle zum Stückpreis von DM -,30 bestellt werden.

Das wäre für heute alles.

Mit freundlichen Grüßen!

Klaus Vack

(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer.

1 x Vtr.
5/II.63

Institut für...

Nr.
Sd
Eing
Abs
Detr
Wd

Absender: DM Pf I. Kto.Nr. 280822

ED 718-5-18

Zahlkarte

(Mit Schreibmaschine, Tinte oder Kugelschreiber deutlich ausfüllen)

auf DM Pf

(Markbetrag in Buchstaben wiederholen)

Deutsche
Mark

für Konto Nr.

Karl Struve
Sonderkonto

280822

Postcheckamt
Hamburg

in 2057 Wentorf b. Hamburg

Eingangs-Nr

Postvermerk

N 8 1/14 (v4) (X), IIIII
(P 860 A-1. 2)

(Uml.-Nr., Namenst. u. Annah.-ebes, Tag u. Monat)

Für Vermerke des Absenders

Eingez. auf Kto.Nr. 280822 PSchA Hamburg

Einlieferungsschein

- Sorgfältig aufbewahren -

Deutsche
Mark

(in Ziffern)

Pf

für

Karl Struve
Sonderkonto

in 2057 Wentorf b. Hamburg

Postvermerk

(Uml.-Nr., Annah.-ebes)

Das Postcheckamt sendet diesen Abschnitt dem Vorkontopfleger

DM Pf
für Konto
280822

PSchA Hamburg

bezahlt am
Absender (mit Poststempel)

trifft

Postamt, Postfach, Postfachnummer

(D. 63)

ED 718-5-19

Hiermit bestelle ich ab nächster Lieferung WAR RESISTANCE von
der War Resisters' International, 88 Park Avenue, Enfield,
Middlesex, England:

Name

Anschrift

Deutsche
oder
Englische
Auflage

1. -----
2. -----
3. -----
4. -----
5. -----
6. -----
7. -----
8. -----
9. -----

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-5-20

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

15. 4. 64
6050 Offenbach, den 14. April 1964
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./An

An die VK-Gruppen

Aachen, Balingen, Bochum, Bremen, Detmold, Emden, Gelsenkirchen,
Hamburg, Hofheim, Itzehoe, Koblenz, Krefeld, Lemgo, Leverkusen,
Mannheim, Nastätten, Neumünster, Neuwied, Northeim, Opladen,
Pfungstadt, Rüsselsheim, Singen, Solingen, Windischeschenbach,
Witten,

dem Bundesvorstand und dem LV-Hamburg zur Kenntnisnahme

Liebe Freunde,

noch etwas mehr als 2 Wochen sind es bis zum Bundeskongress
am 2./3. Mai 1964 in Hamburg. Ihre Gruppe hat bis heute zu
diesem Termin nicht die ihr zustehenden Delegierten ange-
meldet.

Wir glauben, daß der jährliche Bundeskongress in unserer Arbeit
einen wichtigen Höhepunkt darstellt. Der Bundesvorstand hat
sich für seine Arbeit zu verantworten, Beschlüsse und Richt-
linien für die neue zukünftige Arbeit werden gefaßt und grund-
sätzliche Fragen unserer Zielsetzung stehen zur Diskussion.

Es wäre sehr bedauerlich, wenn eine so große Anzahl wie die
oben aufgeführten Gruppen beim Bundeskongress fehlen würden.

Wir bitten Sie dringend zu überprüfen, ob nur ein Versehen
vorliegt oder ob die Meldung für die Delegierten bis heute
tatsächlich aussteht. Auf jeden Falls sollten Sie uns be-
nachrichtigen, auch dann, wenn Ihre Gruppe evtl. nicht in der
Lage ist, die Mandate für den Bundeskongress 1964 wahrzu-
nehmen.

Da wir es für möglich halten, daß Sie die Formulare für die
Delegiertenmeldung nicht mehr vorliegen haben, fügen wir
Ihnen noch einmal die Zahl der Formulare bei, in der Ihnen
Delegierten zustehen.

Wir erwarten in den nächsten Tagen Ihre Anmeldung bzw.
Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüßen!

Klaus Vack

(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

1) Weiler, Hofheim 31050/5137 ϕ -heim
"Hamm, kein
feld"
2) Rüsselsheim fährt einer
mit ihm mit,
gen. Wi 20.4.

ED 718-5-21

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 17. April 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648

21. 4. 64

Rundschreiben L 1 - 1964

An die Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

hiermit möchte ich Ihnen die mit Ihrer Hilfe zustande gekommene Referentenliste zusenden. Leider ist diese nicht sehr umfangreich, aber wir hoffen, daß uns im Laufe der Zeit noch weitere Referenten bekannt gemacht werden, die Sie, wenn genügend eingegangen, als Nachtrag erhalten.

Die gegebenen Themen sollen nur ein Hinweis auf den Themenkreis geben, über den der Referent bereit ist, zu sprechen. Ich hoffe, daß Ihnen die Referentenliste eine kleine Hilfe ist bei der Durchführung von Gruppen- bzw. öffentlichen Veranstaltungen.

Lassen Sie mich bei dieser Gelegenheit nochmals darauf hinweisen, daß es außerordentlich wichtig ist, daß sich in jeder Gruppe Freunde finden, die bereit sind, kleine Referate vor anderen Gruppen und Verbänden zu halten. Führen Sie mit diesen Freunden anhand von Fachliteratur und Tonbandgerät Übungsabende für Referenten durch. Die Übungsabende machen die Referenten sicherer und somit bereiter, einmal vor einem anderen Kreis ein Referat über die Kriegsdienstverweigerung zu halten. Das persönliche Gespräch und das Auftreten von Referenten ist erwiesenermaßen die beste und auch die billigste Werbung.

Ich möchte Sie nochmals auf folgende Literatur für die Rednerschulung hinweisen:

"Technik der geistigen Arbeit", herausgegeben von der Arbeitsgemeinschaft "Arbeit und Leben", Hannover, Wilhelmstr. 14, zu beziehen durch die Verbandsgeschäftsstelle. Dieses Heft ist besonders für den Kursleiter geeignet. Ferner "Die Kunst der Rede und des Gesprächs" von Ludwig Reiners, erschienen im Francke-Verlag GmbH, München 13, Hess-Str. 50, Preis DM 3.80.

In der Hoffnung, daß ich nach erfolgreicher Durchführung von Rednerkursen von Ihnen einmal eine Referentenmeldung bekomme, verbleibe ich

mit freundlichem Gruß

gez.: Günter Lübcke
Referent für Schulung und Bildung

PS: Die geplanten Wochenendkurse mußten leider ausfallen, da zu wenig Interessentenmeldungen vorlagen.

ED 718-5-22

Name, Vorname, Alter Anschrift	Art u. Größe der Veranstaltung		Gebiet	Thema
	öff. n. öff.	Teiln. bis zu		
1) Achterberg, Herwarth (22) 5 Köln Aquinastr. 5	n. öff.	50	Bundesgebiet	B 3
2) Bauer, Dr. Fritz (60) 6 Frankfurt Feldbergstr. 48	öff.	ü100	Bundesgebiet	E 2
3) Beckers, Hans (71) 4 Düsseldorf Am Karlehof 1	öff.	ü100	Bundesgebiet	A 3
4) Böwing, Werner 565 Solingen Hacketauerstr. 135	öff.	ü100	Bundesgebiet NRW	F
5) Cunitz, Achim (25) 4 Düsseldorf-Benrath Hospitalstr. 19	n. öff.	50	Bundesgebiet	A 1, D1
6) Ebert, Theodor (26) 7 Stuttgart-W Johannesstr. 67	öff.	ü100	Bundesgebiet	B 1
7) Fleischer, Josef 78 Freiburg Brombergstr. 45	n. öff.	50	Südbaden	A 1
8) Fritzenwalder, Erik (26) 2 Hamburg 26 Moorende 29	n. öff.	50	Schleswig-Hol. Hamburg	D 1
9) Giza, Axel (24) 2 Hamburg-Altona Museumstr. 31	öff.	100	Hamburg	A 1
10) Gnielka, Thomas (36) 62 Wiesbaden Frankfurter Str. 41	öff.	ü100	Bundesgebiet	E 3
M) Grüning, Gerhard (43) 6 Frankfurt-Eschersheim Amöneburgerstr. 48	öff.	ü100	Bundesgebiet	F
12) Hammer, Hans (35) 7 Stuttgart-Pöhr Orionweg 1a	öff.	50	Baden-Württ.	A2, D1, ^{A4}
13) Harder, Prof. Johannes (60) 56 Wuppertal-Elberfeld Eddastr. 6	öff.	ü100	Bundesgebiet	F
14) Heinemann, Gerd (25) 46 Dortmund-Mengede Mengeder Schulstr. 49	öff.	ü100	Bundesgebiet	A2, B4

- 15) Katz, Dr. Fritz (63)
535 Iserlohn
Pastorenweg 4 öff. ü100 Bundesgebiet E2, C1, C2
- 16) Kloppenburg, DD Heinz (60)
46 Dortmund
Schliepstr. 11 öff. ü100 Bundesgebiet A1, C3
- 17) Mertineit, Dr. Walter (38)
34 Göttingen
G. Hospitalstr. 1 öff. ü100 Bundesgebiet E 4
- 18) Ortman, Werner
4 Düsseldorf
Werstener Dorfstr. 8 öff. 50 Düsseldorf A1, C3
- 19) Pasch, Cai (33)
2067 Reinfeld
Alter Garten 6 öff. 100 Norddeutschland F
- 20) Peters, Dr. Wilhelm (44)
21 Hamburg-Harburg
Heimfelder Str. 56 öff. ü100 Bundesgebiet A 1
- 21) Ploen, Hans H. (32)
2 Hamburg
VK-Landestverband öff. ü100 Norddeutschland F
- 22) Pesser, Dr. Diether
43 Essen
Rich.-Wagner-Str. 48 öff. ü100 Bundesgebiet F
- 23) Regner, Ingmar (21)
2 Hamburg 39
Sandkamp 21 öff. 50 Hamburg D 1
- 24) Riege, Herbert
2 Hamburg 1
Brenner Str. 81 n.öff. 25 Hamburg A 1
- 25) Rischbieter, Dr. Henning
3 Hannover
Königstr. 6 öff. ü100 Bundesgebiet E 4
- 26) Senholz, Udo (35)
Richrath
Lippelsland 10 n.öff. ü100 NRW E 1
- 27) Sonthheimer, Prof. Dr. Kurt
45 Osnabrück-Nahne
Paradiesweg 12 öff. ü100 Bundesgebiet E 3
- 28) Scholderer, Ulrich (28)
21 Hamburg-Harburg
Wamsenstr. 4 öff. 100 Hamburg
Landkr. Harburg A4, A5
- 29) Titz, Werner (42)
23 Kiel
Mühlenweg 163 öff. ü100 Schlesw.-Hol. A4, D1

- | | | | | | |
|-----|--|------|------|-------------------|--------|
| 32) | Treiber, Dr. Albin
5449 Lütz
Kunheim Röhrig | öff. | ü100 | Koblenz | B 2 |
| 31) | Ude, Dr. Wilhelm (38)
357 Soesen
Horpkestr. 3 | öff. | 100 | Westharz-Hannover | F |
| 32) | Vilmar, Fritz
6 Frankfurt
Hermannstr. 9 | öff. | ü100 | Bundesgebiet | F |
| 33) | Wendel, Bruno (25)
2 Hamburg-Nienstedten
Jenische Str. 90 | öff. | 100 | Hamburg | A1, A3 |
| 34) | Willenberg, Hans-Jürgen (36)
24 Lübeck
Wendische Str. 61 | öff. | 50 | Schlesw.-Hol. | A1, B1 |
| 35) | Windshügel, Horst (40)
75 Esslingen-Zollberg
Bosslerstr. 6 | öff. | 100 | Esslingen-Umgeb. | A1, D1 |
| 36) | Wörner, Hans (26)
21 Hamburg-Harburg
Hainholzweg 111 d | öff. | 100 | Norddeutschland | A4 |

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Für die
Themen

sehen zur
Verfügung die Refer. Nr.

A

A 1

5) 7) 9) 16) 18) 20) 24) 33) 34) 35)

2

12) 14) 1

3

3)

4

12) 28) 29) 36)

5

28) 33)

B 4

B 1

6) 34)

2

15)

3

1)

4

14)

C

C 1

15)

2

15)

3

16) 18)

D

D 1

5) 8) 12) 23) 29) 35)

2

30)

E

E 1

26)

2

2)

3

10) 27)

4

17) 25)

F

4) 11) 13) 19) 21) 22) 31) 32)

- A 1 Kriegsdienstverweigerung Ja oder Nein
- A 2 Kriegsdienstverweigerung aus religiösen Gründen
- A 3 Kriegsdienstverweigerung vom 1. Weltkrieg bis heute
- A 4 Rechtsfragen der Kriegsdienstverweigerung
- A 5 Verfahren vor dem Prüfungsausschuß

- B 1 Gewaltfreier Widerstand
- B 2 Wie kann der dritte Weltkrieg verhindert werden?
- B 3 Politischer Pazifismus
- B 4 Was können wir für den Frieden leisten?

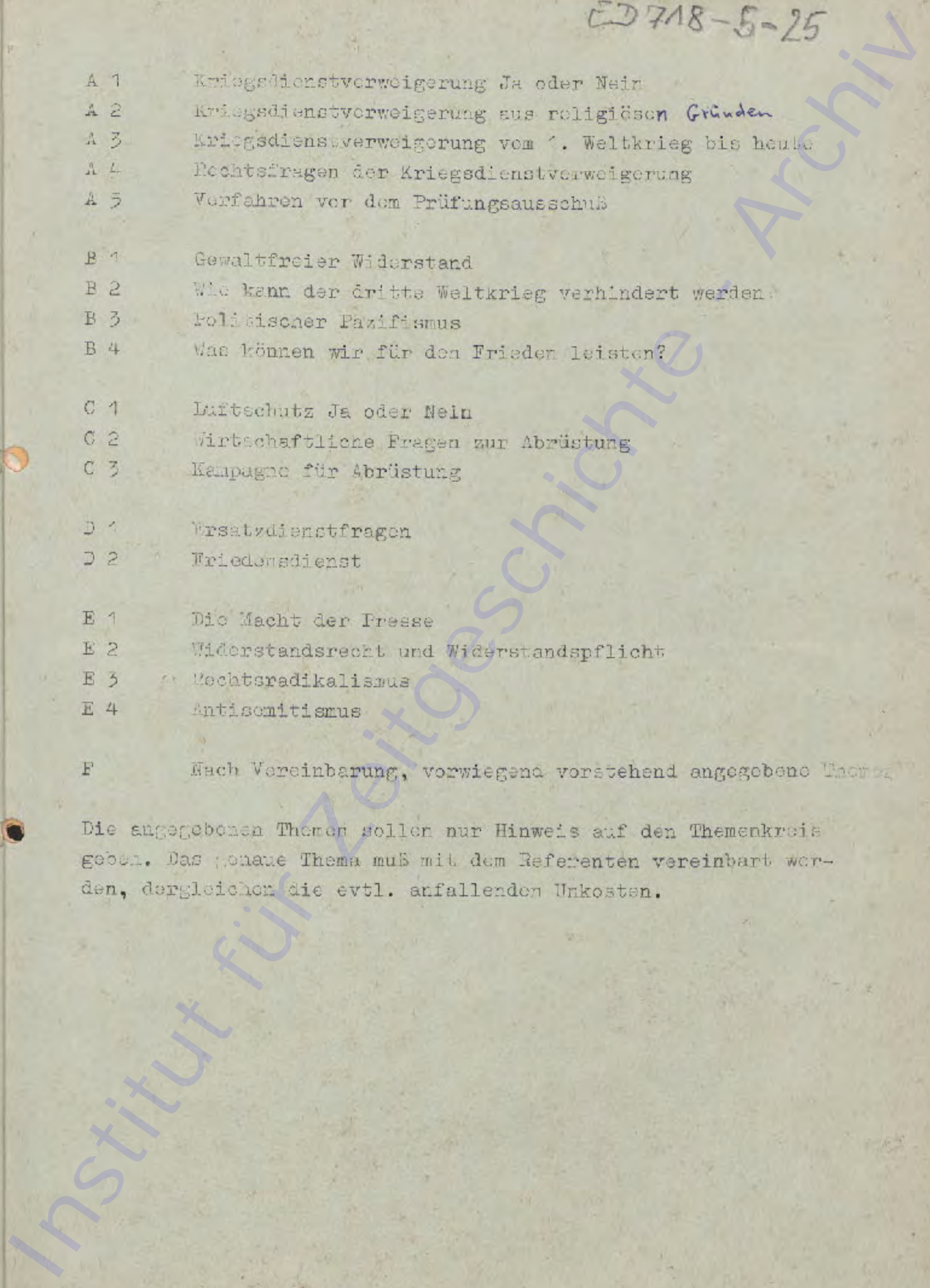
- C 1 Luftschutz Ja oder Nein
- C 2 Wirtschaftliche Fragen zur Abrüstung
- C 3 Kampagne für Abrüstung

- D 1 Ersatzdienstfragen
- D 2 Friedensdienst

- E 1 Die Macht der Presse
- E 2 Widerstandsrecht und Widerstandspflicht
- E 3 Rechtsradikalismus
- E 4 Antisemitismus

- F Nach Vereinbarung, vorwiegend vorstehend angegebene Themen

Die angegebenen Themen sollen nur Hinweis auf den Themenkreis geben. Das genaue Thema muß mit dem Referenten vereinbart werden, dergleichen die evtl. anfallenden Unkosten.



605 Offenbach, 17. April 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648

21. 4. 64

Rundschreiben V 5 - 1964

An die Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

der Bundeskongress am 2./3. Mai 1964 in Hamburg steht kurz bevor und wir möchten deshalb in diesem Rundschreiben an einige Beschlüsse des BK 1963 erinnern, die sich besonders an die Gruppen und Mitglieder richten und auch in der heutigen Zeit noch interessant und wichtig zu sein scheinen.

1. In einem Beschluß wird den Gruppen empfohlen, bei ihren Mitgliedern für die Teilnahme an freiwilligen Hilfsdienstlagern im In- und Ausland zu werben. Dabei sollte von der Gruppenkasse ein Fahrtzuschuß gewährt werden. Wir bitten im Hinblick auf diesen Beschluß, aufmerksam einen entsprechenden Hinweis in der Mai-Nummer von ZIVIL auszuwerten.
2. In einem weiteren Beschluß wird den Mitgliedern empfohlen, sich in 1. Hilfe ausbilden zu lassen. Der Antragsteller, unsere VK-Gruppe Kiel, ging davon aus, daß zu den Grundsätzen der Kriegsdienstverweigerer nicht nur die strikte Weigerung gehört, Kriegsdienst mit der Waffe zu leisten, sondern auch die "Ehrfurcht vor dem Leben" und die "Hilfe am Nächsten". Solche Grundsätze werden auch von den Kriegsdienstverweigerern in den Anerkennungsverfahren vorgetragen.
3. Unter Hinweis auf einen Beschluß des BK 1963, in dem der VK beauftragt wird, die Bestrebungen der UNO um weltweite Abrüstung und Völkerverständigung nach Kräften zu unterstützen, empfehlen wir allen Gruppen, die es sich finanziell leisten können, die "Zeitschrift für die Vereinten Nationen und ihre Sonderorganisationen" zu abonnieren. Das Jahresabonnement kostet einschließlich der Zustellungskosten DM 13,20; Bezug durch alle Postämter, den Buchhandel oder den Verlag Peter Buchbender, Bonn, Breite Str. 13-15.
4. Wir verweisen auf die beigelegten Rundschreiben L 1 - 1964, R 1 - 1964 und das Flugblatt zur Notstandsgesetzgebung.
5. Bei seiner letzten Sitzung mußte der BV einen Artikel in einer Gruppenzeitung zum Anlaß nehmen, die Gruppen mit dem heutigen Rundschreiben darauf hinzuweisen, daß bei politischen Erklärungen, die in Gruppenzeitungen oder Gruppenrundschreiben publiziert werden und die nicht durch einen Grundsatzbeschluß des BA oder des Bundeskongresses gedeckt sind, der Eindruck vermieden werden muß, daß es sich um eine Stellungnahme "des VK" handele.
6. Die Redaktion unserer Verbandszeitschrift ZIVIL hat sich entschlossen, in die Mai-Nummer von ZIVIL einen ausführlicher Bericht über den Bundeskongress 1964 aufzunehmen. Es ist deshalb nicht möglich, ZIVIL zum üblichen Zeitpunkt, dem 5. Mai 1964, erscheinen zu lassen. Mit der Druckerei ist abgesprochen, daß ZIVIL am 9.5.1964 ausgeliefert wird.

Bis zum Wiedersehen beim Bundeskongress 1964 in Hamburg, herzliche Grüße,

Ihr Klaus Vack
(Klaus Vack)
Verbandsgeschäftsführer

ED 718-5-27

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 17. April 1964
Waldstr. 99, Postfach 648

Rundschreiben R 1 - 1964

21. 4. 64

An den Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

Der Beschluß 18 des Stuttgarter Kongresses hat dem Bundesvorstand und dem Referenten für Zentrale Aktionen die Auflage gemacht, entsprechende Schritte für eine Widerstandsaktion gegen die Notstandsgesetze vorzubereiten.

In nicht leichten Bemühungen versuchten wir, die Bestrebungen verschiedener Organisationen in der Friedensbewegung zu koordinieren, um ein einheitliches, zentrales Flugblatt anstelle von vielen uneinheitlichen in Druck zu geben.

Das Ergebnis der Bemühungen ist das beigefügte Flugblatt. Für die letzte Seite war beabsichtigt, eine Erklärung mit der Unterzeichnung prominenter Persönlichkeiten einzudrucken.

Auf der letzten Bundesvorstandssitzung hat sich der geschäftsführende Bundesvorstand erneut mit der Notstandsfrage befasst. Wir sind dabei einmütig zu der Auffassung gelangt, daß die augenblickliche Situation nicht geeignet erscheint, Flugblätter zur Verteilung zu bringen; auf alle Fälle wollen wir so lange zuwarten, bis die Notstandsgesetze in die 2. und 3. Lesung gehen und damit die Spalten der Zeitungen wieder füllen.

Wir sind nicht so unrealistisch, um das augenblickliche Schweigen und die augenblickliche Ruhe um die Notstandsgesetze bereits als Erfolg unserer Proteste zu werten.

Wir würden aber dennoch gerne auf die Herstellung und Verteilung jeglicher Flugblätter verzichten, wenn die Gesetze um den sogenannten Notstand dort bleiben, wo sie derzeit sind, nämlich: in der Schublade der Regierungspartei.

Mit heutigem Rundschreiben wollte ich lediglich vor dem Bundeskongress noch zeigen, daß sich der Bundesvorstand um die Erfüllung dieses Beschlusses wirklich bemüht hat.

Mit besten Grüßen

gez.: Alfred Riedel
Referent für Zentrale Aktionen

1933

Teil I

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 28. Februar 1933

Nr. 17

Inhalt: Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933..... 63

Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat. Vom 28. Februar 1933.

Auf Grund des Artikels 48 Abs. 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet:

§ 1

Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reichs werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechts

Auf zu einer gemeingefährlichen Zuweberhandlung (Abs. 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft.

§ 5

Mit dem Tode sind die Verbrechen zu bestrafen, die das Strafgesetzbuch in den §§ 81 (Hochverrat), 229 (Vergewaltigung), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Überschwennung), 315 Abs. 2 (Beschädigung von Eisenbahnanlagen), 324 (ge-

Notstands-Gesetze

Drucksache IV/891

Deutscher Bundestag — 4. Wahlperiode

Anlage 1

**Entwurf eines Gesetzes
zur Ergänzung des Grundgesetzes**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen; Artikel 79 Abs. 2 des Grundgesetzes ist eingehalten:

§ 1

In das Grundgesetz werden hinter Artikel 115 folgende neue Abschnitte X a, X b und X c eingefügt:

X a. Zustand der äußeren Gefahr

Artikel 115 a

(1) Der Bundestag kann auf Antrag der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates den Eintritt des Zustandes der äußeren Gefahr feststellen, wenn das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff droht.

Artikel 8, Artikel 9 Abs. 1 und 2 und Artikel 11 über das sonst zulässige Maß hinaus eingeschränkt werden,

- b) für die Dauer des Zustandes der äußeren Gefahr die Bewohner der Bundesrepublik Deutschland über das nach Artikel 12 Abs. 2 und Abs. 3 Satz 1 zulässige Maß hinaus zu Dienst- und Werkleistungen verpflichtet werden,
- c) bei Enteignungen abweichend von Artikel 14 Abs. 3 Satz 2 Art und Ausmaß der Entschädigung einer späteren Regelung vorbehalten werden,
- d) für die Dauer des Zustandes der äußeren Gefahr für Freiheitsentziehungen abweichend von Artikel 104 Abs. 2 und 3 Fristen festgesetzt werden, die jedoch die Dauer einer Woche nicht überschreiten sollen.

1963

Die Anhänger der Rüstungspolitik im Bundestag wollen durch ein Bündel von „Notstandsgesetzen“ Ihre Rechte gefährlich einschränken und das Grundgesetz durchlöchern!

Kennen Sie die Pläne der Regierung?

Wenn es darauf ankommt, will sie

ohne unsere Volksvertretung, den Bundestag, durch Notverordnungen regieren
die Freiheit der Rede, Presse, Versammlung und Vereinigung ganz oder teilweise aufheben
das Militär in der Innenpolitik bewaffnet einsetzen
der Polizei die Möglichkeit zu zeitlich praktisch unbegrenzter Verhaftung ohne richterliche Nachprüfung geben
Männer und Frauen zu „Zivildienst“ zwangsverpflichten, sogar mit Unterbringung in Lagern
der Bevölkerung das Verlassen ihrer Wohnorte verbieten oder befehlen
Frauen zu Dienstleistungen in der Bundeswehr verpflichten

Schon jetzt

sollen Sie verpflichtet werden:

sich 200 Stunden oder 28 Tage in Arbeitsdiensten ausbilden zu lassen
sich tagelang an Luftschutzübungen zu beteiligen
als Hausbesitzer oder Mieter Luftschutzkeller zu finanzieren
an Evakuierungsübungen teilzunehmen

Diese Absichten der Bundesregierung

rufen böse Erinnerungen wach!

Mit Ermächtigungsgesetzen für den Staat haben wir Deutschen bisher nur schlechte Erfahrungen gemacht.

ED 718-5-29

Schon Hindenburg richtete nur unendliches Unheil an, als er „zum Schutz von Volk und Staat“ und „zur Abwehr kommunistischer Gewaltakte“ im Jahre 1933 Hitler Notstandsvollmachten gab.

Wissen Sie, daß die geplanten Notstandsgesetze ebenso lückenlos wären wie die nationalsozialistischen Gesetze im zweiten Weltkrieg?

Wollen wir wieder eine Staatsverfassung haben, welche vorzüglich zur Kriegsvorbereitung taugt?

Wir brauchen keine Notstandsgesetze

Eine vernünftige Politik der Bundesregierung würde „Notstände“ gar nicht erst entstehen lassen:

wenn die Bundesregierung nicht immer weiter aufrüstet, sondern sich für Entspannung und Abrüstung einsetzt, ist dies die einzige sinnvolle Vorbeugungsmaßnahme gegen den sogenannten „äußeren Notstand“,

wenn in der Bundesrepublik der arbeitende Mensch nicht übervorteilt wird, gibt es keine sozialen Unruhen, also keinen sogenannten „inneren Notstand“.

Das Grundgesetz trifft genügend Vorsorge

wenn trotzdem Krisenzeiten eintreten:

undemokratische Organisationen und Parteien können verboten werden
bei drohender Gefahr sind polizeiliche Zwangsmaßnahmen der Bundesregierung gegen alle Feinde der Demokratie zulässig, sogar gegen widerspenstige Länderbehörden

schließlich gibt es ein politisches Strafrecht, womit Verfassungsfeinde hart angepackt werden können.

Die Väter des Grundgesetzes

hatten aus dem „Dritten Reich“ gelernt. Sie schufen das freiheitliche Grundgesetz für gute und böse Tage. Gesetze gelten lange; wir wissen nicht, wer morgen und übermorgen regiert und sie anwendet.

Helfen Sie, die Verabschiedung der Notstandsgesetze zu verhindern!

Reden Sie mit Ihren Mitbürgern über die Gefahren!

Schreiben Sie Ihrem Bundestagsabgeordneten!

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

ED 718-5-30

6050 Offenbach, den 17. April 1964
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./An.

18.4.64

An die Gruppen

Aachen, Balingen, Bochum, Bremen, Detmold, Emden, Gelsen-
kirchen, Gießen, Hofheim, Itzehoe, Koblenz, Krefeld, Lemgo,
Leverkusen, Mannheim, Marburg, Nastätten, Neunkünster, Neu-
wied, Northeim, Opladen, Pfungstadt, Rüsselsheim, Singen,
Solingen, Windischeschenbach, Witten,
dem Bundesvorstand und dem
Landesverband Hamburg zur Kenntnisnahme.

=====

Liebe Freunde,

wir geben Ihnen beigelegt eine Mappe mit den Delegiertenunter-
lagen zum diesjährigen Bundeskongress am 2./3. Mai in
Hamburg.

Leider wurde von Ihrer Gruppe, obwohl wir in verschiedenen
Rundschreiben auf den Termin für die Delegiertenmeldungen hin-
wiesen, bisher kein Delegierter für den Bundeskongress ge-
meldet.

Da wir hoffen, daß Sie sich doch noch entschließen können, die
Ihnen zustehende Zahl von Delegierten nach Hamburg zu ent-
senden, schicken wir Ihnen dieses Rundschreiben und die bei-
gelegte Delegiertenmappe. Der Bundeskongress findet statt im
Gewerkschaftshaus Hamburg, Besenbinderhof. Die in Hamburg an-
kommenden Delegierten nehmen unverzüglich mit unseren Hamburger
Freunden Kontakt auf. Am 1. Mai ist in der Zeit von 10.00 bis
18.00 Uhr das VK-Büro besetzt. (Große Bleichen 23/27, 1. Stock,
Zimmer 163, Tel. 346679). Nach 18.00 Uhr kann man sich bei
der Sekretärin des LV-Hamburg, Frau Wolgast unter der Tele-
fonnummer 455146 die notwendige Auskunft einholen. Am 2.5.
ist ab 10.00 Uhr im Gewerkschaftshaus eine Informations- und
Quartiersstelle.

Der Bundeskongress soll um 14.30 Uhr beginnen. Sie werden aus
der beigelegten Tagesordnung ersehen, daß ein umfangreiches
Arbeitsprogramm zu bewältigen ist. Wir bitten deshalb alle
Delegierten zwischen 13.00 und 14.00 Uhr anzureisen und sich
am Saaleingang zu melden.

Wir möchten Sie jedoch nunmehr dringend darum bitten, daß Sie
Ihre Gruppendelegierten der Verbandsgeschäftsstelle mitteilen,
oder schreiben ob und warum Sie verhindert sind. Den gemel-
deten Delegierten, die uns noch rechtzeitig - also im Laufe
der nächsten Woche - mitgeteilt werden, können wir die
Delegiertenunterlagen noch zusenden.

Mit freundlichen Grüßen!

Klaus Vack

(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

6050 Offenbach, den 28. April 1964
Waldstr. 99, Postfach 648

5.5.64

Bundschreiben M 3 - 1964
An den Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

hiermit wollen wir wieder einige Hinweise für und über Veranstaltungen und Vorträge der nächsten Monate in der Bundesrepublik und in Europa geben.

1. Vortragsreise eines Teilnehmers des New Delhi - Peking-Freundschaftsmarsches

WRI London hat uns mitgeteilt, daß einer der Teilnehmer des New Delhi - Peking-Freundschaftsmarsches, Max Maxwell, gern ihren Vorschlag angenommen habe, einigen Friedensarbeiter-Gruppen in Europa von seinen Erfahrungen auf dem Marsch zu berichten. Die WRI bittet die einzelnen Gruppen um Prüfung, ob und wie weit sie Freund Maxwell an ihren Ort Gelegenheit zu einem Vortrag oder einer Aussprache geben können.

Max Maxwell hat während der gesamten Zeit - 10 Monate - an den Marsch teilgenommen, der von der "Weltfriedensbrigade" und der "Indian Shanti Sena" organisiert war und am 31.1.1964 beendet worden ist. Max Maxwell ist einer der Nicht-Indier, die an den Marsch teilgenommen haben; er war früher in London Sekretär des Europäischen Regionalrates der Weltfriedensbrigade. Anschließend an den Marsch war er einige Monate in Indien geblieben, und er wird demnächst die Rückreise nach London antreten, die er aber in ganz Europa zu Vorträgen unterbrechen wird.

Seine vorläufige Reiseroute sieht, soweit sie die BRD betrifft, wie folgt aus:

München	26. - 29. Mai
Stuttgart	20. - 24. Juni
Heidelberg	24. - 26. Juni
Frankfurt	26. Juni - 5. Juli
Bonn	5. - 7. Juli
Köln	7. - 10. Juli

Wir bitten unsere Gruppen um Prüfung, ob sie eine Veranstaltung mit Freund Maxwell vorsehen können. Wegen weiterer Einzelheiten wenden Sie sich gegebenenfalls bitte an die VK-Geschäftsstelle, die von WRI London Näheres erfahren wird.

2. Internationale Veranstaltungen in Schweden und Griechenland

Bis jetzt sind folgende Veranstaltungen im europäischen Ausland bekannt, die für unsere Mitglieder und Freunde von Interesse sein könnten. Wir bitten die Gruppen, besonders ihre Ferienreisenden hierauf hinzuweisen:

- a) Anfang Juni in Jönköping, Sommer-Lager. Veranstaltet gemeinsam von allen skandinavischen Friedensverbänden. Näheres zu erfahren über "Kampanjen mot Atomvapen", Box 5138, Stockholm 5, Schweden.

- b) 5. - 14. Juni in Malmö, Schweden, Anti-Militär-Ausstellung als Gegenaktion zu der größten bisher in Schweden abgehaltenen Militär-Ausstellung. Veranstaltet von Friedensorganisationen in Skåne und besonders der "Malmö Fredsförening" (Friedensverband von Malmö). Näheres bei dem letztgenannten.
- c) 24. Mai in Stockholm, Schweden, Ein-Tages-Marsch der "Kampanjen Mot Atomvapen" für eine atomwaffenfreie Zone in Skandinavien. Näheres KMA, wie bei a).
- d) 17. Mai in Griechenland Marsch von Marathon nach Athen der "Greek Youth League for Nuclear Disarmament and Peace 'Bertrand Russell'". (Im vergangenen Jahr konnte als Einziger der Parlamentsabgeordnete Gregory Lambrakis die gesamte Strecke zurücklegen - einige Monate später wurde er meuchlings ermordet.)

3. Veranstaltungen mit internationaler Beteiligung in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik werden in diesem Sommer einige größere Veranstaltungen im internationalen Rahmen stattfinden, auf die wir Sie ebenfalls hinweisen möchten:

- a) 21. - 28. Juni "Europa-Woche für Verständigung", veranstaltet von den Bundesleitungen der DFG und der IdK. Mittelpunkt: Rhein-Dampfer-Fahrt von Köln nach Linz am 28. Juni mit Ansprachen von Prof. Linus Pauling, USA, und Prof. Harold Bing von der WAI, England. Ferner internationales Podiumsgespräch mit Martin Niemöller in Düsseldorf am 27. Juni, sowie Kundgebungen in Dortmund, Bochum, München, Hamburg, Essen.
- b) 27. 6. - 5.7. Vortragsreise des Nobelpreisträgers Prof. Linus Pauling, USA, im Anschluß an die "Europa-Woche" (siehe a)), und zwar voraussichtlich 27.6. München, 30.6. Hamburg, Bonn, 3.7. Essen, 5.7. Frankfurt.
- c) 29. Juli bis 2. August Tagung des Rates (Council) der "War Resisters' International" in Mainz. Aus diesem Anlaß große öffentliche Veranstaltung, organisiert vom VK, in Frankfurt, bei der die beiden prominentesten WRI-Council-Mitglieder Bayard Rustin, USA und Danilo Dolci, Sizilien, sprechen werden.
- d) 9. bis 15. August Sommer-Seminar 1964 der WRI mit dem Thema "Gewaltfreie Konfliktlösung - mit besonderer Berücksichtigung von Deutschland und Berlin" im Naturfreundehaus in Offenbach. Organisiert vom VK.

Liebe Freunde, wir hoffen, Ihnen mit diesen Hinweisen einige brauchbare Tips für "Freizeitgestaltung" gegeben zu haben und bitten, daß Sie Ihre Mitglieder und Freunde entsprechend auf die Aktionen hinweisen - bzw. zu 1), daß Sie ein Treffen organisieren können.

Mit besten Grüßen!
gez. Horst Maurer
Auslandsreferent

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, den 6. Mai 1964
Waldstr. 99, Postfach 648

8. 5. 64

Rundschreiben V 6 - 1964

an die Verteiler I und II

Liebe Freunde,

einige Dinge sind Ihnen mitzuteilen. Deshalb heute wieder ein Rundschreiben.

1. Der Bundeskongreß 1964 in Hamburg war wohl der arbeitsreichste in den vergangenen Jahren. Knapp 40 Anträge lagen vor, und 24 Beschlüsse wurden gefaßt. Wir geben Ihnen beigelegt die Beschlußliste. Ein ausführliches Protokoll werden wir in den nächsten 4 Wochen fertigstellen. Jede VK-Gruppe erhält soviel Exemplare des Protokolls, wie ihr Delegierte für den Bundeskongreß 1964 zustanden. Außerdem geht das Protokoll in je einem Exemplar an die Verteiler I, II, III und IV. Wer weiterhin an dem Protokoll interessiert ist, kann, solange Vorrat reicht, zum Stückpreis von DM 2,- weitere Exemplare bei der Verbandsgeschäftsstelle beziehen. Das Protokoll wird, wie in den Vorjahren, hektographiert und in einen festen Einband gebunden.

2. Beigelegt finden Sie die Adressen unserer Verteiler I b, I c und II. Wir legen Wert darauf, daß die Adressen nicht allzusehr verbreitet werden und stellen deshalb jeder Gruppe nur 2 Exemplare zur Verfügung.

Der Bundesvorstand hat sich im Anschluß an den Bundeskongreß 1964 unter Zeitdruck konstituiert und konnte deshalb noch keine Resortverteilung beschließen. Dies geschieht bei der nächsten BV-Sitzung, und wir werden Ihnen anschließend den Verteiler I a zuschicken.

3. Aus der BK-Beschlußliste (Beschuß 20) können Sie entnehmen, daß der VK anläßlich des Luftschutzhelfertages am 30./31.5.64 in Hamburg eine Gegenaktion plant. Über organisatorische und technische Details berät zur Zeit noch unsere Hamburger VK-Gruppe.

Wir bitten alle VK-Gruppen, zu prüfen, inwieweit sie die Hamburger Aktion unterstützen können. Teilen Sie der Verbandsgeschäftsstelle mit, wieviel Mitglieder Ihrer Gruppe ggfs. an der Gegenaktion teilnehmen würden. Außerdem möchten wir wissen, ob Ihre Gruppe noch Flugblätter "Luftschutz - wie groß ist unsere Chance?" vorrätig hat und wieviel Sie uns zur Verfügung stellen könnten.

- 4. Wir können Ihnen kostenlos - gegen Vergütung der Versandkosten - Broschüren "Warschauer Ghetto" zusenden. Bitte Bestellzettel verwenden.
- 5. Leider wurde die für April vorgesehene Fernseh-Sendung über Kriegsdienstverweigerung und Sozialdienst kurzfristig vom Programm abgesetzt. Die Sendung wird nun endgültig am 16.7.64, 18,20 - 18,45 Uhr im Hessischen Fernsehen in der Sendereihe "Hessen in unserer Zeit" unter dem Titel "Dienst ohne Waffen" gezeigt.

Das wars für heute.

Herzliche Grüße

Ihr

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

Die VK-Gruppe bestellt über die ihr zustehende Zahl hinaus Exemplare des Protokolls vom VK-Bundeskongreß 1964 zum Stückpreis von DM 2,--.

Die VK-Gruppe bestellt zur kostenlosen, unfrankierten Zusendung Exemplare der Broschüre "Warschauer Ghetto".

Von der VK-Gruppe würden sich bei der Gegenaktion zum Helfertag des Bundesluftschutzverbandes am 30./31.5.64 in Hamburg Freunde auf eigene Kosten beteiligen.

Die Gruppe kann außerdem Exemplare von noch vorhandenen Flugblättern "Luftschutz - wie groß ist unsere Chance?" zur Verfügung stellen.

Weitere Korrespondenz in dieser Angelegenheit ist zu führen mit:

.....

.....

6050 Offenbach, den 14. Mai 1964
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./An.

15. 5. 64

Rundschreiben V 7 - 1964

An die Verteiler I, II und III

Liebe Freunde,

der Bundeskongress 1964 hat nach einem Referat von Wilhelm Keller das unter dem Thema stand "Sicherung des Weltfriedens ohne Gewalt?" folgenden Beschluß gefaßt:

"Der VK-Bundeskongress 1964 beauftragt den Bundesvorstand, zu prüfen, inwieweit es sich technisch realisieren läßt, daß der Verband der Kriegsdienstverweigerer dem UN Generalsekretär U Thant eine Gruppe von Kriegsdienstverweigerern anbietet, die sich freiwillig für den Sanitätsdienst oder anderen, waffenlosen Hilfsdienst, im Rahmen der UN-Exekutive zur Verfügung stellen (zur Zeit für den Einsatz auf Cypern).

Der Einsatz der Kriegsdienstverweigerer sollte dazu dienen, vor allem der leidenden Zivilbevölkerung eines vom Kriege heimgesuchten und bedrohten Landes zu helfen und durch die selbstlose Hilfe für alle vom Kriege betroffenen Menschen den streitenden Parteien und der Welt ein Zeichen echter Friedensbereitschaft zu geben."

Wir möchten uns nun bemühen, schnellstens zu prüfen, ob sich der Plan, der dem Beschluß zu Grunde liegt, im VK und später durch eine Kontaktaufnahme mit dem UN-Generalsekretär U Thant, verwirklichen läßt. Wir sind der Auffassung, daß wir erst dann an den UN Generalsekretär herantreten können, wenn wir von ca. 30 bis 50 Kriegsdienstverweigerern eine möglichst zuverlässige Zusage vorliegen haben, daß sie bereit sind, sich für den Sanitätsdienst oder anderen waffenlosen Hilfsdienst im Rahmen der UN-Exekutive zur Verfügung zu stellen.

Wir geben Ihnen beigelegt eine Reihe von Meldezettel bzw. Fragebogen, die einer ersten Bestandsaufnahme dienen sollen. Bitte, verteile Sie diese Meldezettel an Kriegsdienstverweigerern, die nach Ihrer Meinung die notwendige Voraussetzung und auch den Willen mitbringen, bei einem Sanitäts- oder Hilfsdienst mitzuwirken. Darüber hinaus, daß die Interessenten die gestellten Fragen beantworten, sollten Sie sie anregen, ihre Meinung über die Verwirklichung des Planes in einem Begleitschreiben zu erläutern, da uns so bestimmt sehr viele Anregungen zugehen.

Es ist notwendig, daß wir bis zum 10. Juni 1964 einen ungefähren Überblick haben. Deshalb sollten Sie die Sache unverzüglich erledigen. Selbstverständlich wird es möglich sein, auch noch später eingehende Meldungen zu berücksichtigen. Aber vorerst müssen wir einen Termin festlegen, zu dem der Bundesvor-

stand dann überprüfen kann, ob sich der Plan verwirklichen läßt oder nicht.

Aus der Gruppe Kiel hat sich bereits ein Freund zur Verfügung gestellt und wir geben zur Ihrer Information eine Pressemeldung zur Kenntnis, die die Kieler Morgenzeitung am 7. Mai 1964 auf der ersten Seite abgedruckt hat.

KIELER STUDENT MELDET SICH ZU DEN UN TRUPPEN

Kiel/Bonn (1e). Als erster Freiwilliger der Bundesrepublik für einen Sanitätsdienst oder einen anderen waffenlosen Hilfsdienst im Rahmen der UN-Exekutive auf der Insel Cypem hat sich der Kieler Medizinstudent Wolfgang Loch gemeldet.

Wie ein Sprecher des Bundesausschusses des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e.V. gestern in Kiel mitteilte, soll so schnell wie möglich eine Gruppe von etwa 50 freiwilligen Bundesbürgern zusammengestellt werden. Der Auftrag für die Mitglieder eines freiwilligen Korps lautet, sich der Bevölkerung anzunehmen, die unter den bewaffneten Auseinandersetzungen leidet. Der Einsatz soll dabei nicht auf Cypem beschränkt sein, sondern sich nach jedem jeweiligen Einsatzort der UN-Truppen richten.

An die Präsidialkanzlei der UN ist vom Verband der Kriegsdienstverweigerer die Bitte gerichtet worden, die völkerrechtliche Stellung einer derartigen Friedens-Einsatz-Gruppe klarzustellen. Danach soll die Gruppe Generalsekretär U Thant persönlich zur Verfügung gestellt werden.

Nun hoffen wir, bald von Ihnen zu hören. Weitere Rundschreiben und Meldebogen können Sie bei der Verbandsgeschäftsstelle anfordern.

Mit freundlichen Grüßen!

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

Betr.: Sanitätsdienst bzw. waffenloser Hilfsdienst im Rahmen der UN-Exekutive

An den
Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.
Bundenvorstand

6050 Offenbach - 4
Postfach 648

Unter der Voraussetzung, daß für mich in der nächsten Zeit nicht eine völlig neue persönliche, wirtschaftliche oder Gewissenssituation eintritt, erkläre ich mich bereit, in einer Gruppe von Kriegsdienstverweigerern mitzuwirken, die der VK dem UN-Generalsekretär U Thant für freiwilligen Sanitätsdienst oder anderen waffenlosen Hilfsdienst im Rahmen der UN-Exekutive zur Zeit für den Einsatz auf Zypern zur Verfügung stellt. Ich mache folgende Angaben zur Person:

Name: Vorname:

Adresse: Geb.-Dat.

Hauptberuf:

weitere Berufe:

sonstige Ausbildung: (z.B. besondere Schulbildung, Erste Hilfe, Krankenpflege)

.

Stand: (ledig, verheiratet usw.) Zahl der Kind.

anerkannter Kriegsdienstverweigerer seit in der Instanz

ziviler Ersatzdienst bereits abgeleistet: Ja/Nein

vom bis bei

zu letzt gemustert am mit Tauglichkeitsgrad

(Unterschrift)

(Unterschrift d. Gruppenvorsitzend)

Datum:

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters International e.V.

605 Offb., d.1.6.64

Postfach 648

4.6.64

Betr.: Bundeswehrwanderausstellung "Unsere Marine" /

Liebe Freunde!

Wir entnehmen der Zeitschrift "Atlantische Welt" vom Mai 1964 folgende Meldung, die für einige VK-Gruppen interessant sein dürfte:

"Marine reist ins Binnenland - Wanderausstellung 1964 'Unsere Marine'

Auch in diesem Jahre wird die Bundesmarine wieder auf Wanderschaft gehen. Ihre Wanderausstellung, die unter dem Titel "Unsere Marine" einen umfassenden Einblick in diese Teilstreitkraft der Bundeswehr vermitteln soll, wird 22 Städte zwischen Rhein und Saar nehmütige Besuche abstatten.

Zahlreiche Schiffs- und Flugzeugmodelle, Laufbahndarstellungen, Ausrüstungsgegenstände sowie ein großes Modell von Wilhelmshaven werden gezeigt. In einigen Städten werden auch Flugvorführungen durch Marine-Hubschrauber stattfinden. Ferner soll ein Marinemusikkorps aufspielen. Dokumentarfilme ergänzen die Ausstellung. Das Programm sieht folgende Reiseroute vor:

Ort	Dauer	Tage
Zweibrücken (Rheinld.-Pfalz)	13.6.64 (11.00) - 15.6.64	3
Neustadt a.d.W.	18.6.64 (11.00) - 21.6.64	4
Landau (Rheinld.-Pfalz)	23.6.64 (16.00) - 25.6.64	3
Speyer (" ")	27.6.64 (11.00) - 30.6.64	4
Frankenthal (" ")	2.7.64 (16.00) - 5.7.64	4
Worms (Pause v.7.7. - 2.8.64)	4.8.64 (16.00) - 9.8.64	5
X Rüsaelsheim	11.8.64 (16.00) - 13.8.64	3
X Bad Honburg	15.8.64 (11.ii) - 18.8.64	4
Limburg	20.8.64 (16.00) - 23.8.64	4
Siegburg (Nordrhein-Westfalen)	25.8.64 (16.00) - 27.8.64	3
Leverkusen (Nordrhein-Westf.)	29.8.64 (11.00) - 1.9.64	4
Gummersbach (" ")	3.9.64 (16.00) - 5.9.64	4
Iserlohn (" ")	8.9.64 (16.00) - 10.9.64	3
Soest (" ")	12.9.64 (11.00) - 15.9.64	4
Lippstadt (" ")	17.9.64 (16.00) - 20.9.64	4
Paderborn (" ")	22.9.64 (11.00) - 24.9.64	3
Eitersloh (" ")	26.9.64 (11.00) - 28.9.64	3

Sicher ist es möglich, bei dieser Wanderausstellung auch den Standpunkt der Kriegsdienstverweigerer zum Ausdruck zu bringen, und wir empfehlen unseren Gruppen, soweit möglich, rechtzeitig Aktionen vorzubereiten.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Klaus Vack
Verbandsgeschäftsführer

6050 Offenbach, den 9. Juni 1964
Waldstr. 99, Postfach 648 Va./Ar

11. 6. 64

Rundschreiben V 8 - 1964

An die Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

wir möchten Ihnen heute wieder einige Informationen geben. Da wir Ihnen verschiedene, uns wichtig erscheinende Dinge nicht vorenthalten wollen, wird das Rundschreiben etwas länger als üblich.

1. Sie finden beigelegt seit langer Zeit wieder einmal einen Fragebogen. Wir möchten uns über den Stand einiger Dinge in den Gruppen informieren und bitten Sie, den Fragebogen auszufüllen und bis spätestens 1. Juli 1964 an die Verbandsgeschäftsstelle zu senden (Wir erinnern in diesem Zusammenhang auch an frühere Beschlüsse, besonders den erneuten Beschluß vom Bundeskongress 1964, nach dem die Gruppen um Unterrichtung des Vorstandes über ihre Tätigkeit gebeten wurden.)
2. Die Mitarbeit der meisten Gruppen bei der Seite "Neues" unserer Verbandszeitschrift ZIVIL ist sehr unbefriedigend. Die Berichte für diese Seite beschränken sich immer nur auf wenige Gruppen. Selbstverständlich sind wir den Gruppen, die uns fleißig Berichte schreiben, sehr dankbar, aber wir würden gerne auch über die Aktivitäten in den anderen Gruppen berichten. Denken Sie bitte daran, in Zukunft bei Aktionen, Versammlungen, örtlichen Presseerfolgen Berichte an die Verbandsgeschäftsstelle zu schicken, damit wir dieses Material in ZIVIL auswerten können.
3. Unser Bundesvorstandsmitglied Dr. Fritz Katz, 5860 Iserlohn, Pastorenweg 2, ist bereit, vor den Gruppen zu referieren und bietet besonders das Thema an: "Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer Abrüstung." Wir möchten unsere interessierten Gruppen bitten, sich 6 Wochen vor dem geplanten Termin mit Freund Dr. Katz in Verbindung zu setzen und ihm jeweils 3 Auswahltermine zu nennen.
4. Wir erinnern noch einmal an unser Rundschreiben V 7 - 1964, das den Bundeskongress-Beschluß betraf, nach dem der Bundesvorstand prüfen soll, inwieweit es sich technisch realisieren läßt, daß der Verband der Kriegsdienstverweigerer dem UN-Generalsekretär U Thant eine Gruppe von Kriegsdienstverweigerern anbietet. Leider haben bisher erst wenig Gruppen auf unsere Umfrage reagiert, obwohl als vorläufiger Meldetermin der 10.6.1964 angegeben war. Selbstverständlich nehmen wir auch noch weiterhin Meldungen entgegen und hoffen, daß die Gruppen in den nächsten Wochen sehr intensiv prüfen, welche Kriegsdienstverweigerer aus ihren Reihen für das Projekt zu interessieren wären. Wir weisen darauf hin, daß wir Exemplare unseres Rundschreibens V 7 - 1964 und den beigelegten Meldebogen auf Anforderung den Gruppen zum Versand an die eigenen Mitglieder gerne zur Verfügung stellen.

Allerdings empfiehlt es sich, daß die Gruppen ein eigenes Rundschreiben verschicken und lediglich den Fragebogen des Bundesvorstandes beilegen.

5. Bei einer Besprechung von Vertretern des Bundesarbeitsministeriums und der Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen o.V. - der auch der Verband der Kriegsdienstverweigerer als Mitglied angeschlossen ist - wurde uns bekannt, daß man bei einer Novellierung des Ersatzdienstgesetzes plant, die Verwaltungskompetenzen für Ersatzdienstpflichtige auf das Bundesverwaltungsamt zu übertragen. Auf Anregung unseres Verbandes hat sich die Zentralstelle sehr energisch dafür eingesetzt, daß die Verwaltungskompetenzen nicht an das Bundesverwaltungsamt, sondern an die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung übergeben werden sollten. Die wesentlichste Begründung ist, daß die Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über einen Unterbau lokaler Behörden verfügt, so daß viele Probleme, die zwischen Sozialdienstleistenden und den Trägerorganisationen auftreten, lokal gelöst werden können, wobei nicht unberücksichtigt bleiben sollte, daß die Bundesanstalt auch mit der Materie der Arbeitsvermittlung vertraut ist.

Inzwischen wurde unsere Petition, nach der wir forderten, daß das Ersatzdienstgesetz so geändert werden kann, daß der Dienst der Kriegsdienstverweigerer auch als Friedens- und Entwicklungsdienst im Ausland abgeleistet werden kann, von dem zuständigen Ausschuss des Deutschen Bundestages abschlägig beschieden worden. Das Bundesarbeitsministerium sieht auch kaum Möglichkeiten, unsere Wünsche bei der Novellierung des Ersatzdienstgesetzes zu berücksichtigen. Wir haben uns mit diesem Bescheid nicht zufrieden gegeben und inzwischen unsere Auffassung dem Deutschen Bundestag und dem Bundesarbeitsministerium noch einmal nachdrücklich zur Kenntnis gegeben.

Zur Verfassungsmäßigkeit des § 20, Abs. 1 des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst hat Rechtsanwalt Dr. Rudolf Monnerjahn im Auftrag des Bundesvorstandes ein Rechtsgutachten erarbeitet. In seinem Rechtsgutachten vertritt Dr. Monnerjahn die Auffassung, daß § 20, Abs. 1 des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst grundgesetzwidrig ist, insbesondere, soweit er Beförderungen und damit verbunden höhere Besoldung der Ersatzdienstleistenden nicht vorsieht. Wir haben dieses Rechtsgutachten dem Bundesarbeitsministerium zugeleitet und auch hier leider einen abschlägigen Bescheid erhalten. Allerdings hat Dr. Monnerjahn sein Rechtsgutachten sehr ausführlich begründet, währenddem sich die Stellungnahme des BMA mit 2 Sätzen zufrieden gibt. Wir haben deshalb nochmals an das BMA geschrieben und um eine Begründung des abschlägigen Bescheides gebeten.

6. Die VK-Gruppe Köln hat von der Oberpostdirektion untersagt bekommen, nach Inkrafttreten der neuen Postordnung neben dem Absender auf die Umschläge den Text aufzudrucken: Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. (Art. 4/3 GG). Der Bundesvorstand hat beschlossen, gegen die Oberpostdirektion eine Feststellungsklage einzuleiten. Falls die eine oder andere VK-Gruppe ähnliche Erfahrungen mit der Post macht wie die Gruppe Köln, bitten wir um Information der Verbandsgeschäftsstelle.

7. Der Bundeskongreß 1964 hat dem Bundesvorstand empfohlen, die im vergangenen Jahr durchgeführten Aktionen zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" auch in diesem Jahr wieder durchzuführen. Der Bundesvorstand wird sich bemühen, diesen Beschluß zu verwirklichen, wobei es besonders auf die aktive Mitarbeit der Gruppen ankommt. Wir bitten heute schon, das Wochenende 28./29.11.1964 und die darauf folgende Woche für Aktionen zu reservieren. Die Gruppen sollten sich schon jetzt bemühen, herauszufinden, wo in dem näheren und weiteren Gruppenbereich Konsulate, Generalkonsulate und Botschaften ausländischer Staaten sind, die zwar die allgemeine Wehrpflicht kennen, aber das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung nicht garantieren.
8. Angeregt durch eine Empfehlung des Bundeskongresses 1964, plant der Bundesvorstand, im Herbst 1964 regionale Arbeitstagungen der Gruppenvorstände zu veranstalten. Teilen Sie bitte unserem Bundesvorstandsmitglied Hans Hammer, 7 Stuttgart-Rohr, Orionweg 1 A bis zum 15.7.1964 Themenwünsche mit, die nach Ihrer Meinung bei solchen Arbeitstagungen beachtet werden sollten.
9. Am 6. August 1964 jährt sich zum 19. Male der Atombombenabwurf auf die japanische Stadt Hiroshima. Wir hoffen, daß die VK-Gruppen zu diesem Tag wieder vorwiegend Mahnwachen veranstalten werden, bei denen Flugblätter, die an die grausame Tat erinnern sollen, verteilt werden. Die Geschäftsstelle wird Ihnen im Laufe des Monats Juni noch einen Flugblattentwurf zusenden. Außerdem empfehlen wir schon heute, daß Gruppen, deren Heimatort an einem Fluß liegt, das Beispiel der Japaner nachahmend, am 6. August abends Windlichter auf dem Fluß aussetzen. Die Presse ist bei einer solchen Art der "Demonstration" unter allen Umständen zu informieren.

Anregend möchten wir auf die Möglichkeit hinweisen, am 6. Aug. in den örtlichen Zeitungen Todesanzeigen aufzugeben, wie es die VK-Gruppe Iserlohn im vorigen Jahr getan hat. Wir unterbreiten hierzu folgenden Textvorschlag:

Heute vor 19 Jahren, am 6. August 1945, fanden Sumiko Osato geb. 20.10.24 und Yoko Osato geb. 13.4.44 und mit ihnen 67 234 Menschen, meist Frauen und Kinder, plötzlich und unerwartet in Hiroshima als unschuldige Opfer der ersten Atombombe einen tragischen und grausigen Tod. Das furchtbare Geschehen ist für jeden menschlich Fühlenden verpflichtend. Verband der Kriegsdienstverweigerer in der War Resisters' International e.V., 6. August 1964

Wir empfehlen dringend zu überprüfen, ob die örtlichen Aktionen zum Hiroshima-Tag in Zusammenarbeit mit dem örtlichen Ausschuß der Kampagne für Abrüstung durchgeführt werden können.

10. Das Protokoll vom Bundeskongreß 1964 ist fertiggestellt und wurde allen VK-Gruppen jeweils in der Zahl zugestellt, wie den Gruppen ordentliche Delegierte zum Bundeskongreß zustanden. Wir haben rd. 100 Protokolle mehr herstellen lassen und bieten sie allen Gruppen - auch zur Weitergabe an interessierte Mitglieder - zum Preis von DM 2.-- das Stück an.

Dringend suchen wir einige Exemplare des broschürten Protokolls von 1963. In den letzten Wochen häufen sich die Anfragen von Bibliotheken nach diesem Protokoll, die wir leider nicht mehr

befriedigen können. Natürlich sollten wir sehr daran interessiert sein, unser Protokoll auch in die interessierten Bibliotheken zu bringen. Wer vorjährige Protokolle vorrätig hat, schicke diese bitte an die Verbandsgeschäftsstelle und erhält dafür die gleiche Stückzahl von Protokollen von 1964.

11. Beginnend mit dem Ostermarsch 1964 hat die Kampagne für Abrüstung eine Petition an den Deutschen Bundestag gestartet. Wir haben bereits der April-Nummer von ZIVIL Petitionslisten beigelegt. Der Bundeskongreß 1964 hat die Petition der Kampagne für Abrüstung begrüßt und die ganze Unterstützung des VK zugesagt.

Wir geben Ihnen beigelegt noch einmal je ein Exemplar der großen und kleinen Petitionslisten und bitten, weitere Exemplare bei der Verbandsgeschäftsstelle zu bestellen. In kleineren Mengen geben wir die Listen kostenlos ab. Ab 100 Stück müssen wir die großen Listen mit DM 1.50 und die kleinen mit DM 1.-- berechnen.

Was man alles für die Petitionstun kann, entnehmen Sie bitte dem ebenfalls beigelegten "Petitionsbrief Nr. 1", der vom Zentralen Ausschuß der Kampagne für Abrüstung herausgebracht wurde.

Sie haben es geschafft und wir hoffen, daß die meisten der hier gemachten Anregungen für Sie von Bedeutung sind und sich in einer allgemeinen Aktivierung unserer Arbeit für die nächsten Monate niederschlagen.

Mit freundlichen Grüßen,

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

- P.S.: 12. Der Bundeskongreß in Hamburg hat in mehreren Beschlüssen ein Bekenntnis zu den Völkerverständigungs- und Entspannungsmaßnahmen der Vereinten Nationen abgelegt. Der Bundesvorstand und die Gruppen wurden aufgefordert, sich noch mehr als bisher über die Bestrebungen der UN zu informieren und diese zu unterstützen.

Sie finden beigelegt die "Allgemeine Erklärung der Menschenrechte". Weiteres Material über die Vereinten Nationen fordern Sie bitte bei der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bonn, Si rockstr. 23. Die Deutsche Gesellschaft gibt u.a. auch eine zweimonatig erscheinende Zeitung "Vereinte Nationen" heraus, von der Sie sich Probeexemplare anfordern sollten. D.O.

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

Termin: 1. Juli 1964

Fragebogen an alle VK-Gruppen

1. Name der Gruppe
2. Anschrift der Gruppengeschäftsstelle (sofern vorhanden)
.....
Telefon der Gruppengeschäftsstelle:
Öffnungszeiten der Gruppengeschäftsstelle:
.....
3. Postanschrift der Gruppe (sofern nicht die gleiche wie unter 2)
.....
Telefon:
4. Name und Anschrift
des Gruppenvorsitzenden:
des stellvertr. Vorsitzenden:
des Schatzmeisters:
des Geschäftsführers/Schriftführers:
.....
des örtl. Friedensdienstreferenten:
.....
die letzte Vorstandswahl fand statt:
5. Überweisungen sollen erfolgen auf das folgende Konto:
.....
an die folgende Anschrift:
.....
6. Der von der Gruppe festgesetzte Beitrag beträgt
DM im Monat
DM im Jahr

7. Die Zahl der anerkannten Kriegsdienstverweigerer der Gruppe ist:
Den zivilen Ersatzdienst haben abgeleistet oder leisten:
8. Die Gruppe bestellt hiermit zum regelmäßigen Bezug
Stück Werbe-Exemplare von ZIVIL zum Preis von DM 0.30 je Stück
9. Die Gruppe benötigt von allen Rundschreiben je Stück
10. Besondere Bemerkungen oder Wünsche:

....., den

.....
(Unterschrift des Gruppenvorsitzenden bzw. des Vertreters)

Institut für Zeitgeschichte Archiv

Petition an den Deutschen Bundestag



Die Voraussetzung für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung in Ost und West ist, daß jede weitere Verbreitung von Atomwaffen vermieden wird. Einer internationalen Vereinbarung hierüber steht der Plan zur Bildung einer multilateralen Atommacht, an der sich auch die Bundesrepublik beteiligen soll, im Wege.

- Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist am besten gewährleistet, wenn in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie, rustungsverdünnte Zone mit internationaler Kontrolle geschaffen wird.

- Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.

In der Bundesrepublik mangelt es an einer ständigen sachlichen Untersuchung und Diskussion über die Möglichkeiten einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

- Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.

Bitte, deutlich schreiben!

Name	Vorname	Leitzahl	Ort	Straße	Unterschrift
1.....					
2.....					
3.....					

Zu dieser Petition ruft die Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner auf. Mit ihrer Unterzeichnung entsteht jedoch keine Verpflichtung oder Bindung gegenüber der Kampagne. Die Namen von Unterzeichnern dieser Petition werden von der Kampagne nicht veröffentlicht.

Diese Petition darf jeder Bürger der Bundesrepublik nur einmal unterzeichnen. Die abgeschlossenen Listen senden Sie bitte bis zum 31. 7. 1964 direkt an die Geschäftsführung der

Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner

Dr. Andreas Büro, 8 München 55, Andreas-Vösl-Straße 5

Herausgeber, Verleger und verantwortlich: Dr. A. Büro, München 55
Satz bzw. Druck Buchdruckerei Wolfenstetter, München 54

ED 718-5-42

Kampagne für Abrüstung Ostermarsch der Atomwaffengegner



An den
Petitionsausschuß
des Deutschen Bundestages
53 Bonn

Als erster Schritt zu einer allgemeinen und kontrollierten Abrüstung in Ost und West muß jede weitere Verbreitung von Atomwaffen vermieden werden. Einer internationalen Vereinbarung hierüber steht der Plan zur Bildung einer multilateralen Atommacht, an der sich auch die Bundesrepublik beteiligen soll, im Wege.

- Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist am besten gewährleistet, wenn in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone mit internationaler Kontrolle geschaffen wird.

- Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.

In der Bundesrepublik mangelt es an einer ständigen sachlichen Untersuchung und Diskussion über die Möglichkeiten einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

- Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.

Name	Vorname	Leitzahl	Ort	Straße	Unterschrift
1.					
2.					
3.					
4.					
5.					
6.					
7.					

Diese Petition darf jeder Bürger der Bundesrepublik nur einmal unterzeichnen. Die abgeschlossenen Listen bitte direkt an die Geschäftsführung der Kampagne, Dr. A. Buro, 8 München 55, Andreas-Vösl-Straße 5, bis zum 30. 7. 1964 senden.

7. Mai 1964

Petitionsbrief Nr. 1

An die Orts- und Regionalausschüsse
der Kampagne für Abrüstung

Liebe Freunde,

der Ostermarsch 64 war ein Erfolg. Überall im Bundesgebiet sind die Märsche größer geworden und trotz Regen und Schneetreiben haben wir eine beachtliche Aufmerksamkeit unter der Bevölkerung und in der Öffentlichkeit gefunden. Wir wollen uns aber mit dem Erreichten nicht zufriedengeben. Unsere nächste und wichtigste Aufgabe ist, für die Petition an den Deutschen Bundestag eine große Zahl Unterzeichner zu gewinnen. Man wird die Kraft der Kampagne danach beurteilen, ob es uns gelingt, hunderttausende von Unterschriften zu sammeln, denn bei dieser Art eine Petition einzureichen kommt es auf die Zahl an.

1. Die Petitionslisten wurden bereits oder werden durch die Landes- und Regionalausschüsse hergestellt. Beim Zentralen Ausschuss (Dr. A. Buro, 8000 München 55, Andreas-Voest-Str. 5) können kostenlos Matern bezogen werden, die die Druckkosten erheblich senken. (Muster der 2 verschiedenen Listen, eine für 25 Unterschriften, eine für 3 Unterschriften liegen bei.)
2. Die gesammelten Unterschriften - auch wenn evtl. einige Listen nicht voll werden - sind an Dr. A. Buro zu senden. Schlußtermin für die gesamte Unterschriftensammlung: 20. August 1964! Am 29. August finden in Bonn Demonstrationen und anschließend eine Großkundgebung statt. (Antikriegstag!), aus deren Anlaß das Ergebnis der Unterschriftensammlung bekanntgegeben und die Petition beim Deutschen Bundestag überreicht werden.
3. Es sollte, wo notwendig, immer darauf hingewiesen werden, daß mit der Unterzeichnung der Petition keine Verpflichtung oder Bindung gegenüber der Kampagne für Abrüstung entsteht. Die Namen von Unterzeichner der Petition werden von der Kampagne nicht veröffentlicht. Die Petitionslisten werden bei einem Notar hinterlegt, der die Petition namens der Kampagne für Abrüstung und der soandsoviel tausend Unterzeichner dem Petitionsausschuss zuleitet.
4. An den Veranstaltungen und Ostermärschen 1964 haben sich hunderttausend Menschen beteiligt. Diese Zahl müssen wir bei der Unterschriftensammlung für die Petition vervielfachen. Sicher gibt es Millionenen Bürger in der Bundesrepublik, die die Forderungen der Petition voll unterstützen. Unsere Aufgabe ist es, durch vielerlei Aktionen einen großen Teil dieser Bürger anzusprechen und zur Unterschriftenleistung zu gewinnen.
5. Die ersten Erfolge bei der Unterschriftensammlung hatten einige Örtliche Ausschüsse bei den Mai-Kundgebungen des DGB. Vor den Veranstaltungsräumen oder Kundgebungsplätzen waren Informationsstände der Kampagne errichtet, bei denen die Petitionslisten auslagen. Andere Ausschüsse haben bei den

Umzügen und bei Veranstaltungen zum 1. Mai die kleinen Petitionslisten verteilt. Wir sollten bei ähnlichen Veranstaltungen, die in den nächsten Monaten stattfinden, diese Erfahrungen verwerten.

6. Der Örtliche Ausschuss Borken hat den starken Ausflugverkehr um den 1. Mai genutzt, einen großen Teil der Bevölkerung auf die Forderungen der Kampagne für Abrüstung aufmerksam zu machen. An wichtigen Ausfallsstrassen hinter der Stadt, hinter Kreuzungen viel befahrener Bundes- und Landstrassen und vor einer Auffahrt zur Bundesautobahn wurden OM-Plakate aufgestellt. Zwei bis drei Freunde der Örtlichen Ausschüsse haben dabei, dort wo es möglich war, kleine Petitionslisten verteilt. Man war mit der Aktion sehr zufrieden und will sie an Pfingsten wiederholen.
7. Wir empfehlen, daß alle Ortsausschüsse schleunigst zu einer Sitzung zusammenkommen um zu planen, wie örtlich gearbeitet werden soll. Die Unterschriftenaktion muß von nun an permanent bis in den August überall im Bundesgebiet auf vollen Touren laufen. Für örtliche Aktionen geben wir folgende Anregungen:
 - a) Betriebsaktionen - vor allen Fabriken, Büros und Verwaltungen am Ort. 1. Verteilen der kleinen Petitionslisten mit einem Beiblatt, das darauf hinweist, daß die Listen nach Arbeitsschluß wieder eingesammelt werden. 2. Errichten eines Standes wo nach Arbeitsschluß die großen Listen ausgelegt werden.
 - b) Informationsstand an zentralen Punkten am Ort. Von unseren Freunden möglichst täglich mehrere Stunden und über 2 bis 4 Wochen besetzt. Evtl. Eröffnung durch eine kurze Kundgebung, zu der die Presse eingeladen wird. Wo etwas Geld vorhanden, durch Anoncen auf den Informationsstand hinweisen. Petitionstext ist groß und gut lesbarlich auf eine Tafel zu schreiben. Es wird empfohlen, nur große Petitionslisten auszulegen.
 - c) Aktionen an Hochschulen, Fachschulen und Universitäten können ähnlich wie bei Betriebsaktionen organisiert werden.
 - d) Mit Hausbesuchen könnten wir wohl die größtmögliche Unterschriftenzahl am Ort gewinnen. Das bedeutet allerdings eine riesige Arbeit, die sich jedoch in vielen tausend Unterschriften niederschlagen und darüber hinaus eine breite Aufklärung über die Kampagne für Abrüstung sozusagen als Nebenprodukt mit sich bringen wird. Der Örtliche Ausschuss einer mittleren Großstadt ist zur Zeit dabei, Wohnung um Wohnung, Straße um Straße und Stadtteil um Stadtteil durchzukämmen. Das bringt lebhaftere Diskussionen und nach dem so mancher seine anfängliche Scheu überwunden hat auch viel Freude. Es empfiehlt sich, möglichst zu zweit und nur mit den großen Petitionslisten zu gehen.

In Hessen und Nordrhein-Westfalen plant man zur Zeit ein Aufklärungsflugblatt über die Petition, das bei Hausbesuchen ein bis zwei Tage vor dem Besuch in Briefkästen gesteckt werden soll. Die angesprochenen Bewohner dürften dann besser informiert sein und die Diskussionen werden etwas verkürzt. Selbstverständlich steht das Aufklärungsflugblatt nach seiner Fertigstellung sämtlichen Ausschüssen im Bundesgebiet zur Verfügung.

- 3 -

e) Vielerorts gibt es Schülerzeitungen und Vereinsblättchen. Man sollte verhandeln, ob kostenlos die kleinen Petitionslisten eingelegt werden können.

f) Zur Zeit läuft in vielen Kinos in der Bundesrepublik der Film "Dr. Seltsam - oder wie ich lernte, die Bombe zu lieben". Wir sollten im Anschluß die kleinen Petitionslisten verteilen. Das gleiche gilt für Antikriegsfilme oder für geeignete Schauspiele wie "Die Physiker".

g) Unter Hinweis auf Punkt 5) des Schreiben sei noch einmal an Veranstaltungen der Gewerkschaften, Parteien, Volkshochschulen etc. erinnert. (Kleine Petitionslisten)

Liebe Freunde, dieser Rundbrief ist umfangreich. Dennoch hoffen wir, daß Sie bis hierher vorgedrungen sind und Sie sollten ihn ein zweites und ein drittes mal lesen, sowie alles vorgeschlagene durchdenken. Wir wollen Ihnen auch weiterhin Vorschläge und Informationen zur Unterschriftensammlung für die Petition schicken. Dazu bitten wir um Ihre Mitarbeit. Schreiben Sie uns Ihre Erfahrungen an die Adresse Klaus Vack, 6050 Offenbach - 4, Postfach 648, damit alle Freunde und damit die Kampagne für Abrüstung davon profitieren.

Mit freundlichen Grüßen!
Kampagne für Abrüstung
Ostermarsch der Atomwaffengegner
Zentraler Ausschuss
i.A.

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Nationen zur Aufrechterhaltung des Friedens begünstigen.

(3) In erster Linie haben die Eltern das Recht, die Art der ihren Kinder zuteil werdenden Bildung zu bestimmen.

Artikel 27. (1) Jeder Mensch hat das Recht, am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen, sich der Künste zu erfreuen und am wissenschaftlichen Fortschritt und dessen Wohltaten teilzuhaben.

(2) Jeder Mensch hat das Recht auf Schutz der moralischen und materiellen Interessen, die sich aus jeder wissenschaftlichen, literarischen oder künstlerischen Produktion ergeben, deren Urheber er ist.

Artikel 28. Jeder Mensch hat Anspruch auf eine soziale und internationale Ordnung, in welcher die in der vorliegenden Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten voll verwirklicht werden können.

Artikel 29. (1) Jeder Mensch hat Pflichten gegenüber der Gemeinschaft, in der allein die freie und volle Entwicklung seiner Persönlichkeit möglich ist.

(2) Jeder Mensch ist in Ausübung seiner Rechte und Freiheiten nur den Beschränkungen unterworfen, die das Gesetz ausschließlich zu dem Zwecke vorsieht, um die Anerkennung und Achtung der Rechte und Freiheiten der anderen zu gewährleisten und den gerechten Anforderungen der Moral, der öffentlichen Ordnung und der allgemeinen Wohlfahrt in einer demokratischen Gesellschaft zu genügen.

(3) Rechte und Freiheiten dürfen in keinem Fall im Widerspruch zu den Zielen und Grundsätzen der Vereinten Nationen ausgeübt werden.

Artikel 30. Keine Bestimmung der vorliegenden Erklärung darf so ausgelegt werden, daß sich daraus für einen Staat, eine Gruppe oder eine Person irgendein Recht ergibt, eine Tätigkeit auszuüben oder eine Handlung zu setzen, welche auf die Vernichtung der in dieser Erklärung angeführten Rechte und Freiheiten abzielen.

ALLGEMEINE ERKLÄRUNG der MENSCHENRECHTE

LD 718 - 5 - 45



AM 10. DEZEMBER 1948 genehmigte und verkündete die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Im Anschluss an diesen historischen Vorgang, ersuchte die Versammlung den Generalsekretär der Vereinten Nationen um „denkbar weiteste Verbreitung der Erklärung und zu diesem Zwecke um ihre Veröffentlichung und Verteilung nicht nur in den Amtssprachen, sondern auch, unter Anwendung aller ihm zur Verfügung stehenden Mittel, in möglichst allen anderen Sprachen“.

Den offiziellen Wortlaut findet man in den Texten der fünf Amtssprachen der Vereinten Nationen: chinesisch, englisch, französisch, russisch und spanisch.

HERAUSGEGEBEN VON DEN
VEREINTEN NATIONEN

ALLGEMEINE ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE

PRÄAMBEL

Da die Anerkennung der allen Mitgliedern der menschlichen Familie innewohnenden Würde und ihrer gleichen und unveräußerlichen Rechte die Grundlage der Freiheit, der Gerechtigkeit und des Friedens in der Welt bildet,

da Verkenntung und Mißachtung der Menschenrechte zu Akten der Barbarei führten, die das Gewissen der Menschheit tief verletzt haben, und da die Schaffung einer Welt, in der den Menschen, frei von Furcht und Not, Rede- und Glaubensfreiheit zuteil wird, als das höchste Bestreben der Menschheit verkündet worden ist,

da es wesentlich ist, die Menschenrechte durch die Herrschaft des Rechtes zu schützen, damit der Mensch nicht zum Aufstand gegen Tyrannei und Unterdrückung als letztem Mittel gezwungen wird,

da es wesentlich ist, die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen zu fördern,

da die Völker der Vereinten Nationen in der Satzung ihren Glauben an die grundlegenden Menschenrechte, an die Würde und den Wert der menschlichen Person und an die Gleichberechtigung von Mann und Frau erneut bekräftigt und beschlossen haben, den sozialen Fortschritt und bessere Lebensbedingungen bei größerer Freiheit zu fördern,

da die Mitgliedstaaten sich verpflichtet haben, in Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen die allgemeine Achtung und Verwirklichung der Menschenrechte und Grundfreiheiten durchzusetzen,

da eine gemeinsame Auffassung über diese Rechte und Freiheiten von größter Wichtigkeit für die volle Erfüllung dieser Verpflichtung ist,

verkündet

DIE GENERALVERSAMMLUNG

DIE VORLIEGENDE ALLGEMEINE ERKLÄRUNG DER MENSCHENRECHTE als das von allen Völkern und Nationen zu erreichende gemeinsame Ideal, damit jeder einzelne und alle Organe der Gesellschaft sich diese Erklärung stets gegenwärtig halten und sich bemühen, durch Unterricht und Erziehung die Achtung dieser Rechte und Freiheiten zu fördern und durch fortschreitende Maßnahmen im nationalen und internationalen Bereiche ihre allgemeine und tatsächliche Anerkennung und Verwirklichung bei der Bevölkerung sowohl der Mitgliedstaaten wie der ihrer Oberhoheit unterstehenden Gebiete zu gewährleisten.

Artikel 1. Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit begegnen.

Artikel 2. Jeder Mensch hat Anspruch auf die in dieser Erklärung verkündeten Rechte und Freiheiten ohne irgendeine Unterscheidung, wie etwa nach Rasse, Farbe, Geschlecht, Sprache, Religion, politischer oder sonstiger Überzeugung, nationaler oder sozialer Herkunft, nach Eigentum, Geburt oder sonstigen Umständen.

Weiters darf keine Unterscheidung gemacht werden auf Grund der politischen, rechtlichen oder internationalen Stellung des Landes oder Gebietes, dem eine Person angehört, ohne Rücksicht darauf, ob es unabhängig ist, unter Treuhandschaft steht, keine Selbstregierung besitzt oder irgendeiner anderen Beschränkung seiner Souveränität unterworfen ist.

Artikel 3. Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.

Artikel 4. Niemand darf in Sklaverei oder Leibeigenschaft gehalten werden; Sklaverei und Sklavenhandel sind in allen ihren Formen verboten.

Artikel 5. Niemand darf der Folter oder grausamer, unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe unterworfen werden.

Artikel 6. Jeder Mensch hat überall Anspruch auf Anerkennung als Rechtsperson.

Artikel 7. Alle Menschen sind vor dem Gesetze gleich und haben ohne Unterschied Anspruch auf gleichen Schutz durch das Gesetz. Alle haben Anspruch auf gleichen Schutz gegen jede unterschiedliche Behandlung, welche die vorliegende Erklärung verletzen würde, und gegen jede Aufreizung zu einer derartigen unterschiedlichen Behandlung.

Artikel 8. Jeder Mensch hat Anspruch auf wirksamen Rechtsschutz vor den zuständigen innerstaatlichen Gerichten gegen alle Handlungen, die seine ihm nach der Verfassung oder nach dem Gesetz zustehenden Grundrechte verletzen.

Artikel 9. Niemand darf willkürlich festgenommen, in Haft gehalten oder des Landes verwiesen werden.

Artikel 10. Jeder Mensch hat in voller Gleichberechtigung Anspruch auf ein der Billigkeit entsprechendes und öffentliches Verfahren vor einem unabhängigen und unparteiischen Gericht, das über seine Rechte und Verpflichtungen oder über irgendeine gegen ihn erhobene strafrechtliche Beschuldigung zu entscheiden hat.

Artikel 11. (1) Jeder Mensch, der einer strafbaren Handlung beschuldigt wird, ist so lange als unschuldig anzusehen, bis seine Schuld in einem öffentlichen Verfahren, in dem alle für seine Verteidigung nötigen Voraussetzungen gewährleistet waren, gemäß dem Gesetz nachgewiesen ist.

(2) Niemand kann wegen einer Handlung oder Unterlassung verurteilt werden, die im Zeitpunkt, da sie erfolgte, auf Grund des nationalen oder internationalen Rechts nicht strafbar war. Desgleichen kann keine schwerere Strafe verhängt werden als die, welche im Zeitpunkt der Begehung der strafbaren Handlung anwendbar war.

Artikel 12. Niemand darf willkürlichen Eingriffen in sein Privatleben, seine Familie, sein Heim oder seinen Briefwechsel noch Angriffen auf seine Ehre und seinen Ruf ausgesetzt werden. Jeder Mensch hat Anspruch auf rechtlichen Schutz gegen derartige Eingriffe oder Anschläge.

Artikel 13. (1) Jeder Mensch hat das Recht auf Freizügigkeit und freie Wahl seines Wohnsitzes innerhalb eines Staates.

(2) Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen sowie in sein Land zurückzukehren.

Artikel 14. (1) Jeder Mensch hat das Recht, in anderen Ländern vor Verfolgungen Asyl zu suchen und zu genießen.

(2) Dieses Recht kann jedoch im Falle einer Verfolgung wegen nichtpolitischer Verbrechen oder wegen Handlungen, die gegen die Ziele und Grundsätze der Vereinten Nationen verstoßen, nicht in Anspruch genommen werden.

Artikel 15. (1) Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Staatsangehörigkeit.

(2) Niemandem darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen noch ihm das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.

Artikel 16. (1) Heiratsfähige Männer und Frauen haben ohne Beschränkung durch Rasse, Staatsbürgerschaft oder Religion das Recht, eine Ehe zu schließen und eine Familie zu gründen. Sie haben bei der Eheschließung, während der Ehe und bei deren Auflösung gleiche Rechte.

(2) Die Ehe darf nur auf Grund der freien und vollen Willenseinigung der zukünftigen Ehegatten geschlossen werden.

(3) Die Familie ist die natürliche und grundlegende Einheit der Gesellschaft und hat Anspruch auf Schutz durch Gesellschaft und Staat.

Artikel 17. (1) Jeder Mensch hat allein oder in Gemeinschaft mit anderen Recht auf Eigentum,

(2) Niemand darf willkürlich seines Eigentums beraubt werden.

Artikel 18. Jeder Mensch hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit; dieses Recht umfaßt die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung zu wechseln, sowie die Freiheit, seine Religion oder seine Überzeugung allein oder in Gemeinschaft mit anderen, in der Öffentlichkeit oder privat, durch Lehre, Ausübung, Gottesdienst und Vollziehung von Riten zu bekunden.

Artikel 19. Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfaßt die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungsmitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Artikel 20. (1) Jeder Mensch hat das Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit zu friedlichen Zwecken.

(2) Niemand darf gezwungen werden, einer Vereinigung anzugehören.

Artikel 21. (1) Jeder Mensch hat das Recht, an der Leitung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter teilzunehmen.

(2) Jeder Mensch hat unter gleichen Bedingungen das Recht auf Zulassung zu öffentlichen Ämtern in seinem Lande.

(3) Der Wille des Volkes bildet die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt; dieser Wille muß durch periodische und unverfälschte Wahlen mit allgemeinem und gleichem Wahlrecht bei geheimer Stimmabgabe oder in einem gleichwertigen freien Wahlverfahren zum Ausdruck kommen.

Artikel 22. Jeder Mensch hat als Mitglied der Gesellschaft Recht auf soziale Sicherheit; er hat Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der Organisation und der Hilfsmittel jedes Staates in den Genuß der für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen.

Artikel 23. (1) Jeder Mensch hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf angemessene und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz gegen Arbeitslosigkeit.

(2) Alle Menschen haben ohne jede unterschiedliche Behandlung das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.

(3) Jeder Mensch, der arbeitet, hat das Recht auf angemessene und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert und die, wenn nötig, durch andre soziale Schutzmaßnahmen zu ergänzen ist.

(4) Jeder Mensch hat das Recht, zum Schutze seiner Interessen Berufsvereinigungen zu bilden und solchen beizutreten.

Artikel 24. Jeder Mensch hat Anspruch auf Erholung und Freizeit sowie auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und auf periodischen, bezahlten Urlaub.

Artikel 25. (1) Jeder Mensch hat Anspruch auf eine Lebenshaltung, die seine und seiner Familie Gesundheit und Wohlbefinden, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztlicher Betreuung und der notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge, gewährleistet; er hat das Recht auf Sicherheit im Falle von Arbeitslosigkeit, Krankheit, Invalidität, Verwitwung, Alter oder von anderweitigem Verlust seiner Unterhaltsmittel durch unverschuldete Umstände.

(2) Mutter und Kind haben Anspruch auf besondere Hilfe und Unterstützung. Alle Kinder, eheliche und uneheliche, genießen den gleichen sozialen Schutz.

Artikel 26. (1) Jeder Mensch hat das Recht auf Bildung. Der Unterricht muß wenigstens in den Elementar- und Grundschulen unentgeltlich sein. Der Elementarunterricht ist obligatorisch. Fachlicher und beruflicher Unterricht soll allgemein zugänglich sein; die höheren Studien sollen allen nach Maßgabe ihrer Fähigkeiten und Leistungen in gleicher Weise offen stehen.

(2) Die Ausbildung soll die volle Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit und die Stärkung der Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten zum Ziele haben. Sie soll Verständnis, Duldsamkeit und Freundschaft zwischen allen Nationen und allen rassischen oder religiösen Gruppen fördern und die Tätigkeit der Vereinten

ED 718-5-47

HOCHSCHULE
WUPPERTAL
AM 11.07.1964

Herbert Stubenrauch
Vorsitzender des
Vorbandes der Kriegsdienst-
verweigerer

5600 Wuppertal, den 25.6.1964
Ludwigstr. 29

Arbeitsgrundlage für die Diskussion über die "Ostpolitik"
des VK, zur Vorlage für die BA-Sitzung, Juli 1964

=====

Vorbemerkung: Der VK hat seit seinem Bestehen seine Ostpolitik jeweils negativ formuliert. Die wesentlichen Teile dieser negativen Politik haben nach wie vor Gültigkeit. Als solche sind zu nennen: Die grundsätzliche Ablehnung, sich zum direkten oder indirekten Handlanger der Machtpolitik eines der im Kalten Krieg engagierten Teile zu machen; die grundsätzliche Verwerfung des im kommunistischen Lager selbstverständlichen Glaubens an eine Sicherheitspolitik durch Aufrüstung und Militärpolitik; die grundsätzliche Gegnerschaft zu den Versuchen, den einzelnen Menschen total zu manipulieren und gegen die damit verbundene Aufhebung elementarer Menschenrechte.

Es erscheint jedoch für den VK unangänglich, nunmehr seine Haltung und Einstellung zu den kommunistischen Nachbarvölkern auch positiv festzulegen. Wenn der politische Pazifismus eine Sicherheitspolitik durch Abrüstung und Verständigung, eine Deutschland- und Europapolitik auf der Grundlage von Verhandlungen anstrebt, dann ist es nicht länger möglich, einzelne, gerade in Deutschland anstehende Probleme, die das Verhältnis zu den östlichen Nachbarvölkern betreffen, aus der Diskussion herauszuhalten.

Der VK sollte sich darüber hinaus verpflichtet fühlen, avantgardistisch immer ein paar Schritte der offiziellen Diskussion voraus zu sein, und durch seine positiven Entscheidungen, andere größere Organisationen zu ebensolchen positiven Entscheidungen animieren.

Die neue Lage: Seit dem Moskauer Versuchsstoppabkommen ist offenbar in der Ost-West-Auseinandersetzung eine neue Phase eingeleitet worden. Es sind neue Bedingungen geschaffen worden, aus denen neue Folgerungen und Haltungen abzuleiten sind. Die neue Lage ist vor allem durch gewaltige Umwälzungen im kommunistischen Lager eingetreten. Man muß heute von zahlreichen "Kommunismen" sprechen, der Osten stellt sich nicht mehr als ein monolithischer Block dar, sondern ist zerfallen in die beiden sich heftig bekämpfenden Moskauer und Pekinger Parteien. Unter dem Schutze dieses großen Schismas im kommunistischen Block haben die früheren "Satelliten" sich mehr und mehr eigenen Raum erkämpft. (Rumäniens Versuche der Kontaktaufnahme mit der EWG, Ungarn und CSR große innenpolitische Wandlung (vgl. den Bericht von Claude Bourdet in "Konkret"), die wachsende Bedeutung Polens als selbständig handelndes politische Potential und die Festigung des Titoismus.)

Das Bemühen der USA und der UdSSR, in Mitteleuropa zur Konsolidierung des status quo zu kommen und dann, im zweiten Schritt zu einer schrittweisen Entspannung, hat kürzlich erst in dem von Ulbricht mit Moskau abgeschlossenen Freundschaftspakt seinen dokumentierten Niederschlag gefunden. Die Berlin-Krise ist damit endgültig beendet worden, es wurden keine neuen Tatsachen ge-

schaffen, nur der status quo noch einmal ausdrücklich festgelegt.

Damit verbunden hat auf Druck der Großmächte in beiden Teilen Deutschlands ein neuer Gesichtspunkt Eingang in die Politik gefunden: Trotz und neben der Verpflichtung der 4 Mächte von Potsdam sollten beide Teile Deutschlands sich selbst um die Normalisierung ihrer Beziehungen, und damit um innerdeutsche Entspannung kümmern. Die Großmächte haben wohl ein Interesse daran, daß der eine Teil Deutschlands nicht von dem anderen geschluckt wird, jedoch kein Interesse an den Weiterbestand des latenten Krisenherdes Deutschlands. So kann man eine Reihe von neuen Faktoren nennen, die diese "Neue Linie" kennzeichnen: Passierscheingespräche, Pfingsttreffen in Ostberlin, Prof. Havemann, Freilassung Dertingers und Heinz Brandts, Angebot zum Zeitungsaustausch und das Memorandum Ulbrichts vom 26.5. über Kernwaffenverzicht durch getrennte Erklärungen der beiden deutschen Regierungen und Bildung einer paritätisch aus DDR und BRD besetzten "Deutschen Rates", der gemeinsame Schritte zur weiteren Entspannung beraten soll.

Solche Schlußfolgerungen sind nun aus dieser so skizzierten "neuen Lage" für die Politik des VK zu ziehen?

1) Grundsätzliches: Der VK sollte niemals Zweifel aufkommen lassen, daß er - im Gegensatz zu anderen Organisationen - nicht als "Parteiläufer" der östlichen Politik auftreten kann, weil er von seiner Haltung her nicht sich mit der "Partei" des Ostens identifizieren kann.

Gleichzeitig jedoch muß der VK positiv solche Forderungen vertreten, die die politische Vernunft und die Durchführung des politischen Pazifismus erzwingen, auch wenn sie im Gegensatz stehen zu den Überzeugungen der meisten Organisationen in der Bundesrepublik und wenn sie Beifall finden aus dem Lager des Ostens. Der VK ist dazu verpflichtet, gerade jetzt solche Forderungen zu erheben, da die Tür zum Osten einen Spalt breit durch die allgemeine politische Entwicklung geöffnet wurde, und zur Zeit noch keine größere, unabhängige Gruppierung in der BRD es wagt, den Fuß zwischen die Türen zu setzen, damit sie nicht wieder zuschlägt, sondern weiter geöffnet werden kann.

2) Anerkennung der DDR: Der VK sollte klarmachen, daß er die Realität der DDR als einen provisorischen Teilstaat auf ehemals deutschem Territorium anerkennt und Gespräche zwischen Vertretern beider Regierungen, auf welcher Ebene auch immer begrüßt. Der VK selbst sollte günstige Gelegenheiten nutzen, um mit Vertretern der DDR - Bevölkerung, Organisationen oder Regierungskreisen - Gespräche über gemeinsam interessierende Fragen, vor allem Militärpolitik und Kriegsdienstverweigerung, zu führen.

Der VK sollte den Gedanken eines UNO-Vermittlers für Deutschland in diesem Zusammenhang besonders betonen.

Der VK vertritt nicht die Meinung, daß die BRD die einzig rechtmäßige Nachfolgerin des ehemaligen Deutschen Reiches ist.

3) Oder-Neiße-Grenze: Der VK vertritt die Auffassung, daß völkerrechtlich die endgültige Organisation des Territoriums, das nach der bedingungslosen Kapitulation vom Deutschen Reich übriggeblieben ist, und die Festlegung der Grenzen einem Friedensvertrag vorbehalten bleiben. Der VK vertritt die Ansicht, daß die Ostgrenze dieses Territoriums unwiderrufbar

- 3 -

an der Oder-Neiße-Linie liegt, da der Hitler-Überfall auf Polen und die bedingungslose Kapitulation diese Grenze herbeigeführt haben.

4) Hallstein-Doktrin: Der VK vertritt die Auffassung, daß die Hallstein-Doktrin wesentlicher Hinderungsgrund für die Entspannung in Mitteleuropa darstellt. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Polen, Rumänien, CSR, Ungarn, Jugoslawien ist im Interesse des Voranschreitens von Gesprächen und Verhandlungen in Mitteleuropa unumgänglich. *Bulgaria*

5) Sonstige positive Forderungen: Der VK befürwortet die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa (Rapacki- und Gomulka-Plan), den Abschluß eines Nicht-Angriffspaktes zwischen Warschauer-Pakt und NATO, den Verzicht beider deutscher Teilstaaten auf Lagerung und Produktion von A-Waffen, die Kürzung des Wehretats in beiden Teilen Deutschlands, die Aufhebung der Reisebeschränkungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands, die Amnestie von politischen Häftlingen in der BRD und der DDR.

Dieses Arbeitspapier ist nur für den persönlichen Gebrauch und für Vordiskussion der BA-Vertreter mit ihren Gruppenvorständen bestimmt. Es darf nicht veröffentlicht werden.

gez. Herbert Stubenrauch

Soll mehr zur eigenen Klärung dienen - Diskuss.,
nicht als Ausarbeitg. bzw. „Resolution des VK“.

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 15. Juli 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648

5. 8. 64

Rundschreiben Hannover 1 - 1964

An den Verteiler I, II, III und IV

Neue Grundsatzentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zum
Ersatzdienst

Am 15. Mai 1964 hat das Bundesverwaltungsgericht in einer Sache des Münchener Kriegsdienstverweigerers Ludwig Briechele eine wichtige Entscheidung verkündet, die für die Einberufung zum zivilen Ersatzdienst von grundsätzlicher Bedeutung ist. Während nach der bisherigen Praxis des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung (BMA) die Einberufung zum zivilen Ersatzdienst unabhängig von einem entsprechenden Antrag des Ersatzdienstpflichtigen nicht nur zu einer Ersatzdienstgruppe, sondern auch zu einer gemäß § 3 EDG anerkannten Organisation erfolgen konnte, wird in Zukunft eine Einberufung zu anerkannten Organisationen nur noch möglich sein, wenn ein entsprechender Antrag des Ersatzdienstpflichtigen vorliegt.

Sogleich nach Einrichtung des zivilen Ersatzdienstes haben wir uns, wie erinnerlich sein wird, dagegen wehren müssen, daß der BMA Kriegsdienstverweigerer gegen ihren Willen zu pflegerischen Diensten in Krankenhäusern und Irrenanstalten einberief. Der BMA trug seinerzeit unseren Einwand Rechnung, daß nach dem Willen des Gesetzgebers jedenfalls der pflegerische Dienst in Kranken-, Heil- und Pflegeanstalten nur auf freiwilliger Basis sollte verlangt werden können und hob alle damals angefochtenen Einberufungsbescheide zum Dienst in Kranken- und Irrenanstalten auf. Es wurde dann zwischen Vertretern des BMA und Vertretern der Zentralstelle zum Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer, des VK und der IdK eine Regelung der Einberufungsgrundsätze vereinbart, die dem Wortlaut des Gesetzes und dem Interesse der Kriegsdienstverweigerer Rechnung trug, nicht gegen ihren Willen karikative Dienste in Kranken- und Irrenanstalten leisten zu müssen. Jeder Ersatzdienstpflichtige wurde entsprechend der Regelung des § 4 EDG etwa einen Monat vor Beginn der Dienstleistung aufgefordert, zu erklären, ob er den Ersatzdienst bei einer anerkannten Organisation ableisten wolle. Entschied sich der Ersatzdienstpflichtige für eine bestimmte anerkannte Organisation und brachte eine schriftliche Einverständniserklärung dieser Organisation (z.B. eines Krankenhauses) bei, so erhielt er in aller Regel die gemäß § 5 EDG vorgesehene Zustimmung des BMA zur Dienstleistung in der von ihm ausgewählten Anstalt. Machte ein Ersatzdienstpflichtiger von seinem Auswahlrecht keinen Gebrauch, so wurde er vom BMA durch den Einberufungsbescheid entweder einer der in Bonn, Tübingen und Heidelberg eingerichteten Ersatzdienstgruppen oder aber irgendeiner der vom BMA anerkannten Organisationen zugewiesen. Der BMA glaubte insoweit durch den Wortlaut des Gesetzes gedeckt zu sein, weil eine Zwangsrekrutierung zu karikativen Diensten jedenfalls nicht mehr erfolgte und überdies in dem Aufforderungsschreiben an den Ersatzdienstpflichtigen die Wendung enthalten war, daß im Falle seines Schweigens seine Zustim-

mung zur Einberufung auch zu anerkannten Organisationen angenommen werde.

Mit dieser Praxis ist es nunmehr zu Ende. Das Bundesverwaltungsgericht vertritt in seinem Urteil vom 15. Mai 1954 die Auffassung, daß eine Dienstleistung in den anerkannten Organisationen von einem entsprechenden Antrag des Ersatzdienstpflichtigen abhängig ist. Ihm werde damit ein Einfluß auf Ort und Art der Dienstleistung ermöglicht. Macht ein Ersatzdienstpflichtiger von seinem Auswahlrecht keinen Gebrauch, so kommt nach Ansicht des Bundesverwaltungsgerichts nur eine Einberufung zu einer der Ersatzdienstgruppen in Betracht. Eine dritte Möglichkeit, den Ersatzdienstpflichtigen einzeln zu einer "isolierten" Dienstleistung einzuberufen, ist nach Ansicht des Bundesverwaltungsgerichts nicht gegeben. Wörtlich heißt es in dem Urteil:

"Läge das im Sinne des Gesetzes, so wäre die Gewährung des Antragsrechtes durch § 5 GzE überflüssig, weil es dem Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung dann ohnehin freistünde, einem Wunsche des Ersatzdienstpflichtigen zu entsprechen. Aus § 5 Abs. 1 und 2 GzE ergibt sich vielmehr, daß der Ersatzdienstpflichtige gegen seinen Willen nicht isoliert eingesetzt werden soll und daß das Einverständnis zwischen ihm und der Kranken-, Heil- oder Pflegeanstalt hergestellt sein muß, um einen zweckmäßigen Einsatz des Dienstpflichtigen zu gewährleisten. Ohne seine Mitwirkung kann er somit nur durch Einberufung in eine Ersatzdienstgruppe herangezogen werden. Dort ist ein leitendes Personal vorhanden, das auf Grund seiner Berufs- und Lebenserfahrung für diese Aufgabe besonders geeignet sein muß (§ 8 GzE); auf diese Weise soll gewährleistet werden, daß der Ersatzdienstpflichtige nicht zu Arbeiten herangezogen wird, die er nach seinen persönlichen Anlagen schlechterdings nicht ausführen kann. Wird er im Rahmen einer Ersatzdienstgruppe in einer Krankenanstalt eingesetzt, so ist durch die Tätigkeit des leitenden Personals zu erwarten, daß dies in sinnvoller Weise geschieht."

Aus diesem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts ergeben sich einige praktische Probleme.

Nach Mitteilung des Vertreters des BMA haben bisher nur etwa 15 % der Ersatzdienstpflichtigen von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, eine bestimmte Ersatzdienstorganisation zu benennen, in der sie ihren Dienst leisten wollen. Wenn insoweit nicht ein grundsätzlicher Wandel eintreten sollte, wird sich der Ersatzdienst in Zukunft von der Dienstleistung in anerkannten Organisationen (insbesondere Krankenanstalten) immer mehr auf die Ersatzdienstgruppen verlagern, die eine bedeutende Vergrößerung und Vermehrung erfahren müßten. Ob diese Entwicklung für uns erwünscht oder unerwünscht wäre, möchte ich an dieser Stelle nicht entscheiden. Sicher ist jedenfalls, daß sie für den BMA organisationstechnische und haushaltsmäßige Probleme mit sich bringen würde, die sich jedenfalls für die nächsten, zur Einberufung anstehenden Ersatzdienstpflichtigen in Verzögerungen auswirken würden. Es dürfte daher wichtig sein, noch einmal eindringlich auf die Möglichkeit hinzuweisen, den Ersatzdienst in einer anerkannten Organisation eigener Wahl abzuleisten und damit sowohl eine beschleunigte Einberufung sicherzustellen, als auch den offenbar nicht immer erfreulichen Verhältnissen in den Ersatzdienstgruppen zu entgehen. Wenn bisher nur 15 %

der anerkannten Kriegsdienstverweigerer von ihren gesetzlichen Wahlrecht hinsichtlich der Ableistung des Ersatzdienstes Gebrauch gemacht haben, so scheint doch immer noch nicht genügend Aufklärungsarbeit getrieben worden zu sein. Allerdings hat uns das BMA die Aufklärungsarbeit auch nicht gerade erleichtert, da schon seit längerer Zeit keine Listen aller anerkannten Organisationen mehr ausgegeben worden sind. Zur Begründung berief man sich von seiten des BMA darauf, daß einzelne Kriegsdienstverweigerer mit mehreren Organisationen gleichzeitig die Ableistung des Ersatzdienstes vereinbart hätten, dann aber nicht zum vereinbarten Zeitpunkt erschienen seien, weil sie ihre Zuweisung für eine andere Organisation beantragt hätten. Um derartige Pannen zu vermeiden, beschränkte das BMA das Wahlrecht des Ersatzdienstpflichtigen seit längerer Zeit darauf, daß er eine der anerkannten Spitzenorganisationen benennen durfte, die dann ihrerseits im Zusammenwirken mit dem BMA eine der ihr angegliederten Anstalten aussuchte. Es ist zu hoffen, daß der BMA unter Beachtung der neuen Grundsatzentscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zu der Praxis zurückkehrt, den einzelnen Ersatzdienstpflichtigen oder jedenfalls den Kriegsdienstverweigererverbänden vollständige Listen sämtlicher anerkannten Ersatzdienstorganisationen auszuhändigen, um die vom Gesetz gewollte Wahl der Ersatzdienstorganisation überhaupt zu ermöglichen. Die früher aufgetretenen Schwierigkeiten läßen sich dadurch umgehen, daß der einzelne Ersatzdienstpflichtige die Korrespondenz nicht direkt mit der von ihm ausgewählten Organisation (z.B. dem Krankenhaus in X), sondern über die jeweilige Spitzenorganisation führt, die sodann die Kontrolle darüber hat, daß nicht etwa mehrere Krankenhäuser gleichzeitig auf denselben Ersatzdienstpflichtigen reflektieren.

Natürlich behält der BMA auch jetzt noch die Möglichkeit, einen Ersatzdienstpflichtigen, der an sich seinen Dienst bei einer Ersatzdienstorganisation ableisten möchte, stattdessen zu einer Ersatzdienstgruppe einzuberufen. Diese Notwendigkeit wird sich insbesondere dann ergeben, wenn ein besonderer Wunsch nur hinsichtlich einer einzigen Ersatzdienstorganisation (z.B. eines bestimmten Krankenhauses) ausgesprochen wird, bei dieser Anstalt aber schon alle Plätze besetzt sind. Es wird sich daher empfehlen, auch in Zukunft mit mehreren Organisationen gleichzeitig Verbindung aufzunehmen, doch müßte - z.B. durch die Vermittlung sämtlicher Korrespondenz über die Spitzenorganisationen - gewährleistet sein, daß nicht mit mehreren Organisationen gleichzeitig ein Termin zur Ableistung des Ersatzdienstes vereinbart wird, der dann nicht eingehalten werden kann.

Ein weiteres Problem liegt in der Frage, ob Ersatzdienstpflichtige, die ohne entsprechenden eigenen Antrag zu anerkannten Organisationen einberufen worden sind und dort seit längerer Zeit Dienst leisten, sich nunmehr auf das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 15. Mai 1964 berufen und ihre Versetzung zu einer Ersatzdienstgruppe oder zu einer anderen Organisation verlangen können. Ohne das hier steckende Rechtsproblem entscheiden zu wollen, könnte ich mir vorstellen, daß der BMA in Einzelfällen bereit sein wird, der neuen Rechtslage durch eine Versetzung Rechnung zu tragen, wenn diese ausdrücklich gewünscht wird.

Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts in der Sache Bricchle enthält aber noch eine weitere wichtige Grundsatzentscheidung.

Das Bundesverwaltungsgericht hat in diesem Urteil nämlich die Frage verneint, ob die Heranziehung aller Kriegsdienstverweigerer zum Ersatzdienst eine Verletzung des Gleichheitssatzes darstelle. Das Bundesverwaltungsgericht meint, es sei berechtigt, jeden Ersatzpflichtigen einzuberufen, weil ein wesentlicher Unterschied in der Bedeutung der beiden Dienstpflichten bestehe.

"Der Ersatzdienst tritt an die Stelle des Wehrdienstes (§ 25 des Wehrpflichtgesetzes vom 25. Mai 1962 (BGBl. I S. 349) - WehrpflG -), er löst also die Wehrdienstpflicht ab. Das hat nicht allein zur Folge, daß der Ersatzdienstpflichtige nicht zur militärischen Ausbildung herangezogen wird, er scheidet darüber hinaus aus dem Kreise der Wehrpflichtigen aus. Das bedeutet, daß er für die Verteidigung mit der Waffe nicht mehr zur Verfügung steht, während der Wehrpflichtige, sei er einberufen worden oder nicht, bis zum Ablauf des Jahres, in dem er das 45. Lebensjahr - im Verteidigungsfalle das 60. Lebensjahr - vollendet, dienstpflichtig bleibt (§ 3 Abs. 2 und 4 WehrpflG). Dafür, daß der Ersatzdienstpflichtige von dieser Pflicht frei ist, und nicht nur dafür, daß er nicht mit der Waffe ausgebildet wird, leistet er den Ersatzdienst. Vor allem deshalb ist es berechtigt, jeden Ersatzdienstpflichtigen einzuberufen. Er kann als Kriegsdienstverweigerer wegen des Gewissensschutzes (Art. 4 Abs. 3 GG) zwar verlangen, zum Wehrdienst nicht herangezogen zu werden, hat jedoch kein Recht darauf, den Ersatzdienst nur dann zu leisten, wenn er im Falle seiner Wehrdienstpflicht zur Ausbildung mit der Waffe einberufen worden wäre."

Diese Begründung erscheint mir sehr anfechtbar. Sollte der EMA sie zum Anlaß nehmen, das inzwischen eingeführte Losverfahren für die Einberufung von Ersatzdienstpflichtigen wieder abzuschaffen, so wird man in einem Einzelfall die Durchführung einer Verfassungsbeschwerde an das Bundesverfassungsgericht in Erwägung ziehen müssen. Auf jeden Fall wäre es sicher klüger gewesen, nicht um eines Einzelfalles willen das inzwischen längst eingespielte Losverfahren wieder zu gefährden.

Schließlich äußert sich das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 15. Mai 1964 auch noch zu der Frage, ob eine Einberufung zum Ersatzdienst im 25. Lebensjahr eine Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts (Art. 2 Abs. 1 GG) darstelle und verneint auch insoweit eine Grundrechtsverletzung.

"Der Schutz der Persönlichkeit wird durch die Einberufung nicht verletzt. Denn der zivile Ersatzdienst ist ein Ausgleich für die verfassungsrechtlich anerkannte Wehrdienstpflicht, und der spätere Zeitpunkt der Einberufung zum Ersatzdienst im Vergleich zur Einberufung zum Wehrdienst erklärt sich aus der Notwendigkeit, vorerst die Rechtmäßigkeit der Kriegsdienstverweigerung nachzuprüfen; im übrigen werden auch Wehrpflichtige oft nicht sogleich einberufen, dadurch werden sie ebensowenig wie die Ersatzdienstpflichtigen an der freien Entfaltung der Persönlichkeit gehindert (Art. 2 Abs. 1 GG). Auch durch den dem Allgemeinwohl dienenden Inhalt des Ersatzdienstes (§ 1 des Gesetzes über den zivilen Ersatzdienst vom 13. Januar 1960 (BGBl. I S. 10) - GzE -) wird der verfassungsrechtliche Schutz der Persönlichkeit nicht verletzt."

Die Frage, ob nicht in einer verspäteten Einberufung zum Ersatzdienst im Einzelfall doch eine Verletzung des Gleichheitssatzes liegen kann, hat das Bundesverwaltungsgericht offenbar nicht geprüft. Es hat insoweit einige eklatante Fälle gegeben, in denen die verspätete Einberufung ganz einwandfrei darauf zurückzuführen war, daß im Zeitpunkt der Anerkennung des Kriegsdienstverweigerers der zivile Ersatzdienst überhaupt noch nicht existierte. Ein Grundsatzprozeß zu dieser Frage ist jedoch m.W. nie geführt worden. Sie ist auch durch das Urteil vom 15. Mai 1964 nicht abschließend entschieden.

Anmerkung zum Rundschreiben Heinrich Hannover

Als Heinrich Hannover sein vorstehendes Rundschreiben verfaßte, war ihm der Inhalt der Novelle zum Ersatzdienstgesetz, die z.Zt. dem Bundesrat vorliegt, nicht bekannt. In dieser Novelle sind u.a. Änderungen des Gesetzes vorgesehen, welche bei der Beurteilung der von Heinrich Hannover kommentierten Entscheidung des BVerw.-Gerichtes berücksichtigt werden sollten.

Wir haben uns zunächst folgendes zu vergegenwärtigen:

Das Ersatzdienstgesetz in seiner bisherigen Fassung unterschied streng zwischen zwei möglichen Formen, den Ersatzdienst abzuleisten, nämlich entweder in den vom Bundesarbeitsministerium eingerichteten Dienstgruppen oder in besonderen, vom BMA eigens hierfür anerkannten Organisationen (z.B. Krankenhäusern). Dabei ist zu beachten, daß der Gesetzgeber seinerzeit offenbar davon ausgegangen war, das Schwergewicht des Ersatzdienstes werde bei den Dienstgruppen liegen. Man hatte wohl angenommen, der Ersatzdienst bei anerkannten Organisationen werde die Ausnahme von der Regel bleiben. Aus dieser Überlegung ist auch der § 5 Abs. 1 des Ersatzdienstgesetzes zu verstehen, welcher lautet:

"Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung kann auf Antrag des Ersatzdienstpflichtigen der Ableistung des Ersatzdienstes in einer gemäß § 3 anerkannten Organisation zustimmen. Die Zustimmung kann jederzeit widerrufen werden."

In der Praxis hat sich dann jedoch ergeben, daß die weitaus überwiegende Zahl der Ersatzdienstpflichtigen nicht zu einer Dienstgruppe, sondern zu einer anerkannten Organisation einberufen wurde. Dazu war dann nach dem eindeutigen Wortlaut des Gesetzes ein entsprechender Antrag des Ersatzdienstpflichtigen erforderlich, zu welchem das BMA auch regelmäßig durch Übersendung eines entsprechenden Aufforderungsschreibens Gelegenheit gegeben hat. Es trifft nach den von mir gemachten Erfahrungen leider zu, daß der weitaus überwiegende Teil der Ersatzdienstpflichtigen von der Möglichkeit, einen solchen Antrag zu stellen, keinen Gebrauch gemacht hat. In solchen Fällen, in denen ein Antrag nicht gestellt wurde, hätte das BMA nach dem eindeutigen Gesetzeswortlaut also eigentlich nur zu einer der drei bestehenden Dienstgruppen einberufen können. Das ist allerdings in den wenigsten Fällen geschehen. Das BMA hat vielmehr auch dann, wenn ein besonderer Antrag nicht vorlag, die Ersatzdienstpflichtigen fast immer zu einer anerkannten Organisation einberufen, wobei die Auswahl der Organisation allerdings dem BMA überlassen bleiben mußte. Dies Verfahren war in der Tat rechtswidrig, ist aber bisher niemals generell beanstandet worden.

Die Rechtswidrigkeit der bisher geübten Praxis mag dem BMA auch schon vor dem Urteil des BVerw.G. vom 15.5.1964 bewußt gewesen sein, denn dieser "Schönheitsfehler" soll durch die nunmehr vorgelegte Novelle beseitigt werden. Der § 3 des Ersatzdienstgesetzes soll nunmehr folgende Fassung erhalten:

(1) Der Ersatzdienst ist in einer dafür anerkannten Einrichtung oder in einer Dienstgruppe (Dienststellen) zu leisten. Die Dienstpflichtigen können bei dringendem Bedarf auch in der Verwaltung des Ersatzdienstes beschäftigt werden.

(2) Anregungen des Dienstpflichtigen, zu einer von ihm gewählten Dienststelle einberufen zu werden, kann entsprochen werden, wenn die dienstlichen Belange das zulassen.

(3)

Das bedeutet einerseits, daß die bisherige Praxis des BMA durch die beabsichtigte Novellierung des Ersatzdienstgesetzes legalisiert werden soll, andererseits aber, und das dürfte für uns nicht weniger

bedeutsam sein, wird der Ersatzdienstpflichtige in Zukunft nicht mehr damit rechnen können, daß er vor Erhalt des Einberufungsbescheides noch eine schriftliche Aufforderung zur Äußerung seiner Wünsche erhält. Der bisherige § 4 des ED-Gesetzes ("Der Ersatzdienstpflichtige wird durch den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, bevor er einberufen wird, zur Dienstleistung aufgefordert.") soll nämlich ersatzlos fortfallen. In den Erläuterungen zur Novelle hat das BMA dazu ausgeführt:

"Das gesetzliche Gebot, diese förmliche Aufforderung in jedem Fall ergothen zu lassen, auch wenn zwischen Musterung bzw. Anerkennung u. Einberufung nur eine kurze Zeitspanne liegt, hat sich nicht bewährt. Wenn der Schriftwechsel auf ein vertretbares Ausmaß zurückgeführt werden soll, muß die zusätzliche Verpflichtung zur Aufforderung beseitigt werden. Sie ist auch entbehrlich. Jedem Wehrpflichtigen ist bekannt, daß er nach der Musterung damit rechnen muß, einberufen zu werden, und der anerkannte Kriegsdienstverweigerer weiß dies erst recht, zumal da die wehrdienstpflichtigen Angehörigen seines Jahrganges in der Regel bereits dienen, wenn er den Anerkennungsbescheid erhält."

Hinzu kommt, daß es die Kriegsdienstverweigererverbände an eingehender Unterrichtung der Interessierten über die gegebenen Möglichkeiten nicht fehlen lassen. Daher kann davon ausgegangen werden, daß der kleine Teil der Kriegsdienstverweigerer, der bisher auf Grund der Aufforderung zur Dienstleistung Wünsche über seine Verwendung vorgebracht hat - etwa ein Zehntel der Aufgeforderten - diese in Zukunft auch dann vortragen wird, wenn er kein besonderes Aufforderungsschreiben erhält."

Wenn die geplante Novelle in dieser Fassung vom Bundestag verabschiedet wird, so bedeutet das hinsichtlich des hier anstehenden Problems zweierlei, nämlich

1. der frisch anerkannte Kriegsdienstverweigerer kann - zumindest theoretisch - damit rechnen, wenige Tage nach seiner Anerkennung bereits einberufen zu werden, ohne daß er zuvor noch einen entsprechenden Bescheid erhält, sich auf die Einberufung vorzubereiten und
2. der Kriegsdienstverweigerer muß von sich aus an das BMA - bzw. an das Bundesverwaltungsamt herantreten, wenn er besondere Wünsche hinsichtlich seines Einsatzes hat.

Daraus ergibt sich weiter das Problem, wie der Kriegsdienstverweigerer überhaupt Vereinbarung mit einer anerkannten Organisation hinsichtlich seines dort abzuleistenden Dienstes treffen soll, wenn

- a) ihm der Zeitpunkt seiner Einberufung noch gar nicht bekannt ist u.
- b) die Liste der anerkannten Einrichtungen - wie es z. Zt. Praxis ist - weder den einzelnen Kriegsdienstverweigerern noch den Verbänden (hier: VK) bekanntgegeben werden.

Es bleibt also festzustellen, daß die geplante Novelle zum Ersatzdienstgesetz hier - wie auch in anderen Punkten - erhebliche Benachteiligungen für die Kriegsdienstverweigerer mit sich bringt. Der Bundesvorstand unseres Verbandes wird sich daher mit allen Kräften dafür einzusetzen haben, daß derartige Benachteiligungen aus der Novelle entfernt werden. Andererseits kann jedoch unseren Mitgliedern - soweit sie bereits zum Ersatzdienst einberufen wurden - der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie durch ihre mangelnde Bereitschaft, von dem Auswahlrecht Gebrauch zu machen, zu dieser Entwicklung mit beigetragen haben.

Hans H. Ploen
ED-Referent im
VK-Bundesvorstand

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

ED 218-5-54

605 Offenbach, 17. Juli 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648
va/ha

20. 7.

Rundschreiben V 10 - 1964

An die Verteiler I, II, (je zweimal)
III und IV

Liebe Freunde,

Sie finden beigelegt die gedruckte Einladung für unsere Veranstaltung am 1. August 1964 in Frankfurt (Main). Diese Veranstaltung findet, wie früher bereits mitgeteilt, aus Anlaß der WRI-Ratstagung statt.

Wir bitten darum, daß unsere Gruppen außerhalb Frankfurts dieser Veranstaltung nicht als ein lokales Ereignis betrachten, sondern als eine zentrale Veranstaltung auf Bundesebene. Alle Gruppen sollten sich - je nach Möglichkeiten mit größeren oder kleineren Delegationen - an dieser Veranstaltung beteiligen. Sicher dürfte es allen Gruppen im Umkreis von 250 km möglich sein, mit einem oder mehreren Pkw's zu dieser Veranstaltung nach Frankfurt zu kommen.

Wir nehmen an, daß vor allen Dingen die Referate von Danilo Dolci und Bayard Rustin dazu geeignet sind, daß man bei einer späteren Gruppenzusammenkunft über die Frankfurter Veranstaltung ausführlich berichtet.

Von den beigelegten Einlade-Flugblättern haben wir genügend Exemplare hier. Wir würden es sehr begrüßen, wenn die einzelnen Gruppen, für die eine Teilnahme in Frage kommt, weitere Flugblätter bei uns anforderten und diese mit einem entsprechenden Gruppenrundschreiben an die Mitglieder versenden würden. Bitte benutzen Sie den untenstehenden Bestellzettel.

Mit freundlichen Grüßen,

Inr

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

Die Gruppe bestellt zur sofortigen kostenlosen
Lieferung Einladungsflugblätter für die Veranstaltung am
1. August 1964 "Neue Wege zur Lösung der alten Probleme".

Genaue Anschrift:

.....
Unterschrift

ED 718-5-55

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der 'War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 2. August 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648

Rundschreiben V 11 - 1964
an die Verteiler I, II; III und IV

5. 8. 64

Liebe Freunde,

trotz Ferien und Sommerpause ist es notwendig, daß wir Ihnen heute wieder einige Mitteilungen geben und wir nehmen an, daß auch in diesen Wochen in jeder Gruppe der eine oder andere wirkt und die VK-Arbeit auf dem Laufenden hält.

1. VK-Initiative zum Antikriegstag

Am 1. September 1964 jährt sich zum 25. Male der deutsche Überfall auf Polen und damit der Ausbruch des zweiten Weltkrieges. Bundesvorstand und Bundesausschuß heben sich mehrfach mit diesem Termin beschäftigt. Wir haben unter anderem versucht, einen Freundschafts- und Versöhnungsmarsch von 50 Kriegsdienstverweigerern durch Polen vorzubereiten. Leider konnte das Außenministerium der Volksrepublik Polen diesem Plan nicht zustimmen, so daß er in diesem Jahr nicht verwirklicht werden kann. Unsere Verbandszeitschrift ZIVIL werden wir in der September-Nummer jährlich auf den Antikriegstag abstimmen. Die Nummer soll verstärkt - zwar in einer höheren Auflage und mit 16 Seiten - hergestellt werden. Wir denken daran, daß alle Gruppen von dieser Nummer mehr Exemplare zum Stückpreis von DM 0.30 bestellen und gezielt zur Verteilung bringen sollten. Bitte benutzen Sie den beigegefügtten Bestellzettel bis spätestens zum 15. August 1964. Die September-Nummer von ZIVIL wird, soweit sie Sonderbestellungen betrifft und an hauskassierende Gruppen geht, am 20. August 1964 ausgeliefert. Die Exemplare an die Postabonnenten können aus postalischen Gründen erst am 1. September 1964 zugestellt werden. Die Nummer wird, obwohl sie sich auf den aktuellen Termin 1. September bezieht, so gestaltet sein, daß sie auch zu einem späteren Zeitpunkt - evtl. bei Veranstaltungen oder anderen Aktionen - verwendet werden kann, da keinerlei aktuelle Berichte - wie zum Beispiel 'Neues' enthalten sein werden.

Der Bundesausschuß unseres Verbandes hat am 11./12. Juli 1964 beschlossen, daß der VK aus Anlaß des Antikriegstages an den Bundespräsidenten einen Appell richten wird, in dem Bundespräsident Lübke aufgefordert wird, aus Anlaß des deutschen Überfalls auf Polen dem polnischen Staatspräsidenten eine Grußbotschaft des deutschen Volkes zu übermitteln, in der die Hoffnung auf zukünftige freundschaftliche Beziehungen der beiden Völker und die Versicherung zum Ausdruck gebracht werden, daß das deutsche Volk keine Veränderungen der durch den von Deutschen verschuldeten Krieg geschaffenen Grenzverhältnisse mehr anstrebt. Ferner möge ein Staatsbesuch des Bundespräsidenten in Polen vorbereitet werden, durch den das Bemühen des deutschen Volkes um eine Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu Polen unterstrichen wird.

2. Kampagne für Abrüstung zum Antikriegstag

Der Zentrale Ausschuß der Kampagne für Abrüstung hat beschlossen, zum Antikriegstag ein 'Extrablatt 1. September' in Form eines Zeitungsflugblattes herauszubringen, das in einer großen Auflage (etwa 1 Million Exemplare) in allen Orten der Bundesrepublik verteilt werden soll. Dieses Zeitungsflugblatt wird sehr großformatig sein und vier Seiten umfassen. Es kann ebenfalls bis zum 15. Aug. 1964 bei der Verbandsgeschäftsstelle bestellt werden. Der Stückpreis beträgt DM 0.03.

3. VK-UN-Gruppe zum Einsatz auf Zypern

Der Bundesausschuß hat sich auf seiner letzten Sitzung mit dem Bundeskongreß-Beschluß (siehe Rundschreiben V 7 - 1964) beschäftigt, der den Einsatz einer Gruppe von Kriegsdienstverweigerern für einen Sanitätsdienst oder anderen waffenlosen Hilfsdienst im Rahmen der UN-Exekutive - zur Zeit für den Einsatz auf Zypern - vorsieht. Dem Bundesausschuß lagen auf das Rundschreiben V 7 - 1964 ca 20 vorläufige Meldungen vor. Nach längerer Diskussion ist der Bundesausschuß zu der Auffassung gekommen, daß sich der Plan zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht realisieren läßt. Selbstverständlich kann sich die Situation ändern, vor allem dann, wenn der VK auf sein vor mehr als zwei Monaten dem UN-Generalsekretär unterbreitetes Schreiben eine positive Antwort erhalten würde.

4. Abschaffung des Verwaltungsvorverfahrens bei der Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern

Ebenfalls bei der letzten BA-Sitzung wurde über den Beschluß 24 des Bundeskongresses 1964, der das Verwaltungsvorverfahren bei der Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern betrifft, diskutiert. Der Bundesausschuß ist zu der Auffassung gekommen, daß sich der VK besonders tatkräftig dafür einsetzen sollte, daß die bisherige Regelung aufgehoben wird und daß ein Verfahren eingeführt wird, bei dem sich die Berechtigung der Kriegsdienstverweigerung, ohne weiteres aus einer einseitigen Erklärung des Wehrpflichtigen ergibt. Der Bundesvorstand wird in seiner nächsten Sitzung beraten, in welcher Form der VK in dieser Frage aktiv werden kann.

5. Ziviler Ersatzdienst

✓ Sie finden beigelegt ein Rundschreiben von Heinrich Hannover, das durch Anmerkungen von Hans H. Ploen ergänzt wurde und Fragen des zivilen Ersatzdienstes betrifft, die sich aus einem neuen Grundsatzzurteil ergeben. Wir bitten Sie, dieses Rundschreiben besonders gründlich auszuwerten. Wie bereits früher mitgeteilt, wird inzwischen eine Novellierung des Ersatzdienstgesetzes angestrebt. Wir müßten feststellen, daß einige Vorstellungen, die bei dieser Novellierung durchgebracht werden sollten, sehr zum Nachteil der Kriegsdienstverweigerer sein könnten. Gemeinsam mit der Zentralstelle werden zur Zeit alle möglichen Wege beschritten, um ungünstige Gesetzesänderungen zu verhindern.

6. Veranstaltung am 1. August 1964

✓ Die vom Bundesvorstand in Zusammenarbeit mit der Gruppe Frankfurt organisierte Veranstaltung am 1. August 1964 in Frankfurt fand trotz Urlaubszeit und ungünstiger Witterung einen zufriedenstellenden Besuch und Verlauf. Wir fügen diesem Rundschreiben Presseberichte über die Veranstaltung und über die WRI-Ratstagung - aus deren Anlaß die Veranstaltung zu diesem Zeitpunkt organisiert worden war - bei.

Das wäre für heute alles.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr

Klaus Veck

(Klaus Veck)
Verbandsgeschäftsführer

ED 718-5-56

An den

Termin: 15. April

Verband der Kriegsdienstverweigerer
Verbandsgeschäftsstelle

605 Offenbach 4
Postfach 648

Die VK- Gruppe bestellt zum Anteil

1964 folgendes Material:

..... Exemplare September-Nummer ZIVIL zum Stückpreis von
DM 0,30

(Diese Bestellung betrifft nur die Mehrlieferung über
die bereits ständig gelieferten Exemplare von ZIVIL
hinaus)

..... Exemplare 'Extrablatt 1. September' zum Stückpreis
von DM 0,03

Das Material ist an folgende Anschrift zu liefern:

.....

.....
Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 21. August 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648 - wa/ha

Rundschreiben V 12 - 1964

22.8.64

An die Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

wir möchten Ihnen heute wieder einige wichtige Hinweise geben.

1. WRI-Studienkonferenz

Vom 9. - 15. August 1964 fand im Naturfreundehaus Offenbach die mit früheren Rundschreiben bekanntgegebene internationale Studienkonferenz der War Resisters' International statt, die der Verband der Kriegsdienstverweigerer organisatorisch vorbereitet und durchgeführt hat. Von den 30 Teilnehmern waren 15 Deutsche, darunter 8 Mitglieder des VK. An ausländischen Gruppen waren vertreten: England, Schweden, Dänemark, Italien, USA und Frankreich.

Die Konferenz hat eine Erklärung abgegeben, die Sie im beigefügten Pressedienst finden. Da der Verbandsgeschäftsführer, Klaus Vack, in dieser Woche bettlägerig krank war, können wir den VK-Adressen den Pressedienst erst heute zustellen. Der Presse wurde er direkt im Anschluß an die Konferenz zugeleitet.

2. Antikriegstag

Der Bundesausschuß unseres Verbandes hatte beschlossen, daß der VK aus Anlaß des Antikriegstages an den Bundespräsidenten einen Appell richten wird, in dem Dr. Lübke aufgefordert werden sollte, aus Anlaß des deutschen Überfalls auf Polen dem polnischen Staatspräsidenten eine Grußbotschaft des deutschen Volkes zu übermitteln.

Beigefügt finden Sie einen Pressedienst, mit dem wir den Appell des VK an den Bundespräsidenten veröffentlichen. Wir fügen diesen Pressedienst in doppelter Anzahl bei und bitten Sie, dafür zu sorgen, daß möglichst alle örtlichen Zeitungen über diese VK-Initiative informiert werden. Wir werden selbstverständlich den Pressedienst auch noch einmal zentral - und zwar am 25.8.1964 - an die Presse geben.

Beigefügt finden Sie das Zeitungsflugblatt der Kampagne für Abrüstung zum 1. September, auf das wir in unserem Rundschreiben V 11 - 1964 hingewiesen haben.

3. Dokumentationsabteilung

Seit Beginn des Jahres 1963 wird das bei der Dokumentationsabteilung eingehende Schrifttum auch für die speziellen Informationsbedürfnisse der Benutzer bibliographisch ausgewertet und veröffentlicht.

Die Bibliographie, "Zugangsverzeichnis der Bibliothek" genannt

weist Aufsätze aus über 100 in- und ausländischen Zeitschriften nach

umfaßt alle Zugänge, soweit diese nicht im BIBLIOGRAPHISCHEN WEGWEISER aufgeführt sind

ordnet den Stoff nach der internationalen Dezimal-
klassifikation (DK)

bringt jährlich über 500 Titel auf 80 g holzfreiem
Schreibpapier

ergibt nach Sachgebieten verzettelt ein
Nachschlagearchiv DIN A 7

erscheint etwa alle 2 Monate in Form von je 15
Karteiblättern

Jede Titelaufnahme ist mit einer Signatur (Dokumenten-Nummer) ver-
sehen.

Es werden benutzt:

Zugangsnummer mit Jahreszahl für Bücher z.B. 1283/63
für Zeitschriften z.B. die Bezeichnung ZA/78/64
die Schlagwortgruppe bei Presseauschnitten etwa so
P/12/63

Die übrigen Dokumente tragen eine Zugangsnummer, und zwar wie folgt:
Fotokopien = 1081/F. Fotos, Abbildungen = 1135/A

Sonderdrucke = 1233/S Schallplatten, Tonbänder,
Filme, Dias usw. 63/41

Gesetzblätter = 1122/G

Aus technischen Gründen ist die Auflagenhöhe begrenzt. Es können
daher nur noch 12 Abonnements vergeben werden. Die Karteiblätter-
Lieferungen "Zugangsverzeichnis der Bibliothek" kosten einschließ-
lich Versandgebühren jährlich DM 15.--. Der Jahrgang 1963 wird
bei gleichzeitiger Bestellung zur Fortsetzung zum Vorzugspreis
von DM 10.-- abgegeben.

Richten Sie Ihre Bestellung bitte direkt an die Dokumentationsab-
teilung: Herrn Karl-Heinz Stahnke, 207 Ahrensburg, Bogenstr. 14.
Die Lieferungsmöglichkeit bleibt vorbehalten. Die Erledigung er-
folgt in der Reihenfolge der Eingänge.

✓ Ein Muster ist beigelegt. (bei Verteiler I und II.)

4. Verbandsgeschäftsstelle

Wegen Urlaub wird die Verbandsgeschäftsstelle vom 7. - 26.9.1964
geschlossen sein. Dringende Post, vor allen Dingen Materialbe-
stellungen, bitten wir rechtzeitig vor dem Urlaub an die Verbands-
geschäftsstelle zu geben.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr *Klaus Vack*
(Klaus Vack)
Verbandsgeschäftsführer

extrablatt**1. SEPTEMBER**

Ein dritter Weltkrieg? Unsere einzige Chance: Entspannung Abrüstung Frieden



1964 ist ein Jahr der Erinnerungen an die finstersten Kapitel der jüngeren deutschen Geschichte: 50 Jahre sind seit 1914, 25 Jahre seit 1939 vergangen. Von deutschem Boden sind zwei Weltkriege ausgegangen, die für Freund und Feind, für Soldaten wie Zivilisten Verluste, Verbrechen und Zerstörungen mit sich brachten, wie sie die Welt bis dahin nicht gekannt hat. Das alles scheint weit zurückzuliegen. Wer erinnert sich heute noch an Stalingrad, an Auschwitz, an Hiroshima — oder an die zerstörten deutschen Städte 1945? Aber in Wahrheit sind 1914 und 1939 so weit nicht, wie wir gern glauben möchten. Das Risiko des dritten Weltkrieges, des atomaren Weltkrieges, besteht nach wie vor. Gerade Europa steckt heute voll von Rüstung und Waffen, gegen die alle Kriegsmittel des zweiten Weltkrieges wie ein Kinderspielzeug erscheinen. Ein Funke genügt, um dieses Pulverfaß in die Luft zu sprengen und den dritten Weltkrieg auszulösen. Und diesmal bliebe

von den Deutschen und von Deutschland nichts mehr übrig.

Wenn die Erinnerung an 1914 und 1939 einen Sinn haben soll, dann muß es dieser sein: Wir müssen fragen, was haben wir Deutschen aus den Katastrophen zweier Weltkriege für unsere Politik heute gelernt — oder was müssen wir noch lernen? Es gibt in der Welt draußen heute viele Versuche, Kriegsrisiko abzubauen, Verständigung herzustellen, gemeinsame Wege zur Friedenssicherung quer durch die Staaten und Weltanschauungen zu finden. Das Moskauer Abkommen über das Verbot von Atomwaffentests, die Kürzung der Rüstungsetats und die Einschränkung der Uranproduktion in den USA und der Sowjetunion sind Zeichen hierfür. In der Bundesrepublik aber gehen die Uhren offenbar anders. Während in West und Ost Politiker neue Wege suchen, um den Kriegsfall zu verhindern, sind unsere Politiker in Bonn dabei, durch Notstandsgesetze und Beteiligung der

Bundesrepublik an atomarer Bewaffnung (= Multilaterale Atommacht) unsere politische und militärische Verfassung so umzuwandeln, daß sie vorzüglich für den atomaren Kriegsfall taugt.

In West und Ost wächst neues Mißtrauen gegenüber Deutschland, wächst die Furcht vor einer atomar gerüsteten neuen deutschen Machtpolitik. Der Rüstungsehrgeiz der Bundesrepublik, ihr Drang nach Atomwaffen versperrt jeden Weg zu einer friedlichen Lösung der deutschen Frage und verhindert Sicherungen gegen das atomare Kriegsrisiko, wie sie Ost und West wünschen. In Genf könnten Abkommen gegen die Weiterverbreitung von Atomwaffen geschlossen werden, wenn die Forderung Bonns nach multilateraler Atombewaffnung nicht im Wege stünde! Für Deutschland und die Welt wäre es besser, wenn unsere Politiker ein für allemal darauf verzichten würden, sich die Mitverfügung über

Atomwaffen und der Bevölkerung die Notstandsgesetze zu beschern.

Wir Bürger können in dieser Sache etwas tun. Wir können unseren politischen Vertretern klarmachen, welche Politik wir wünschen: eine Politik der Sicherheit durch Abrüstung. In dieser Zeitung legen bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik einen Vorschlag vor, wie eine solche Politik aussehen kann. Hunderttausend Bürger der Bundesrepublik sind bei den Veranstaltungen des Ostermarsches der Atomwaffengegner bereits für diese Politik eingetreten. Prüfen Sie bitte unsere Vorschläge. Mitarbeiter der Kampagne für Abrüstung kommen in den nächsten Tagen und Wochen zu Ihnen mit der Frage, ob Sie die Petition an den Deutschen Bundestag mitunterzeichnen wollen. Bedenken Sie bitte: Krieg entsteht nicht von selbst, er wird von Menschen gemacht. Menschen haben auch die Macht, den Krieg unmöglich zu machen.

Prominente Bürger fordern einen deutschen Beitrag zur Abrüstung

Günter Eich, Berthold Kiekebusch, Kirchenpräsident D.D. Martin Niemöller, Dr. Fritz Raddatz, Gerhard Zwerenz, Herbert Faller, Dolf Segall, Günther Schwarz, Ilse Aichinger, Rolf Hochhuth, Dr. Harry Pross, Prof. D. Helmut Gollwitzer, Pfarrer Horst Symanowski, Dr. Robert Jungk, Prof. Dr. Wolfgang

Abendroth, Prof. Dr. Heinz Joachim Heydorn, Max von der Grün, Oberkirchenrat D. Heinz Kloppenburg, Hinrich Oetjen und Philip Pleß

gaben folgende Erklärung ab:
In diesem Jahr sind 50 Jahre seit Beginn des ersten und 25 Jahre

seit Beginn des zweiten Weltkrieges vergangen. Jetzt wartet die Welt auf einen deutschen Beitrag zur Abrüstung. Die Petition an den Deutschen Bundestag zeigt einen Weg hierzu. Wir bitten die Bürger der Bundesrepublik, mit uns die Petition zu unterstützen.

1

Multilaterale Atommacht?

Der Plan zur Schaffung einer multilateralen Atommacht (MLF) hat im In- und Ausland ein leidenschaftliches Für und Wider ausgelöst. Warum geht es bei der multilateralen Atommacht?

Zunächst einmal muß man feststellen, daß eine multilaterale Atommacht der NATO das Risiko eines nuklearen Konfliktes vergrößern würde. Sie widerspricht auch der weltweiten Forderung, jede Ausweitung nuklearer Atombewaffnung zu verhindern. Die Gründung einer vierten NATO-Atomstreitmacht würde dem guten Geist widersprechen, mit dem das Moskauer Teststoppabkommen unterschrieben wurde. Die Verbreitung von Atomwaffen stellt ein Hindernis für Verhandlungen mit der Sowjetunion dar.

Mit dem gleichen Argument lehnten der britische Labourführer Wilson und der belgische Außenminister Spaak die MLF scharf ab. Übrigens sprach sich sogar die letzte beratende Versammlung der WEU (Westeuropäische Union) gegen das Projekt MLF aus. Sie bezeichnete es als „verschwendisch und unnötig“. Hinzu kommt: Kein Partner kann aus dieser der NATO zugewiesenen Atommacht MLF ohne Zustimmung aller anderen wieder heraus. Damit wird ein fest unüberwindliches Hindernis für atomwaffenfreie Zonen, für die Abrüstung und für die Lösung der Deutschlandfrage geschaffen. Die MLF könnte zu einer Zementierung der Spaltung auf unabsehbare Zeit führen. Bundesverteidigungsminister von Hesse hat auf der NATO-Konferenz in Ottawa gesagt: „Sobald sichtbar wird, daß die multilaterale Streitmacht tatsächlich ein militärisches Instrument wird, muß es möglich sein, den amerikanischen Partner vom Veto abzubringen und den Mehrheitsbeschluß für die politisch-militärische Nutzung dieser Streitmacht herbeizuführen.“ Aus diesen Ausführungen ist zu entnehmen, daß die Bundesregierung die MLF nur dazu benutzen will, um sich die Verfügungsgewalt über atomare Waffen zu sichern. Nun hat der stellvertretende SPD-Vorsitzende Erler die Zustimmung seiner Fraktion zur MLF mit dem Argument begründet, die multilaterale Atommacht sei die Alternative zur nationalen Atommacht. Vor Jahren forderte die SPD nach der militärisch verdünnten Zone in Deutschland und das Verbot, Atomwaffen in Deutschland zu stationieren. Auch heute stimmt sie der atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik nicht zu. Die multilaterale Atommacht stellt aber niemals eine Alternative zur nationalen Atommacht dar. Eine wirkliche Alternative ist der Verzicht auf Atomwaffen. Es kommt nicht auf die Form der Atombewaffnung an, sondern auf ein klares Ja oder Nein zur Bombe. Man kann nicht gleichzeitig gegen die Atombewaffnung sein und die multilaterale Atommacht fordern.

Petition an den Deutschen Bundestag

Die Voraussetzung für eine allgemeine und kontrollierte Abrüstung in Ost und West ist, daß jede weitere Verbreitung von Atomwaffen vermieden wird. Einer internationalen Vereinbarung hierüber steht der Plan zur Bildung einer multilateralen Atommacht, an der sich auch die Bundesrepublik beteiligen soll, im Wege.

Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, auf die Beteiligung der Bundesrepublik an einer multilateralen Atommacht und auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zu verzichten.

Die Sicherheit der Bundesrepublik ist am besten gewährleistet, wenn in Mitteleuropa eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone mit internationaler Kontrolle geschaffen wird.

Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, Pläne für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa zu prüfen und Verhandlungen hierüber zu fordern.

In der Bundesrepublik mangelt es an einer ständigen sachlichen Untersuchung und Diskussion über die Möglichkeiten einer Politik der Sicherheit durch Abrüstung.

Ich bitte deshalb den Deutschen Bundestag, die Einrichtung einer Abrüstungsbehörde bei der Bundesregierung einzuleiten.

Zu dieser Petition ruft die Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner auf. Mit ihrer Unterzeichnung entsteht jedoch keine Verpflichtung oder Bindung gegenüber der Kampagne. Die Namen von Unterzeichnern dieser Petition werden von der Kampagne nicht veröffentlicht.

Diese Petition darf jeder Bürger der Bundesrepublik nur einmal unterzeichnen. Die abgeschlossenen Listen senden Sie bitte an Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vöst-Str. 5.

Name	Vorname	Leitzahl, Ort, Straße	Unterschrift
1.			
2.			
3.			

Bitte ausschneiden

2

3

Abrüstungsbehörde!

Wer Abrüstung will, muß ihre Bedingungen erforschen. Selbst wenn die Bundesregierung einsichtslosweise des guten Glaubens ist, die Sicherheit der Bundesrepublik sei nur durch Aufrüstung einschließlich atomarer Bewaffnung gewährleistet, kann sie — sofern sie verantwortlich, was sie tut — die Alternative zu ihrer Politik nicht ungeprüft lassen, die Möglichkeit nämlich, Sicherheit durch Entspannung und Abrüstung herbeizuführen. Diese Prüfung kann nicht mit dem kleinen Finger der rechten Hand, gesteuert durch antikommunistische Vorurteile, restaurative Ressentiments und wirtschaftliche Interessen, erfolgen.

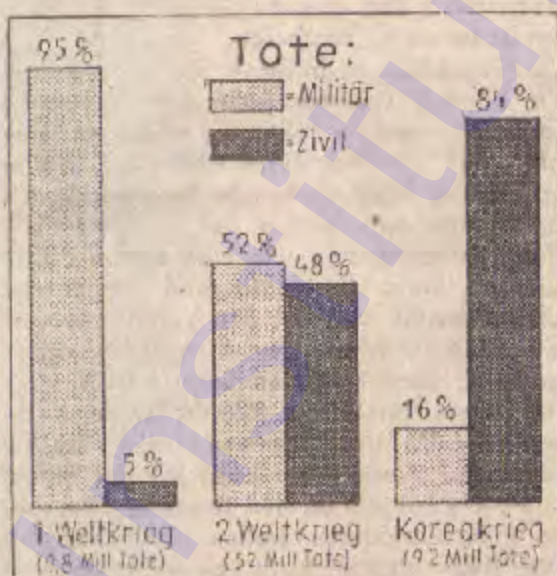
Die im Zusammenhang mit Entspannung und Abrüstung vorhandenen Probleme sind so umfangreich und zahlreich, daß sie an drei Schreibtischen, die es immerhin für Abrüstungsfragen im Bundesaußenamt gibt, nicht einmal registriert, geschweige denn bearbeitet werden können. (In den USA waren bereits 1961 mehr als hundert amtliche und private Institute mit der Bearbeitung von Abrüstungsfragen beschäftigt. Das Abrüstungsamt der amerikanischen Regierung, untergebracht im Gebäude des State Department in Washington, hat vier große Abteilungen: Waffenentwicklung und Kontrolle, Wissenschaft und Technik, Wirtschaft, internationale Beziehungen; sie veranlassen, unterstützen und koordinieren die Arbeiten von Militärs, Wissenschaftlern, Instituten, Firmen, über die zu lösenden Probleme der Abrüstung. Ihre Berichte gehen direkt an den Präsidenten der USA.)

Die Regierung der USA ist gewiß nicht dummer als die der Bundesrepublik. Sie gebraucht bereits ein Abrüstungsamt — und kann braucht es dringend. Allein, damit die Bundesregierung zu den Vorschlägen anderer Regierungen für die Herbeiführung von Entspannung und Abrüstung sachlich fundiert Stellung nehmen kann — außerdem und noch dringender, um selbst in die Lage zu kommen, endlich qualifizierte Vorstellungen für einen deutschen Beitrag zur Entspannung in der Welt zu entwickeln.

Unmittelbar mit den politischen Problemen verquilt sind die wirtschaftlichen Folgen der Abrüstung. Wie werden die Arbeitskräfte der Rüstungsindustrie in anderen Wirtschaftszweigen untergebracht, und das durch Verminderung der Streitkräfte freierwerdende Militärpersonal in die Produktion eingefügt? Wie wird die Kapazität der Rüstungsindustrie für den zivilen Sektor nutzbar gemacht? Für welche Zwecke werden rund 20 Milliarden abgeschöpfter Kaufkraft, die jetzt für Rüstung und Unterhaltung der Bundeswehr eingesetzt werden, dann verwendet? (Für Vertreter der Entspannungs- und Abrüstungspolitik ergeben sich gute Perspektiven einer menschlichen Gesellschaft, in der keiner mehr zu hungern braucht und sterben muß, nur weil er arm ist.) Das sind Fragen, deren Kompliziertheit begriffen, wer angefangen hat, sich damit zu befassen. Wer tut das in der Bundesrepublik? Die Bundesregierung nicht.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin, Willy Brandt (SPD), ist darum, wie wir, der Meinung: Die Regierung der Bundesrepublik muß eine Abrüstungsbehörde einrichten.

Bilanz der Kriege



Die Statistik beweist es: In zunehmendem Maße fordern die Kriege mehr Tote unter den Zivilisten als unter den Soldaten

(Die Zeit)

Atomwaffenfreie Zone!

Um Sicherheit, um ein größtmögliches Maß von wirklicher Sicherheit, muß es uns gehen. Wie kann man die erreichen?

Die Amerikaner und die Russen haben genügend strategische Atomwaffen, um sich gegenseitig in Schach zu halten. Das ist bekannt.

In Mitteleuropa aber, links und rechts der Scheidelinie, hier, wo die gefährlichste Reibungsfläche der beiden Weltmächte gegeben ist, sind atomare und auch allgemein konventionelle Machtkonzentrationen der lebensgefährlichste Zündstoff. Jede, nur einigermaßen heisse Auseinandersetzung, etwa zwischen der Bundesrepublik und DDR, kann ihn zur Explosion bringen. Seit langem ist man sich darüber einig, daß man das Ausbreiten eines Waldbrandes oder die Gefahren einer Explosion am besten durch Schaffung eines großen Zwischenraumes, einer Schneise vermindert. Es dürfte klug sein, diese Erkenntnis auch unverzüglich auf die internationale Szene zu übertragen, sagt unangst der englische Militärfachmann Liddell Hart.

Aber ist zu realisieren, was Liddell Hart vorschlägt? Wie wäre das zu machen?

Vorschläge und Pläne hierzu wurden von westlichen und östlichen Politikern ausgearbeitet. Am meisten wurde der Plan des polnischen Außenministers Adam Rapacki diskutiert. Er schlägt vor, 800 km Ost (Polen, DDR und Tschechoslowakei) und 300 km West (Bundesrepublik) werden atomwaffenfrei gemacht,

Das wäre ein Schritt zur beidseitigen Sicherheit. Wenn das unter internationaler Kontrolle geschieht, soll in einem zweiten Schritt, gleichfalls unter strenger Kontrolle, die konventionellen Streitkräfte gleichmäßig verringert werden, so daß auch mit ihnen kein Angriff mehr möglich ist.

Ein vernünftiger Vorschlag also. Sollte man darüber nicht verhandeln?

Der Plan liegt schon seit Jahren auf dem Tisch.

Aber wer wehrt sich gegen solche Verhandlungen? Bonn und immer wieder: Bonn. Da setzt man weiter nur auf die atomare Karte. Zur Zeit auf eine sogenannte multilaterale Atommachtkarte, um endlich auch einen deutschen Finger auf den gefährlichsten aller Druckknöpfe zu bekommen.

Wenn es aber tatsächlich um Sicherheit für Deutschland geht, der muß dem gegebenen Zustand und diesen, die Spannung und die Gefahren erhöhenden Versuchen wirkungsvoll begegnen.

Die deutsche „Kampagne für Abrüstung“ setzt sich mit Nachdruck für eine atomwaffenfreie, rüstungsverdünnte Zone in Mitteleuropa ein; dann eine solche Lösung bringt wirkliche Sicherheit und politische Entspannung.

Und beide brauchen wir in Deutschland. In ganz Deutschland. Damit wir unsere Probleme mit politischen Mitteln ohne Kriegsgefahr lösen können.

Dieses Extrablatt zum 1. September wurde herausgegeben und verlegt von Dr. Andreas Buro 8 München 55, Andreas-Vöst-Straße 5

für die Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner
Verantwortlich für den Inhalt Dr. Arno Klönne, Bochum

Wenn Sie Näheres über die Kampagne wissen möchten, wenden Sie sich bitte an Dr. Buro oder an die regionalen Ausschüsse (siehe Seite 4)

Titelfoto: „Twen“, Köln
Druck: Westdeutscher Verlag, Dortmund

Schluß mit dem Wettrüsten!

ENZENSBERGER

Der Schriftsteller Hans Magnus Enzensberger, Unterzeichner der Petition der Kampagne für Abrüstung, schreibt in der ZEIT (Nr. 23/64):

Vor mir habe ich eine kleine Landkarte. Sie trägt die Überschrift: Bevölkerungsverluste im zweiten Weltkrieg. Auf dieser Karte sind Kreuze zu sehen: ein Kreuz steht für eine Million Getötete. Ich sehe fünf Kreuze in Deutschland, fünf Kreuze in Polen und eines in Jugoslawien stehen. Zwanzig solcher Kreuze finde ich neben dem Wort: Sowjetunion. In einem kleinen Museum in Leningrad sah ich ein daumengroßes Stück verdorrten Brotes. Das war in den Wintermonaten zur Zeit der deutschen Belagerung die Tagesration für die Einwohner der Stadt. Sie war kleiner als eine Häftlingsration in Buchenwald.

Ich habe nicht den Eindruck, daß in der Bundesrepublik irgendetwas versucht, diese Vergangenheit zu „bewältigen“. Dazu wäre das übliche Ritual auch kaum geeignet. Denn diese Vergangenheit hat direkte historische und politische Folgen, und statt unverbindlicher Schuldgefühle und seelischer Andachtsübungen legt sie Handlungen und Folgerungen für die Zukunft nahe. ... Das Schlimmste an der deutschen Teilung ist nicht, daß die Deutschen unter ihr leiden, sondern, daß sie zu einem Weltkrieg führen kann; die atomare Rüstung der Bundesrepublik bedroht den Frieden, nicht, weil der Nationalcharakter der Deutschen teuflisch wäre, sondern, weil sie die Sowjetunion provozieren muß.



GEWERKSCHAFTEN:

Der 6. Bundeskongreß des Deutschen Gewerkschaftsbundes sagt im „Appell an alle, die guten Willens sind“:

„... Gewalt als Mittel der Politik hat in der Welt nichts mehr zu suchen. Die deutschen Gewerkschaften sind der Auffassung, daß der Weltfrieden nicht durch verstärkte militärische Rüstungen gesichert werden kann, sondern nur durch die ungehinderte Ausdehnung des sozialen Fortschritts und die ständige Verbesserung der Lebensverhältnisse der arbeitenden Menschen in allen Ländern... Die Bundesregierung und der Bundestag haben die Verantwortung und die Verpflichtung, mit größter Aktivität und durch geeignete Maßnahmen für die Erhaltung des Friedens und für die Einstellung des Wettrüstens in der Welt einzutreten. Der Bundeskongreß erwartet von der Bundesregierung und den politischen Parteien der Bundesrepublik eigene Abrüstungsinitiativen und den Verzicht auf die atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Der Bundeskongreß wendet sich mit aller Entschiedenheit gegen die Fortsetzung des Wettrüstens in Ost und West der zweigeteilten Welt...“

PAPST PAUL VI.:

Um den Frieden unter den Menschen zur Herrschaft zu bringen — Sie kennen etwas davon — muß man es bisweilen verstehen, etwas von seinem Ansehen oder von seiner Überlegenheit zu opfern; man muß, um eines höheren Gutes willen, sich entschließen, Entfernungen zu überwinden, Gespräche einzuleiten und weiterführen, die unter gewissem Blickwinkel demütigend erscheinen können; man muß verhandeln, verhandeln ohne müde zu werden, um jene schlimmste Verdemütigung zu vermeiden, die gleichzeitig unter den gegenwärtigen Umständen die schlimmste Katastrophe wäre: „Den Griff nach den Waffen.“

Papst Paul VI. (Weihnachtsansprache 1963 vor dem Diplomatischen Corps).

KENNEDY:

Ich spreche vom Frieden, weil der Krieg ein neues Gesicht trägt. Ein totaler Krieg ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem eine einzige Atomwaffe fast das Zehnfache an Sprengkraft aller Bomben aufweist, die von den gesamten alliierten Luftstreitkräften während des zweiten Weltkrieges abgeworfen wurden. Und er ist sinnlos in einem Zeitalter, in dem die bei einem Atomkrieg freigesetzten tödlichen Giftstoffe von Wind und Wasser und Boden und Saaten bis in die entferntesten Winkel des Erdballes getragen und sich selbst auf die noch ungeborenen Generationen auswirken würden... Lassen Sie uns zunächst unsere Haltung gegenüber dem Frieden selbst überprüfen. Zu viele von uns halten ihn für unmöglich. Zu viele von uns halten ihn für nicht zu verwirklichen. Aber das ist ein gefährlicher, defätistischer Glaube. Er führt zu der Schlussfolgerung, daß der Krieg unvermeidlich ist, daß die Menschheit zum Untergang verurteilt ist, daß wir uns in der Gewalt von Kräften befinden, die wir nicht kontrollieren können. Wir brauchen diese Ansicht nicht zu akzeptieren. Unsere Probleme sind von Menschen geschaffen, deshalb können sie auch von Menschen gelöst werden.

Aus: Friedensrede Präsident Kennedys an die Absolventen der American University in Washington am 10. 7. 1963.



PROSS

Einer der bekanntesten deutschen Schriftsteller, die zur Unterzeichnung der Petition der Kampagne aufriefen, ist Dr. Harry Pross. Pross schrieb kürzlich:

„Ich bin gegen die geplante Notstandsgesetzgebung, weil ich in den Entwürfen sowohl des Notstandsverfassungsgesetzes wie einzelner Gesetze Gefahren für die Grundrechte zu erkennen glaube. Ich glaube überdies, daß die Einrichtung des Staates auf Notstandsfälle die Grundwahrheit überdeckt, daß es in einem atomaren Krieg auch mit Notstandsgesetzen für kaum jemanden eine Chance des Überlebens gibt. Ich befürchte, daß unsere Politik zu wenig daran denkt, daß es diesen Krieg unter keinen Umständen geben darf, wenn sie soviel von Notstand redet. Notstandsgesetzgebung ist in gewisser Weise Kriegsvorbereitung, und Kriegsvorbereitung ist politischer Irrsinn.“

DGB

Die Kampagne für Abrüstung hat nicht zuletzt im Raum der Gewerkschaften viel Unterstützung gefunden. Unser Foto zeigt die Gewerkschaftssekretäre Kiebusch und Laß, die — wie viele andere Gewerkschaftsfunktionäre — der Petition der Kampagne an den Bundestag zustimmten. Viele Gewerkschaftskonferenzen forderten deutsche Abrüstungsinitiativen. Im folgenden ein Beschluß der Jugendkonferenz der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie:

„Die Delegierten sehen in dem Versuch, über die NATO eine multilaterale Atommacht zu bilden, eine Vergrößerung des internationalen Abrüstungsrisikos und eine Gefährdung der internationalen Abrüstungs Bemühungen. Darum appellieren wir an die Regierung der Bundesrepublik, der Forderung des DGB nachzukommen und eigene Abrüstungsinitiativen zu ergreifen, auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und auf die Forderung nach einer multilateralen Atommacht zu verzichten.“



NIEMÖLLER

Die evangelische Zeitschrift „Stimme der Gemeinde“, herausgegeben u. a. von Martin Niemöller, Oscar Hammelsbeck, Heinrich Vogel und Ernst Wolf, schreibt in Nr. 9/64:

Wir können und dürfen uns nicht damit beruhigen, daß die USA den Weg der „Strategie des Friedens“ weitergehen und in Bonn die Uhren offensichtlich stehen geblieben sind. Wir müssen erkennen, daß die Kräfte, die gegen die Entspannung wirken, stark sind. Ihr Einfluß in der Regierung und auf die Regierung und den Bundeskanzler ist groß. ... Aus dieser Erkenntnis muß eine klare Willensbildung erwachsen, die konkrete Forderungen aufstellt und durchzusetzen versucht. In den nächsten Wochen wird die „Kampagne für Abrüstung — Ostermarsch der Atomwaffengegner“ in der Bevölkerung Unterschriften für eine Petition an den Bundestag sammeln. Dieser „Kampagne für Abrüstung“ muß unsere Mitarbeit und Unterstützung gehören.



JOHNSON:

Wir werden auch in Zukunft jeden Weg zum Frieden erproben. Wir werden beweglich bleiben. Schließlich stehen wir mit unseren Füßen ja nicht im Beton. Das sollten die Deutschen auch nicht tun. Von Gromyko habe ich erst neulich einige hoffnungserweckende Bemerkungen gelesen. Wenn es um den Frieden geht, werden wir den Russen auf halbem Wege entgegenkommen — und sogar mehr als auf halbem Wege, wenn es nötig ist. Als Kanzler Erhard hier war, sagte ich ihm: Versetzen Sie sich mal in die Lage der Russen. Versuchen Sie, ihre Gefühle zu verstehen. Die machen sich wegen der Deutschen Sorgen, und das ist verständlich. Die Russen haben Furcht. Ich hat Erhard, alles zu versuchen, um mit den Russen ein besseres Verhältnis zu bekommen und vor allem ihre Sorgen zu zerstreuen.

US-Präsident Johnson im „Quick-Interview“

BERTRAND RUSSELL:

Lord Russell, der auf dem Höhepunkt der Kuba-Krise vermittelnd zwischen den beiden Großmächten USA und Sowjetunion eingriff, schrieb der Kampagne für Abrüstung über deren Petition:

„Die Gefahr, daß Deutschland eigene Atomwaffen haben wird, macht alle Hoffnungen für Abrüstung und Frieden zunichte. Es wird kein Verstand zwischen Ost und West erreicht werden können, wenn den Forderungen der Kampagne für Abrüstung durch den Deutschen Bundestag nicht entsprochen wird. Ich unterstütze mit aller Aufrichtigkeit die Anstrengungen der Kampagne.“

THOMAS DEHLER:

Es gilt, die Atmosphäre zwischen Deutschland und Rußland zu entspannen, die Politiker der Sowjetunion zu überzeugen, daß uns jedweder Revanchismus und jedwede Aggression fern liegt und daß wir bereit sind, für ein wiedervereinigtes Deutschland einen militärischen Status zu schaffen, der jede Gefahr eines neuen kriegerischen Konfliktes ausschließt. Wer glaubt, daß eine Regelung der deutschen Frage möglich ist unter Beibehaltung der augenblicklichen militärischen Bündnisse, verzichtet in Wirklichkeit auf eine reale Deutschlandpolitik.

Es ist eine der Erkenntnisse meiner Gespräche mit Chruschtschow und mit anderen sowjetrussischen Politikern, daß für sie die Frage der Sicherheit ihrer Westgrenze von entscheidender Bedeutung ist. Sie werden Mitteldeutschland militärisch nicht räumen, wenn dadurch eine Gefahrenlage entstehen könnte. Der deutschen Öffentlichkeit ist es auch viel zu wenig bewußt, daß den Sowjetpolitikern und dem gesamten russischen Volk die Schrecken des letzten Krieges — 20 Millionen Tote, 20 Millionen Obdachlose, verbrannte Erde, zerstörte Wirtschaft — nach vor Augen stehen und ihre Haltung dem deutschen Volk gegenüber bestimmen. Mit diesen Fakten muß die deutsche Politik in erster Linie rechnen. Verabschiedet ist es, mit dem Gedanken der Atomwaffe in deutscher Hand zu spielen.

Bundestagsvizepräsident Dr. Dehler am 22. 4. 64 in „Das Freie Wort“

WALTER DIRKS:

Der britische Oppositionsführer Harold Wilson bekräftigte, daß die Labour-Party strikt dagegen sei, daß Deutschland in irgendeiner Weise „den Finger am nuklearen Abzug“ haben könnte. Eine Regelung der Ost-West-Probleme sei nicht mehr möglich, wenn die Bundesrepublik Atomwaffen erhalte. Die Sowjets könnten die zwanzig Millionen Tote des letzten Krieges nicht vergessen; das Ende der sowjetischen Koexistenzpolitik sei im gleichen Moment da, wo westdeutsche Atombewaffnung zugelassen werde. Wilson setzte sich ferner für den Rapacki-Plan — wie auch den Gaitstoll-Plan — „als wertvolle Verhandlungsgrundlage für Ost-West-Gespräche“ ein. dpa

LABOUR-PARTY:

Der prominente katholische Publizist Walter Dirks, selbst Unterzeichner der Petition der Kampagne für Abrüstung, schreibt in der Juni-Ausgabe der „Frankfurter Hefte“:

Es sollte nicht mehr diffamierend sein, sich zu den Forderungen zu bekennen, die die Ostermarschierer vertreten und die nun in einer Eingabe an den Petitionsausschuß ihren Ausdruck gefunden haben.

LINUS PAULING:

Bei einem Atomkrieg zwischen Ost und West wird es nach Ansicht des amerikanischen Nobelpreisträgers Professor Linus Pauling in den USA und Europa keine Überlebenden geben. Zehn Prozent der von ihm auf insgesamt 320 000 Megatonnen geschätzten Atomwaffenbestände in der Welt würden ausreichen, um die USA und die europäischen Länder einschließlich der Sowjetunion zu vernichten, erklärte der Nobelpreisträger vor der Presse in Bonn. Pauling schätzte, daß von den 800 Millionen Menschen im Ost-West-Raum 60 Tage nach einem „dritten Weltkrieg mit Atomwaffen“ rund 720 Millionen tot sein würden. 60 Millionen würden, schwer verletzt, unter Qualen sterben, und die restlichen 20 Millionen müßten verhungern, da nach einem Großangriff von Atomwaffen jede Vegetation verschwunden wäre. Mit Nachdruck sprach sich Pauling gegen die Ausrüstung in der Bundesrepublik aus, da diese die weitere Entspannung verhindern könne.



VON DER GRÜN

Den Ostermarsch der Atomwaffengegner und die Petition der Kampagne für Abrüstung unterstützt auch der Schriftsteller Max von der Grün, bekannt durch seine Bergarbeiterromane. Max von der Grün meint:

„Der Friede der Welt gilt mehr als das Recht auf Heimat, der Friede der Welt ist kostbarer als die Grenze von 1937, der Friede der Welt ist wertvoller als Überlieferung und Tradition. Allmählich wird es Zeit, daß wir lernen, daß die Abneigung vieler Ausländer uns Deutschen gegenüber nicht Neid vor unserer Tüchtigkeit ist, sondern Angst vor unserer Herrschaft. Wir sollten nicht die Warnungen des Auslandes, insbesondere der Neutralen, in den Wind schlagen. Uns Deutschen kann das nicht gleichgültig sein, denn in den Augen anderer sind wir nicht allein das Volk der Dichter und Denker, das Volk der Ordnung und Tüchtigkeit und des wirtschaftlichen Aufstiegs oder das Volk der Devisenbringer — wir sind auch das Volk von Auschwitz, das Volk der Kristallnacht, das Volk von Lidice.“

INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG

publizieren Nachrichten, Dokumente und Meinungen zum Thema Entspannung - Abrüstung - Frieden und unterrichten über die Aktionen der Kampagne.

Die INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG werden von der Kampagne für Abrüstung herausgegeben — sie erscheinen monatlich. Bitte, fordern Sie ein Probeexemplar an, oder benutzen Sie den folgenden Bestellschein:

An Dr. Andreas Büro
8 München 55, Andreas-Voest-Straße 5.

Senden Sie mir regelmäßig Exemplar(e) der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG. Den Abonnementspreis von 8,— DM für ein Jahr überweise ich auf das Postscheckkonto Hannover 23 98 48, Dr. Andreas Büro, Sonderkonto Braunschweig.

Vorname: _____ Zuname: _____
 Postleitzahl und Wohnort: _____
 Straße und Hausnummer: _____
 Datum: _____ Unterschrift: _____

damit dies nicht wieder passiert . . .



demonstriert die kampagne für abrüstung

Für atomwaffenfreie Zone gegen multilaterale Atommacht

Mit der Kampagne für Abrüstung

Die Kampagne für Abrüstung erhält keine Zuwendungen vom Staat oder einseitigen Interessengruppen. Sie finanziert ihre Arbeit über die Spenden vieler einzelner. Das Postscheckkonto der Kampagne lautet: Dr. Andreas Buro Sonderkonto, Braunschweig Konto Nr. 239 848 Postscheckamt Hannover

Die Kampagne für Abrüstung hat 1960 begonnen. Am Ostersonntag zogen damals einige Hunderte von Hamburg, Bremen, Hannover und Braunschweig durch die Heide nach Bergen-Hohne. In der Nachbarschaft des ehemaligen KZ und des neuen Raketenfeldes demonstrierten sie gegen die Atombombe.

Ein junger Lehrer aus Hamburg, Hans Konrad Tempel, Pazifist und Sozialdemokrat, hatte sie aufgerufen. Er kannte den Ostermarsch aus England. Der unkonventionelle Marsch mit Gitarren und Transparenten hatte ihm imponiert. Ebenso die große Kundgebung auf dem Trafalgar-Square mit den Reden von Lord Russell, Domherr Collins und Gewerkschafter Cousins.

Eine solche Aktion brauchte auch die Bundesrepublik, in der man sich nach Atomwaffen und nach Politik der Stärke verlangte. Seit dem stillen Ende von „Komplott dem Atomtod“ fehlte eine außerparlamentarische, entschiedene Kraft gegen die Bombe.

Die Idee zündete. 1961 marschierten 9000 Menschen nach Bergen-Hohne, Dortmund, Frankfurt, Stuttgart, München und Nürnberg gegen Atomwaffen in Ost und West. 23 000 hörten die Reden von Stefan Andres, Martin Niemöller, Erich Kästner und anderen.

1962 brachte die Jugend ihre Instrumente mit. Skilleg-Groups spielten und die dunkelhäutige Asia sang: Geh mit uns, wer Du auch immer bist... Die Zahlen stiegen auf 15 000 Marschierer und 30 000 Teilnehmer an den Kundgebungen.

1963 machte die Bundesregierung die Propaganda für den Ostermarsch. 55 Engländer mußten in ihrem Flugzeug bleiben. Sie blieben über Ostern sitzen, weigerten sich, zurückzuffliegen. In den Zeitungen wurde gefragt: Dürfen nur NATO-Soldaten einreisen? Labour-Abgeordnete sprachen vor 25 000 Marschteilnehmern und 50 000 Menschen auf den Kundgebungen.

Während der kalten Ostertage 1964, in Schnee, Regen und Wind, marschierten 50 000 Menschen, 70 000 waren bei den Kundgebungen. 8000 hatten eigentlich aufgerufen, darunter 1100 Pfarrer aller Konfessionen, 300 Gewerkschaftsfunktionäre und Betriebsräte und 200 Professoren.

Eine außerparlamentarische Aktion von so langer Puste, so harmnäckiger Unbestechlichkeit, so zäher Aufbauarbeit hat es in Deutschland noch nicht gegeben, schrieb eine Zeitung.

Die Menschen, die marschieren, haben keine Einheitsmeinung. Sie haben ein Ziel, den Frieden, aber sie vertreten in anderen Fragen die verschiedensten Auffassungen.

Eine jüdische Frau wurde von einem Reporter gefragt, weshalb sie mitgeht: „Ich habe mir während der Nazizeit immer wieder ins Gedächtnis gerufen, daß auch Goethe und Schiller im deutschen Volk geboren wurden. Heute bin ich glücklich, daß ich mit so vielen jungen Deutschen für den Frieden demonstrieren kann.“ Eine Gruppe katholischer Jugend hat ein eigenes Flugblatt herausgegeben: „Unsere Kraft ist der Glaube an Christus. Deshalb gibt es für uns kein anderes Leitwort als das, welches Johannes XXIII. der Welt gegeben hat: Friede auf Erden. Die Friedensbereitschaft der Katholiken wollen wir öffentlich bezeugen.“

Ein Sekretär der Industriegewerkschaft Chemie sprach auf einer Kundgebung: „Es gibt Übergang soziale Not, Hunger und Unterdrückung auf der Erde. Um sie zu beseitigen, brauchen wir alle Kraft und alles Geld. Vor allem das Geld, das Jahr für Jahr in die unproduktive Rüstung gesteckt wird. Diese Tatsachen müssen wir aussprechen. Die unsinnige Rüstungspolitik in Ost und West müssen wir bekämpfen.“

Ein Lehrling, Mitglied der Naturfreundejugend, antwortete einem Journalisten: „Wir haben doch keine Zukunft, wenn sich die Regierungen dauernd bedrohen. Wir müssen ihnen zeigen, daß wir Entspannung wollen. Deshalb bin ich beim Ostermarsch.“

Alle Teilnehmer am Ostermarsch haben sich auf einige vordringliche politische Forderungen geeinigt. Sie haben sich verbündet, um diese Forderungen durchzusetzen. Gemeinsam ist ihnen das Mißtrauen gegenüber dem Freund-Feind-Denken. Gemeinsam versuchen sie, im Atomzeitalter neue Wege für den Frieden zu finden. Der Ostermarsch gleicht einem großen Forum. Die Gespräche zwischen den Marschteilnehmern, mit den Zuschauern und Gegnern reißen nicht ab. Die Jugend bringt neue Lieder mit, Kabarets und eine Fülle von Ideen. Sie macht aus dem Protestmarsch einen Marsch für das Leben, für ihre eigene Zukunft.

Der Stagan „Unser Nein zur Bombe ist ein Ja zur Demokratie“ bleibt nicht Theorie, er entspricht der Praxis.

An der Spitze der Kampagne für Abrüstung steht ein Kuratorium mit bekannten Mitgliedern. Hier seien nur wenige Namen genannt: Hedwig Barn, Christian Geißler, Helmut Gollwitzer, Heinz-Joachim Heydorn, Robert Jungk, Martin Niemöller, Heinrich Vogel. Ein Zentraler Ausschuss leistet die organisatorische Arbeit und bespricht regelmäßig die gemeinsame Politik.

Diese Politik ist konkreter geworden. Im Anfang wurden allgemeine Forderungen aufgestellt: Keine Atomwaffen - Abrüstung - Frieden. Aber sie genügt nicht. Den Politikern und den Parteien müssen Vorschläge gemacht werden. Nicht nur das Ziel muß man kennen, sondern auch den nächsten Schritt auf dem Wege dorthin.

Die Frage nach dem nächsten Schritt wurde noch wichtiger, als mit dem Moskauer Teststoppvertrag und der direkten Leitung zwischen Kennedy und Chruschtschow die ersten Schritte getan waren. Jetzt mußte ein Konzept entwickelt werden für die weitere Entspannung und für eigene Initiativen der Bundesrepublik.

Der Hauptstlogan für den Ostermarsch 1964 hieß deshalb:

Gegen multilaterale Atomwaffen - für eine atomwaffenfreie Entspannungszone in Mitteleuropa.

Diese Forderung ist auch außerhalb der Kampagne populär geworden. Sie wird von immer mehr Politikern vertreten. Robert Kennedy hat bei seinem Besuch in Polen den Plan für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa als geeignete Basis für eine Entspannungspolitik bezeichnet. Es liegen Pläne und Vorstellungen von Außenminister Rapacki und dem schwedischen Außenminister Undén vor, die als Grundlage für Verhandlungen dienen können. Gegen multilaterale Atomwaffen - für atomwaffenfreie Entspannungszone wird immer mehr die reale Gegenposition zu der Politik am Rande des Krieges.

Konkrete Forderungen können nicht nur einmal im Jahr vertreten werden. Der Ostermarsch allein genügt heute nicht mehr. Die Kampagne für Abrüstung muß an jedem Tag geführt werden. Sie muß auf die aktuelle Politik antworten und versuchen, sie zu beeinflussen.

Deshalb tritt in diesem Jahr die Kampagne immer wieder hervor. Kleine Gruppen entwickeln eigene Initiative. Beim Jahreskongreß der Europa-Union in Frankfurt wurden Transparente entrollt: „Mit Europa - ohne Atomwaffen“. Vom Deutschlandtreffen der FDJ schreibt die „Zeit“: „Atomwaffengegner, Kriegsdienstverweigerer, Naturfreunde und sozialistische Studenten

lieferten der DDR-Prominenz heftige Redeschlachten.“ In der ganzen Bundesrepublik werden zur Zeit Unterschriften gesammelt für die Eingabe an den deutschen Bundestag, die in diesem Blatt abgedruckt ist.

Zehntausende Unterschriften sind bereits zusammen. Geistliche, Schriftsteller und Gewerkschafter haben erneut aufgerufen, die Petition zu unterzeichnen.

Diese Aktivität läßt manchen glauben, die Kampagne wolle eine neue Partei werden. Das ist nicht ihr Ziel. Die Bürger, die an der Kampagne für Abrüstung teilnehmen, wollen einfach von ihrem Recht Gebrauch machen, das im Grundgesetz garantiert ist. Sie wollen ihre Meinung sagen in der Lebensfrage des Friedens. Es geht um eine unkonventionelle außerparlamentarische Aktion, die eine Position des Friedens aufbaut und ihrer Sache mit allen demokratischen Mitteln Nachdruck verleiht.

Der ermordete Präsident Kennedy hat gesagt: „Verbindungen über Abrüstungsmaßnahmen haben nur dann Chancen, wenn die Zustimmung und der förderliche Druck der öffentlichen Meinung hinter ihnen stehen.“

Es ist sicher so, daß nicht allein die Vernunft der Regierenden, sondern auch der Druck der internationalen Abrüstungsbewegung, zu der die Kampagne in Deutschland gehört, die ersten Abkommen herbeigeführt haben.

Die Kampagne für Abrüstung ist kein Selbstzweck. Sie will auf alle Menschen und auf alle Organisationen einwirken, den Frieden zu sichern. Wenn dieses Ziel erreicht ist, wird sie nicht mehr gebraucht.

Bis dahin aber wird sie unermüdlich für eine positive Politik des Friedens eintreten. Es ist noch ein weiter Weg zu gehen. Er wird leichter, wenn jeder, der dem Ziel zustimmt, sich an der Kampagne beteiligt.

Herbert Fallert

Adressender Kampagne für Abrüstung - Ostermarsch der Atomwaffengegner Zentraler Ausschuss

Geschäftsführung Dr. Andreas Buro, 8 München 55, Andreas-Vost-Straße 5

Regionale Ausschüsse:

1. Hamburg/Schleswig-Holstein Hans-Jürgen Willenborg, 24 Lübeck, Wendische Straße 61
2. Bremen Detlef Dahlke, 28 Bremen, Wilhelm-Walters-Straße 50a
3. Niedersachsen H. G. Friedrich, 33 Braunschweig, Schunterstraße 57
4. Nordrhein-Westfalen Frank Werkmeister, 463 Bochum, Wittener Str. 183
5. Hessen/Rheinland Klaus Vack, 605 Offenbach, Waldstraße 99
6. Baden-Pfalz/Saar Dr. Hannes Schulte, 6904 Ziegelhausen bei Heidelberg, Sitzbuchweg 14
7. Württemberg/Bodensee Alfred Riedel, 7 Stuttgart-Bad Cannstatt, Kienbachstraße 57
8. Bayern-Nord Horst Klaus, 85 Nürnberg, Heimgartenweg 58
9. Bayern-Süd Gerhard Schmid, 8901 Westheim, Kobelgraben 24
10. Berlin Franziska Menzel, 1 Berlin 12, Schülerstraße 48

für Sicherheit durch Abrüstung

ED 718-5-60

VERBAND DER KRIEGSDIENSTVERWEIGERER in der War Resisters' International e.V.
 -Dokumentationsabteilung- 207 Ahrensburg 1, Bogenstraße 14 Ruf 5 55 07

Zugangsverzeichnis der Bibliothek 5/1963

(Liste 2)

DK 943 1218/63
 Geschichte Deutschlands
 BRACHER, Karl Dietrich:
 Die Technik der nationalsozialistischen
 Machtergreifung. - S.151-174
 Aus:Der Weg in die Diktatur 1918-1933
 München:Piper 1962

DK 943 1218/63
 Geschichte Deutschlands.
 KOGON, Eugen:
 Lehren für morgen...
 S.221 - 244
 Aus:Der Weg in die Diktatur 1918-1933
 München:Piper 1962

VK/5/63-2

VK/5/63-2

DK 943 1218/63
 Geschichte Deutschlands
 KRAUSNICK, Helmut:
 Stationen der Gleichschaltung.
 S.175- 197
 Aus:Der Weg in die Diktatur 1918-1933
 München:Piper 1962

DK 943 1218/63
 Geschichte Deutschlands
 ESCHENBURG, Theodor: u.a.
 Der Weg in die Diktatur 1918bis 1933
 Zehn Beiträge.(Eine Sendereihe im
 Dritten Programm des Norddeutschen
 Rundfunks.Leitung Dr.Christian GNEUSS.)
 S.-12.Tsd. 1963
 München:Piper & Co (1962)
 244 S., 8°, Paperback 6.80

VK/5/63-2

VK/5/63-2

DK 943 1218/63
 Geschichte Deutschlands
 ROTHFELS, Hans:
 Der Widerstand beginnt.
 S.199- 219
 Aus:Der Weg in die Diktatur 1918-1933
 München:Piper 1962

DK 342.34 1212/63
 Demokratie
 LÖWENTHAL, Richard:
 Die Demokratie im Wandel der Gesell-
 schaft.Vorträge gehalten im Sommer-
 semester 1962.Hrsg.v.Rich.Löwenthal.
 Berlin:Colloquium 1963
 192 S., 8°, kart.6.80

VK/5/63-2

VK/5/63-2

ED 718-5-61

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 28. August 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648 va/ha

25. 8. 64

Rundschreiben V 13 - 1964

An die Verteiler I, II und IV

Liebe Freunde,

zwei Publikationen hat der VK herausgebracht, auf die wir Sie aufmerksam machen möchten und von denen wir je ein Exemplar beigelegt haben.

1.) Zur Frage der geplanten Notstandsgesetze und Zivildienstgesetze haben wir bereits mehrfach in Schriften unseres Bundesvorstands-Mitglied Heinrich Hannover Stellung genommen. Nunmehr haben wir die beigelegte Schrift "Der totale Notstandsstaat" gedruckt, die einen Vortrag wiedergibt, den Rechtsanwalt Heinrich Hannover am 13. Juni 1964 auf der 11. Arbeitstagung des Initiativ Ausschusses für Amnestie und der Verteidiger der politischen Strafsachen in Frankfurt (Main) gehalten hat. Wir hoffen, daß Sie den VK-Bundesvorstand bei der Vertreibung dieser sehr wertvollen Schrift, die eine Schutzgebühr von DM 0.50 das Stück kostet, behilflich sein werden. Bei Abnahmen über 20 Exemplaren beträgt der Stückpreis DM 0.30.

Zur Information geben wir noch einmal bekannt, welches Material zur Notstands- und Zivildienstgesetzgebung bei der Geschäftsstelle des VK-Bundesvorstandes bezogen werden kann:

"Zum Entwurf eines 'Gesetzes über den Zivildienst im Verteidigungsfall' (Zivildienstgesetz)"; 16 Seiten; Schutzgebühr DM 0.50 je Stück; bei Abnahmen ab 20 Exemplaren Stückpreis DM 0.25.

"Zur Frage einer Notstandsverfassung"; 24 Seiten; Schutzgebühr DM 0.50 je Stück; bei Abnahmen ab 20 Exemplaren Stückpreis DM 0.30.

"Gegenentwurf zum Notstandsverfassungsgesetz"; 15 Seiten; Schutzgebühr DM 0.50 je Stück; bei Abnahmen ab 20 Exemplaren Stückpreis DM 0.30.

"Der totale Notstandsstaat"; 12 Seiten; Schutzgebühr DM 0.50 je Stück; bei Abnahmen ab 20 Exemplaren Stückpreis DM 0.30.

2.) Aus Anlaß des 25. Jahrestages des deutschen Überfalls auf Polen haben wir unsere Verbandszeitschrift ZIVIL in einem stärkeren Umfang hergestellt (16 Seiten) und ganz auf diesen Termin abgestimmt. Ein Exemplar dieser Antikriegstagsnummer fügen wir bei. Wir haben eine höhere Auflage hergestellt, da wir glauben, daß diese ZIVIL-Nummer breites Interesse finden wird und vor allen Dingen auch als Werbung für den VK möglichst vielen interessierten Personen zugeworfen werden sollte. Unsere Gruppen bitten wir deshalb, bei der Verbandsgeschäftsstelle unvorzüglich Werbeexemplare dieser Sondernummer zum Stückpreis von DM 0.30 zu bestellen. Unsere Einzelmitglieder und Freunde, die nicht in der

Lage sind, größere Mengen dieser Sondernummer von ZIVIL zu beziehen und zu verteilen bitten wir, eine der ZIVIL beige-fügten Zahlkarten zu benutzen und für DM 5.-- fünf Exemplare zu bestellen. Sie fördern damit unseren Verband und haben außerdem die Möglichkeit, im begrenzten Rahmen ZIVIL an Ihre Freunde zur Verteilung zu bringen.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr *Klaus Vack*
(Klaus Vack)
Verbandsgeschäftsführer

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der 'War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 3. September 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648 va/ha

5.9.64

Rundschreiben V 14 - 1964

An die Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

kurz vor dem Urlaub noch ein Rundschreiben mit einigen Hinweisen
und Beilagen.

1.) Verbandsgeschäftsstelle

Wegen Urlaub wird die Verbandsgeschäftsstelle vom 7. - 26.9.1964
geschlossen sein. Eine Beantwortung der eingehenden Briefe ist
während dieser Zeit nicht möglich. Lediglich Materialbestellungen
werden durch einen Notdienst ausgeliefert. Besonders dringende
Anfragen, die einer sofortigen Entscheidung bedürfen, richten
Sie, soweit es sich um organisatorische und verbandliche Angele-
genheiten handelt, an den Vorsitzenden Herbert Stubenrauch,
56 Wuppertal-Elberfeld, Ludwigstr. 29 und bei rechtlichen Fragen
an unseren Rechtsreferenten Heinrich Hannover, 28 Bremen, U.L.
Frauenkirchhof 24/25. In Angelegenheiten, die den zivilen Er-
satzdienst betreffen, können Sie direkt mit dem Referenten Hans
H. Ploen, 2 Hamburg-Bahrenfeld, Humpardinkweg 5 korrespondieren.
Wir bitten auch besonders zu beachten, daß die Erledigung der
während des Urlaubs anfallenden Post nicht sofort nach dem 26.9.
vorgenommen werden kann, sondern insgesamt ca. 14 Tage in An-
spruch nehmen wird.

2.) Verbandszeitschrift ZIVIL

Durch den Urlaub der Angestellten in der Verbandsgeschäftsstelle
wird es nicht möglich sein, die Oktober-Nummer von ZIVIL zu dem
vorgesehenen Termin (5.10.1964) fertigzustellen. Wir hoffen, Ihnen
eine Auslieferung zu spätestens 10.10.1964 zu garantieren. Wir
bitten besonders unsere hauskassierenden Gruppen, dies zu beachten.

3.) Türschild

Wir haben ein Türschild herstellen lassen mit dem Text "Gott be-
schütze uns und unser Haus vor Barry Goldwater und Josef Strauß".
Dieses Türschild kann ab sofort bei der Verbandsgeschäftsstelle
bestellt werden und sollte von unseren VK-Gruppen fleißig ver-
kauft werden. Wir vertreiben das Türschild zu einem Unkostenbei-
trag von DM 1.-- je Stück; VK-Gruppen erhalten bei Abnahme von
mehr als 5 Stück, die Türschilder zum Stückpreis von DM 0.65 je-
doch mit der Auflage, ebenfalls einen Endpreis von DM 1.-- abzu-
verlangen.

Wir haben den Presseagenturen, einigen Illustrierten und den
größten deutschen Tageszeitungen dieses Türschild sowie Foto-
graphien, die angebrachte Türschilder an der Tür der Verbandsges-
chäftsstelle zeigen, zur Verfügung gestellt und hoffen auf eine
Publizierung in den nächsten Tagen. Aus finanziellen Gründen waren wir
nicht in der Lage, die über 200 regionalen Zeitungen die üb-
licherweise unseren Pressedienst erhalten, zu versorgen. Falls
die Presseagenturen unsere Meldung und die beigefügten Bilder
nicht weiterleiten, empfehlen wir den Gruppen, direkt mit der
örtlichen Presse Kontakt aufzunehmen. Gespräche mit einigen Presse-
leuten haben ergeben, daß man dieses Türschild als einen guten

publizierungswerten Beitrag ansieht.

(Für die Empfänger aus den Verteilern I, II und IV haben wir je ein Türschild als Muster beigelegt).

4.) WRI-Werbung

✓ Für den Verteiler III fügen wir ein Werbeprospekt der War Resisters International bei. Wir hoffen, daß sich gerade aus diesem Interessentenkreis einige Freunde finden, die bereit sind, die WRI oder das eine oder andere ihrer Projekte zu unterstützen.

5.) Hauszeitung des Sensen-Verlag

✓ Der unseren Bestrebungen nahestehende Sensen-Verlag in Wien bringt eine Hauszeitung "Toleranz - Verständigung - Frieden" heraus. Wir fügen zur Information Exemplare bei.

6.) Informationen zur Abrüstung

✓ Ebenfalls beigelegt finden Sie ein Exemplar der früheren Ausgaben von "Informationen zur Abrüstung". Dieses Informationsblatt der Kampagne für Abrüstung berichtet regelmäßig über die deutsche und die internationalen Kampagnen sowie über die internationalen Entspannung- und Abrüstungsentwicklung. Da der VK aktiv in der Kampagne für Abrüstung mitarbeitet und sie unterstützt, empfehlen wir, die Informationen zur Abrüstung zu abonnieren. Für 10 Exemplare, die zwischen Ostern 1964 und Ostern 1965 erscheinen, sind DM 6.-- zu zahlen. Interessenten geben ihre Bestellung für ein Jahresabonnement bitte an Dr. Andreas Bura, 8 München 55, Andreas-Voest-Str. 5; Die bereits seit Ostern 1964 erschienenen Exemplare können nachgeliefert werden.

6.) Der totale Notstandsstaat

Die mit dem letzten Rundschreiben zugesandte Broschüre "Der totale Notstandsstaat" von Rechtschwelt Heinrich Hannover wurde inzwischen von uns an die Presse und an sämtliche Abgeordnete des Deutschen Bundestages gegeben. Wir bitten, wenn nun, nach der Urlaubszeit, die Gruppenvorstände nach und nach die Arbeit wieder aufnehmen, um Bestellungen aus den Gruppen.

Für heute herzliche Grüße,

Ihr

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

An den
Verband der Kriegsdienstverweigerer
Verbandsgeschäftsstelle

ED 718-5-63

605 Offenbach 4
Postfach 648

B e s t e l l z e t t e l

- Stück "Wer wird als Kriegsdienstverweigerer anerkannt?" 50 Seiten, DM 4.80; für VK-Gruppen und Mitglieder DM 3.-- DM
- Stück "Warum wir den Kriegsdienst verweigern" von W. Keller u. H.K. Tempel, DM 0.50; ab 20 Exempl. Stück DM 0.35 DM
- Stück "Kriegsdienstverweigerung und Dienst an der Gemeinschaft" von H. Hannover u. Dr. W. Ude, DM 0.30; ab 20 Exempl. Stück DM 0.20 DM
- Stück Merkblatt für Kriegsdienstverweigerer "Was wir sind - was wir wollen" 14 Seiten, mit VK-Satzung, DM 0.20; ab 20 Exempl. Stück DM 0.10 DM
- Stück "Kalter Krieg und Kriegsdienstverweigerung" von Wilhelm Keller, DM 0.20; ab 20 Exempl. DM 0.10 DM
- Stück "Zum Entwurf eines 'Gesetzes über den Zivildienst im Verteidigungsfall'" (Zivildienstgesetz) von Rechtsanwalt Heinrich Hannover, (16 Seiten), DM 0.35, ab 20 Exempl. Stück 0.25 DM DM
- Stück "Zur Frage einer Notstandsverfassung" von Rechtsanwalt Heinrich Hannover (24 Seiten), DM 0.50; ab 20 Exempl. Stück DM 0.30 DM
- Stück "Gegenentwurf zum Notstandsverfassungsgesetz von Rechtsanwalt Heinrich Hannover (16 Seiten), DM 0.50; ab 20 Exempl. Stück DM 0.30 DM
- Stück "Der totale Notstandsstaat" von Rechtsanwalt Heinrich Hannover (12 Seiten), DM 0.50; ab 20 Exempl. Stück DM 0.30 DM
- Stück "Handbuch für Planung und Durchführung von direkten gewaltlosen Aktionen" von Charles Walker, DM 1.-- DM
- Stück "Der gewaltlose Weg zum Recht" von Martin Luther King (12 Seiten), DM 0.30 DM
- Stück "Der Weg zur Weltabrüstung-jetzt!" von Philip Noel-Baker (72 Seiten) DM 2.90 DM
- 1 Stück Flugblatt "Aktion 4/3"; 1000 Stück DM 25.-- DM
- Stück Handzettel mit verschiedenen Karikaturen 1000 Stück DM 3.50 DM
- Stück Türschilder "Gott beschütze uns und unser Haus vor Barry Goldwater und Josef Strauß" Stück DM 1.--; für VK-Gruppen ab 5 Exempl. Stück DM 0.65 DM

Bitte wenden

Das Material ist an folgende Anschrift zu liefern:

Name:

Anschrift:

.....

....., den

Unterschrift

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

ED 718-5-64

Werbung

"Ich richte meine Worte an euch Mitglieder der W.R.I., weil ihr die Bewegung darstellt, die die grösste Möglichkeit hat, den Krieg zu beseitigen. Wenn ihr weise und tapfer handelt, kann eure Gemeinschaft von Männern und Frauen in der grössten aller menschlichen Bestrebungen die wirksamste Rolle spielen. Eure Mitglieder in 56 Ländern besitzen eine innere Kraft, viel mächtiger als das Schwert. Alle Nationen der Welt reden von Abrüstung. Ihr müsst sie zu etwas mehr als Reden führen. Das Volk muss diese Sache den Staatsmännern und Diplomaten aus der Hand nehmen und sie mit seinen eigenen Händen anfassen."

ALBERT EINSTEIN

War Resisters' International

INTERNATIONALE DER KRIEGSDIENSTGEGNER

1964 ENTWICKLUNGSAHR DER W.R.I.

1965 soll für die Vereinten Nationen das "Jahr der internationalen Zusammenarbeit" werden. Aber die Welt steht am Rande des Verderbens. Kann die W.R.I. wenigstens einige der Schranken niederbrechen und das Jahr 1964 zu einem Jahr der Zusammenarbeit und Entwicklung für die internationale Friedensbewegung machen?

Das Titelbild weist auf die kritische Aufgabe hin, zu der sich die W.R.I. immer verpflichtet fühlen wird, die Rechte des Kriegsdienstgegners zu wahren. Die französischen Kriegsdienstverweigerer sind endlich gesetzlich anerkannt worden — ein Triumph für Pazifisten, bei dem die W.R.I. eine nicht unbedeutende Rolle gespielt hat. Jetzt müssen wir den Kampf gegen die Wehrpflicht selbst neu aufnehmen. Im Jahre 1964 bereiten wir die vollständigste Weltübersicht über Wehrpflicht und Dienstverweigerung vor, die jemals gemacht worden ist. Sie soll bis Ende 1965 erscheinen, aber wir brauchen £600 jetzt, um auf diese Weise die Tatsachen bekanntzumachen.

Unsere elfte Dreijährliche Konferenz in Stavanger schlug eine Weltkonferenz über Gewaltlosigkeit vor. Vorbereitungen dafür haben angefangen und werden bald alle unsere Kräfte beanspruchen. Wir werden um die Unterstützung von Friedens- und Forschungsgruppen in vielen Ländern bitten. Diese werden die Frage der Gewaltlosigkeit und alle ihre Folgen gründlich untersuchen, damit die Konferenz der Welt eine neue Vision einer friedlichen Zukunft bieten kann. Unser Informationsdienst und unsere Seminare werden bei diesem grossen Unternehmen ihre Rolle spielen.

Die Konferenz in Stavanger schlug auch neue Initiativen für den Friedensdienst vor. Wir hoffen Kriegsdienstverweigerer nach Afrika zu entsenden, wo sie ihre Fähigkeiten in der Entwicklungsarbeit und ihren Glauben an Gewaltlosigkeit zur Lösung von Konflikten anwenden können. Ein Freiwilliger kostet im Jahr £325. Wir werden die Ausbildung junger Friedensarbeiter unterstützen. Einige von ihnen werden an Austauschprojekten teilnehmen und den Kern einer Weltfriedensreserve bilden, deren Mitglieder umfassende Kenntnisse der Bedingungen und Probleme eines Landes gewinnen werden, das von dem eigenen weit entfernt ist. Sie werden von nationalen Gruppen unterstützt, aber wir werden Mittel für Reisen und andere Kosten benötigen.

ED 718-5-65

WIE SIE DER W.R.I. HELFEN KÖNNEN

1. Beiträge für bestimmte Projekte

Füllen Sie bitte Teil I des Formulars aus. Senden Sie Ihren ersten Beitrag jetzt und/oder bitten Sie um einen Mahnbrief. Können Sie einen Gruppenbeitrag organisieren?

2. Einmalige Spenden - zur Verwendung dort wo die Not am grössten ist. Benutzen Sie bitte Teil II des Formulars.

3. Ein Mindestbeitrag von DM. 5.60 Jahr bringt Ihnen "War Resistance" viermal jährlich (DM. 2.80) und der Rest trägt zu unseren Fonds bei. Füllen Sie bitte Teil II aus.

4. "War Resistance" allein

DM. 2.80 jährlich abonniert Sie auf die Zeitschrift "War Resistance" und erhält Ihren Namen auf unserer Postliste. Wir brauchen dringend neue Leser und Geschenkabonnements.

5. Geben Sie diese Werbeschrift weiter an Ihre Gruppe und Ihre Freunde. Weitere Exemplare auf Wunsch.

TEIL I

BEITRÄGE FÜR BESTIMMTE PROJEKTE

Da ich mir meiner Verantwortung für die Arbeit der W.R.I. bewusst bin, verpflichte ich mich jährlich für die unten mit (x) bezeichneten Projekte beizutragen

Bitte erinnern Sie mich jährlich daran, dass ich am 1. April/1.Okt. zahlen will (Gewünschte Daten angeben).

Wenn ein von mir gewähltes Projekt beendet ist, oder aus irgendeinem Grund nicht unternommen werden kann, bitte ich die Schatzmeisterin meinen Beitrag für ein anderes Projekt zu verwenden.

NAME _____ (Bitte
ADRESSE _____ Druckschrift)

SEKTION/GRUPPE _____

PROJEKTE

MINDESTBEDARF

MEIN BEITRAG

- 1. Afrika-Projekte u. Unterstützung für Kriegsdienstverweigerer £450
- 2. Wehrpflicht und Verweigerung aus Gewissensgründen eine eingehende Übersicht £600
- 3. Neue Propagandaschriften in Esperanto, spanischer und arabischer Sprache, usw. £200
- 4. Internationaler Austausch von Friedensarbeitern £500
- 5. Konferenzen und Arbeitsgemeinschaften £150
- 6. Reisekosten für Sekretariat u. Delegierte £200
- 9. Allgemeiner Administrationsfonds £5,000

Bitte geben Sie Ihren Beitrag in der von Ihnen gewünschten Währung an. Der Mindestbedarf ist aus praktischen Gründen in Pfund angegeben.

Projekte 1 bis 4 sind nicht unbedingt von Dauer und können von anderen abgelöst werden. 5 bis 9 sind von Dauer, aber der Bedarf kann steigen..

Datum Unterschrift

TEIL II

EINMALIGE SPENDE

..... 19

an die WAR RESISTERS' INTERNATIONAL
88 Park Avenue
Enfield, Middlesex, England

oder an den Finanzagenten
(siehe beiliegende Liste)

Ich spende der W.R.I. hiermit zur Verwendung dort wo die Not am grössten ist.

Bitte senden Sie mir noch Exemplare dieser Werbeschrift

Unterschrift _____

NAME _____ Bitte
ADRESSE _____ Druckschrift

Schecks usw. bitte der W.R.I. nach Enfield zu schicken, oder dem Finanzagenten Ihres eignen Landes (s. Liste)

ED 718-5-66

ERKLÄRUNG

"Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten."

(Faint, mostly illegible text from the reverse side of the page is visible through the paper. Some words like "Erklärung", "Krieg", and "Menschheit" are faintly discernible.)

(Faint text at the top of the page, possibly a header or address, mostly illegible.)

(Faint text at the bottom of the page, possibly a footer or date, mostly illegible.)

Das Sekretariat muss auch erweitert werden, wenn die Aufgaben, denen wir uns gewidmet haben, erfüllt werden sollen.

Information, Ko-ordinierung, Zusammenarbeit, das sind die Funktionen unserer Zentrale, Lansbury House, unseren Sektionen, unseren Mitgliedern und anderen Organisationen gegenüber. Die Etats der Administration sind wenig begeisternde Dokumente, aber diese Portokosten, Fahrgelder und Gehälter verbergen eine endlose Flut begeisternder Tätigkeit seitens unseres pflichtbewussten Personals.

Dies sind nur ein paar der Aufgaben, denen wir uns gewidmet haben. Und es gibt noch so viel mehr zu tun. Von Gewalt bedrohte Länder, die noch keine Friedensaktionen haben, müssen dringend über Pazifismus und Gewaltlosigkeit unterrichtet werden. Aber eine einfache Broschüre — z.B. in spanischer oder arabischer Sprache — kostet £100. Flugblätter und Plakate sind überall nötig, um die W.R.I. besser bekanntzumachen. Mit £360 mehr im Jahr könnte die englische Ausgabe unserer neu aufgezogenen Zeitschrift "War Resistance" den doppelten Dienst leisten. Ausgaben in anderen Sprachen müssten auch gedruckt werden.

Liebe Freunde,

Wie können wir dies alles tun, wenn Sie es nicht mit uns tun? Jetzt können Sie uns auf eine neue Weise helfen, indem Sie auf einige Jahre hinaus Ihre Unterstützung für bestimmte Projekte in unserem Programm versprechen. Wir glauben, dass wir Freunde haben, die die ganzen Kosten eines Projektes (siehe beiliegende Listen) übernehmen könnten, und jeder von uns kann — oder darf ich sagen "m u s s"? — irgendetwas geben, denn nichts auf dieser Erde ist wichtiger als ein ständiges Wachsen von Zeugnis und Propaganda für eine Welt frei von Waffen und von Unwissenheit, Furcht und Not, die den Krieg möglich machen.

Joyce Kilham Brown

Senden Sie bitte ihre Beiträge an:

WAR RESISTERS' INTERNATIONAL

88 Park Avenue, Enfield, Middlesex, England

oder an den W.R.I.-Finanzagenten ihres Landes (mit dem Vermerk "Für die W.R.I.")

Karl Struve
2057 Wentorf b.
Hamburg,
Westdeutschland.
Postscheckkonto
Hamburg Nr. 280822

Miss Cobi Molenaar
Mettebos 33
Brunssum
Nederland
Post Giro 277356

INTERNATIONALER RAT

1963—1966

Harold E. Bing	Vorsitzender
Danilo Dolci	Vizevorsitzender
Joyce Runham Brown	Ehrenamtliche Schatzmeisterin
Devi Prasad and Tony Smythe	Sekretäre

Joseph Abileah	Israel
Hugh Brock	Grossbritannien
Narayan Desai	Indien
Johan Galtung	Norwegen
Herbert Günneberg	Deutschland
Hagbard Jonassen	Dänemark
Jean van Lierde	Belgien
Pierre Martin	Senegal
Niels Mathiesen	Norwegen
Michael Randle	Grossbritannien
Bayard Rustin	U.S.A.
Bill Sutherland	Tanganyika
Arlo Tatum	U.S.A.

20718-5-68

TOLERANZ VERSTÄNDIGUNG FRIEDE

HAUSZEITUNG DES SENSEN-VERLAGES
Erscheint in zwangloser Folge • Nr. 1 • Wien im Juni 1964

Walter Hacker:

Wenn Kreuzritter und Mohammedaner die

Atombombe

gehabt hätten . . .

Wenden wir den Blick aus unserer äußerlich vom West-Ost-Konflikt beherrschten Gegenwart zurück in die Geschichte und sehen wir uns nach ähnlichen weltweiten Konflikten um, die einmal die Menschheit erschütterten und zerrissen, so drängt sich uns vor allem der Kampf zwischen Christentum und Islam zum Vergleich auf.

Dieser große Wettstreit zweier Religionen, zweier Ideologien, spaltete einst die Welt und wurde zur Ursache großer Bedrohungen und jahrhundertelanger Kriege. Mit Feuer und Schwert bekämpften einander die beiden Lager, ihr Streit zerriß die Welt in feindliche Blöcke, und wie heute dachten Gläubige auf beiden Seiten, der Konflikt könne nur enden mit der Islamisierung oder der Christianisierung der ganzen Welt — so wie heute Fanatiker auf beiden Seiten glauben, der West-Ost-Konflikt könne und solle nur enden mit dem totalen Sieg der Sowjetunion oder der Vereinigten Staaten.

Der Konflikt zwischen Christentum und Islam währte fast siebenhundert Jahre. Noch im 16. Jahrhundert erfüllte der fanatische Islam viele Menschen im Westen mit der gleichen Furcht, ja Hysterie, die der russische Kommunismus heute in manchen westlichen Ländern verursacht. Dabei ist

es hochinteressant, festzustellen, daß der junge Islam — ähnlich dem sowjetischen Kommunismus von heute — eine antiwestliche Bewegung und gleichzeitig aber die Häresie, die „ketzerische“ Abart, eines westlichen Glaubens war. Ebenso wie der sowjetische Kommunismus heute, war der Islam eine höchst aggressive Ideologie, gegen deren Ausbreitung vergebens Ritterheere mobilisiert wurden.

Die Parallele geht sehr weit: Katholische Autoren haben eine sehr bedeutungsvolle Lehre aus dem historischen Konflikt gezogen. Sie stellen fest, daß Europa unendlich mehr Schaden litt durch die Furcht und die Haßpsychosen, die der Islam auslöste, als durch den Ansturm der arabischen und der türkischen Heere (siehe etwa Friedrich Heer: „Begegnung mit dem Feinde“). Der europäische Absolutismus ist undenkbar ohne die Manipulation dieser Furcht. Wir könnten fast von einem „Gespenst des Islam“ sprechen, das oft zu ähnlichen Zwecken und mit ähnlichem Erfolg hochgespielt wurde wie das „Gespenst des Bolschewismus“ à la Goebbels. Absichtlich oder unabsichtlich wurden die Führer und Vertreter der antimohammedanischen Kampagne zu einer Art Manager der Angst. Katholiken, Calvinisten und Lutheraner denunzierten einander als Alliierte und Schrittmacher des Islam und als Verräter an der Christenheit. Wir finden in diesen Konflikten all das, was sich ein MacCarthy jener Zeiten nur hätte wünschen können. Fast scheint man durch die Jahrhunderte her die Bezeichnung „fellow traveller“ (Mitläufer), sei es — je nach dem Standpunkt des Beobachters — des Islam oder des Christentums, zu hören.

Mißtrauen zwischen den christlichen Nationen Europas, Intrigen zwischen rivalisierenden christlichen Fürsten, Königen, Herrschern aller Art — das alles, erklären katholische Autoren, hat Europa und dem europäischen Geist mehr geschadet als alle arabischen und türkischen Invasionen des Kontinents zusammengenommen.

Es gab die bekannten Kriege, die Kreuzzüge und so viele heiße letzte Entscheidungsschlachten. Das Schicksal des christlichen Abendlandes, das Schicksal Europas, heute würden wir sagen des Westens, schien jedesmal auf dem Spiel zu stehen.

Die „türkischen Horden“ von einst — heute Verbündete

Und heute? Christentum und Islam bestehen friedlich nebeneinander, und mit ihnen viele andere große Religionen. Der Besitz einer Stadt wie Danzig konnte zum Anlaß des zweiten Weltkrieges genommen werden, die Kontrolle über Teile einer Stadt wie Berlin bringt uns in die Gefahr eines dritten. Wer aber würde heute zu den Waffen greifen, etwa um Konstantinopel von den Türken zurückzuerobern? Wer würde heute ernstlich daran denken, die „Ungläubigen“ nach Asien zurückzuwerfen? Niemand, der

seinen Verstand behalten hat, könnte ein solches Unternehmen starten. Das Zeitalter der religiös motivierten Kreuzzüge ist vorbei, und würde irgend- ein Narr darangehen, mit einem überholten abendländischen christlichen Glaubenseifer einen „Heiligen Krieg“ etwa gegen die Türken zu führen, er würde sich bald an der harten Tatsache stoßen, daß die ungläubigen, irrgläubigen türkischen Horden, die noch vor dreihundert Jahren geradezu die Verkörperung alles dessen gewesen waren, was Europa und die gesamte christliche Zivilisation des Westens aus dem Osten zu bedrohen schien, heute treue Alliierte des Westens und hochgeachtete Mitglieder der NATO sowie des Straßburger Europarates sind.

Die Kriege zwischen dem islamischen Osten und dem christlichen Westen vor wenigen Jahrhunderten wurden — wir Wiener werden in unserer Stadt noch auf Schritt und Tritt daran erinnert — mit einem religiösen Fanatismus geführt, der es höchst wahrscheinlich macht, daß, hätten die Streiter des jeweiligen alleinseligmachenden Glaubens sie nur gehabt, die Atombombe zur höheren Ehre des unstrittenen Dogmas, Propheten oder Gottes einmal losgelassen worden wäre. Glücklicherweise war die Menschheit damals technisch noch nicht in der Lage, sich selbst durch den Druck auf ein paar Schaltknöpfe ausrotten zu können.

Das Ergebnis heute: Niemand, nicht einmal der intoleranteste Christ oder Mohammedaner, der nur einen Funken wahrer Religiosität verspürt hat, wird daran denken, den Bruder aus dem anderen religiösen Lager anzugreifen oder gar zu töten. Niemand wird mehr durch die Dispute zwischen christlichen und islamischen Theologen zu den Waffen und in fanatische Kriegszüge getrieben. Wohl aber sehen wir das Oberhaupt der katholischen Kirche in Rom islamische Herrscher mit allen Ehren empfangen, und an den Sitzungen des Vatikanischen Konzils nahmen 39 Beobachter von nicht-katholischen Religionsgemeinschaften teil.

Das Absterben des Konfliktes

Darin ist doch offensichtlich für uns alle in der heutigen Zeit eine große Lehre enthalten. Einigen von uns mag der Ost-West-Konflikt von heute ebenso allumfassend und allentscheidend, ebenso weltbedeutend erscheinen, wie der Konflikt zwischen Christentum und Islam so vielen Menschen in Europa, Asien und Afrika noch vor fünfhundert Jahren erschien. Der christlich-islamische Konflikt hat sich überlebt, er hat sich selbst erledigt. Er hat die Bedeutung, die er einst für einen sehr großen Teil der zivilisierten Menschheit besaß, verloren.

Welchen Grund haben wir, anzunehmen, daß — und zwar nicht erst in ein paar hundert Jahren, sondern in unserer Welt der Raketengeschwindigkeiten wahrscheinlich schon in wenigen Jahrzehnten — die Völker im Osten

und Westen den gegenwärtigen weltbedrohenden Konflikt nicht als ebenso überlebt, als ebenso bedeutungslos für sie in einer völlig veränderten Welt betrachten werden, wie wir heute die Kreuzzüge betrachten? Als eine historische Erscheinung, als eine historische Notwendigkeit vielleicht — niemals aber als einen gültigen Grund, das Leben von hunderten Millionen Menschen, die Gesundheit kommender Generationen bis in ferne Jahrtausende hinein, zu opfern. Denn was würden wir heute von den streitenden Parteien halten, wäre etwa im Kampf um Konstantinopel von Christen oder Mohammedanern die Megatonnenbombe zur Explosion gebracht und in dessen Folge eine große Zahl unserer Kinder als Krüppel geboren und zum Siechtum verurteilt worden? Und würden nicht alle jene, die den Konflikt überlebt hätten, heute vor allem einmal beide Religionen verfluchen?

Die größere Bombe ist nicht das bessere Argument

Im gegenwärtigen Konflikt zwischen den Weltmächten sollten die wahren Christen die ersten sein, die begreifen, daß ein menschliches Wesen, das uns seiner Gesinnung wegen als Feind erscheint, nicht umgebracht, sondern geliebt werden soll. Die Liebe für den Feind mag einmal als ein sehr theoretisches religiöses Gebot erschienen sein — heute ist die Zerstörung von Millionenstädten durch eine einzige Megatonnenbombe, von ganzen Ländern und Nationen durch ein halbes Dutzend der neuen Bomben, die drohende Alternative zur christlichen Feindesliebe. Diese neue, allein menschenwürdige Haltung gegenüber dem Menschen anderer Gesinnung — auch dem gegenüber, der uns bedroht — ist heute kein theoretisches Gebot, sondern eine sehr praktische und vernünftige Haltung, die allein unseren wahren Werten gerecht wird und die allein das Überleben der menschlichen Rasse sichert. „Du sollst nicht töten“ gilt daher weit über den Kreis der Menschen, die nach religiösen Geboten zu leben trachten, hinaus für alle, die die Menschheit und das Menschsein bejahen.

Auch die Gesinnung des demokratischen Sozialismus, der sich gerade in diesen Jahrzehnten seiner humanitären Ursprünge und Ziele bewußt ist, ist unvereinbar mit der Bejahung des atomaren Massenmordes und aller seiner Vorbereitungsmaßnahmen. Kein Sozialist kann die größere Bombe als das bessere Argument betrachten, kein Sozialist darf glauben, man könne irgendwelche Freiheiten schützen oder retten, indem man unter jenen, deren Diktatoren diese Freiheiten bedrohen, mit Atombomben Massenmorde begeht. Eine Bewegung, die den Menschen freier und das Leben lebenswerter für alle machen will, würde sich selbst zur Impotenz verurteilen, wollte sie den Weg der mörderischen Gewalt gutheißen oder gar mitbeschreiten.

Nicht Atombombentests am laufenden Mordband können den Ausgangspunkt schaffen, von dem aus die Welt zum Besseren verändert werden soll, sondern einzig und allein geduldiges Verständnis auch für den Menschen im anderen politischen Lager, und erst recht für den, der uns in seiner Verblendung und Verhetzung bedroht. Diese Verhetzung aber kann man nicht abwehren durch Gegenhetze, sowenig wie man den Frieden sichern kann durch Vorbereitungen für die Vernichtung der Menschheit. Der furchtbare Teufelskreis von Haß und Mord und Atomkrieg kann nicht gebrochen werden von jenen, die mehr Haß, mehr Mord und größere Atombomben für einen noch schrecklicheren Atomkrieg predigen, sondern allein von uns, die wir uns bemühen, von neuen Ausgangspunkten eine neue Welt zu schaffen.

Auf beiden Seiten sehen wir offizielle Führer immer gefährlicher dem Teufelskreis „Bombe — größere Bombe — noch größere Bombe“ verfallen. Auf beiden Seiten aber, so versichert uns unser Glaube an die Menschheit, sind auch andere am Werk — in Katakomben aller Art, in Außenseiterstellungen, und oft als Verächtliche und Verhöhnzte. Wer aber die Geschichte der Jahrtausende zu überblicken und die Ereignisse der letzten Jahrzehnte, ja der letzten Monate zu begreifen vermag, der erkennt, wie selten das Recht und die Zukunft auf Seiten der Lächer war.

Die Todfeinde aus den Jahrhunderten des Konfliktes zwischen Christentum und Islam erscheinen uns heute wie zankende Brüder. Christen erkennen christliche Wurzeln im Islam, und die grüne Fahne des Propheten weht über keinem Heer religiöser Fanatiker mehr. Wer vermag zu sagen, daß nicht schon in wenigen Jahrzehnten, ja vielleicht schon früher, eine neue Generation den welterschütternden West-Ost-Konflikt von heute in ähnlicher Weise als einen Bruderstreit, als einen internationalen Familienzwist betrachten wird, der die Menschheit zu einem Zeitpunkt spaltete und fast in das Massengrab des Atomkrieges stürzte, da die Menschen sich viel besser auf die neuen großen Aufgaben des anbrechenden kosmischen Zeitalters vorbereitet hätten?

Auch der Ost-West-Konflikt ist nur eine Sektenstreitigkeit

Wie Christen heute die christlichen Wurzeln im Islam erkennen und wie wir heute auch den Kampf zwischen Katholiken und Protestanten als einen mörderischen Streit zwischen christlichen Brüdern bedauern, so wird eine neue Generation wahrscheinlich den West-Ost-Konflikt nicht als eine Art Endrunde in einem ewigen Kampf zwischen Gut und Böse, sondern als eine jener vielen Sektenstreitigkeiten betrachten, die sich als ein Zeugnis menschlicher Intoleranz und menschlichen Unverstandes durch die Geschichte ziehen. Ja, hat man im Westen in jenen gefährlichen Jahren des

20. Jahrhunderts denn nicht erkannt, daß der Osten unter der Fahne einer westlichen Doktrin kämpfte? Hatte man nicht erkannt, daß die Russen als die führende Nation im kommunistischen Lager auch vieles mit den Nationen Westeuropas gemeinsam hatten? Hatte man kein Verständnis für das Schicksal eines Staates zwischen Europa im Westen und Asien im Osten, verstand man nicht die Auswirkungen von historischen Ereignissen, wie die Invasion der Mongolen, und hatte man in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts wirklich schon vergessen, daß die Völker der Sowjetunion nicht ohne guten Grund immer und überall in jenen Tagen Anzeichen und Vorbereitungen einer neuen deutschen Aggression — diesmal mit der Unterstützung der USA — sahen?

Ich glaube nicht, daß unsere offizielle westliche Politik einer neuen Generation als eine sehr intelligente Antwort auf diese Fragen erscheinen wird. Wir beantworten eine Psychose mit der anderen, wir reagieren hysterisch auf russische Hysterien, und wir sehen die westlichen Großmächte Westdeutschland immer stärker machen — und dies zu einer Zeit, da das gleiche Westdeutschland in seiner offiziellen Regierungspolitik einen Ruck nach rechts gemacht hat und damit alle, begründeten oder unbegründeten, Befürchtungen des Kremls in den Augen der Russen zu bestätigen scheint.

Verständnis heißt nicht Ausverkauf

Verständnis für den Gegner heißt nicht Übergabe oder Ausverkauf. Verständnis für die Gründe der russischen Haltung scheinen uns vielmehr als Grundvoraussetzung für ein richtiges Verhalten unsererseits. Gewiß, wir wollen alles verteidigen, was wir an Freiheit oder Freiheiten besitzen. Aber diese Verteidigung kann nicht in erster Linie mit militärischen Mitteln erfolgen, die einzig und allein zum Krieg und damit zum Untergang aller führen.

Die Verteidigung der Freiheit unter dem Kommando mittlerer Hitlergeneräle kann auch nicht durch Menschen erfolgen, die durch eine Haßpropaganda verblendet und verdummt worden sind. Verblendete und Verdumpte sind schlechte Kämpfer und noch schlechtere Führer. Die Verteidigung der Freiheit kann nur durch Menschen erfolgen, die über der Tagespropaganda, über der täglichen Lüge aus Ost über West und aus West über Ost stehen.

Die Verteidigung der Freiheit kann auch nicht durch die Beschränkung und Beschneidung unserer Freiheiten, sondern nur durch ihre Ausdehnung und Vermehrung erfolgen. Dies ist das Gebiet, auf dem wir aggressiv sein müssen: Mehr Freiheit vor allem dort, wo Menschen im Namen der Freiheit sprechen und werben können. Es gilt, neue Werte und neue Wege zu ertasten und zu erarbeiten.

Rom und Karthago zugleich

Gewiß: der Selbsterledigung des Konfliktes zwischen Christentum und Islam steht die andere Lösungsmöglichkeit in den großen weltgeschichtlichen Konflikten gegenüber, die Lösung des Wettstreites zwischen Rom und Karthago etwa. Es fehlt nicht an Stimmen bei uns und bei unseren Gegnern, die mit katonischer Beharrlichkeit mahnen: Ceterum censeo — Moskau oder Washington müssen zerstört werden. Diese Prediger des Unterganges, die Apostel der Vernichtung, all die Vorbereiter des Atomtodes der Menschheit aber sind in einem grauenvollen Irrtum befangen. Denn in unserer kleingewordenen Welt gibt es heute keine Alternative Rom oder Karthago mehr. Die Menschheit ist unter der Bedrohung der atomaren Vernichtung zu der Familie geworden, die sie ihrem Ursprung nach ist.

Darum ist für uns alle, die guten Willens und ohne Verblendung sind, Washington Rom und Karthago zugleich, so wie Moskau Karthago und Rom zugleich ist.

Entnommen mit freundlicher Genehmigung der Redaktion und des Verfassers dem UGB Bildungsfunktionär, Wien, Heft 79, Oktober—Dezember 1962.

LIEBER LESER!

Wenn Ihnen die vorliegende erste Nummer unserer Hauszeitung „Toleranz — Verständigung — Friede“ gefällt, so senden Sie uns bitte diesen Kupon mit Ihrer Anschrift, damit wir Ihnen auch die weiteren Folgen zuschicken können. Wenn sie Ihnen nicht gefällt, so schreiben Sie uns bitte Ihre Kritik und Ihre Verbesserungsvorschläge, die wir nach Möglichkeit berücksichtigen wollen.

Bitte füllen Sie den untenstehenden Abschnitt aus und senden Sie ihn an Ihren Buchhändler oder direkt an den Senses-Verlag, Wien IX, Sensesgasse 4.

- Ich ersuche um die laufende kostenlose Zusendung Ihrer Hauszeitung „Toleranz — Verständigung — Friede“ an meine Adresse.
- Bitte senden Sie mir weitere Exemplare Ihrer Hauszeitung kostenlos zur Verteilung an mir bekannte Personen.

Name:

Adresse:

Im Juni 1964 erscheint in unserer „Schriftenreihe für den Frieden“:

Neutrale als Friedenstifter

Das Beispiel der Schweiz

von WILLIAM BROSS LLOYD jr.

Immer wieder im Lauf der mehr als fünfhundertjährigen Geschichte der Schweiz vollzieht sich ein Prozeß, der nahe an ein Wunder grenzt, wenn man ihn mit den Augen seiner Zeit betrachtet. Sogenannte neutrale Kantone werden vertraglich verpflichtet, von sich aus, ohne dazu besonders aufgefordert zu werden, bei Streitfällen und Konflikten zwischen anderen Kantonen als Vermittler und Friedenstifter einzugreifen. Es ist dies eine geschichtliche Tradition, die bis in die jüngste Zeit bei außenpolitischen Entscheidungen der Schweizer Eidgenossenschaft eine bedeutende Rolle gespielt hat.

Der Verfasser, ein amerikanischer Wissenschaftler, hat sich in mehrjährigen Studien mit dem Phänomen der Schweizerischen Neutralität befaßt und hat in mühevollen Quellenstudien die Zusammenhänge der friedienstiftenden Aufgabe des Neutralen am Beispiel der Schweizer Geschichte herausgearbeitet.

Durch die Parallelen in der Position als „immerwährend neutraler Staat“, die seit 1955 zwischen Österreich und der Schweiz bestehen, zeigt dieses Buch besondere Aspekte für die Aufgabe Österreichs in der heutigen Weltpolitik auf, die bisher oft nur wenig Beachtung gefunden haben.

121 Seiten, Paperback, S 58.—, DM 9.60, sfr 9.60

Lesen Sie bitte auf den folgenden drei Seiten das Vorwort und das Geleitwort zu diesem neuen Buch des Sensen-Verlages! ▶

ED 718-5-72

VORWORT DES HERAUSGEBERS

Man könnte mit Recht die Frage stellen, warum ein Buch wie das vorliegende, das sich fast ausschließlich mit der Geschichte der Schweiz, besonders im Hinblick auf die Tradition des Schlichtens, Vermittelns und Friedentiftens im Verhältnis der Kantone untereinander, befaßt, gerade in einem österreichischen Verlag erscheint. Um darauf zu antworten sei vorerst pro domo bemerkt, daß der Herausgeber dieses Buches schon seit mehr als einem Jahrzehnt sich die in vieler Hinsicht undankbare Aufgabe gestellt hat, im Wiener Senses-Verlag eine „Schriftenreihe für den Frieden“ herauszugeben. Er mußte dabei feststellen, daß immer wieder die Frage gestellt wurde, was denn schon ein kleiner Staat und was sowohl die einfachen Bürger wie die führenden Politiker eines solchen kleinen Staates dazu beitragen können, um den Weltfrieden zu sichern.

Nun hat die Außenpolitik der seit 1955 wieder selbständig gewordenen Republik Österreich nach Ansicht des Herausgebers den Beweis erbracht, daß es für einen kleinen neutralen Staat sehr wohl möglich ist ein freundschaftliches Verhältnis sowohl zu den östlichen kommunistisch regierten Ländern (und vor allem zur Sowjetunion) wie auch zu den nach freiheitlich-demokratischen Grundsätzen regierten westlichen Ländern zu unterhalten. Obwohl es kein Geheimnis ist, daß die Sympathien der überwiegenden Mehrheit der österreichischen Bevölkerung auf Seiten des Westens liegen, hat es eine strikt neutrale Außenpolitik doch verstanden, auch zur östlichen Welt ein gegenseitiges Verhältnis des Vertrauens aufzubauen.

Es ist nun besonders der in diesem Buch zum Ausdruck kommende Gedanke der vermittelnden und friedentiftenden Aufgabe des Neutralen, die den Herausgeber dazu bewogen hat, Mr. Lloyds Arbeit in seinem Verlag herauszubringen. Denn wenn Österreich eine wichtige Aufgabe in der gegenwärtigen internationalen Politik hat, so müßte es vor allem die Aufgabe sein, nach besten Kräften und bestem Vermögen dazu beizutragen, daß der gute Wille und die Verständigungsbereitschaft zwischen den westlichen und östlichen Großmächten wächst und daß das gegenseitige Mißtrauen schrittweise abgebaut wird, so daß es zu keinem neuen großen Krieg mehr kommen kann.

Für diese Aufgabe könnte es kein besseres Vorbild geben als die in diesem Buch ausführlich besprochene Tradition der friedentiftenden Aufgabe des Neutralen am Beispiel der Schweiz. Denn wir leben in einer Zeit, in der der Ausbruch eines weltweiten Vernichtungskrieges durch einen unglücklichen Zufall jeden Tag möglich ist und in der noch immer das sogenannte „Gleichgewicht des Schreckens“ die einzige — in kritischen weltpolitischen

Situationen leider keineswegs zuverlässige — Garantie dafür ist, daß es nicht zu dem von allen gefürchteten Ausbruch eines dritten Weltkrieges kommt.

Die Vorräte an atomaren Vernichtungswaffen in Ost und West reichen dafür aus, um die Menschheit mehrfach zu vernichten. Die große Frage, vor der die Menschheit steht, ist ob die menschliche Vernunft einen Weg finden wird, um die Kriegsgefahr ein für allemal zu bannen. So lange es noch nicht in der Macht der Vereinten Nationen liegt, den möglichen Ausbruch eines neuen Weltkrieges mit verlässlichen Methoden zu verhindern und so lange es keinen besseren Ersatz für die bisherigen Methoden der Friedenssicherung durch militärische Bereitschaft und durch Bündnisse zwischen den verschiedenen Nationalstaaten gibt, hängt das Schicksal der Menschheit weitgehend vom guten Willen und von der Verständigkeitsbereitschaft der Staaten im Verhältnis untereinander ab.

Weil nun die historische Tradition die Schweiz zur Aufgabe der Versöhnung und Vermittlung in zwischenstaatlichen Angelegenheiten geradezu prädestiniert, hat die Schweiz in ihrer jüngsten Geschichte in ihrem Verhältnis zu anderen Staaten die Haltung der immerwährenden Neutralität eingenommen. Diese Haltung war u. a. der Grund, daß sich die Schweiz nach dem ersten Weltkrieg dem Völkerbund unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der Nichtteilnahme an Aktionen der kollektiven Sicherheit anschloß. Die nach dem zweiten Weltkrieg gegründeten Vereinten Nationen sind auf diesen Vorbehalt nicht eingegangen, und die Schweiz, die darauf nicht verzichten wollte, hat aus diesem Grund die Mitgliedschaft abgelehnt.

Gerade aber, weil neutrale Staaten, besonders in der ihnen natürlich zufallenden Rolle als Vermittler und Friedenstifter, eine äußerst wichtige Rolle in der Arbeit der Vereinten Nationen spielen können, ist es einerseits äußerst bedauerlich, daß für die Aufnahme der Schweiz in die Vereinten Nationen bisher kein modus gefunden werden konnte, andererseits ist es erfreulich, daß Österreich mit der von ihm freiwillig übernommenen Verpflichtung zur immerwährenden Neutralität „nach dem Schweizer Vorbild“ trotzdem in die Vereinten Nationen aufgenommen wurde.

Durch die Aufnahme Österreichs als immerwährend neutralem Staat in die Vereinten Nationen scheint erwiesen, daß die UNO ihre Haltung moderiert hat und damit anerkennt, daß auch die Mitgliedschaft solcher Staaten wünschenswert ist, die aus Gründen ständiger Neutralität außerstande sind sich an Aktionen der kollektiven Sicherheit zu beteiligen, die aber ansonsten bereit sind ihren Teil der Verantwortung für das Wohl und Gedeihen einer immer kleiner werdenden Welt zu übernehmen.

Wien, im Mai 1964

Ernst Schwarz

Geleitwort

Gleich vielen anderen amerikanischen Mitgliedern der „Society of Friends“ kam William B. Lloyd, getrieben von dem Wunsch nach Frieden, nach dem Ende des zweiten Weltkrieges nach Europa. Während aber die meisten seiner Glaubensfreunde ihr pazifistisches Ziel in erster Linie durch großzügigen Beistand für die menschlichen Opfer des Krieges zu verwirklichen suchten, verfolgte Mr. Lloyd eine weitere, mehr auf intellektuellem Gebiet liegende Absicht.

Hier, im Herzen der Alten Welt, lag die Schweiz, der es im Verlauf der Jahrhunderte gelungen war, den Frieden zu bewahren, um dessen Erhaltung sich ihre weitaus mächtigeren Nachbarn ständig, aber ohne Erfolg bemüht hatten. Hatte diese alte Republik — deren Bevölkerung ebenso wie jene des übrigen Europa durch Rasse, Religion, Sprache und Tradition gespalten ist — keine Lehre zu erteilen, keine Botschaft von allgemeiner Gültigkeit zu geben? Waren diese Schweizer denn von Natur aus friedlich? Nein, sie waren ausgesprochen kriegerisch, wenn es darum ging, sich in den Schlachten der anderen zu schlagen. Waren sie gegen die Lockungen lokaler Unabhängigkeit gleichgültig? Nein, sie waren fast krankhaft eifersüchtig auf die Souveränität ihres jeweiligen Heimatkantons bedacht. Waren sie Experten der Rechtswissenschaft oder der Diplomatie? Keineswegs — sie hatten weder einen Grotius noch einen Talleyrand hervorgebracht.

Was hat sie dann im Lauf ihrer Geschichte befähigt, trotz ihrer Streitsucht, ihrer sprichwörtlichen Grobheit und ihres ewigen Wunsches, Herr ihres eigenen kantonalen Schicksals zu sein, ihre nationale Einigkeit inmitten des europäischen Haders nicht nur zu bewahren, sondern sogar zu konsolidieren?

Mr. Lloyd kam mit der ausdrücklichen Absicht in die Schweiz, dieses Problem zu lösen, dieses Geheimnis zu enträtseln. Er hatte, ehe er ins Ausland ging, einige Werke schweizerischer Historiker gelesen, in welchen er jedoch keine vollauf befriedigenden Antworten gefunden hatte. Es war offensichtlich, daß sie ihr Land kannten und liebten. Seine Eigenheiten waren ihnen jedoch so vertraut, daß sie der Besonderheit seines Geschickes scheinbar nicht immer gewahr wurden. So begann W. B. Lloyd eben mit dem Quellenstudium.

LINUS PAULING — zweifacher Nobelpreisträger

Der überaus seltene Fall, daß ein Nobelpreisträger noch einen zweiten Nobelpreis erhält, ist bei Prof. Linus Pauling eingetreten. Der in Kalifornien lebende Biochemiker erhielt 1954 seinen ersten Nobelpreis für seine Arbeit über die chemischen Bindungen mit Anwendung auf den Bau komplizierter Stoffe (Kettenproteine). Als Anerkennung für seinen selbstlosen Einsatz, der nicht unwesentlich zum Zustandekommen des im August 1963 abgeschlossenen Atomteststopvertrages beigetragen hat, erhielt Linus Pauling seinen zweiten Nobelpreis für Frieden im Oktober 1962 zuerkannt.

Linus Pauling ist seit einem Jahrzehnt ein unermüdlicher Bekämpfer der Kernwaffenversuche und ist durch seinen mutigen persönlichen Einsatz gegen den Mißbrauch der Atomwissenschaft für kriegerische Zwecke in weiten Teilen der Welt bekannt geworden. Er ist der Initiator einer großen Unterschriftensammlung, als deren Resultat 1958 die Unterschriften von über 11.000 Wissenschaftlern aus 44 verschiedenen Ländern — darunter 36 Nobelpreisträgern — dem Generalsekretär der Vereinten Nationen überreicht werden konnten.

In seinem Buch gibt Prof. Pauling eine allgemeinverständliche Darstellung der mit den Atomversuchen verbundenen Gefahren und schildert ausführlich seine Unterschriftensammlung für die Vereinten Nationen. Seine Ausführungen gipfeln in der Forderung, daß es nie wieder einen großen Krieg geben darf.

Aus dem Inhalt des Buches:

Das Ende aller Kriege
Die Beschaffenheit der Atomwaffen
Radioaktivität und radioaktiver Ausfall
Strahlung und Vererbung
Strahlung und Gesundheitsschäden
Was wissen wir über den radioaktiven Ausfall?
Wie würde ein Kernkrieg verlaufen?
Der Friedensappell der Naturwissenschaftler
Die Notwendigkeit von internationalen Abkommen
Ein Vorschlag zur Schaffung einer Organisation für
Friedensforschung

Im Anhang:

Erklärung von Albert Einstein
Mainauer Erklärung
Botschaft von Albert Schweitzer
Wiener Erklärung der dritten Pugwash-Konferenz

LINUS PAULING: Leben oder Tod im Atomzeitalter

184 Seiten, mit einem Vorwort von Univ.-Prof. Dr. Hans Thirring, Wien.
Ganzleinen, 8°, S 72.—, DM 12.—, sfr 12.—

ED 718-5-74

AUSGEWÄHLT VON MIRA BEHN

Die gebürtige Engländerin Madeleine Slade war von Romain Rollands Buch über das Leben und Denken des Inders Gandhi so tief beeindruckt, daß sie sich 1925 dazu entschloß, nach Indien zu fahren, um an der Seite Gandhis bei der Befreiung Indiens mitzuwirken. Gandhi gab ihr den Namen Mira behn (Schwester Mira) und wählte sie zu einer seiner engsten Mitarbeiterinnen.

In der vorliegenden Auswahl hat Mira behn aus den vielen Reden und Zeitungsartikeln des Mahatmas jene Stellen ausgesucht, die als Quintessenz der Lebensweisheit des „Vaters der indischen Nation“ gelten können und die vor allem dem Europäer viele Anregungen zum Nachdenken über das Versagen der europäisch christlichen Kultur und über die gefährlichen Folgen einer einseitigen Vergötzung der Naturwissenschaft und der Technik gibt.

Die vorliegende Schrift enthält auch die wesentlichen Grundgedanken der „Satyagraha“, jener Philosophie der Gewaltlosigkeit, die mit Recht in Ost und West als ethische Grundlage des Friedens betrachtet wird, da sie ja in ihren Grundzügen auf den wesentlichen Elementen sowohl des Christentums (Bergpredigt) wie auch des Hinduismus (Ahimsa — Gewaltlosigkeit) aufgebaut ist.

Selten findet man ein Buch, das auf so wenigen Seiten so viele bedeutende Gedanken und einen so tiefen Schatz an Weisheit enthält.

32 Seiten, Paperback, S 24.—, DM 4.—, sfr 4.—

SENSEN-VERLAG · WIEN

Folgende weitere Bücher sind im Sensen-Verlag in der

SCHRIFTENREIHE FÜR DEN FRIEDEN erschienen:

WIR UND DIE ATOMBOMBE

von Primararzt *DDr. Georg Fuchs* (Facharzt für Röntgenologie und Strahlenheilkunde in Wien) — 36 Seiten, 8°, broschiert, S 15.—, DM 2.50, sfr 2.50

In kurzer Form gibt der Verfasser eine Übersicht über die Gefahr, die der Menschheit nicht nur durch militärischen Größeneinsatz, sondern bereits durch die Atombombentests drohen. Die nüchterne Sachlichkeit, mit welcher die Tatsachen dargelegt werden, wirkt überzeugend.

ATOMKRIEG, STRAHLENKRANKHEIT, STRAHLENTOD

Von Primararzt *DDr. Georg Fuchs*, 52 Seiten, 8°, broschiert, S 24.—, DM/sfr 4.—

Die Gefahren eines Atomkrieges werden durch verschiedene Stellen, vor allem jedoch durch die mit der Vorbereitung des sogenannten Zivilschutzes beauftragten Behörden, vielfach verharmlost und es werden Schutzmöglichkeiten vorgegaukelt, die im Ernstfall niemals bestehen würden. Für alle jene, die sich über die wahren Folgen eines Atomkrieges informieren wollen, ist das vorliegende Buch eine ausgezeichnete Informationsquelle.

SIND KRIEGE UNVERMEIDBAR?

von *Dr. Josef Rauscher*. Herausgegeben von der Gesellschaft für ethische Kultur in Wien. — 48 Seiten, 8°, broschiert, S 20.—, DM 3.30, sfr 3.30

Das Werk befaßt sich mit den Ursachen der Kriege, mit der Bekämpfung dieser Ursachen, den Aufgaben der Vereinten Nationen und einer zu schaffenden Weltregierung und der Argumentation für und gegen Krieg und Pazifismus. Der Tenor ist das Bemühen um echte Friedensicherung.

SCHRITTE ZUM FRIEDEN

Eine Stellungnahme von Quäkern zur Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Herausgegeben vom American Friends Service Committee (erschienen 1952). 62 Seiten, 8°, kartoniert, S 12.—, DM 2.—, sfr 2.—

Das wesentliche Kriterium des Buches ist schöpferische Kritik an der Außenpolitik Amerikas, dargelegt von Staatsbürgern Amerikas, die sich ihrer Verantwortung als Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft und als Weltbürger im Atomzeitalter in gleicher Weise bewußt sind.

WEGE ZUR GEWALTLOSEN BEFREIUNG

Eine Studie über den Ost-West-Konflikt und die Methoden des gewaltlosen Widerstandes. Von *Ernst Schwarz*. — 68 Seiten, 8°, kartoniert, S 12.—, DM 2.—, sfr 2.—. • Englische Ausgabe: „Paths to freedom through Non-Violence“, S 20.—, DM 3.30, sfr 3.30.

Dieses Buch zeigt einen Weg, wie mit letzter Konsequenz auch in den Fragen der Politik dem Geist der allumfassenden Menschenliebe zum Sieg verholfen werden kann, ohne deshalb die Prinzipien des Rechts und der Wahrheit zu opfern.

SAGT ES DEN MÄCHTIGEN

Quäker suchen nach einem anderen Weg als dem der Gewalt. Eine Studie der internationalen Konflikte, für das Hilfskomitee der amerikanischen Freunde zusammengestellt (erschienen 1956). — 80 Seiten, 8°, kart. 8 1/2.—, DM 2.—, sfr 2.—

Es ist das große Verdienst der vorliegenden Schrift, daß sie nicht nur die herrschende Tendenz zur gewaltsamen Lösung politischer Konflikte schärfstens kritisiert, sondern daß sie auch einen neuen und völlig andersartigen Weg aufzeigt, der aus der Sackgasse der Gewaltpolitik herausführt.

ÜBERFLUSS ODER FOLLE DES LEBENS

Wohin Amerika — wohin England? Von *Wilfred Wollack*.

63 Seiten, 8°, kartoniert, S 18.—, DM 3.—, sfr 3.—

Dieses Buch stellt einen bedeutenden Beitrag zur Klarstellung der vielfach verborgenen wirtschaftlichen Ursachen der politischen Spannungen in unserer heutigen Welt dar.

Seit 1962 erscheint im Sensen-Verlag zweimonatlich die Zeitschrift

DER CHRIST IN DER WELT

Werkblätter für christliche Erneuerung

Dem Redaktionskomitee gehören an: P. Straumann O. P., Abbé Clovis Lugon, Pastor Rudolf Daur, Nikolaus Ehlen, Hans Wirtz, Norbert Mayr.
Leitung des Redaktionskomitees: *Friedrich Hoer*.

Sonstige Erscheinungen des Sensen-Verlages:**DER NEUSIEDLER SEE — EIN KLEINOD OSTERREICHS**

von *Prof. Dr. Lothar Machura*. — 40 Seiten mit 24 sehr schönen Illustrationen und einem Plan, 8°, Paperback, S 18.—, DM 3.—, sfr 3.—

Ein kleines Büchlein zur Einführung in die Besonderheiten des größten Steppensees Europas. Nur wenigen dürfte bekannt sein, daß die Steppenflora und Vogelwelt des Neusiedler Sees zum Teil aus ansonsten nur in Asien und Afrika anzutreffenden Arten besteht und zur eigenartigsten Europas zählt.

ALTINNSBRUCKER STADTHÄUSER UND IHRE BESITZER

Band I und Band II. Von *Dr. Rudolf Granichstaedten-Czerva*. — Band I 53 Seiten, Band II 64 Seiten, 8°, Paperback, je Band S 39.—, DM 6.50, sfr 6.50

Der bekannte Tiroler Historiker und Verfasser einer Vielzahl Tirolerisistia schildert in den vorliegenden zwei Bänden, denen noch ein dritter folgen soll, das Schicksal von 99 Innsbrucker Althäusern und ihren Besitzern. Ein Buchwerk, das den Leser die Geschichte einer der schönsten österreichischen Städte an dem Leben der führenden Familien dieser Stadt miterleben läßt.

WIE SCHREIBT MAN EINEN FILM?

Anleitung zur Herstellung von Filmmanskripten von *Viktor Abel*. — 128 Seiten, 8°, Leinen, S 30.—, DM 5.—, sfr 5.—

Ein ehemaliger Regisseur gibt Ratschläge aus seiner langjährigen Praxis. Obwohl das Buch 1937 in der ersten Auflage erschienen ist, ist es auch heute noch immer aktuell.

ARBEITSWÄHRUNG

Das Ende der Lohn-Preis-Spirale. Von Ing. Thomas Wagner. — 172 Seiten, 8°, Paperback, S 60.—, DM 10.—, sfr 10.—

Der Verfasser setzt sich kritisch mit den herkömmlichen national-ökonomischen Theorien auseinander und schlägt zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit die Einführung einer, auf der effektiven Arbeitsleistung als Grundlage aufgebauten Arbeitswährung vor.

UNVERNUNFT UND UNHEIL IM SEXUALSTRAFRECHT

§ 129 I b StGB (§ 175 StGB) im Lichte der Tatsachen. Von Hofrat Dr. phil. Wolfgang Beindorf. — 42 Seiten, 8°, broschiert, S 18.—, DM 3.—, sfr 3.—

Es gehört eine gute Portion Mut dazu, als Anwalt für die staatsbürgerlichen Rechte jener Menschen einzutreten, die wegen ihrer besonderen sexuellen Veranlagung Jahrzehnte und Jahrhunderte hindurch von der Gesellschaft gemieden und mittels der bestehenden (und nach den heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen längst veralteten) Gesetze strafrechtlich verfolgt wurden. Diesen Mut beweist der Verfasser des obigen Buches in seiner eingehenden Studie über die Ursachen und die Ausbreitung der Homosexualität, die in einen Vorschlag für eine Strafgesetzesreform ausmündet.

BILDER UND GEDANKEN

Ein modernes Kunstbuch von Wilhelm Heinisch mit einer Einleitung von Prof. Dr. Walter Buchowiecki in Deutsch und Italienisch. — 80 Seiten, Groß-8°, mit 20 Schwarz-Weiß-Bildern und 16 Vierfarben-Reproduktionen, Leinen mit farbigem Schutzumschlag, S 140.—, DM 23.—, sfr 23.—

Erst mit 50 Jahren hat der bisherige Geschäftsmann Wilhelm Heinisch zu den Malgeräten gegriffen und in wenigen Jahren eine reiche Fülle von Gemälden — meistens Porträts — geschaffen. Das Buch ist 1962 zur Vollendung des 65. Lebensjahres des Künstlers erschienen.

ST. SEVERIN

der große Heilige und Wundertäter für seine und unsere Zeit. Von Veremundus. 82 Seiten mit Illustrationen und einem historischen Plan, 8°, Paperback, S 45.—, DM 7.50, sfr 7.50

Auf dem vorläufig noch umstrittenen Fund des Grabes von St. Severin in Heiligenstadt — einem ehemaligen Vorort und jetzigen Stadtteil Wiens — aufbauend, wird das Lebenswerk St. Severinus in der Spätzeit der Römerherrschaft geschildert. Mit Auszügen aus der „Vita“ des Eugippius werden Herkunft und Wirkungsstätte des vor 1500 Jahren verstorbenen Heiligen beleuchtet, wobei sowohl die politische Betätigung und seine Wunder wie auch Askese und Prophetie Raum finden.

NEULATEINISCHE SPRACHE — NOV LATIN LOGUI

Zweiter Teil: Worte und Gespräche. Von Karl Pompiati. 38 Seiten, 16°, broschiert, S 9.—, DM 1.50, sfr 1.50

Ein für den Sprachwissenschaftler äußerst interessanter Versuch zur Schaffung einer künstlichen Sprache unter Verwendung des lateinischen Sprachstamms.

SENSEN-VERLAG · WIEN

Herausgeber, Eigentümer und Verleger: Sensen-Verlag; für den Inhalt verantwortlich: Ernst Schwarz; Druck: Buchdruckerei Josef Schwarz, Erb, alle: Wien IX, Senseng. 4, Tel. 42 65 24.

Besuchen Sie bitte — falls Sie nach Frankfurt kommen — den Stand unseres Verlages auf der **Frankfurter Buchmesse, 17. bis 22. September 1964, Halle 7 B, Stand Nr. 579.**

ED 718-5-76

Verband der Kriegsdienstverweigerer e.V. (VK)

Zentraler Friedensdienstsausschuss
2 Hamburg 36, Große Bleichen 23/27, Zimmer 163

, den 29. September 1964

3.10.64

Rundschreiben an

alle BA- Gruppen, interessierte Mitglieder
und Freunde.

Liebe Freunde,

auf der letzten Bundesausschuss-Sitzung wurde u.a. die Frage der Solderrhöhung für Ersatzdienstleistende nach dem 12. Monat des Ersatzdienstes angeschnitten. Es wurde behauptet, daß einige Organisationen während der gesamten 18 Monate unverändert den gleichen Sold-Betrag zahlen. Ich habe mich wegen dieser Frage mit dem BMA in Verbindung gesetzt und darauf folgende Antwort erhalten:

"Durch Artikel II § 1 Ziff.1 des Zweiten Gesetzes zur Änderung des Wehrpflichtgesetzes vom 22.3.1962 hat § 2 Abs.1 des Wehrgeldgesetzes folgenden zweiten Satz erhalten: 'Soldaten, die Grundwehrdienst leisten, erhalten nach Ablauf von 12 Monaten die Sätze der gegenüber ihrem jeweiligen Dienstgrad nächsthöheren Wehrgeldgruppe'. Ich habe alle Organisationen und Ersatzdienstgruppen durch Rundschreiben Nr. 3/62 hiervon in Kenntnis gesetzt. Außerdem verrechne ich anläßlich der Abrechnung den Sold jeweils in der richtigen Höhe mit dem Kostenbeitrag. Es ist mir daher unerklärlich, daß die Organisationen, wie Sie mir berichtet haben, offenbar unterschiedlich verfahren. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie mir die Organisationen benennen würden, die angeblich den von mir richtig verrechneten Sold nicht in der richtigen Höhe an die Ersatzdienstleistenden auszahlen."

Ich bitte alle Gruppen und Freunde, mir unverzüglich die Fälle mitzuteilen, in denen den Ersatzdienstleistenden nach Ablauf des 12. Ersatzdienstmonats nicht der erhöhte Sold gezahlt wird. Dabei bitte ich um folgende Angaben:

- a) Personalien des betroffenen Ersatzdienstleistenden,
- b) Datum seines Dienstantrittes und Dauer evtl. Dienstunterbrechungen,
- c) Höhe des jeweils monatlich gezahlten Soldes,
- d) Name und Anschrift der Organisation, bei welcher der Ersatzdienst geleistet wird,
- e) Name und Anschrift des Beauftragten der Organisation, für die Auszahlung und Abrechnung des Soldes verantwortlich ist.

Ich bitte um Verständnis für diese etwas bürokratische Form. Eine Soldverkürzung durch die Organisation bzw. einen ihrer Beauftragten kommt praktisch einer Unterschlagung gleich und wir dürfen uns nicht der Gefahr aussetzen, in dieser Richtung falsche Anschuldigungen zu erheben. Wenn wir jedoch eine rechtswidrige Soldverkürzung feststellen, werden wir dagegen mit allen gebotenen Mitteln einschreiten. Das gilt auch für solche Fälle, in denen der Ersatzdienst bereits beendet wurde.

Mit freundlichen Grüßen
(Hans-H. Ploen)
Ref. für freiwillige und
gesetzliche Dienste

Institut

Archiv

ED 718-5-77

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach/Main, den 20.10.64
Waldstr.99, Postfach 646

Rundschreiben V 15 - 1964

21.10.64

An die Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

am vergangenen Wochenende, dem 17./18.10.64, tagte in Stuttgart der VK-Bundesvorstand. In mehr als 15 Arbeitsstunden haben wir uns mit aktuellen Problemen und zukünftigen Aktionen beschäftigt. In diesem Rundschreiben wollen wir Sie unverzüglich nach dieser Sitzung über einige Beschlüsse informieren.

1. Volkstrauertag

Es dürfte bekannt sein, daß die Aktivität in Aktionen bei einer Reihe unserer VK Gruppen seit längerer Zeit stagniert. Der Bundesvorstand hat sich deshalb auch Gedanken gemacht, wie er durch Vorschläge zur Belebung der örtlichen Arbeit in dieser Hinsicht beitragen kann.

Zum Volkstrauertag, der am 15.11.64 sein wird, empfehlen wir eine Aktion, die von allen Gruppen zu verwirklichen sein dürfte. Sie finden beigelegt den Entwurf für ein Flugblatt, das der Schriftsteller und Fernsehautor Christian Geissler für uns geschrieben hat. Dieses Flugblatt werden wir von der Verbandsgeschäftsstelle zentral herstellen, wobei in Zusammenarbeit mit Christian Geissler noch einige redaktionelle Änderungen möglich sind.

Wir bitten unsere Gruppen zu überprüfen, welche örtlichen Möglichkeiten gegeben sind, aus Anlaß des Volkstrauertags dieses Flugblatt in größerer Zahl unter die Leute zu bringen und dort, wo es möglich ist, Kränze mit einer Schleife, die die gleiche Inschrift wie der Flugblatttext trägt, niederzulegen. Natürlich müßte auf der Schleife auch der Name "Verband der Kriegsdienstverweigerer" vermerkt sein.

Zur Flugblattverteilung bieten sich die offiziellen oder inoffiziellen Veranstaltungen der Behörden oder auch von Traditionsvereinigungen an, sowie auch die Friedhöfe, die am Volkstrauertag besonders stark besucht werden. Selbstverständlich muß vermieden werden, daß es durch unsere Aktionen am Volkstrauertag irgendwo zum Klamauk kommt. Wir wollen keine Schau abziehen, sondern sehr nachdrücklich im Sinne unserer Vorstellungen von friedlichem Zusammenleben der Menschen und Völker auf die Bürger dieses Landes einwirken. Der Hauptgrund, daß wir auf Klamauk und Spektakel verzichten wollen, dürfte nicht der sein, daß die meisten Menschen sich dann beleidigt fühlen und unsere Aktion nicht mehr unterstützen würden, sondern der, daß gerade wir es sind, die den Tod von Millionen, die in den vergangenen Kriegen ermordet wurden, zutiefst bedauern und durch unsere Arbeit verhindern wollen, daß sich so etwas wiederholt. Wir demonstrieren nicht gegen den Tag, an dem der ^{Kriegs-}toten gedacht wird, sondern wir wollen aufrütteln, gerade an diesem Tag besonders über die Konsequenzen nachzudenken, die sich für kluge und anständige Leute aus den Erfahrungen der vergangenen Kriege ergeben müssen.

Einige unserer größeren VK-Gruppen werden am Volkstrauertag Steine mit Inschriften errichten, wie sie ebenfalls dem Flugblatttext zu entnehmen sind. Vom Bundesvorstand wird empfohlen, sowohl bei Kranzniederlegungen, als auch bei der feierlichen Enthüllung der Steine den Flugblatttext zu verlesen. VK-Gruppen, die bisher mit dem Bundesvorstand nicht in näherem Kontakt wegen der Stiftung der Steine ^{sind} sich jedoch dafür interessieren, ebenfalls ein solches Mahnmahl zu errichten, werden gebeten, unverzüglich mit der Verhandlungsgeschäftsstelle Kontakt aufzunehmen.

Wir bitten alle Gruppen, über ihre Aktionen und Erfahrungen zum Volkstrauertag dem Bundesvorstand einen Bericht zukommen zu lassen. Ausdrücklich möchten wir darauf hinweisen, daß der Flugblatttext Eigentum des VK-Bundesvorstandes ist. Er darf von VK-Gruppen oder anderen Gruppierungen, wie befreundeten Organisationen, nur mit Genehmigung des VK-Bundesvorstandes verwendet werden.

2. Tag der Gefangenen für den Frieden

Der 1.12. jeden Jahres wird von der internationalen Kriegsgegnerbewegung als "Tag der Gefangenen für den Frieden" begangen. Wie in den vergangenen Jahren, wollen wir auch 1964 wieder Grußkarten an Pazifisten schicken, die wegen Kriegsdienstverweigerung oder anderen friedlichen Verhaltensweisen in Lagern, Gefängnissen oder gar Zuchthäusern eingekerkert sind. Wir hoffen, daß uns durch die WRI-Zentrale in London bald die Adressenliste solcher Freunde zugeht, die wir dann allen Gruppen zur Verfügung stellen werden.

Außerdem wollen wir in der ganzen Bundesrepublik in diesem Jahr zum 1.12. (möglich sind auch einige Tage davor oder danach) wieder bei Botschaften und Konsulaten der Länder protestieren, die zwar die allgemeine Wehrpflicht eingeführt haben, aber das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen ihren Bürgern nicht zubilligen. Aktionsvorschläge, Entwürfe für Briefe an die entsprechenden Botschaften oder Konsulate und der Entwurf für eine Presseverlautbarung gehen den VK-Gruppen bis Anfang nächster Woche zu.

3. Kriegsdienstverweigerung in der DDR

Das Gesetzblatt über die "Anordnung des nationalen Verteidigungsrates der Deutschen Demokratischen Republik über die Aufstellung von Baeinheiten im Bereich des Ministeriums für nationale Verteidigung" liegt uns inzwischen vor. Der Bundesvorstand hat beschlossen, das Gesetzblatt in der Novembernummer von ZIVIL abzudrucken. Eine abschließende Stellungnahme wurde nicht beschlossen. Die Bundesvorstandsmitglieder Egon Becker und Hans H. Ploeg werden in ZIVIL eine persönliche Beurteilung dieser neuen Regelung in der DDR abgeben.

Der BV war jedoch einmütig der Auffassung, daß der Appell des Bundeskongresses 1964 an die Volkskammer der DDR, der die Aufforderung enthielt, das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in der DDR gesetzlich zu kodifizieren, in dieser Form nicht übergeben werden kann. Dagegen wird eine vom BV bestimmte Delegation am 1.12. nach Ostberlin fahren, um sich ausführlich über die tatsächlichen Möglichkeiten einer Wehrdienstverweigerung in der DDR zu informieren. Die Ergebnisse dieses

Sondierungsgespräche sollen dem BV bzw. dem BA zu einer endgültigen VK-Stellungnahme dienen.

- 4. Der beigelegte Pressedienst informiert Sie, zu welchen weiteren Fragen der BV - über allgemein geschäftsmäßige Dinge hinaus - Stellungnahmen erarbeitet hat.
- 5. Zu der erfreulichen Tatsache, daß der amerikanische Negroführer Martin Luther King mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, hat der Bundesvorsitzende Herbert Stuhrenrauch bereits am Tag der Bekanntgabe gegenüber der Presse eine Erklärung abgegeben. Ein entsprechender Pressedienst wurde lediglich an die Presse, aber nicht an die VK-Gruppen gegeben. Für alle, die es noch nicht wissen sollten: Martin Luther King ist aktives Mitglied der amerikanischen Kriegsgegnerbewegung, die, wie der VK, der WRI angeschlossen ist. Der VK-BV hat Martin Luther King telegraphisch seine Glückwünsche übermittelt.
- 6. Am Wochenende vor der BV-Sitzung fanden die Bundeskonferenzen der IdK und der DFG statt. Die BV-Mitglieder Egon Becker und Klaus Vack haben an diesen Tagungen als Gäste teilgenommen. Bei der DFG wurde die seitheriger Vorsitzenden August Bängel, Castrop-Rauxel und Gottfried Wandersleb, Harne, wiedergewählt. Die IdK wählte den seitherigen stellvertretenden Vorsitzenden H.W. Vogel, München zum 1. Vorsitzenden. Stellvertretender Vorsitzender wurde der anerkannte Kriegsdienstverweigerer Niels C. Nagel. Freund Nagel ist gleichzeitig Mitglied in unserer Kölner VK-Gruppe. Zur Zeit leistet er seinen zivilen Ersatzdienst ab. Bei der IdK-Konferenz stand die Frage der Fusion nicht zur Debatte. Dafür wurde von den neugewählten Vorsitzenden Wünsche nach einer engeren Zusammenarbeit zwischen IdK und VK zum Ausdruck gebracht.
- 7. Beigefügt finden Sie Schriften des Sensen-Verlages Wien und unseres BV-Mitgliedes Dr. Fritz Katz.

Weitere Teilergebnisse der BV-Sitzung gehen Ihnen zu einem späteren Zeitpunkt zu. Wenn wir alles auf einmal schreiben, kann es wohl kaum in die Tat umgesetzt werden. Sie hören später von uns. Inzwischen alles Gute

Ihr
Klaus Vack
(Klaus Vack)
Verbandsgeschäftsführer

Bestellzettel an die Verbandsgeschäftsstelle

Die VK-Gruppe _____ bestellt folgende
Zahl von Flugblättern zum Volkstörnerstag:

- Stück, wenn der Preis DM 15,- pro 1000 Stück beträgt;
 - Stück, wenn der Preis DM 20,- pro 1000 Stück beträgt;
 - Stück, wenn der Preis DM 25,- pro 1000 Stück beträgt.
- (Der Preis für die Flugblätter stehen leider noch nicht fest, so daß wir heute noch keine genauen Angaben machen können.)

Die Flugblätter sind an folgende Anschrift zu senden:

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.
Bundesvorstand

Text für das zentrale VK-Flugblatt zum Volkstrauertag

Heute ist Sonntag, der 15. November 1964.

Im Kalender ist der Tag verzeichnet als VOLKSTRAUERTAG. Warum eigentlich 'Trauer'?

Vor zwanzig Jahren, am 15. November 1944, war Krieg.

An den Westgrenzen und an den Ostgrenzen unseres Landes starben damals massenhaft tagfürtag deutsche Soldaten auf der Flucht vor den Truppen überfallener und mißhandelter Völker. 'Sterben' sie?

Abertausende krenierten damals tagfürtag wie Vieh in Blut und Dreck und Angst und Geschrei irgendwo an der Donau, irgendwo im Hürtgenwald, erstickten in irgendeinem berliner Keller, in irgendeinem U-Boot draußen in der Nordsee.

Die, denen damals das Leben zuschanden gemacht worden ist, hätten das Leben sehr gern behalten. So wie heute jeder von uns sehr gern sein Leben behält.

Warum also Trauer?

Warum nicht stattdessen endlich Zorn und Empörung gegen die, die den Krieg damals und also den Tod von Millionen gemacht haben? Sie leben ja noch. Und etliche von ihnen haben schon wieder Macht in unserem Land. Unterdessen wir Tag und Stunde verschlafen und vertun und vertrauern, denken Generale schon wieder an Massenmord. 'Zur Verteidigung', sagen sie. Aber das haben sie 1914 und 1939 auch gesagt. Wer ihnen heute noch glaubt, glaubt an Zaubersprüche. Wer sich von Generalen beruhigen läßt, der verrät das Andenken an Millionen Menschen, die einen elenden Tod gestorben sind unter dem Befehl von Generalen.

Wer heute schläft oder einfach nur trauert, versäumt die grundsätzliche menschliche Pflicht: die der Treue gegenüber den erschlagenen nächsten Leuten, unseren Leuten.

Es sollte ja inzwischen jedem Mann und jeder Frau heute hier auf der Straße bekannt sein, daß in Deutschland während des zweiten Weltkrieges mindestens fünf Millionen Menschen unter Einwirkung von Gewalt getötet worden sind.

Jeder, der erschlagen worden ist, kommt her von einer Mutter und einem Vater. Meistens hat er Geschwister gehabt, oft eine Frau und Kinder, eine Braut, einen Freund, eine Freundin. Nehmen wir an, jeder der fünf Millionen Kriegstoten hat nur zwei lebendige Leute, die ihn geliebt haben, hinterlassen. Leute, die ihn kennen und mochten, die sich freuten, wenn sie sein Gesicht sahen. Nehmen wir an, jeder Tote hat hier auf der Straße heute seine zwei lebendigen Leute.

Dann erhebt sich doch die Frage: Wo sind heute am Volkstrauertag auf unseren Straßen zehn Millionen lebendige Menschen, die aus Solidarität mit den Erschlagenen endlich gegen den Krieg kämpfen?

Gewiß, Überall in Stadt und Land haben wir Gedenksteine mit den alten Texten 'Ehre', 'Heldentum' und 'Denkbarkeit'. Diese Denkmäler, heißt es, sind zur Ehre der Toten aufgestellt worden. Aber wer nachdenkt, der weiß, daß das nicht wahr ist. Wer Mut genug in seinen Knochen hat, sich genau an den Krieg zu erinnern, der weiß: Es gibt nur eine einzige Form des redlichen Respektes vor den Kriegstoten, nur ein einziges glaubhaftes Zeugnis für die Liebe zu einem Menschen, der ermordet worden ist:

Protest gegen den Mord -

Protest gegen die, die den Mord ausgedacht und angestiftet haben -
Kampf gegen jeden weiteren mörderischen Plan!

Wer sich diesem Kampf entzieht, ist unglaubwürdig in der Liebe zu seinem erschlagenen Bruder.

Sind wir alle in unserem Lande hier also längst unglaubwürdig?

Damit das nicht so ist, damit das faule Schweigen und Trauern und Ehrenbezeigen endlich aufhört, damit die Machthabenden lernen, daß man mit uns nicht in jeder weiteren Generation einen Massenmord einrichten kann, kurz: damit es richtiger zugeht künftighin, stellen wir heute in verschiedenen großen Städten der Bundesrepublik Steinplatten auf, Steine mit folgendem Text:

"IN DEN JAHREN ZWISCHEN 1939 UND 1945 SIND MILLIONEN MENSCHEN UNFREI EINEN GEMEINEN TOD GESTORBEN, NACH DEM WILLEN ZUM NUTZEN, UNTER DEM BEFEHL UND MIT DEM SEGEN VON WENIGEN MÄCHTIGEN. HOLT DIE MÄCHTIGEN AUS DER MACHT. ZUR EHRE DER TOTEN. ZUR RETTUNG DER LEBENDIGEN."

Steine mit solcher Inschrift sind keine Trauersteine, sondern Kampfsteine.

In Friedhöfen, an sogenannten Ehrendenkmalern, bei Mahnstätten legen wir Kränze nieder, deren Schleifen die Aufschrift tragen: "DIE ERMORDETEN FORDERN: WIDERSTAND GEGEN KRIEGSVORBEREITUNG!"

muß das sein? Ja, das muß sein. Denn um Verstorbene mag der Mensch trauern.

Im Namen von Ermordeten aber muß gekämpft werden.

Verband der Kriegsdienstverweigerer

TOLERANZ VERSTÄNDIGUNG FRIEDE

HAUSZEITUNG DES SENSEN-VERLAGES

Erscheint in zwangloser Folge • Nr. 2 • Wien im September 1964

Der Friedensgedanke in der Antike

In den meisten Menschen lebt eine tiefe Sehnsucht nach Frieden, nach Ordnung und Gerechtigkeit. Denn nur wenige greifen nach den Sternen, erstreben das Höchste. Die große Masse will nicht mehr als bescheidenes Glück im Schoße der Familie. Diesem Glück steht aber als der schlimmste Feind der Krieg entgegen. Er reißt die Familie auseinander, er nimmt der Frau den Gatten, der Mütter den Sohn, dem Kinde den Vater. Er zerstört Häuser, Dörfer, Städte, er vernichtet Leben und Werte ohne Maß und Zahl. Darum fürchtet die Menschheit den Krieg, aber sie tat bis in die jüngste Zeit nichts, ihn zu vermeiden, ihn aus dem Dasein der Menschen zu verbannen. Sie nahm ihn hin wie ein Elementarereignis, wie ein Gewitter, eine Überschwemmung und andere Naturkatastrophen, denen gegenüber der Mensch allein machtlos ist.

Diese Einstellung zum Krieg hatte auch der antike Mensch. Wohl erschien ihm der Friede als etwas Kostbares, aber zugleich als etwas Un-erreichbares. Ja früher einmal, „im goldenen Zeitalter“, da mochte es so etwas wie den Frieden gegeben haben. Aber das ist schon lange her. Dem goldenen Zeitalter waren das „silberne“ und das „eiserne“ gefolgt, schließlich das eiserne, in dem die Waffen nicht mehr ruhten, der Friede diese unglückliche Erde verlassen hatte, der Kriegsgott Ares seine Geißel schwingt. Ares ist der blind dahinstürmende Held, der sich unbedenklich in das dichteste Schlachtgewühl wirft, der wie ein Besessener um sich haut und seine Feinde scharenweise vernichtet. Vor einem Jahrzehnt wäre er

sicher Ritterkreuzträger geworden, wie die anderen Draufgänger der Luft-, See- und Landwaffe, die ihm nacheferten. Neben Ares steht die Kriegsgöttin Athene, die klug wägende Leiterin des Feldherrn, die den Menschen auch die Kriegskunst lehrte. Zwei Götter des Krieges, beide hoch geehrt, beide den Hochgöttern zugezählt. In den Tempeln standen ihre prächtigen Standbilder, vor ihren Altären rauchten die Opfer und die Zahl ihrer Verehrer war groß.

Die Friedenskönigin hingegen, die arme Eirene, führte ein wahres Aschenbrödel-dasein. Sie zählte nur zu den kleinen Gottheiten des Olympos, ihre Altäre waren bescheiden und arm die Opfer, die ihr arme Leute brachten. Denn die Reichen, die Vornehmen, die Mächtigen hielten es mit Ares und Athene und hatten für die kleine Göttin des Friedens nur ein mitleidiges Lächeln übrig, wie Erwachsene für die Gestalten des Märchens. Wie sollte aber auch ein Volk den Frieden schätzen, das seine Götter, seine Morallehre, seine Lebensweisheit einem Buch entnahm, das den Krieg um Troja schildert, der Ilias des Homer. An Hand der Ilias lernte der griechische Knabe lesen und schreiben, aus der Ilias konnte jeder Grieche ganze Gesänge vortragen, die Ilias war dem Griechen so vertraut, wie dem Bewohner protestantischer Länder die Bibel. Die Ilias aber preist den Helden, den Krieger, den Heros, der sich dem Ares gleich blindwütend in die Schlacht wirft.

Daß die Griechen, die doch neben den homerischen Epen eine Fülle anderer großer Dichtungen hervorbrachten, die Ilias so hoch einschätzten, daß sie danach ihre ganze Erziehung einstellten, hat seinen guten Grund. In Griechenland gehörte die Erziehung zum Helden zum politischen Programm, zu den Staatsnotwendigkeiten. Das erklärt sich aber wieder aus den wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Zuständen Athellas, auf die wir kurz eingehen müssen, wenn wir verstehen wollen, weshalb der Friedensgedanke in der Antike so spät Wurzel faßte und erst am Abend des antiken Lebens seine herrlichen Blüten trieb. Der Friedensgedanke war nämlich der Antike durchaus nicht fremd, wie wir noch sehen werden. Er konnte aber erst entstehen, als die Zeit für ihn reif geworden war, das heißt als die politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Zustände seine Entstehung begünstigten. Denn Ideen entspringen nicht einfach irgendeinmal und zufällig dem Haupt des genialen Menschen — wenn das geschieht, dann sind sie Totgeburten —, sondern sie reifen mit dem Zeitgeschehen langsam heran, sie sind da, wenn die besagten Verhältnisse reif für neue Ideen geworden sind oder solche erfordern.

Athellas Land und Leute

Griechenland ist ein armes Gebirgsland und war ein solches auch in alter Zeit. Zahlreiche Bergstöcke, die an Form und Höhe den Wiener Hausbergen, der Rax und dem Schneeberg verwandt sind, teilen das kleine

Land in viele Landschaften, in Bocks- und Täler. Diese Kammerung, die Griechenland mit der Schweiz gemeinsam hat, begünstigte die Entstehung von Kleinstaaten, den Schweizer Kantonen ähnlich. In ältester Zeit, im Heldenzeitalter Homers und der Ilias, bildete eine Stadtburg den Mittelpunkt eines solchen Kleinstaates. Später war er im Hofe des Königs gegeben und noch später in der Stadt, in der Polis, die sich im Laufe der Entwicklung gebildet hatte. Mit der Ausbildung der Polis, der Stadt, war aus dem älteren Gaustaat der Stadtstaat geworden. Aber gleichgültig ob Gaustaat oder Stadtstaat, die Bewohner eines solchen Staates waren stets in Freiheit und Leben bedroht und mußten jederzeit bereit sein, beides zu verteidigen. Denn der Krieg spielte im Dasein dieser griechischen Kleinstaaten eine ganz hervorragende Rolle. Das Land war arm, wie ich schon erwähnte, und in armen Ländern besteht überall die Neigung, den Nachbarn auszuplündern. Es sind immer die „Habenichtse“ unter den Staaten, die den Weltfrieden bedrohen. Vor zweieinhalb Jahrzehnten hießen sie Deutschland, Italien und Japan, wie noch allen in Erinnerung sein wird.

Die Herrenklasse der Griechen, der Adel, sah in Krieg und Raub die einzige des Helden würdige Beschäftigung. Mochten die Bauern den Pflug führen und Nahrung für alle beschaffen, der Herr verachtete solche Arbeit und lebte nur für den Krieg. Daher war der Krieg schon in ältester Zeit der Normalzustand in Althellas. Achaier und Jonier zur Zeit der Ilias, die dorischen Griechen die ihnen folgten und den Adelsstaat schufen und die Hellenen der Stadtstaaten haben sich hierin nicht voneinander unterschieden. Das Volk aber, das in harter Fron den Boden bestellte, die große Masse der Bauern, die wenigen Kaufleute und Handwerker, war politisch rechtlos; es stand unter der strengen Zucht seiner adeligen Herrn und hatte keinen Einfluß auf die Entscheidung über Krieg und Frieden. Nur die Folgen hatte auch der Bauer zu tragen, dessen Vieh geraubt, dessen Felder verwüstet, dessen Hütte zerstört wurde und den man nur zu oft als Sklaven wegschleppte, um ihn in die Fremde zu verkaufen.

So hat der Bauer den Krieg geübt, aber er hat seinen kriegerischen Herrn bewundert, der in prunkender Rüstung klirrend dahinschritt. Und da das Volk immer die Moral seiner Herrenklasse übernimmt, so konnte auch der griechische Bauer dem Einfluß des heroischen Geistes nicht entkommen. Auch er hat den Heldengeist der Ilias in sich aufgenommen. Weder dem Adligen noch dem Bauern kam der Gedanke, den Krieg zu ächten, den Krieg aus dem Leben zu verbannen, für die Friedensidee einzutreten. Daran änderten auch die Amphiktyonien nichts, die Bünde zur Befriedung eines Heiligtums.

Die ewigen Kriege bedeuteten für den Adel große Blutopfer. Er war daher genötigt, auch die anderen Klassen, zuerst die Handwerker und Kaufleute der Städte, später die Bauern zum Kriegsdienst heranzuziehen. Diese Klassen erlangten aber mit dem Waffengebrauch immer größeres Selbstbewußtsein. Sie lehnten sich gegen die Adels Herrschaft auf. Im harten Kampf,

der sich über mehrere Generationen hinzog und mannigfache Staatsformen hervorbrachte, wurde die Adelherrschaft beseitigt, die antike Demokratie geschaffen. Sie ist aus den engen Verhältnissen des antiken Stadtstaates herausgewachsen, daher nur aus ihnen heraus zu verstehen.

Die antike Polis

Das Ideal der Griechen war ein Staat, so groß, daß seine Bewohner die Bedürfnisse des täglichen Lebens aus den Hilfsquellen des Staatsgebietes bestreiten können. Er sollte also allen Nahrung und Kleidung und Obdach gewähren. Die Zahl der Staatsbürger mußte ausreichen, den Staat zu verteidigen. Der Staat mußte somit ein Minimum an Wehrfähigkeit besitzen. Schließlich durfte aber die Zahl der Bürger auch nicht zu groß werden, da jeder den anderen persönlich kennen sollte. Diesen Bedingungen entsprach der Stadtstaat von rund 1000 qkm Fläche — oder was dasselbe ist, ein Schweizer Kanton in unserer Zeit. Das Gebiet einer österreichischen Bezirkshauptmannschaft kann auch zum Vergleich herangezogen werden. Die Bewohner einer solchen Polis, gleichgültig ob sie in der Stadt selbst wohnten oder auf dem Lande, bildeten eine einzige große Familie. Sie waren wie diese eine Schicksalsgemeinschaft, in der jeder Freud und Leid mit den anderen teilte. Die Polis aber war eine strenge Mutter, die von ihren Kindern, den Bürgern, das letzte an Hingabe forderte. Das gilt für alle Belange des Lebens und findet ihr Gegenstück nur in dem faschistischen Staat der Gegenwart.

Leben und Vermögen des Bürgers gehörten dem Staate. Beides hatte er im Notfall bedingungslos zu opfern. Da das Wohl der Stadt von der Gunst der Götter abhing, so hatte der antike Mensch den staatlichen Opferdienst mitzumachen, andernfalls wurde er als Atheist verurteilt. Sokrates ist ein solches Opfer antiker Intoleranz geworden. Umgekehrt bot Polis ihren Söhnen Schutz, Nahrung, Obdach und Kleidung, sie unterbrach die Langleweiligkeit des Alltags durch ihre Feste, Spiele, Aufzüge und Prozessionen, sie gewährte dem Bürger das Theater und alles Leib und Seele Erhebende des griechischen Gottesdienstes.

In einer solchen Polis konnte sich niemand vom politischen Leben ausschließen, der zu den Aktivbürgern zählte. Zunächst waren dies nur die Adelligen, später erlangten auch die anderen Klassen, ausgenommen die Unfreien, das Mitbestimmungsrecht im Staate. Das Organ der Gesetzgebung und Beschlußfassung war die Volksversammlung (direkte Demokratie). Ihre Beschlüsse waren für die Bürgerschaft bindend. Die Beamten waren nur die Vollzugsorgane des Willens des Demos. Volksführer, die Demagogen, leiteten die Versammlung und lenkten ihre Beschlüsse.

Die Einstellung des antiken Menschen zum Krieg hat sich in der Zeit der Demokratie nicht geändert. Sie hat ja die Kleinstaaterei und damit die Eifersucht der Städte bestehen lassen, ja noch verschärft. Denn nun

strebten die größeren Städte nach der Herrschaft über die schwächeren Nachbargemeinden, sie suchten ihr Gebiet auszudehnen und die Volkszahl zu vergrößern. Denn je mehr sich der Vollbürger der Politik und dem Krieg widmete, um so notwendiger waren unfreie Arbeitskräfte, die für ihn die tägliche Arbeit verrichteten.

Die Sklaverei, dem Achaier und Dorer als Haussklaverei bekannt, wurde erst im Zeitalter der Demokratie zur Grundlage der gesamten antiken Wirtschaft. Sklaven aber lieferte der Krieg und nur der Krieg, der Tausende von Gefangenen auf den Menschenmarkt führte. Der Vollbürger aber wurde durch die Konkurrenz der Sklavenarbeit vom Arbeitsmarkt verdrängt. Auch in der Antike gab es unter den Vollbürgern Arme und Reiche. Die Armen mußten wie heute ihre Arbeitskraft verkaufen. Sie stießen aber überall auf die billigere Sklavenarbeit, die ihnen das Brot wegnahm. Nur ein Arbeitsfeld blieb ihnen offen: sich als Söldner zu verdingen. Große Städte wie Athen, Theben, Korinth, bezahlten den armen Bürgern den Kriegssold. Die Freien der kleinen Polis mußten im Auslande Kriegsdienst suchen. Und so sehen wir in der gesamten antiken Welt griechische Söldner Dienst machen. Wie aber sollte ein Volk, das aus politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gründen so ganz auf den Krieg eingestellt war, den Friedensgedanken fassen und gestalten! Und doch ist das Unwahrscheinliche geschehen. In der Zeit zwischen 800 und 500 vor Chr. lag der Schwerpunkt des hellenischen Lebens nicht im Mutterland, sondern in den Kolonien am Ostufer des Ägäischen Meeres, in Kleinasien. Die jonischen Städte waren die Schöpfer jener Kunst und Literatur, die uns die Hellenen so teuer macht. Dort entstand die Wissenschaft, die Welt und Leben rein sachlich und ohne Mitwirkung magischer Kräfte, der Götter, Dämonen und Zauberer, gestalten und erklären will. Einer dieser Wissensträger oder Philosophen war Heraklit aus Ephesos (ca. 500 v. Chr.). Zwei seiner berühmten Aussprüche sind Gemeingut fast aller Menschen geworden. Der eine lautet: „Alles fließt“, womit der Gedanke ständiger Veränderung und Entwicklung in die Wissenschaft eingeführt wurde; der andere ist noch bekannter: „Der Krieg ist der Vater aller Dinge“. Er meint damit allerdings nicht das sinnlose Menschenmorden, sondern die anziehenden und abstoßenden Kräfte, die den Lauf der Welt gestalten. Und von diesem tiefen Denker, der den meisten Zeitgenossen unverständlich blieb, stammt auch das erste tiefe Wort über die Friedensidee. Er sieht nämlich in der Menschheit ein vom Göttlichen geleitetes Gemeinwesen, das heißt einen Weltstaat unter göttlicher Führung. In einem solchen Weltstaat hat natürlich der Krieg keinen Platz mehr.

Aber wie hätte dieser Gedanke Fuß fassen sollen in dieser Gesellschaft, die mehr denn je auf den Krieg eingestellt war, da ja nur der Krieg die notwendigen Arbeitskräfte lieferte, nur der Krieg den besitzlosen Bürgern Aussicht auf Sold und Beute bot. Und so finden wir unter den Philosophen des 5. Jhdts. keinen Nachfolger des Heraklit. Sokrates und den Sophisten,

aber auch Platon und Aristoteles, ist die Idee eines Weltfriedens unbekannt.

Dann aber kam der große Umbruch. In endlosen Kriegen hatten sich die Hellenen zerfleischt. Athen und Sparta, Korinth, Theben, die führenden Stadtstaaten, die über große Städtebünde geherrscht hatten, waren nacheinander zusammengebrochen. Schließlich machte der Makedonierkönig Philipp und sein Sohn Alexander der griechischen Freiheit, die zur Anarchie ausgeartet war, ein Ende. (338 v. Chr.) Der Stadtstaat hatte sich überlebt, er war unbrauchbar geworden und ein Hemmnis des Fortschrittes. Er mußte durch die Monarchie ersetzt werden.

Für den Hellenen des 4. Jahrhunderts bedeutete aber diese Entwicklung einen ähnlichen Schock wie der Sturz der Habsburger für den Monarchisten in unserer Zeit. Aber damit nicht genug! Alexander eroberte das Perserreich, er öffnete den ganzen Orient dem griechischen Einfluß, wie umgekehrt die uralte Weisheit der östlichen Völker nach Hellas einströmte. Diese beiden Ereignisse, der Zusammenbruch der Polis, die für viele Generationen den Inhalt ihres Daseins gebildet hatte, und die Erschließung des weiten Ostens bis nach Indien — diese beiden Ereignisse haben das Denken der Hellenen aufs stärkste verändert. Sie waren der Pflug, der die Erde aufgebrochen hat, damit sie den neuen Samen aufnehmen.

Auf die Naturphilosophie der Jonier, die ein vernünftiges, von allen außer-natürlichen Einflüssen freies Weltbild geben wollten, auf die erkenntnis-theoretischen Auseinandersetzungen der Sophisten, denen auch Sokrates und seine Schüler zugehörten, folgte nun die Zeit der Moralphilosophie. Nicht mehr die Natur, nicht die Erkenntniskritik steht im Mittelpunkt, sondern der Mensch. Diese Stufe der Philosophie entspricht dem Zeitalter der Psychologie, in dem wir leben.

Und wie in unserer Zeit der Friedensgedanke mächtig um sich greift, immer mehr Menschen erfaßt, immer mehr Anhänger gewinnt, so war es auch in der Spätantike, am Abend des hellenischen Zeitalters. In mehreren Stufen zieht sich diese Entwicklung, da jede Erkenntnis dem Ziele des ewigen Friedens, der Pax Romana, näher führt.

Im 2. Jhd. v. Chr. traten die Römer in engere Berührung mit dem Gedankengut der Griechen, das sie vor allem in Gestalt der stoischen Philosophie kennen lernten. Sie übernahmen den Gedanken des Weltbürgertums und verbanden ihn mit der Idee der Weltbeherrschung. So wurde für die Römer die Zusammenfassung der Mittelmeerländer in einem Reich eine Sendung, eine Mission, ein Auftrag der Gottheit (vgl. die ähnliche Einstellung Englands im 19. Jhd. und Amerikas in unserer Zeit). Die Römer wissen sich im Besitze einer festen Ordnung. Diese Ordnung, gegründet auf ein nominales Recht, auf strenge Pflichterfüllung und Gehorsam, soll allen Völkern der Erde übermittelt werden, auf daß sie alle unter der Pax Romana ein

glückliches Leben führen. Das Symbol dieser Sendung wird der Globus, der Erdkreis, der orbis terrarum.

Am Beginn der römischen Kaiserzeit ist das Ziel erreicht. Die Länder um das Mittelmeer sind unter römischer Herrschaft geeinigt. Der Regierungsantritt des Kaisers Augustus beendet aber auch das Zeitalter der Bürgerkriege, das Italien seit einem Jahrhundert nicht mehr hatte zur Ruhe kommen lassen, wie seit 1914 die heutige Menschheit keinen echten Frieden erlebt hat. Darum beherrschte damals wie heute tiefe Friedenssehnsucht die Massen. Und als Augustus den Frieden brachte, da wurde er als Retter der Menschheit gepriesen.

Vor allem der Osten, der seit Jahrhunderten auf den Messias gehofft hatte, sah in ihm den echten Erlöser. Nun war die Zeit für die Idee des Friedens reif. Was einzelne große Denker der vorausgehenden Zeit, von Heraklit bis zu den Stoikern, gedacht und verkündet hatten, das faßte nun zunächst in den Reihen der Gebildeten und später der Massen Fuß. Jetzt erst beginnt man den Krieg zu verabscheuen und zu verdammen.

Eine der schärfsten Verurteilungen des Krieges stammt von dem stoischen Philosophen Lucius Annaeus Seneca, geb. um Christi Geburt, gestorben 65. n. Chr. Er war Erzieher des Kaisers Nero und wurde von diesem zum Selbstmord gezwungen. Es handelt sich um den 95. Brief. Die Stelle lautet: „Wir wüten nicht bloß als Privatleute, sondern auch ganz öffentlich und von staatswegen. Wir unterdrücken wohl den Menschenmord und einzelne Totschläge. Was ist es aber mit dem Krieg und mit dem ruhmvollen Verbrechen der ausgemordeten Völker? Habsucht und Grausamkeit kennen weder Maß noch Ziel. Und solange diese Verbrechen heimlich und von einzelnen verübt werden, sind sie weniger ungeheuerlich, weniger schädlich. Auf Senatsbeschuß und auf Grund von Volksabstimmungen werden solche Grausamkeiten verübt. Öffentlich wird anbefohlen, was dem Privatmann strengstens untersagt ist, der Mord. Wenn man diese Verbrechen heimlich begeht, büßt man sie mit dem Tode. Wer sie in Uniform tut, den loben wir. Nicht schämen sich die Menschen, sich über das wechselseitig vergossene Blut zu freuen; sie schämen sich nicht, Kriege zu führen und ihre Kinder zu lehren, daß man Krieg führen müsse; und es könnte doch Frieden bestehen zwischen ihnen, wie er zwischen den wilden, der Sprache nicht mächtigen Tiere besteht.“

Dr. Robert Endres
(† April 1964)

Dr. Robert Endres war viele Jahre seines Lebens als Mittelschulprofessor an einem Wiener Realgymnasium tätig und hat neben seinem Lehrerberuf eine ganze Reihe historischer Werke verfaßt. Die wichtigsten davon sind: „Geschichte Europas und des Orients“, erschienen im Verlag für Jugend u. Volk, Wien; „Die Welt seit 1918“ (ebenfalls im Verlag für Jugend u. Volk, Wien). Diese beiden Buchwerke stehen im Dienste einer bestimmten Idee, der Robert Endres sein ganzes Leben gewidmet hat: der Erkenntnis von der Kultur- und Schicksalsgemeinschaft der europäischen Völker. Der Europa-Verlag, Wien, plant im Jahr 1965 die Herausgabe einer „Kultursozialogie“ des gleichen Verfassers.

Pressestimmen

ZU BÜCHERN DES SENSEN-VERLAGES

zu unserem Buch

„NEUTRALE ALS FRIEDENSTIFTER“

Das Beispiel der Schweiz

von William Gross Lloyd

Neue Zürcher Zeitung (11. September 1959, Blatt 10):

Man gibt sich heute kaum mehr Rechenschaft davon, daß es in früheren Jahrhunderten nicht nur eine Neutralität der Schweiz gegen außen, sondern auch eine Neutralität im Innern der Eidgenossenschaft gab. Gerade heute aber ist die Geschichte der neutralen Orte der Alten Eidgenossenschaft von hoher Aktualität, vermag sie doch zu zeigen, welche Bedeutung den Neutralen in einer Gemeinschaft von Staaten zukommen kann. In Konflikten zwischen eidgenössischen Orten war es die Aufgabe der unbeteiligten, „neutralen“ Orte, zwischen den Streitparteien zu vermitteln. Schon im ersten Jahrhundert des Bestehens der Eidgenossenschaft lebte sich der Brauch ein, daß bei Ausbruch eines Konfliktes alle unbeteiligten Orte Vertreter zu den Streitparteien entsandten, um eine friedliche Beilegung des Streitfalles in die Wege zu leiten. Die Dienste der neutralen Orte wurden bald als so wertvoll erkannt, daß vom 15. Jahrhundert an einzelne, der Eidgenossenschaft neu beitretende Orte ausdrücklich zur dauernden Aufrechterhaltung der Neutralität und zur Vermittlung in allen eidgenössischen Konflikten verpflichtet wurden.

Die *innere* Neutralität der Eidgenossenschaft ist — ganz im Gegensatz zur *äußeren* Neutralität — bisher erst in geringem Maße erforscht und dargestellt worden. Nun überrascht uns ein Amerikaner, *William Gross Lloyd jr.*, mit einem Buch über Neutralität und Vermittlung in der Alten Eidgenossenschaft. Nicht zu Unrecht bemerkt der Verfasser darin, daß die bekannte außenpolitische Neutralität der Schweiz jenem Achtel eines Eisberges gleiche, der aus dem Wasser ragt, während sich unter der Oberfläche eine Jahrhunderte alte, aber kaum bekannte Praxis innerschweizerischer Neutralität verberge.

Wie der Titel andeutet, ist das Buch nicht ein rein historisches Werk. Es bezweckt vielmehr, die Erfahrungen der Alten Eidgenossenschaft für die Gegenwart nutzbar zu machen. Es will zeigen, daß die alten Eidgenossen ein System der Friedenssicherung hatten, das sich in Situationen, die der heutigen Weltlage glichen, bewährte. Der Verfasser folgte mit diesem Buch dem Vorbild *William E. Rappards*, der in seinem Werk *«Cinq siècles de sécurité collective»* (1945) und in anderen Schriften ebenfalls die Geschichte der Eidgenossenschaft für die internationalen Probleme der Gegenwart

fruchtbar zu machen versuchte. Es ist denn auch kaum verwunderlich, daß es gerade Rappards Publikationen waren, die dem Verfasser, der sich bis dahin vorwiegend als Journalist betätigt hatte, zu der vorliegenden Arbeit veranlaßten. Rappard stand dem Verfasser bei der Ausarbeitung des Buches auch beratend zur Seite.

Bedeutung für die Gegenwart

Welches sind die Lehren, die aus der Geschichte der Neutralität und Vermittlung in der Alten Eidgenossenschaft gezogen werden können? Lloyd hebt zunächst die allgemeinen Charakteristika des schweizerischen Vermittlungsverfahrens hervor. Typisch ist zunächst, daß die unbeteiligten Orte die Vermittlung stets von sich aus einleiteten. Darin lag ein wesentlicher Faktor ihres Erfolges; denn die an einem Konflikt beteiligten Parteien selbst ersuchen selten um Vermittlung, aus dem Bedenken, daß sie dadurch ihre Position schwächen würden. Typisch für das schweizerische Vermittlungsverfahren ist sodann, daß die Abgesandten der vermittelnden Kantone häufig direkt vor den Landsgemeinden oder vor den Räten der am Konflikt beteiligten Kantone sprechen konnten. Die Vermittlung spielte sich nicht in den Formen der Geheimdiplomatie ab, sondern war offen und zielte darauf hin, die Parteien von den Vorteilen einer friedlichen Lösung zu überzeugen. Die jeweiligen Parteien empfanden das Eingreifen der vermittelnden Orte keineswegs als eine unerwünschte Einmischungen in ihre Angelegenheiten. Die Bereitschaft, auch die Meinung anderer zu hören und sich davon überzeugen zu lassen, waren Ausdruck echt demokratischen Geistes. Es ist nicht verwunderlich, daß das Verfahren der Vermittlung sich gerade in demokratischen Staatswesen so fruchtbar entwickeln konnte.

Der heutigen Völkergemeinschaft fehlen Staaten, die in der Art der alten eidgenössischen Orte in allen zwischenstaatlichen Konflikten von sich aus vermittelnd eingreifen. Lloyd verbirgt nicht seine Enttäuschung darüber, daß die Schweiz ihre Neutralität heute nicht mehr im Sinne der alten eidgenössischen Orte auffasse, sondern zu einer „passiven“ Neutralität übergegangen sei. Er weist darauf hin, daß ursprünglich nicht nur die innere, sondern auch die äußere Neutralität der Schweiz eine „aktive“ Neutralität war. Die Tagsatzung und die einzelnen eidgenössischen Orte vermittelten anfänglich nicht nur in innerschweizerischen Konflikten, sondern auch in Streitigkeiten zwischen auswärtigen Fürsten oder Ständen.

Lloyd ist überzeugt, daß durch die Übertragung des eidgenössischen Vorbildes in die Gegenwart ein entscheidender Beitrag zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens geleistet werden könnte. Er regt an, die Vereinten Nationen sollten eine Gruppe neutraler Staaten bezeichnen, die die Aufgabe hätten, in allen zwischenstaatlichen Konflikten die Rolle von Vermittlern

zu übernehmen. Auf Grund der Geschichte der neuesten Zeit hält er außer der Schweiz namentlich Japan, Deutschland, Österreich, Polen und Ungarn für diese Rolle als geeignet, wobei er voraussetzt, daß die beiden letztgenannten Staaten in völliger Unabhängigkeit wirken könnten.

Die Vermittlung in internationalen Konflikten durch eine feste Gruppe neutraler Staaten hätte, wie Lloyd überzeugend darlegt, wesentliche Vorteile gegenüber dem heute in der Satzung der Vereinten Nationen vorgesehenen Verfahren der Streitschlichtung. Die Satzung der UN verpflichtet nämlich weder die unbeteiligten Mitgliedstaaten noch den Sicherheitsrat, in internationalen Streitigkeiten von sich aus zu vermitteln. Sie verpflichtet lediglich die Streitparteien selbst, ihre Konflikte durch friedliche Mittel beizulegen. Erfahrungsgemäß sind die Streitparteien jedoch in allen schwereren Fällen wenig dazu geneigt, andere Staaten um Vermittlung zu ersuchen. Bringen sie den Streitfall vor den Sicherheitsrat, so blähen sie ihn, um ihrer Klage größere Wirkung zu geben, meist noch künstlich auf, was der Schlichtung nur abträglich ist.

Der Erfolg der Vermittlung in der Alten Eidgenossenschaft war keineswegs nur der Bedrohung durch gemeinsame Feinde, der größeren Geschlossenheit sowie der Macht der neutralen Orte zu verdanken. Wesentlich dafür war auch, daß dank einer Reihe erfolgreicher Vermittlungen in den Anfängen der eidgenössischen Geschichte allmählich die Einsicht in den Nutzen der Vermittlung wuchs und sich infolgedessen ein festes, routinemäßig angewandtes Verfahren der Vermittlung entwickeln konnte. Es bedurfte zuallererst des Einsatzes einzelner neutraler Orte, damit Neutralität und Vermittlung allmählich zu festen Institutionen des eidgenössischen Rechtes werden konnten.

Gerade heute sollte dies nicht übersehen werden; denn es erscheint keineswegs als ausgeschlossen, daß die neutralen Staaten allmählich wieder zu einer größeren Rolle bei der Sicherung des Friedens berufen sein werden. Bescheidene Ansätze zu einer solchen Entwicklung zeigen sich in den Waffenstillstandsverträgen von Korea und Indochina, durch die einigen neutralen Staaten Überwachungsfunktionen übertragen wurden, ferner in der Errichtung einer Sicherungstruppe der Vereinten Nationen im Streifen von Gaza, an der verschiedene am Konflikt nicht beteiligte Staaten mitwirkten. Auch die Rolle, die die Neutralen an internationalen Konferenzen zu spielen vermögen, darf nicht unterschätzt werden. Im gegenwärtigen Zeitpunkt haben die neutralen Staaten freilich nur eng begrenzte Möglichkeiten einer aktiven Förderung des Friedens; doch wird es ihre stetige Aufgabe sein, neue Wege zu suchen, um in wachsendem Maße als ein ausgleichendes Element in der Staatengemeinschaft wirken zu können. Lloyds Buch gibt dazu reiche Anregung.

Dietrich Schindler

zu unserem Buch

ST. SEVERIN

der große Heilige und Wundertäter für seine und unsere Zeit
von Veremundus

Wiener Kirchenzeitung (9. Februar 1964):

Der anonyme Verfasser, ein katholischer Laie, versucht den spätantiken Heiligen (gestorben 483), der in unseren Ländern seine Hauptwirksamkeit entfaltete, in ein modernes, anziehendes Licht zu rücken. Die überraschende Entdeckung seiner Begräbnisstätte in Wien-Heiligenstadt, aus der er exhumiert wurde, wird beschrieben. Auszüge aus der Vita des Eugippius, in leicht lesbarer Anordnung und in die Zeitgeschichte gestellt, sowie eine Sinndeutung seines Tuns für uns Heutige sollen diesen paulinischen Heiligen an der Stätte seines einzigartigen Wirkens wieder fruchtbar werden lassen.

Linzer Volksblatt (8. Jänner 1964):

Am 8. Jänner 482 starb Severin, der Apostel der römischen Provinz Noricum, die fast mit dem heutigen Österreich gleichzusetzen war. Wir halten es für angebracht, auch in diesem Jahr dieses Datums zu gedenken, weil dieser Zeitgenosse Ambrosius', Augustinus', des Konzilpapstes Leo des Großen, St. Patricks und Odoakers auch uns Heutigen so viel zu sagen hat — oder hätte, wenn wir uns nur mehr in sein Leben und Wirken vertieften. Zudem ist jüngst ein neues Büchlein über ihn herausgekommen: „St. Severin lebt“. Es geht kurz auf die mutmaßliche Herkunft Severins, dann auf sein politisches, religiöses, prophetisches und asketisches Wirken und schließlich auf seine Aussagekraft für unsere Zeit ein. Daß es leidenschaftlich für die Anerkennung von Heiligenstadt als Sterbe- und Bestattungsort Severins eintritt und dafür auch einige bedeutende Argumente auführt, wird man ihm gewiß nicht vorwerfen . . .

Denn sicher ist: Die an Nikolaus von der Flüe gemahnende Verbindung von mönchischer Aszese mit einem eminent politischen Hineinwirken in seine Zeit, einem Mitgestalten und Mitverantworten des öffentlichen Lebens (ohne Amt, Auftrag und Titel formaler Natur!) machen Severin in der Tat zu einem beispielhaften Zeichen auch für unsere Christengeneration, für die Katholische Aktion ebenso wie für die Aktion der Katholiken. Als solches soll er an seinem heutigen Todestag — aber nicht nur an diesem — lebendig in unserer Mitte stehen hf

ARBEITSWÄHRUNG

Das Ende der Lohn-Preis-Spirale

von Ing. Thomas Wagner

Die Zukunft — Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur (Heft 11, Anfang Juni 1964):

Der Friede der Welt und der Konjunkturablauf hängen eng miteinander zusammen. Wir erfreuen uns gegenwärtig zwar wohl einer relativ friedlichen Periode und einer verhältnismäßig langen Periode der Hochkonjunktur, jedoch weder der Friede noch die Konjunktur sind wirklich gesichert. Unbehagen und Sorge um die Zukunft sind deshalb weit verbreitet.

Auf der Suche nach einem Ausweg aus diesem Zustand ist der Burgenländer Thomas Wagner dazu gekommen, unser gegenwärtiges Währungssystem zu untersuchen. Die Frucht dieser langen und mühseligen Arbeit waren eine Reihe von Publikationen, von denen die letzte unter dem Titel „Arbeitswährung — Das Ende der Lohn-Preis-Spirale“ nun vorliegt. Wie andere vor ihm, ist er der Meinung, „daß der wunde Punkt unserer Wirtschaft das herrschende Geldsystem ist“. Und er kommt nach einer Analyse der verschiedenen Funktionen des Geldes zu dem Schluß, daß dieses seine Aufgabe nur unvollkommen erfüllt. Er findet, daß diese Unvollkommenheit durch eine Überbürdung des Geldes mit Funktionen verursacht wird. Das Geld könne nicht gleichzeitig Tausch- und Sparmittel sein. Wagner schlägt nun als Ausweg die Einführung einer neuen Währung, einer Arbeits- und Leistungswährung vor.

Es ist natürlich unmöglich, im Rahmen einer Buchbesprechung seinen Vorschlag wiederzugeben. Es soll nur festgestellt werden, daß es sich bei Wagners Arbeits- und Leistungswährung um eine Art Schwundgeld handelt. Wagner, der Sozialist, unterscheidet sich aber von Silvio Gesell und Heinrich Färber beträchtlich, da er sich auch mit dem Wertbegriff beschäftigt. Wagners Auffassungen und Vorschläge sind sicher originell. Er hat sich seine selbstgestellte Aufgabe nicht leicht gemacht, sein Buch ist das Ergebnis unermüdlicher Arbeit. Es ist auch erfüllt von einer echten humanistischen Gesinnung, von der Sorge um die Zukunft des Menschengeschlechtes. Solche Bemühungen verdienen unseren Respekt, auch wenn wir die Meinung des Verfassers nicht unbedingt in allen Stücken zu teilen vermögen. Sie verdienen darüber hinaus auch Beachtung. Denn es ist schon geschehen, daß aus unorthodoxen Gedankengängen brauchbare Ideen entstanden sind. A. M.

ED 718-5-86

zu unserem Buch

GEDANKEN VON MAHATMA GANDHI

ausgewählt von Mira behn

Schaffhauser Nachrichten (29. November 1962):

Die gebürtige Engländerin Madeline Slade war von Romain Rollands Buch über das Leben und Denken des Inders Gandhi so tief beeindruckt, daß sie sich 1925 dazu entschloß, nach Indien zu fahren, um an der Seite Gandhis bei der Befreiung Indiens mitzuwirken. Gandhi gab ihr den Namen Mira behn (Schwester Mira) und wählte sie zu seiner engsten Mitarbeiterin. — In der vorliegenden Auswahl hat Mira behn aus den vielen Reden und Zeitungsartikeln des Mahatmas jene Stellen ausgesucht, die als Quintessenz der Lebensweisheit des großen Sohnes Indiens gelten können und die vor allem dem christlich erzogenen Europäer viele Anregungen zum Nachdenken über das Versagen der europäisch-christlichen Kultur und über die gefährlichen Folgen einer einseitigen Vergötzung der Naturwissenschaft und der Technik gibt.

Folgende Bücher sind im Sensen-Verlag in der

SCHRIFTENREIHE FÜR DEN FRIEDEN erschienen:

NEUTRALE ALS FRIEDENSTIFTER

Das Beispiel der Schweiz. Von *William Bross Lloyd jr.* — 121 Seiten, 8°, Paperback, S 58,—, DM 9.60, sfr 9.60

In den vergangenen 600 Jahren der Geschichte der Schweizerischen Eidgenossenschaft werden neutrale Kantone wiederholt vertraglich verpflichtet, von sich aus, ohne besonders dazu aufgefordert zu werden, bei Streitfällen und Konflikten zwischen anderen Kantonen als Vermittler und Friedensstifter einzugreifen. Auf diese Tradition und ihre Auswirkungen auf die Schweizerische Außenpolitik bis in die jüngste Zeit hinweisend, macht der amerikanische Autor des Buches auch konkrete Vorschläge, wie diese geschichtlichen Erfahrungen in der heutigen konfliktgeladenen Welt situation zur Erhaltung des Weltfriedens beitragen könnten.

LEBEN ODER TOD IM ATOMZEITALTER

von Träger zweier Nobelpreise *Prof. Linus Pauling*, mit einem Vorwort von *Univ.-Prof. Hans Thirring*. — 184 S., 8°, Ganzleinen, S 72.—, DM 12.—, sfr 12.—

Linus Pauling liefert in diesem Buch die wichtigsten wissenschaftlichen Argumente für die endgültige Einstellung aller atomaren Versuchs-Explosionen, deren Beachtung durch die Politiker der drei großen Atom-mächte im August 1963 zum Zustandekommen des Atomteststoppvertrages geführt hat. Linus Pauling ist seit mehr als einem Jahrzehnt ein uner-müdlischer Bekämpfer der Kernwaffenversuche und ist durch seinen mutigen persönlichen Einsatz gegen den Mißbrauch der Atomwissen-schaft für kriegerische Zwecke in weiten Teilen der Welt bekannt geworden. — Zu beachten sind im Anhang des Buches die berühmt gewordenen Erklärungen von Albert Einstein, Albert Schweitzer, die Mainauer Erklärung der Nobelpreisträger und die Wiener Erklärung der dritten Pugwash-Konferenz.

GEDANKEN VON MAHATMA GANDHI

ausgewählt von *Mira behm*. — 32 Seiten, 8°, Paperback, S 24.—, DM 4.—, sfr 4.—

Eine der engsten Mitarbeiterinnen des „Vaters der indischen Nation“ hat in der vorliegenden Auswahl aus den vielen Reden und Zeitungsartikeln Gandhis jene Stellen ausgesucht, die als Quintessenz seiner Lebensweisheit gelten können. Wir Europäer finden darin viele Anregungen zum Nachdenken über das Versagen der europäisch-christlichen Kultur und über die gefährlichen Folgen einer einseitigen Vergötzung der Naturwissenschaft und Technik. — Selten findet man ein Buch, das auf so wenigen Seiten so viele bedeutende Gedanken und einen so tiefen Schatz an Weisheit enthält.

WIR UND DIE ATOMBOMBE

von Primararzt *DDr. Georg Fuchs* (Facharzt für Röntgenologie und Strahlenheilkunde in Wien) — 36 Seiten, 8°, broschiert, S 15.—, DM 2.50, sfr 2.50

In kurzer Form gibt der Verfasser eine Übersicht über die Gefahr, die der Menschheit nicht nur durch militärischen Großeinsatz, sondern bereits durch die Atombombentests drohen. Die nüchterne Sachlichkeit, mit welcher die Tatsachen dargelegt werden, wirkt überzeugend.

ATOMKRIEG, STRAHLENKRANKHEIT, STRAHLENTOD

Von Primararzt *DDr. Georg Fuchs*, 52 Seiten, 8°, broschiert, S 24.—, DM/sfr 4.—

Die Gefahren eines Atomkrieges werden durch verschiedene Stellen, vor allem jedoch durch die mit der Vorbereitung des sogenannten Zivilschutzes beauftragten Behörden, vielfach verharmlost und es werden Schutzmöglichkeiten vorgetäuscht, die im Ernstfall niemals bestehen würden. Für alle jene, die sich über die wahren Folgen eines Atomkrieges informieren wollen, ist das vorliegende Buch eine ausgezeichnete Informationsquelle.

SIND KRIEGE UNVERMEIDBAR?

von *Dr. Josef Rauscher*. Herausgegeben von der Gesellschaft für ethische Kultur in Wien. — 48 Seiten, 8°, broschiert, S 20.—, DM 3.30, sfr 3.30

Das Werk befaßt sich mit den Ursachen der Kriege, mit der Bekämpfung dieser Ursachen, den Aufgaben der Vereinten Nationen und einer zu schaffenden Weltregierung und der Argumentation für und gegen Krieg und Pazifismus. Der Tenor ist das Bemühen um echte Friedensicherung.

SCHRITTE ZUM FRIEDEN

Eine Stellungnahme von Quäkern zur Außenpolitik der Vereinigten Staaten. Herausgegeben vom American Friends Service Committee (erschienen 1952). 62 Seiten, 8°, kartoniert, S 12.—, DM 2.—, sfr 2.—

Das wesentliche Kriterium des Buches ist schöpferische Kritik an der Außenpolitik Amerikas, dargelegt von Staatsbürgern Amerikas, die sich ihrer Verantwortung als Mitglieder einer demokratischen Gesellschaft und als Weltbürger im Atomzeitalter in gleicher Weise bewußt sind.

WEGE ZUR GEWALTLOSEN BEFREIUNG

Eine Studie über den Ost-West-Konflikt und die Methoden des gewaltlosen Widerstandes. Von *Ernst Schwarz*. — 68 Seiten, 8°, kartoniert, S 12.—, DM 2.—, sfr 2.—. • Englische Ausgabe: „Paths to freedom through Non-Violence“, S 20.—, DM 3.30, sfr 3.30.

Dieses Buch zeigt einen Weg, wie mit letzter Konsequenz auch in den Fragen der Politik dem Geist der allumfassenden Menschenliebe zum Sieg verholfen werden kann, ohne deshalb die Prinzipien des Rechts und der Wahrheit zu opfern.

SAGT ES DEN MÄCHTIGEN

Quäker suchen nach einem anderen Weg als dem der Gewalt. Eine Studie der internationalen Konflikte, für das Hilfskomitee der amerikanischen Freunde zusammengestellt (erschienen 1956). — 80 Seiten, 8°, kart. S 12.—, DM 2.—, sfr 2.—

Es ist das große Verdienst der vorliegenden Schrift, daß sie nicht nur die herrschende Tendenz zur gewaltsamen Lösung politischer Konflikte schärfstens kritisiert, sondern daß sie auch einen neuen und völlig andersartigen Weg aufzeigt, der aus der Sackgasse der Gewaltpolitik herausführt.

ÜBERFLUSS ODER FÜLLE DES LEBENS

Wohin Amerika — wohin England? Von *Wilfred Woolock*.

63 Seiten, 8°, kartoniert, S 18.—, DM 3.—, sfr 3.—

Dieses Buch stellt einen bedeutenden Beitrag zur Klarstellung der vielfach vernorgenen wirtschaftlichen Ursachen der politischen Spannungen in unserer heutigen Welt dar.

Seit 1962 erscheint im Sensen-Verlag zweimonatlich die Zeitschrift

DER CHRIST IN DER WELT

Werkblätter für christliche Erneuerung

Dem Redaktionskomitee gehören an: P. Stratmann O. P., Abbé Clovis Lugon, Pastor Rudolf Daur, Nikolaus Ehlen, Hans Wirtz, Norbert Mayr. Leitung des Redaktionskomitees: *Friedrich Heer*.

Sonstige Erscheinungen des Sensen-Verlages:**DER NEUSIEDLER SEE — EIN KLEINOD ÖSTERREICHS**

von *Prof. Dr. Lothar Machura*. — 40 Seiten mit 24 sehr schönen Illustrationen und einem Plan, 8°, Paperback, S 18.—, DM 3.—, sfr 3.—

Ein kleines Büchlein zur Einführung in die Besonderheiten des größten Steppensees Europas. Nur wenigen dürfte bekannt sein, daß die Steppenflora und Vogelwelt des Neusiedler Sees zum Teil aus ansonsten nur in Asien und Afrika anzutreffenden Arten besteht und zur eigenartigsten Europas zählt.

ALTINNSBRUCKER STADTHÄUSER UND IHRE BESITZER

Band I und Band II. Von *Dr. Rudolf Granichsmaeden-Czerna*. — Band I 53 Seiten, Band II 64 Seiten, 8°, Paperback, je Band S 39.—, DM 6.50, sfr 6.50

Der bekannte Tiroler Historiker und Verfasser einer Vielzahl Tirolensia schildert in den vorliegenden zwei Bänden, denen noch ein dritter folgen soll, das Schicksal von 99 Innsbrucker Althäusern und ihren Besitzern. Ein Buchwerk, das den Leser die Geschichte einer der schönsten österreichischen Städte an dem Leben der führenden Familien dieser Stadt miterleben läßt.

WIE SCHREIBT MAN EINEN FILM?

Anleitung zur Herstellung von Filmmanuskripten von *Viktor Abel*. — 128 Seiten, 8°, Leinen, S 30.—, DM 5.—, sfr 5.—

Ein ehemaliger Regisseur gibt Ratschläge aus seiner langjährigen Praxis. Obwohl das Buch 1937 in der ersten Auflage erschienen ist, ist es auch heute noch immer aktuell.

ARBEITSWAHRUNG

Das Ende der Lohn-Preis-Spirale. Von *Ing. Thomas Wagner*. — 172 Seiten, 8°, Paperback, S 60.—, DM 10.—, sfr 10.—

Der Verfasser setzt sich kritisch mit den herkömmlichen national-ökonomischen Theorien auseinander und schlägt zur Lösung der wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit die Einführung einer, auf der effektiven Arbeitsleistung als Grundlage aufgebauten Arbeitswahrung vor.

UNVERNUNFT UND UNHEIL IM SEXUALSTRAFRECHT

§ 129 Ib öStG (§ 175 dStGB) im Lichte der Tatsachen. Von *Hofrat Dr. phil. Wolfgang Benndorf*. — 42 Seiten, 8°, broschiert, S 18.—, DM 3.—, sfr 3.—

Es gehört eine gute Portion Mut dazu, als Anwalt für die staatsbürgerlichen Rechte jener Menschen einzutreten, die wegen ihrer besonderen sexuellen Veranlagung Jahrzehnte und Jahrhunderte hindurch von der Gesellschaft gemieden und mittels der bestehenden (und nach den heutigen wissenschaftlichen Erkenntnissen längst veralteten) Gesetze strafrechtlich verfolgt wurden. Diesen Mut beweist der Verfasser des obigen Buches in seiner eingehenden Studie über die Ursachen und die Ausbreitung der Homosexualität, die in einen Vorschlag für eine Strafgesetzesreform ausmündet.

BILDER UND GEDANKEN

Ein modernes Kunstbuch von *Wilhelm Heimesch* mit einer Einleitung von *Prof. Dr. Walter Buchowatzki* in Deutsch und Italienisch. — 80 Seiten, Groß-8°, mit 20 Schwarz-Weiß-Bildern und 16 Vierfarben-Reproduktionen, Leinen mit farbigem Schutzumschlag, S 140.—, DM 23.—, sfr 23.—

Erst mit 50 Jahren hat der bisherige Geschäftsmann Wilhelm Heimesch zu den Malgeräten gegriffen und in wenigen Jahren eine reiche Fülle von Ölgemälden — meistens Porträts — geschaffen. Das Buch ist 1962 zur Vollendung des 65. Lebensjahres des Künstlers erschienen.

ST. SEVERIN

der große Heilige und Wundertäter für seine und unsere Zeit. Von *Verevundus*. 82 Seiten mit Illustrationen und einem historischen Plan, 8°, Paperback, S 45.—, DM 7.50, sfr 7.50

Auf dem vorläufig noch umstrittenen Fund des Grabes von St. Severin in Heiligenstadt — einem ehemaligen Vorort und jetzigen Stadtteil Wiens — aufbauend, wird das Lebenswerk St. Severinus in der Spätzeit der Römerherrschaft geschildert. Mit Auszügen aus der „Vita“ des Eugippius werden Herkunft und Wirkungsstätte des vor 1500 Jahren verstorbenen Heiligen beleuchtet, wobei sowohl die politische Betätigung und seine Wunder wie auch Askese und Prophetie Raum finden.

SENSEN - VERLAG · WIEN

Sämtliche in diesem Heft genannten Bücher und Schriften sind zu beziehen durch:

ED 718-5-88

Dr. Fritz Katz

**Friedensbereitschaft
statt
Kriegsbereitschaft**

Die Zivilverteidigung, der Bau von Kellern und ähnlichen Dingen ist Schwinderl Zivilverteidigung ist eine Art Militarismus, weil das falsche Gefühl der Sicherheit dazu beitragen kann, die Kriegsgefahr zu vergrößern.
Linus Pauling

Die bisherige Weltgeschichte stellt sich vordergründig als eine Geschichte der Machtpolitik dar — einer Politik, die sich auf Waffen stützt, mit deren Hilfe eigene Ansprüche durchgesetzt und fremde Machtansprüche abgewehrt werden sollen. Dieser Jahrtausende lang als selbstverständlich geltende Zusammenhang zwischen Politik und Militärmacht ist mit dem Aufkommen der Kernwaffen in Frage gestellt und zunehmend ad absurdum geführt worden. Schwerlich können Waffen weiterhin eine Machtpolitik zuverlässig untermauern, wenn diese Waffen praktisch nicht anwendbar sind. Die Wirkung der Atomwaffen ist über jede sinnvolle Zweckbestimmung hinausgewachsen. Daran hat auch die Einführung kleiner und kleinster Atomwaffen nichts geändert. Sie hat nur das Risiko erhöht und gänzlich unkalkulierbar gemacht. Die Definition der Kernwaffen im Sinne eines bloßen Abschreckungsmittels wird mit ihrer fortschreitenden Anhäufung und Ausbreitung immer unhaltbarer. Nach wie vor verbindet sich zwangsläufig mit den Atomwaffen die von Günther Anders so unübertrefflich formulierte hysterische Drohung: „Entweder bist du brav, oder ich bringe uns beide um!“ Auf solcher krankhaften Grundlage kann man keine gesunde Politik treiben.

Diese Einsicht ist unaufhaltsam gewachsen. Aber das große Problem der gegenwärtigen äußerst kritischen Übergangszeit besteht darin, wie man solcher Erkenntnis in der praktischen Politik Geltung verschaffen und durch welche Verhaltensweise man den diabolischen Mechanismus der atomaren Zwangsneurose aufheben kann. Von unmittelbarem Lebensinteresse ist die Lösung dieses Problems speziell für das deutsche Volk, das beiderseits der Nahtstelle zwischen Ost und West sitzt und daher bei einem Atomkrieg mit einer Katastrophe rechnen muß, von der es sich mit großer Wahrscheinlich-

keit nie wieder erholen würde. Darum verfolgen wir mit Aufmerksamkeit, was gegenwärtig in der Welt vor sich geht. Die durch das atomare Patt bedingte politische Starre beginnt sich zu lockern. Die Weltpolitik, die bisher im Zeichen eines tödlichen Dualismus stand, kommt nunmehr in Bewegung.

Es begann mit dem Einzug des Präsidenten Kennedy in die Weltpolitik. Zur Wende wurde die Kuba-Krise. Seither besteht offensichtlich bei der westlichen und ebenso bei der östlichen Führungsmacht das ehrliche Bestreben, zu einer Entschärfung, Entspannung, Annäherung und Verständigung zu kommen, denn die Dinge können unmöglich so weiterlaufen wie bisher. Aber die verfahren Situation ist ungeheuer schwer zu meistern, weil man schon bedenklich tief in die atomare Sackgasse hineingeraten ist. Immerhin ist ein erster bescheidener Anfang gemacht worden. Das in Moskau getroffene Abkommen über einen teilweisen Verzicht auf Kernwaffenversuche stellt den ersten winzigen Lichtblick in der seit Hiroshima und Nagasaki über die Menschheit gekommenen atomaren Finsternis dar. Doch das Moskauer Abkommen bliebe für sich allein ohne praktische Bedeutung, wenn diesem ersten Schritt nicht weitere Schritte zunächst im Sinne eines Verzichts auf weitere Aufrüstung, einer Schaffung militärisch verdünnter Zonen und schließlich in Richtung auf eine Abrüstung folgten. Das kann aber angesichts der gegebenen außerordentlichen Schwierigkeiten nur dann geschehen, wenn es gelingt, ein geeignetes politisches Klima und eine psychologisch günstige Atmosphäre hierfür zu schaffen. Die Welt braucht dringend Friedensbereitschaft statt Kriegsbereitschaft. Wie steht es damit bei uns?

Fast täglich lesen wir in unseren Zeitungen von Vorwärtsverteidigung, Territorialarmee oder Luftschutz, Entwürfe zur Notstandsgesetzgebung, zur Einführung obligatorischer Erkennungszeichen für Kinder als Vorsorge für den Kriegfall und dergleichen mehr liefern die Begleitmusik zu den Abrüstungsbemühungen in Genf. Außerdem geht immer noch der

Spuk von der multilateralen Atomlotte um, die nach Ansicht unabhängiger Militärs zwar militärisch unsinnig, dafür aber um so kostspieliger ist. Von eigenen Beiträgen der Bundesrepublik zur Abrüstungsfrage hört man nichts. Die Annahme eines Briefes von Ulbricht mit dem Vorschlag eines Abkommens über einen Kernwaffenverzicht wurde verweigert.

Totale Pleite der Sicherheitspolitik

Offenbar hält man nach wie vor nicht viel von den politischen Möglichkeiten zur Vermeidung eines Atomkrieges und zieht es vor, die Vorstellung zu erwecken, daß die sogenannte Verteidigungsbereitschaft wichtiger sei. Erstaunlich ist nur, mit welchem Durcheinander von Propaganda-Illusionen man hierbei operiert. So äußerte sich z. B. im Januar 1962 der Pressereferent im damaligen Strauß-Ministerium, Oberst Schmückle, folgendermaßen. Er gab zunächst unumwunden zu, daß „die bisherige Aufgabe des Soldaten, die Nation ‚im‘ Krieg zu schützen, unerkümmert geworden“ ist. Dieses Eingeständnis aus solchem Munde kann gar nicht hoch genug veranschlagt werden. Als Ersatz nannte Schmückle „das politische Bestreben, die Nation ‚vor‘ dem Krieg zu schützen“. Goldrichtig! Aber leider traute er offenbar diesem Ersatz bzw. den Fähigkeiten der Politiker nicht, denn er fuhr fort, daß der Soldat sich bis an die Zähne — auch atomar — bewaffnen und lernen müsse, diese Waffen bis zur Perfektion zu beherrschen, um sie dann nicht anwenden zu müssen. Damit wird die politische Aufgabe, die Nation „vor“ dem Krieg zu schützen, doch wieder dem Soldaten zugewiesen.

Doch nun haben offenbar die Luftschutzleute gar kein Vertrauen zu dem kriegsverhütenden Wirken von Soldaten, denn sie stellen sich ja die Aufgabe, die Bevölkerung „im“ Krieg zu schützen. Was also für den Soldaten unlösbar geworden ist, soll jetzt der Zivilverteidiger schaffen, und zwar dann, wenn der Soldat seine neue Aufgabe der Kriegsverhütung nicht bewältigt hat. Soldaten, denen man das klarmachen könnte, müßten eigentlich vor Scham über die ihnen dabeigedachte totale Unfähigkeit erröten. Auf jeden Fall dürfte schon dieser logische Wirrwarr genügen, um selbstän-

dig denkenden Menschen deutlich zu machen, daß es weder mit dem Schutz „vor“ dem Krieg noch mit dem Schutz „im“ Krieg zum besten bestellt sein kann.

Aber auch dem Verteidigungsminister von Hassel scheinen keine besseren Argumente zur Verfügung zu stehen, denn er predigte am 4. Oktober 1963 in der Hamburger Michaelskirche: „Wehrdienst heißt Abschreckung, er ist die Vorbereitung auf eine Sache, damit sie nicht stattfindet.“ Was ist von solcher Redeweise zu halten? Gar nichts. Abschreckung könnte nur dann zuverlässig einen Krieg verhüten, wenn sie vollkommen wäre, also nennenswerter funktionierte. Vollkommene Abschreckung ist ein unerfüllbarer Wunschtraum keineswegs beweisbarer Militärs, die verzweifelt versuchen, ihrer im Atomzeitalter unlösbaren Aufgabe einen vernünftigen Sinn abzugewinnen. Eine Abschreckung, die sich auf strategische und taktische Atomwaffen stützen muß, bleibt immer unvollkommen, weil ihre Drohung gegenüber begrenzten Vorstößen mit konventionellen Waffen nicht wahr gemacht werden kann, ohne daß dadurch ein Atomkrieg mit allen seinen Folgen für beide Seiten ausgelöst wird.

Selbstverständlich paßt auch die Zivilverteidigung in das von Verteidigungsminister von Hassel beibehaltene Propagandabild nicht hinein. Denn es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder funktioniert die atomare Abschreckung; dann gibt es keinen Krieg, und ein Luftschutz erübrigt sich. Oder sie funktioniert nicht; dann kommt sofort oder mit Spätzündung der totale Atomkrieg, und jeder Luftschutz bleibt sinnlos, was in diesem Falle auch von Luftschutzbefürwortern zugegeben wird.

Aber solche Überlegungen treffen nicht die gegenwärtige Situation. Obwohl der Verlauf der Kuba-Krise zu bestätigen schien, daß die atomare Abschreckung funktioniert, war der Kuba-Schock für die amerikanische Regierung der letzte Anstoß, vom Prinzip der totalen Abschreckung, d. h. der Androhung eines sofortigen Vergeltungsschlages mit strategischen Atomwaffen, endgültig abzugehen. Auch die abgewandelte Form der gestuften Abschreckung unter Hinzunahme taktischer Atomwaffen wurde mehr in den Hintergrund gerückt. Es geht jetzt nicht

mehr um die Vergeltung eines wenig wahrscheinlich gewordenen atomaren Überraschungsangriffs, sondern um die Antwort auf mögliche räumlich und zeitlich begrenzte Angriffe mit konventionellen Waffen, denen man vernünftigerweise nicht mit atomarer Vergeltung begegnen kann. Dem soll die sogenannte Anhebung der Atomschwelle dienen, d. h. ein Verteidigungskrieg soll möglichst lange konventionell geführt werden.

Durch diese praktisch äußerst wichtige Änderung der für die NATO gültigen Verteidigungskonzeption erscheint das, was bei uns als militärische und zivile Verteidigungsbereitschaft gilt, in völlig neuem Licht. Ziemlich unvermittelt ist bei uns die neue Vokabel „Vorwärtsverteidigung“ aufgetaucht. Mit diesem etwas nebelhaften Wort ist lediglich gemeint, daß der Raum der Bundesrepublik unmittelbar an seiner Ostgrenze verteidigt werden soll. Das Bittere ist aber nun, daß die Struktur der Bundeswehr der heute gültigen Verteidigungskonzeption in keiner Weise angepaßt ist. Darum mußte sogar Verteidigungsminister von Hassel erklären, das „Fallex“-Manöver habe gezeigt, daß der Bundeswehrapparat für den Verteidigungsfall nicht geeignet sei.

Eine breite Öffentlichkeit wurde auf diesen wichtigen Umstand hingewiesen, als im September vorigen Jahres die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ eine Serie von Leitartikeln ihres Chefstrategen Adelbert Weinstein brachte, die eine geradezu vernichtende Kritik an der sogenannten Vorwärtsverteidigung darstellen. Der erste dieser Artikel trug die bezeichnende Überschrift „Die Legende von der Vorwärtsverteidigung“¹⁾, und der dritte endete mit dem aufschlußreichen Satz: „Zur Zeit sind die Ausgaben für die Bundeswehr weder militärisch noch politisch sinnvoll“²⁾. Da es sich hier um hohe Milliardensummen handelt, hätte eine solche Feststellung Weinsteins eigentlich weit hin Aufsehen erregen und einen allgemeinen Sturm der Entrüstung unter den Steuerzahlern hervorrufen müssen. Daß dies nicht geschah, gehört zu den Verfallserscheinungen unserer Demokratie.

Der tiefere Grund für die Schwierigkeiten, in welche die Verteidigungspolitik der Bundesregierung geraten ist, liegt darin, daß ihrem Aufbau die Vorstellungen von einem begrenzten Atomkrieg zugrunde gelegt wurden. Dementsprechend ist sie auf eine gemischt atomar-konventionelle Kampfführung gedrillt. Für eine solche Kampfführung fehlen der Bundeswehr eigene taktische Atomwaffen. Deshalb ist der Ruf nach einer Atombewaffnung der Bundeswehr bzw. nach einem Mitspracherecht der Bundesrepublik beim Atomwaffeneinsatz nie verstummt.

Die jetzt gültige Verteidigungskonzeption, deren Hauptmerkmal die Anhebung der Atomschwelle ist, würde sinngemäß der Bundeswehr eine Aufgabe im vor-atomaren Bereich, nämlich den Schutz der Ostgrenze mit Hilfe ausschließlich konventioneller Waffen zuweisen. Hierfür aber ist sie ihrem Aufbau und ihrer Ausbildung nach nicht geeignet. Die Erdkampverbände der Bundeswehr z. B. bestehen im wesentlichen aus Panzer- und Panzergrenadierdivisionen, die zum mindesten nach außen hin eindeutig Offensivcharakter besitzen.

Kein Wunder also, wenn aus militärischen Fachkreisen herbe Kritik ertönt. Während Weinstein noch sehr milde von einer Krise der bundesdeutschen Verteidigungspolitik sprach, konnte man von unabhängiger militärischer Seite hören, „daß die gesamte Wehrpolitik der Bundesrepublik hoffnungslos ins Schwimmen geraten ist“³⁾. Noch deutlicher wird eine andere bekannte militärische Autorialität (Oberst i. G. a. D. Bogislav von Bonin) mit der zornigen Feststellung „der totalen Pleite einer sogenannten Sicherheitspolitik, für die mehr als 100 Milliarden verpulvert worden sind“.

„Glaubhafter“ Bevölkerungsschutz ...

Wie sieht es nun mit der zivilen Verteidigungsbereitschaft aus? Auch den Luftschutzplanungen liegt die Vorstellung eines irgendwie begrenzt bleibenden Krieges mit gemischt atomar-konventioneller Kampfführung zugrunde. Das ist wohl die fragwürdigste und verschwommenste Voraussetzung für die Gestaltung

¹⁾ „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (Frankfurt am Main) Nr. 214 vom 16. 9. 1963.

²⁾ „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ Nr. 222 vom 25. 9. 1963.

³⁾ General a. D. Alexander Andrae in „Neue Politik“, 1963, Nr. 43, S. 10.

eines Luftschutzes, wenn materieller und personeller Aufwand und zu erwartende Wirksamkeit in einem vernünftigen Verhältnis zueinander stehen sollen. Man plant den Bau von Druckschutzbunkern gegen Atomexplosionen, der einen Milliardenaufwand erfordert. Wenn also, um nur mit Weinstein zu reden, zur Zeit die Ausgaben für die Bundeswehr nicht sinnvoll sind, dann genügt ein einfacher logischer Schluß, um festzustellen, daß die von den gleichen Vorstellungen eines begrenzten Atomkrieges ausgehenden Luftschutzplanungen auf ebenso sinnlose Milliardeninvestitionen hinauslaufen.

Einer gegenüber dem Luftschutzgedanken mit Recht wenig aufgeschlossenen Bevölkerung möchte man das Wesen des Luftschutzes in erster Linie als humanitäre Aufgabe im Sinne selbstverständlicher Hilfsbereitschaft hinstellen. Damit redet man jedoch an der Tatsache vorbei, daß die Zivilverteidigung ein unabdingbarer Bestandteil der Kriegsbereitschaft ist. Ein organisierter Luftschutz ist seinem Wesen nach eine paramilitärische, eine halb-militärische Organisation. Etwalge Zweifel hierüber beseitigte eine Diskussion über Luftschutzfragen in Bad Boll, wo als Ergebnis verbucht wurde, daß ohne einen glaubhaften Schutz der Bevölkerung die militärische Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik auf die Dauer nicht ernst genommen werden könnte. Von wem? Doch wohl von der Gegenseite, und damit verbirgt sich in dieser Formulierung zunächst einmal der Abschreckungsgedanke. Außerdem taucht hier das fatale Wort „glaubhaft“ auf, fatal deswegen, weil bei der militärischen, also der atomaren Abschreckung das Streben nach Glaubwürdigkeit der Drohung auf der Gegenseite als Anzeichen für die Unglaubwürdigkeit bloßer Verteidigungsabsichten aufgefaßt wird. Von da her kommen die Antriebskräfte, die das irrsinnige Wettrüsten in Gang halten.

Was aber heißt glaubhafter Bevölkerungsschutz? Soll die eigene Bevölkerung an seine Wirksamkeit glauben? Soll drüben die Gegenseite an seine Wirksamkeit glauben? Oder soll man drüben glauben, daß hier die Bevölkerung an die Wirksamkeit eines aufgebauten Luftschutzes glaubt? Die landläufige und von oben propagandistisch genährte Vorstel-

lung ist die, daß wirksamer Luftschutz zur Abschreckung eines potentiellen Angreifers unentbehrlich sei, weil mangelhafter oder fehlender Luftschutz seine Angriffsaussichten verbessere. Diese Vorstellung ist antiquiert und überholt. Abgesehen von mehr oder weniger zufälligen Grenzwispenfällen, die die Bundeswehr zu meistern hätte, wenn sie entsprechend aufgebaut und stationiert wäre, geht es praktisch nur noch um Überraschungsangriffe, die sich sinngemäß gegen das militärische Potential der Gegenseite richten müssen und deren Chancen sich allein aus einer Berechnung bzw. Abschätzung des militärischen Kräfteverhältnisses ergeben. Die Zermürbung einer mangelhaft geschützten Zivilbevölkerung wird erst im Laufe eines länger dauernden Krieges für die militärischen Planer interessant.

In dem eben gekennzeichneten Sinne kann man also nicht von einer abschreckenden Wirkung vorbereitender Luftschutzmaßnahmen sprechen, wohl aber in anderer, äußerst bedenklicher Form. Der amerikanische Wissenschaftler Hermann Kahn erklärte, daß ein Bevölkerungsschutz die Absicht glaubhafter macht, selbst zuerst loszuschlagen, weil man dann den Vergeltungsschlag des Gegners besser überstehen kann⁴⁾. Mit dieser sogenannten „politischen“ Abschreckung will man den Gegner unsicher machen und von politischen Provokationen abhalten. So aufgefaßt, sind Luftschutzvorbereitungen ein Bestandteil jenes diabolischen Mechanismus und Automatismus, der ein weiteres Festrennen in der Sackgasse des Wettrüstens bewirkt. Damit ist bereits ein wichtiger Zusammenhang angedeutet, auf den wir gleich zurückkommen werden.

... ist nicht möglich

Doch zunächst sind vielleicht noch ein paar Worte über die bei Luftschutzdiskussionen stets in den Vordergrund gerückte Frage angebracht, ob ein Luftschutz im Atomzeitalter sinnvoll oder sinnlos ist. Diese taktisch geschickte Formulierung führt zu einer Verengung des Problems und gibt den Luftschutzpropagandisten

⁴⁾ Esich Fromm und Michael Maccoby in „Commentary“, New York, Januar 1962. Zitiert nach „Stimme der Gemeinde“, 1963, Nr. 17, Spalte 525.

Gelegenheit, darauf hinzuweisen, daß fast alle Länder bereits über einen Luftschutz verfügen, und das allein beweise schon, daß er einen Sinn haben müsse. Nun, selbstverständlich hat er einen Sinn, aber welchen? Mit Vorliebe wird als Beispiel auf die Luftschutzmaßnahmen in Schweden und in der Schweiz hingewiesen. Aber in historisch neutralen Ländern hat Luftschutz nach innen und vor allem nach außen hin einen anderen Sinn, eine andere Bedeutung als der Luftschutz im Bereich von Militärbündnissen, wo die Zivilverteidigung zur militärischen Verteidigung gehört wie das Panzerhemd zum Schwert. Wir sehen eben schon, daß Luftschutzmaßnahmen ebensowohl als Verteidigungs- wie als Angriffsvorbereitungen gedeutet werden können. Das ist ihr Sinn innerhalb eines Militärbündnisses. Ob aber Luftschutz sinnvoll, voller Sinn, also von Nutzen ist, das entscheidet sich erst im Ernstfall je nach dem Charakter, den dieser Ernstfall annimmt.

Es erscheint müßig, Betrachtungen darüber anzustellen, welche Arten von Bunkern wir uns finanziell leisten können und wie weit diese die noch rechtzeitig hineingelagerten Mitbürger vor Explosionsdruck, Hitze und Strahlung schützen können. Fest steht, daß ein noch so beschleunigter Schutz für die Gesamtbevölkerung nicht durchführbar ist. Das gilt in besonderem Maße für die Großstadtbevölkerung. Luftschutzbemühungen, die auf einen Krieg angelegt sind, der mit Beteiligung von Atomwaffen geführt wird, müssen von vornherein zwangsläufig dilettantisch bleiben. Dann, was in solchem Falle kommt, weiß keiner — möglich ist alles. Jeder Luftschutzplaner tappt hier im Nebel.

Angesichts der Ungewißheit über die Lage im Ernstfall und damit der Unklarheit über den tatsächlichen Wert und Nutzen eines Luftschutzes beschränkt man sich gerne auf die bescheidene Formel, daß für den Luftschutzplaner die Randzonen im Bereich eines begrenzten Krieges interessant seien. Man müsse alles daransetzen, auch in einem Atomkrieg durch Luftschutz den Prozentsatz der Überlebenden zu erhöhen. Für dieses Ziel sollen Milliarden verplant werden. Von einer solchen Einstellung können aktive Atomwaffen- und Kriegsgegner nur mit

größter Entschiedenheit abrücken. Wir erklären vielmehr mit aller Leidenschaft, daß für uns nicht die Zahl der etwa einen Atomkrieg Überlebenden interessant ist, sondern die Millionenzahl derjenigen, die in der Hölle eines Atomkrieges jämmerlich umkommen, barbarisch verschmort, verkohlt und verascht, sinnlos einem gräßlichen Moloch geopfert werden! Und darum wenden wir uns mit allem, was in uns ist, gegen den Wahnsinn eines Atomkrieges und nehmen es nicht hin, daß dieser von Menschen gemachte Weltuntergang tatsächlich eintritt. Das aber tun die Luftschutzleute, indem sie sich gerade darauf einrichten, und da liegt die Kluft, die uns von ihnen trennt.

Wir verkennen nicht, daß sie glauben, aus Verantwortungsgedühl für ihre Mitmenschen so handeln zu müssen. Aber wir fragen: Wo liegt die größere Verantwortung? Was ist vordringlicher? Was ist menschlicher und vernünftiger gehandelt? Alle Kräfte gegen den Atomwahn, gegen die Möglichkeit eines Krieges einzusetzen oder die Möglichkeit eines Krieges resigniert hinzunehmen und den verzweifelten Versuch zu machen, seine entsetzlichen Auswirkungen abzumildern? Wenn schon verzweifelte Bemühungen, dann gegen den Krieg und nicht erst gegen seine Folgen!

Der Luftschutz fördert den Krieg

Für die aktiven Kriegsgegner ist die Frage der etwaigen Wirksamkeit eines Luftschutzes im Kriege von zweitrangiger Bedeutung. Um so mehr interessieren wir uns für die Auswirkungen vorbereitender Luftschutzmaßnahmen vor Eintritt des sogenannten Ernstfalles. Studien hierüber haben eine Reihe amerikanischer Soziologen und Psychologen unternommen und sind dabei zu sehr bedeutsamen Ergebnissen gelangt²⁾. Das Wichtigste soll hier kurz angedeutet werden.

Luftschutz wurde von der amerikanischen Regierung als eine „minimale Sicherung“ gegen das „unwahrscheinliche“ Ereignis eines Atomkrieges bezeichnet. Schon daraus geht deutlich hervor, daß ein Luft-

²⁾ Vgl. hierzu u. a.: A National Shelter Program (its feasibility and its cost). A report by a group of independent specialists. New York City, Februar 1962.

schutz heutzutage stets unvollkommen, lückenhaft und unbefriedigend sein muß. Außerdem kann die Zivilverteidigung genauso wie ihr militärischer Zwillingsbruder in ihrer Substanz schnell veralten. Daraus ergibt sich ein Drang zur ständigen Ausweitung des Luftschutzprogramms. Luftschutz wird so, finanziell und volkswirtschaftlich gesehen, genau wie die Rüstung zu einer Schraube ohne Ende. Er kann damit auch ein geeignetes Objekt für parteipolitisches Gezänk und eine Handhabe für innenpolitische Erpressung werden. Je mehr investiert wird, um so geringer wird die Aussicht, Luftschutzmaßnahmen beim Eintritt einer internationalen Entspannung rückgängig zu machen, mehr noch: sie verhindern diese Entspannung, weil — wie wir gesehen haben — Sicherheitsmaßnahmen militärischer und ziviler Art auf der einen Seite das Unsicherheitsgefühl auf der anderen Seite fördern.

Aber gerade dieser ursächliche Zusammenhang, daß eigene militärische und zivile Verteidigungsmaßnahmen die Wahrscheinlichkeit eines Kriegsausbruchs vergrößern, wird durch die Förderung des Luftschutzes vernebelt. Damit kommen wir zu den psychologischen Auswirkungen des Luftschutzes auf die Bevölkerung. Bunkerbau bringt die Gefahr mit sich, daß ein falsches Sicherheitsgefühl entsteht, das den inneren Widerstand gegen den Krieg und die Bemühungen, ihn zu vermeiden, lähmt. Der Wille, mit allem Ernst nach friedlichen Lösungen zu streben, wird verringert. Der Abrüstungsgedanke wird zurückgedrängt. Luftschutz ordnet sich in eine Weltsicht ein, die die Verhandlungen als aussichtslos und den Krieg als unvermeidlich ansieht. Die feindselige Stimmung gegen die andere Seite wächst. Verständigungsbemühungen der Regierungen werden beeinträchtigt. Wenn Atomkrieg etwa durch Angst davor vermieden werden kann, dann reißt der Glaube an einen auch im Atomkrieg gegebenen Nutzen des Luftschutzes diese Barriere ein. Krieg und Kriegsausbruch werden in der Vorstellung der Menschen wahrscheinlich gemacht, und das hat unabsehbare Folgen.

solche Vorstellungen nämlich erzeugen eine bestimmte Einstellung, und diese beeinflusst unser Handeln. Wenn wir glau-

ben, daß sich etwas Bestimmtes ereignen wird, dann handeln wir dementsprechend, und gerade dadurch kann das Ge-glaubte Wirklichkeit werden. Der amerikanische Soziologe Professor Merton nennt das „selffulfilling prophecy“, also „sich selbst in Erfüllung bringende Prophetie“⁴⁾. Wenn z. B. das Gerücht auftaucht, daß die einzige Bank am Ort in Schwierigkeiten geraten sei und dem-nächst ihre Schalter schließen müsse, dann kann diese Bank noch so gesund sein: Ein plötzlicher Massenansturm von Konto-inhabern wird die Bank zahlungsunfähig machen, so daß sie tatsächlich schließen muß. Die Vorhersage geht nur deswegen in Erfüllung, weil die Leute ihr Handeln danach eingerichtet haben.

Dieses Beispiel ist voll und ganz auf die internationalen Beziehungen und den Krieg anwendbar. Kriegserwartung führt zur Kriegsbereitschaft, auch wenn man heute das Wort „Verteidigungsbereitschaft“ vorzieht. Kriegsbereitschaft aber zieht den Krieg herbei. Der amerikanische Soziologe C. Wright Mills hat leider nur zu sehr recht, wenn er feststellt, daß die Hauptursache für den Ausbruch eines dritten Weltkrieges seine Vorbereitung ist⁵⁾.

Zu diesen Vorbereitungen gehört unweigerlich auch der Luftschutz. Er trägt wesentlich zu jener Gewitteratmosphäre bei, in der sich schließlich die angesammelte Elektrizität entladen wird. Wenn man von Forderungen liest, die Zahl der freiwilligen Selbstschutzhelfer in der Bundesrepublik auf zwei oder drei Millionen zu erhöhen, in jedem Wohnblock, in jeder Häuserreihe eine Selbstschutzgemeinschaft unter Leitung eines Selbstschutzworts zu bilden usw., dann wird einem mit tiefem Erschrecken klar, daß hier aufs neue eine ganze Bevölkerung auf einen Krieg dressiert wird, der alles bisher Dagewesene an Sinnlosigkeit übertreffen wird.

Aber ein solcher Krieg würde nicht nur sinnlos sein. Er würde alle, die sich daran beteiligen — gleichgültig, ob als sogei-

⁴⁾ Ebdort, S. 26.

⁵⁾ C. Wright Mills: The Causes of World War Three. New York, Deutsche Ausgabe: Die Konsequenz (Politik ohne Verantwortung). München 1955, S. 115.

nannte Angreifer oder als sogenannte Verteidiger — zu Verbrechen gegen die Menschlichkeit machen. Er würde sie mit dem unauslöschlichen Fluch beladen, nicht nur millionenfachen Mord an der gegenwärtigen Generation, sondern darüber hinaus Entartung und Verfall künftiger Menschengeschlechter verschuldet zu haben. —

Wir sind am Schluß. Es wurde deutlich, auf welchem schwankendem Boden die angeblich kriegsverhütende Wirkung militärischer und ziviler Kriegsbereitschaft steht und wie wenig ein Luftschutz den ihm zugedachten Zweck erfüllen kann.

Wer sein Volk und darüber hinaus die

Menschheit und die Menschlichkeit liebt, kann heute nicht mehr für eine Kriegsbereitschaft — gleich, ob militärischer oder ziviler Art — eintreten. Wir können uns nur noch mit allen Kräften des Geistes, der Seele und des Glaubens für eine Bereitschaft zum Frieden einsetzen. Das befiehlt uns unser Gewissen und unser Verantwortungsgefühl vor Gott und den Menschen. Erfüllt von dieser heiligen Aufgabe, reichen sich Menschen aller Nationen und Rassen über trennende Grenzen hinweg die Hand, weil sie erkannt haben, daß die atomare Todesdrohung uns zu einer Schicksalsgemeinschaft aller Menschenbrüder zusammengeführt hat.

Sonderdruck aus **GEMEINSCHAFT UND POLITIK / ZEITSCHRIFT FÜR GEOPOLITIK**
Nr. 9—10/1964

Anschrift des Verfassers: Dr. Fritz Katz, Iserlohn/Westf., Pastorenweg 4

Gemeinschaft und Politik · Zeitschrift für Geopolitik · Herausgegeben vom Institut für Geozologie und Politik · Bellnhausen über Gladbach (Hessen) · Schriftleitung und verlegerische Leitung: Dr. Rolf Hinder · Beiträge, die mit Namen gezeichnet sind, geben nicht unbedingt die Ansicht der Redaktion wieder · Alle Rechte — auch der auszugsweisen Wiedergabe — nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlags · Zuschriften und Manuskripte an die Schriftleitung: (3560) Bellnhausen über Gladbach (Hessen) · Bei unverlangten Sendungen bitte Rückporto beifügen · Einzelheft 2,80 DM · Jahrsbezug 30,— DM zuzüglich Porto · Druck: Fuldaer Verlagsanstalt GmbH, Fulda · Verlag des Instituts · Bellnhausen über Gladbach (Hessen) · Postscheckkonto Köln 904 09 · Bank: Kreissparkasse Biedenkopf I in Gladbach (Hessen) Konto-Nr. 333 814 · Volksbank Bad Godesberg am Rhein, Konto-Nr. 65 21.

ED 718-5-92

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

6050 Offenbach, den 27. Oktober 1964
Waldstraße 99, Postfach 648

29.10.64

Rundschreiben M 4 - 1964

An die Verteiler I, II, III und IV

Betr.: Aktion bei ausländischen Vertretungen zum "Tag der Gefangenen für den Frieden"

Liebe Freunde,

in Ergänzung des gleichzeitig übersandten Rundschreibens von Alfred Kiedel erhalten Sie anbei eine Zusammenstellung der Vertretungen der Staaten, die zur Zeit die allgemeine Wehrpflicht haben, aber kein allgemeingültiges Kriegsdienstverweigerungsrecht besitzen. Von diesen Staaten sind sämtliche uns bekannten Vertretungen in der BRD - außer Berlin - genannt worden.

Gegenüber dem Vorjahr haben mir diesmal wesentlich bessere Unterlagen für diese Zusammenstellung vorgelegen, und zwar

1. eine "weltweite Untersuchung" "Die Militärdienstpflicht und der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen" von Guy F. Hershberger, Coshen, Indiana, USA, zusammengestellt im Auftrag und für die Mennoniten-Welt-Konferenz im Jahre 1962, basierend auf WRI-Unterlagen,
2. Unterlagen der WRI London vom September 1964,
3. Korrespondenz der VK-Verbandsgeschäftsstelle Offenbach mit sämtlichen ausländischen Vertretungen in der BRD über die Frage der Handhabung von Wehrpflicht und Kriegsdienstverweigerung, vom Sommer/Herbst 1964.

Damit dürfte unsere Zusammenstellung der infragekommenden Länder in diesem Jahr wesentlich korrekter sein als 1963. Aus diesen Unterlagen sind in vielen Fällen auch detaillierte Angaben über den Stand der Kdv in den einzelnen Staaten zu entnehmen, über Sonderrechte für bestimmte Gruppen, wie zum Beispiel die Mennoniten usw.

Leider war es mir zeitlich und technisch nicht möglich, diese Angaben zu jedem Land bereits heute hier komplett mitzusenden.

Ich bitte Sie stattdessen, sofort zu überlegen, welche Vertretungen von Ihnen voraussichtlich besucht werden und die Verbandsgeschäftsstelle sofort hiervon zu unterrichten. Von dort wird Ihnen dann umgehend sämtliches verfügbare Material über diese Staaten in Fotokopie oder Abschrift zugehen.

Ich weise noch einmal darauf hin, daß es sehr wichtig ist, daß Sie bei Ihren Besuchen diese Informationen kennen, so daß Sie bitte bestimmt die Unterlagen anfordern wollen!

Mit freundlichen Grüßen!
gez. Horst Maurer
Auslandsreferat

ED 718-5-93

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

6050 Offenbach/Main, den 27. Oktober 1964
Waldstraße 99, Postfach 648

29.10.64

Bundschreiben R 3 - 1964
An die Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

der VK-Bundeskongreß 1964 hat beschlossen, die im vergangenen Jahr zum erstenmal - und sehr erfolgreich - durchgeführte Aktion zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" am 1. Dezember, zu wiederholen. Der Bundeskongreß beauftragte ferner den Bundesvorstand, über die WRI daraufhinzuwirken, daß diese Aktionen von den WRI-Sektionen anderer Länder übernommen werden, um durch eine internationale Aktion, unsere Forderung nach gesetzlichem Schutz der Gewissensfreiheit auch in den Ländern durchzusetzen, wo es diesen Schutz noch nicht gibt, zu verstärken.

Nachdem nun die WRI unserer Aufforderung entsprochen hat, und all ihren Sektionen geraten hat, Aktionen zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" vorzubereiten, sollte es selbstverständliche Pflicht jeder VK-Gruppe sein, ebenfalls alles zu tun, daß die Aktion zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" - die wie keine andere Aktion direkt mit dem Anliegen eines Verbandes der Kriegsdienstverweigerer zu tun hat - in großer Breite und so erfolgreich wie nur möglich, veranstaltet werden.

Ich erinnere daran, daß diese Aktion im vergangenen Jahr in fast allen größeren Zeitungen der Bundesrepublik, meist mit Bildabdruck, kommentiert worden ist. Es sei auch daran erinnert, daß in den letzten Jahren in mehreren Ländern - nicht zuletzt durch internationale Aktionen und Forderungen - der Schutz der Gewissensfreiheit gesetzlich geregelt wurde, zuletzt in Belgien, Frankreich und mit Einschränkungen auch in der DDR.

Zur Vorbereitung der Aktion nun im einzelnen folgendes:

1.) Am "Tag der Gefangenen für den Frieden" - dem 1. Dezember - übergeben alle Gruppen unseres Verbandes den Botschaften und Konsulaten, die in ihrer Stadt vorhanden sind, und welche bislang keine gesetzliche Regelung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung vorgesehen haben, eine Erklärung. (siehe Anlage 1). Es empfiehlt sich, daß eine Delegation von 3 bis 6 Personen das Konsulat oder die Botschaft nach telefonischer Terminvereinbarung aufsucht, die Erklärung selbst übergibt und nach Möglichkeit unser Anliegen mündlich vorbringt. Es versteht sich wohl, daß man sich dabei nicht aufdrängen darf. Gleichzeitig sollte eine größere Gruppe vor dem Botschafts- oder Konsulatsgebäude mit entsprechenden Sandwich-Plakaten auf den Sinn der Aktion hinweisen.

Noch wirkungsvoller ist in den Abendstunden eine Mahnwache, wobei natürlich die Öffentlichkeit durch Plakate - eventuell Flugblätter - auf den Sinn der Mahnwache hingewiesen werden muß.

2.) Eine Mahntafel könnte etwa so gestaltet sein:
Links: "Artikel 18 der Erklärung der Menschenrechte: Jeder Mensch hat Anspruch auf Gedanken-, Gewissens- und religionsfreiheit!" Rechts: Und die politische Praxis? Noch sind Menschen in Gefängnissen und Lager, weil sie ihrem Gewissen

folgend - den Kriegsdienst verweigern!" Unten: "Wir fordern: Gesetzlichen Schutz für Kriegsdienstverweigerer in allen Ländern!"

- 3.) Eine detaillierte Liste aller Konsulate und Botschaften der Länder, die in Ihrer Stadt vorhanden sind und deren Verfassung den Schutz der Kriegsdienstverweigerer noch nicht kennt, ist von unserem Auslandsreferenten zusammengestellt worden. Sie ist als Rundschreiben M 4 - 1964 beigelegt.
- 4.) Beachten Sie bitte in Ihrem Schreiben an die Botschaften und Konsulate, daß die Anrede bei Botschaften "Seine Excellenz" oder bei Konsulaten "Herr Generalkonsul" oder "Herr Konsul" heißen muß.
- 5.) Der Bundesvorstand wird zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" eine Presse-Erklärung herausbringen, die an sämtliche größere Zeitungen in der Bundesrepublik geschickt wird. Einen Textentwurf für diese Presse-Erklärung finden Sie beiliegend (Anlage 2). Da Sie über Ihre örtlichen Aktionen vorher und nachher die örtliche Presse informieren werden, empfehle ich Ihnen, sinngemäß diese Presse-Erklärung zu verwenden und durch die eigenen informativen Angaben zu ergänzen.

So, nun hoffe ich, Ihnen soviel "Material" geliefert zu haben, daß Sie ohne Schwierigkeiten in die Vorbereitungen einsteigen können. Für weitere Auskünfte und Anfragen stehe ich gerne zur Verfügung. Schreiben Sie dann direkt an meine Adresse: 7 Stuttgart-Bad Cannstatt Kienbachstraße 57.

Nach der Aktion erbitte ich von Ihnen einen Bericht und wenn möglich, Bilder der jeweiligen Aktionen.

Mit freundlichem Gruß

gez. Alfred Riedel
(Stellvertretender Bundesvorsitzender)

Anlage 1 zu Rundschreiben R 3 - 1964

Entwurf für die Erklärung an die Botschaften bzw. Konsulate zum
"Tag der Gefangenen für den Frieden"

An die Botschaft, das Konsulat oder Generalkonsulat der
Republik

Seine Excellenz (Botschaft)
Sehr verehrter Herr Generalkonsul (Konsulate)
Sehr verehrter Herr Konsul (")

In den meisten westlichen Ländern wird von den regionalen Sektio-
nen der War Resisters' International der 1. Dezember als "Tag der
Gefangenen für den Frieden" begangen. Wir gedenken dabei unserer
Gesinnungsfreunde, die ihrer religiösen oder politischen Anschau-
ung wegen zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden und inhaftiert
sind.

Zu diesen Inhaftierten gehören junge Menschen, die aus Gewissens-
gründen der allgemeinen Wehrpflicht nicht Folge geleistet haben
und bedingt dadurch, daß in der Gesetzgebung ihres Landes keine
Regelung zur Verweigerung des Kriegsdienstes verankert ist, aus
der menschlichen Gesellschaft ausgestoßen sind und längere Zeit
ihr Leben in Lagern oder Gefängnissen verbringen müssen.

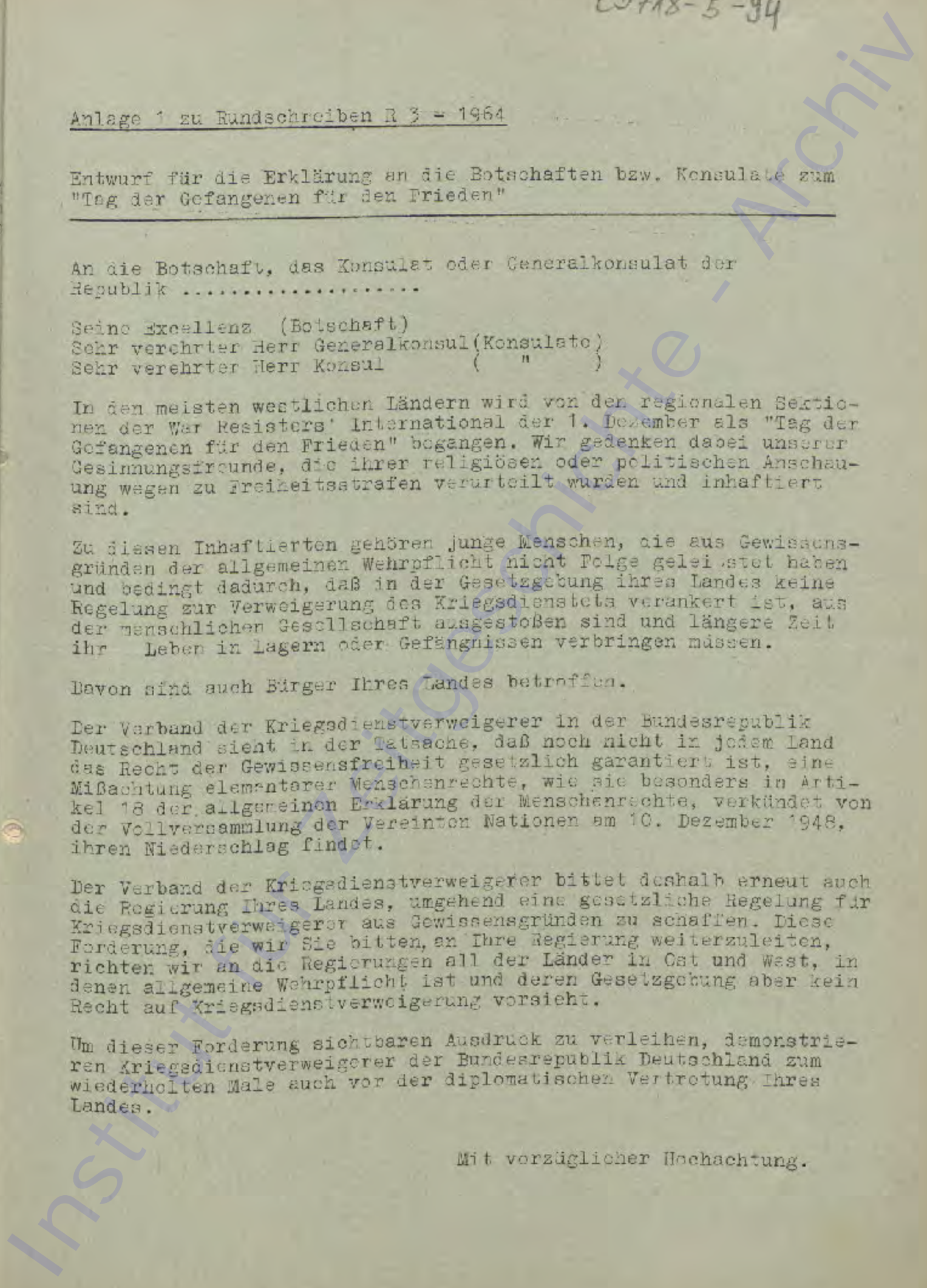
Davon sind auch Bürger Ihres Landes betroffen.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der Bundesrepublik
Deutschland sieht in der Tatsache, daß noch nicht in jedem Land
das Recht der Gewissensfreiheit gesetzlich garantiert ist, eine
Mißachtung elementarer Menschenrechte, wie sie besonders in Arti-
kel 18 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, verkündet von
der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948,
ihren Niederschlag findet.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer bittet deshalb erneut auch
die Regierung Ihres Landes, umgehend eine gesetzliche Regelung für
Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen zu schaffen. Diese
Forderung, die wir Sie bitten, an Ihre Regierung weiterzuleiten,
richten wir an die Regierungen all der Länder in Ost und West, in
denen allgemeine Wehrpflicht ist und deren Gesetzgebung aber kein
Recht auf Kriegsdienstverweigerung vorsieht.

Um dieser Forderung sichtbaren Ausdruck zu verleihen, demonstrieren
Kriegsdienstverweigerer der Bundesrepublik Deutschland zum
wiederholten Male auch vor der diplomatischen Vertretung Ihres
Landes.

Mit vorzüglicher Hochachtung.



Anlage 2 zu Rundschreiben R 3 - 1964

Entwurf für eine Presse-Erklärung zum "Tag der Gefangenen für den Frieden"

Am 1. Dezember ist wieder der Tag der Gefangenen für den Frieden. An diesem Tag gedenken die Kriegsdienstverweigerer in aller Welt ihrer Freunde, die in den Gefängnissen westlicher und östlicher Staaten eingesperrt sind, weil sie - ihrem Gewissen folgend - keinen Waffendienst leisten können.

Anlässlich dieses Tages veranstalten Gruppen des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer (VK) in allen größeren Städten der Bundesrepublik am 1. Dezember Demonstrationen vor den Botschaften und Konsulaten der Länder, in denen allgemeine Wehrpflicht eingeführt ist, deren Gesetzgebung aber keinen Schutz für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen vorsieht.

In einer Erklärung, die den Botschaften und Konsulaten übergeben wird, heißt es: "Der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der Bundesrepublik Deutschland sieht in der Tatsache, daß noch nicht in jedem Land das Recht der Gewissensfreiheit gesetzlich garantiert ist, eine Mißachtung elementarer Menschenrechte, wie sie besonders in Artikel 18 der allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, verkündet von der Vollversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, ihren Niederschlag findet. Der Verband der Kriegsdienstverweigerer richtet deshalb an die Regierungen aller Länder, in denen keine gesetzliche Regelung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung besteht, die Forderung, eine solche umgehend herbeizuführen."

Neben diesen Veranstaltungen in der Bundesrepublik wird am gleichen Tag eine Delegation von Bundesvorstandsmitgliedern des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer mit Abgeordneten der Volkskammer in der DDR Informationsgespräche über die seit wenigen Wochen in der DDR gesetzlich garantierte Möglichkeit der Waffendienstverweigerung führen.

In der 1963 durch die französische Regierung verabschiedeten gesetzlichen Regelung für Dienstverweigerer aus Gewissensgründen, und ein ähnliches Gesetz, das im Sommer dieses Jahres in Belgien Wirklichkeit wurde, sowie in der neuen Regelung die in der DDR getroffen wurde, sieht der Verband der Kriegsdienstverweigerer mit einem Erfolg seiner mehrjährigen Forderungen.

ED 718-5-95

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

Offenbach/Main
Postfach 648
27.10.1964
28.10.64

An alle VK-Gruppen im Gruppenbetreuungsbezirk west

Alle unsere Mitglieder, Interessenten und Freunde möchten wir
hiermit aufmerksam machen auf einen Vortrag von

Präses Prof. D. Dr. Joachim Beckmann, zum Thema
"Die Kirche und die Verantwortung für den Frieden"
am Donnerstag, 19. November, 20 Uhr in Düsseldorf,
im großen Gemeindesaal, Kreuzkirche, Collenbachstr. 10
(Am Dreieck).

Prof. Beckmann gehörte im Dritten Reich der Bekennenden Kirche
an und wurde mehrfach gemäßigelt. 1958 wurde er zum Präses
der rheinischen, evangelischen Kirche gewählt. Er hat gleich-
zeitig zwei Professuren an der Kirchlichen Hochschule Wupper-
tal und an der Universität Bonn inne und ist verschiedentlich
mit gesamtkirchlichen Reformplänen hervorgetreten. Darüber-
hinaus hat er mehrfach sehr deutlich zu öffentlichen Fragen
Stellung genommen, so 1961 mit "einem vollen und runden Ja"
zur Empfängnisverhütung. 1962 gehörte er zu den Mitverfassern
des "Memorandum der Acht", die sich zusammensetzten aus pro-
zilierten, evangelischen Wissenschaftlern. "Lobbyisten der
Vernunft" nannte die ZEIT diese acht Protestanten.

Prof. Beckmann will nun auf unseren Vorschlag hin in seinem
Vortrag die Verantwortung des Christen für den Frieden zwischen
den Völkern aufzeigen und gleichzeitig einen Einblick geben,
welche Probleme er als Beauftragter der EKD für die Kriegs-
dienstverweigerer sieht.

Die Veranstaltung wird getragen von der Arbeitsgemeinschaft der
Friedensverbände in Düsseldorf.

Wir bitten die umliegenden VK-Gruppen um Werbung für die Kund-
gebung. Nähere Auskunft soweit notwendig erteilt: Jens A. Schütte,
4000 Düsseldorf 1, Fürstenwall 76.

Mit freundlichen Grüßen,

VK-Düsseldorf

i.A. *Klaus Vack*
(Klaus Vack)
Verbandsgeschäftsführer)

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der "War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 27. Oktober 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648

Rundschreiben V 16 - 1964

29.10.64

An die Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

mit diesem Rundschreiben erhalten Sie wieder eine umfangreiche Materialsendung. Wenn wir in diesen Wochen sehr viel von Ihnen fordern, dann bedenken Sie bitte, daß wir Sie in den letzten Monaten mit Rundschreiben und sonstigem Material versorgt haben. Doch kommen wir zur Sache:

1. Tag der Gefangenen für den Frieden

Sie finden beigelegt die Rundschreiben von Alfred Miedel und Horst Maurer. Bitte arbeiten Sie diese schnellstens durch und treffen Sie Vorbereitungen für die in Ihrem Gruppenbereich möglichen Aktionen zum "Tag der Gefangenen für den Frieden".

Die Adressenliste der WRI haben wir noch nicht erhalten. Sollte sie uns vorliegt, werden wir sie vervielfältigt an alle Gruppen geben. Jedoch können Sie heute schon Vorbereitungen darüber treffen, wie Sie bei der Grußkartenaktion mitwirken wollen, die sich an ausländische Freunde richtet, die wegen Kriegsdienstverweigerung und für andere friedliche Verhaltensweisen in Lagern, Gefängnissen oder gar Zuchthäusern eingekerkert sind.

2. Zivildienstverweigerung

Im Beschluß 21 unseres diesjährigen VK-Bundeskongresses haben wir zu den geplanten Zivildienstgesetzen Stellung genommen. Im Sinne dieses Beschlusses haben wir nun an die Bundestagsfraktionen und an den Bundestagsausschuß für Inneres geschrieben und diese Aktivität auch in dem beigelegten Pressedienst "Zivildienstverweigerung muß gesetzlich geregelt werden" publiziert.

3. VK-Stellungnahme zur Novellierung des Ersatzdienstgesetzes

Eine ausführliche Stellungnahme hat der Bundesvorstand zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über den Zivilen Ersatzdienst erarbeitet. Wir fügen diese Stellungnahme bei, die durch eine Eingabe an den Petitionsausschuß des Deutschen Bundestages betreffend 'Friedensdienst im Ausland' ergänzt ist.

Wir haben unsere Stellungnahme im wesentlichen folgenden Empfängern zugeschickt: den Mitgliedern der Bundestagsausschüsse für Arbeit, Inneres und Petitionen; den Geschäftsstellen der drei Bundestagsfraktionen; dem Bundesarbeitsministerium; dem Bundesrat; der Zentralstelle und vielen befreundeten bzw. interessierten Organisationen und Persönlichkeiten.

Wir glauben, daß es unserer Sache nur dienlich sein kann, wenn VK-Gruppen in eigener Initiative mit dieser Stellungnahme an die zuständigen Bundestagsabgeordneten herantreten.

4. Wegfall der Prüfungsverfahren

Der Bundesausschuß hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, sich um die Abschaffung des in § 26 WPflG. obligatorisch festgelegten Anerkennungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer einzusetzen und eine Neufassung des § 26 WPflG. mit folgendem Wortlaut anzu-

streben:

(1) Wer den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, hat dies gegenüber dem Kreiswehrrersatzamt zu erklären.

(2) Die Erklärung ist schriftlich oder zur Niederschrift beim Kreiswehrrersatzamt abzugeben. Die Erklärung eines ungedienten Wehrpflichtigen soll 14 Tage vor der Musterung abgegeben werden. Die Erklärung befreit nicht von der Pflicht, sich zur Erfassung zu melden und zur Musterung vorzustellen.

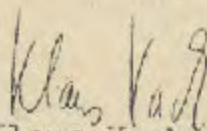
Ein solcher Antrag an die zuständigen Gremien des Bundestages bedarf einer wohlüberlegten und fundierten Begründung. Wir sammeln deshalb zur Zeit das vielerorts vorhandene Material, welches nachweist, wie problematisch die behördliche oder gerichtliche Feststellung ist, ob der Verweigerer Gewissensgründe hat oder nicht. Wer aus seiner Beratertätigkeit über solches Material verfügt, wird gebeten, dieses an Hans Hammer, 7 Stuttgart-Rohr, Orionweg 1a zu senden.

5. Informationen zur Abrüstung

Wir weisen auf die beigelegten Probeexemplare der "Informationen zur Abrüstung" hin. In jedem Gruppenvorstand sollten nach unserer Meinung diese Informationen gelesen werden, zumal wir als VK sehr wesentlich die Kampagne für Abrüstung unterstützen. Wir fügen auch Bestellkarten bei, möchten jedoch darauf hinweisen, daß die Kosten für ein Jahresabonnement sich inzwischen auf DM 8.-- belaufen.

Der heute herzliche Grüße,

Ihr


(Klaus Veck)

ED 718-5-97

V. K.

Verband der Kriegsdienstverweigerer e. V.
Gruppe Solingen

SOLINGEN - Köhler Straße 45

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

VERBAND DER KRIEGSDIEBSTVEREIGERER
in der War Resisters' International

Werner Böwing
Referent für Gruppenbetreuung
in NRW
565 Solingen,
Hacktäuer Str. 136

4. 11. 64

6. 11. 64 Hsp 2

An alle
Gruppen in NRW

Liebe Freunde!

Haben Sie nicht auch schon das Gefühl gehabt, daß wieder einmal ein Gruppen-
treffen "fällig" wäre? Hand aufs Herz, es ist doch überall mehr oder weniger
mies mit der Aktivität in unseren Gruppen.

Meist sind es ein paar wenige Unentwegte, welche die Fahne (Annerkung für den
Verfassungsschutz und sonstige Schnüffler! Natürlich ist hier nur eine weiße
Fahne gemeint!) hochhalten. Diese Freunde aber werden langsam auch sauer.
Ich habe nun mit einigen Freunden überlegt, daß es eine gute Sache wäre, wenn
der Kreis der Aktiven einmal zusammenkommen würde. Gedacht ist hier an einen
Kreis von 30 - 40 Mitglieder.

Hier nun der Plan: Ort der Handlung: Naturfreundehaus,
4 Düsseldorf, Emmastr.
Tel. 780856

Termin: Samstag und Sonntag, den 16. und 17. 1. 65
Beginn mit dem Kaffeetrinken samstags gegen
16.00 Uhr, Ende nach dem Mittagessen,
sonntags, 14.00 Uhr

Preis: Vollpension einschließlich Übernachtung im
Naturfreundehaus ca. 12.00 DM,
ohne Übernachtung ca. 10,50 DM,
sonstige Ausgaben nach Belieben

Nun zum Themenkreis: Bekanntlich erhielten alle Gruppen im Sommer von mir ein
Rundschreiben mit der Bitte um Vorschläge. Was an Vorschlägen gekommen ist, ist
ziemlich spärlich, so daß ich mir nach Rücksprache mit einigen Freunden selbst
etwas einfallen lassen mußte.

Hier nun das Ergebnis: Binnmal sollten wir über praktische Gruppenarbeit sprechen.
Hierzu werden entweder Klaus V a c k oder Alfred R i e d e l als Referenten,
bzw. Fachleute des Bundesvorstandes zur Verfügung stehen. Alles zum Thema

"Wie arbeitet eine Gruppe"

soll hier in gemeinsamen Erfahrungsaustausch behandelt werden. Das zweite Thema
soll mehr theoretischen Charakter haben. Unser Bundesvorstandsmitglied Egon
B e c k e r (böswillige Menschen nennen ihn schon heute den Ostexperten des
VK) wird über das Thema

"Taktik oder Tauwetter"

referieren. Folgende Fragen sollen hier u. a. im Rahmen dieses "Ostseminars" be-
handelt werden:

Verhältnis UdSSR - China

Verhältnis UdSSR bzw. KPDSU zu den übrigen Ostblockländern und zu den kommunistischen Parteien der nichtkommunistischen Welt

Verhältnis Bundesrepublik - DDR unter Berücksichtigung der jüngsten Entwicklung in beiden Teilen Deutschlands

Insbesondere zu letzterem wird folgende Literatur empfohlen:

Peter Bender, "Offensive Entspannung"
Verlag Kiepenheuer und Witsch, Köln

Martin Jänicke, "Der dritte Weg"
Neuer Deutscher Verlag, Köln

Außerdem die Untersuchung der Naturfreundejugend über das Deutschland-treffen der FDJ, deren Mitverfasser Egon Becker ist. Dieser Untersuchungsbericht wurde von der Verbandsgeschäftsstelle bereits allen Gruppen vor einigen Monaten angeboten.

Meinen Sie nicht auch, daß unser Gruppentreffen eine gute Sache werden kann? Es liegt nun ein bißchen an Ihnen und Ihren Freunden.

Die Teilnehmerzahl aus den einzelnen Gruppen ist nicht begrenzt, es kann natürlich sein, daß sie nachträglich begrenzt werden muß, wenn zuviele Anmeldungen kommen.

Jede Gruppe sollte aber davon ausgehen, daß sie mit mindestens 4 Teilnehmern kommen kann.

Bitte, den beiliegenden Fragebogen so schnell wie möglich, spätestens aber bis 20. 12. 64, an meine Privatadresse schicken.

Ich sende Ihnen und Ihren Freunden

herzliche Grüße

Ihr Werner Böwing

P. S. Selbstverständlich müssen die persönlichen Kosten der Teilnehmer von diesen selbst, bzw. von den Gruppen getragen werden.

Anneldung zum Gruppentreffen an 16./17. 1. 65 in Düsseldorf
=====

An Werner Böwing
565 Solingen
Hacketäuer Str. 136

Name der Gruppe:

Wir nehmen mit ----- Teilnehmern an Gruppentreffen teil

Wir benötigen im Naturfreundehaus ----- männliche
und ----- weibliche Übernachtungsmöglich-
keiten

Wir haben folgende Hotelwünsche:

Die endgültige Einladung soll an folgende Anschrift (en) geschickt werden:

Sonstige Wünsche:

(Unterschrift)

Vorband der Kriegsdienstverweigerer
in der 'War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 11. November 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648

14. 11. 64

Rundschreiben M 5 - 1964

An die Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

nachstehend erhalten Sie eine Abschrift der "Ehrenliste der Gefangenen für den Frieden 1964", die uns soeben von der WRI London zugegangen ist. Wir bitten, daß Sie auch in diesem Jahr wieder möglichst viele Grußkarten schreiben.

Wir zitieren aus einem Rundschreiben zur Ehrenliste der WRI: "Wir müssen betonen, daß es tausende von Gefangenen für den Frieden gibt, von denen wir nichts wissen und es mag viele geben, von denen wir aller Voraussicht nach niemals etwas erfahren werden. Die beigelegte Liste gibt nur einen kleinen Abriss derer, denen wir unsere Grüße gerne senden möchten".

Liebe Freunde, wir hoffen, daß Sie in diesem Jahr durch recht viele Glückwunschkarten ein gutes Zeichen der Verbundenheit mit den Ihrer Überzeugung wegen Inhaftierten in aller Welt geben werden. Wir bitten erneut um Ihre Überlegung, Glückwunschkarten in größerer Menge - etwa ab 100 Stück rentabel - vom Verlag "Endleigh Cards" in London zu beziehen, da dessen sämtliche Ertragnisse zur Finanzierung der bedeutenden pazifistischen Wochenzeitung "Peace News" dienen. Zwei Prospekte über diese Karten fügen wir hier bei; besonders möchten wir aufmerksam machen auf die Posten "Bargain Parcel" = 120 sortierte Karten mit Umschlag zu DM D.07 das Stück und "Peace Parcel" = 100 sortierte Karten mit Umschlag zu je etwa D.11 DM. (Aus zolltechnischen Gründen erscheint es ratsam, daß jede Gruppe extra in London und direkt an die Gruppenadresse bestellt, wobei auf dieses Rundschreiben Bezug genommen werden sollte, um eine gute, zweckdienliche Auswahl zu erhalten.)

Wir dürfen nochmals erinnern, daß über diese Grußkartaktion hinaus noch besondere Bedeutung zum diesjährigen "Tag der Gefangenen für den Frieden" die Besuche bei den Botschaften und Konsulaten haben, worüber wir in dem Rundschreiben M 4 - 1964 schrieben.

Guten Erfolg!

Anlage: Ehrenliste
der WRI

gez.: Horst Maurer
Auslandreferent

Betr.: Grußkartaktion

Wir haben uns an der Grußkartaktion beteiligt und an
Adressen der Ehrenliste Grußkarten gesandt.

.....
Gruppe bzw. Adresse

.....
Unterschrift

WAR RESISTERS' INTERNATIONAL

TAG DER GEFANGENEN FÜR DEN FRIEDEN 1. DEZEMBER 1964
=====

Namen und Adressen von Kriegsgegnern, die Weihnachten 1964 und Neujahr 1965 im Gefängnis verbringen werden.

Frankreich

Prison de Metz, 1 ter rue Maurice Barrès, Metz (Moselle), France

1. Monsieur LUX

Camp de la Protection Civile, Brignoles (Var), France

- | | |
|---------------------------|-----------------------------|
| 2. Yves BARON | 21. Francis HIMPE |
| 3. Jean-François BESSON | 22. Marcel LATINI |
| 4. Jean-Pierre CHARLET | 23. Albert LUX |
| 5. Jean-Claude DALLEMALLE | 24. Achille MONFORT |
| 6. Alain DEPARTER | 25. Michel PELTIER |
| 7. Roland ECK | 26. Jean-Claude ROCLET |
| 8. Denis HERLAUT | 27. Jean-Pierre SOMMERMEYER |
| 9. Bernard de LA GARCE | 28. Yvon BEL |
| 10. Robert LOPEZ | 29. Jean-Louis BOUDET |
| 11. Ambroise MONOD | 30. Richard DALLEMAGNE |
| 12. Daniel PAYAN | 31. Philippe DELORD |
| 13. Cidier POIRAUD | 32. Jacques DUCRAS |
| 14. Alain ROUZET | 33. Philippe GIRODET |
| 15. Daniel BEAUVAIS | 34. Gerhard JEANNIN |
| 16. Henri BORSA | 35. Paul LUOBOT |
| 17. Jean-Pierre CLISTRE | 36. Yves MENESGUEN |
| 18. Bernard DELAHAYE | 37. Simon PALIX |
| 19. André DONNAINT | 38. Pierre PHILIPPE |
| 20. Bruno de FRUCHAS | 39. Claude ROUX |
| | 40. Marc WECKE |

Italien

Castello Angioino, Gaeta, Italy

1. Christoforo TONDO

Niederlande

1. Kees de Vries, Nicuwe Niedorp, Dorpstraat 257
2. Anne van der Geest, Sec. C.O. Council, Rijks Psychiatrische Inrichtingen, Besdijt, Woensel, Eindhoven
3. Huib Woets, Sec. C.O. Council, Dienstweigeraarskamp, Vladder (Dr.)
4. Frank Fornara, Sec. C.O. Council, H.T.O., Laakkade 80 den Haag
5. Gerard Buisman, Kanaalweg 186, Ijmuiden

Südafrika

Theodor KLOPPENBURG sollte Ende Dezember befreit werden. Grußkarten nach seiner Heimatadresse, bitte:

36, Airlie Road, Brighton Beach, Durban

Vereinigte Staaten

- | | |
|---|---|
| 1. Russell Goddard 8573-PC
Box 4000
Springfield, Mo. | 2. Paul Salstrom
Federal Correctional
Institution
Danbury, Conn. |
| 3. John Rose 10050
Terminal Island Federal
Institution
San Pedro, Calif. | 4. Dennis Weeks 45626-C
Federal Reformatory
Chillicothe, Ohio |

Federal Prison Camp, Allentown, Pennsylvania

- | | |
|--|--|
| 5. Bram Luckom (3119-AL)
Jacob Stauffer | 6. Alan Nyysola (3309-AL)
Marvin Stauffer |
|--|--|

Jugoslawien

- | | |
|----------------------|------------------|
| 1. Stavan DOROSLOVAC | (Urteil 8 Jahre) |
| 2. Milan ZAKIC | " 8 " |
| 3. Tomislav NEGRU | " 6 " |
| 4. Dusan KATANIC | " 9 " |
| 5. Ljubomir PETRIC | " 8 " |
| 6. Dojan JEVREMOV | " 10 " |

Ein gemeinschaftlicher Glückwunsch kann zu den Zivildienstlagern in Dänemark, Norwegen und der Bundesrepublik geschickt werden:

Dänemark

- | | |
|--|---|
| 1. Tillidsmaendene
Gribskovlejren
Maarup st, Denmark | 2. Tillidsmaendene
Kompedallejren
Engesvang st, Denmark |
|--|---|

Norwegen

- | | |
|--|--|
| 1. Til Sivilarbeiderne
Hustad leir
Førsted | +) 9. Til Sivilarbeiderne
Dillingøy leir
Valer i Østfold |
| 2. Til Sivilarbeiderne
Halvorrud Forlegning
Ørje p.a. | 10. Til Sivilarbeiderne
Steinsvollen Forlegning
Drosum p.a. |
| 3. Til Sivilarbeiderne
Den sivile arbeidstjeneste
Øysen | 11. Til Sivilarbeiderne
Vergjedalsbruket Forlegning
Nore i Numedal |
| 4. Til Sivilarbeiderne
Betenia Barne- og Pleiehjem
Alta | 12. Til Sivilarbeiderne
Utgravninga på brygga
Dregsalmenningen 6, Bergen |
| 5. Til Sivilarbeiderne
Tengesdal skule
Tengesdal pr. Egersund | 13. Til Sivilarbeiderne
Breutland skule
Helleland |
| 6. Til Sivilarbeiderne
Buskerud Vanføreheim
Gaithus p.a. | 14. Til Sivilarbeiderne
Dr. Soløms klinik
Tjøme |
| 7. Til Sivilarbeiderne
Indre Østfold høgre skule
Eideberg kommune
Øysen | 15. Til Sivilarbeiderne
Norges geografiske oppmåling
Boks 1368.
Oslo-Vike |
| 8. Til Sivilarbeiderne
Norges Røde kors
Bakkeby Egersund | 16. Til Sivilarbeiderne
Varli Realskule
Jeipøy pr. Moss |

Die Adressen von dienstleistenden Kriegsdienstverweigerern in der Bundesrepublik haben wir weggelassen, da es nicht sinnvoll ist, daß diese Freunde ihre Grüße aus Deutschland erhalten. Wir sollten dem internationalen Charakter gemäß unsere deutsche Grußkartenaktion auf ausländische Freunde beschränken.

Die WRI hat versucht, alle Adressen genau anzugeben. Sollten Sie dennoch Karten zurückgeschickt bekommen, so fragen Sie uns bitte nicht warum.

Technische Hinweise:

Postkarten in Deutschland und nach Frankreich kosten DM 0.15 Porto.
Sonstige Auslandspostkarten kosten DM 0.20.

War Resisters' International
88 Park Avenue
Enfield, Middlesex, England

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 11. November 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648

14. 11. 64

Rundschreiben M 5 - 1964

An die Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

nachstehend erhalten Sie eine Abschrift der "Ehrenliste der Gefangenen für den Frieden 1964", die uns soeben von der WRI London zugegangen ist. Wir bitten, daß Sie auch in diesem Jahr wieder möglichst viele Grußkarten schreiben.

Wir zitieren aus einem Rundschreiben zur Ehrenliste der WRI: "Wir müssen betonen, daß es tausende von Gefangenen für den Frieden gibt, von denen wir nichts wissen und es mag viele geben, von denen wir aller Voraussicht nach niemals etwas erfahren werden. Die beigelegte Liste gibt nur einen kleinen Abriß derer, denen wir unsere Grüße gerne senden möchten".

Liebe Freunde, wir hoffen, daß Sie in diesem Jahr durch recht viele Glückwunschkarten ein gutes Zeichen der Verbundenheit mit den ihrer Überzeugung wegen Inhaftierten in aller Welt geben werden. Wir bitten erneut um Ihre Überlegung, Glückwunschkarten in größerer Menge - etwa ab 100 Stück rentabel - vom Verlag "Endsleigh Cards" in London zu beziehen, da dessen sämtliche Ertragnisse zur Finanzierung der bedeutenden pazifistischen Wochenzeitung "Peace News" dienen. Zwei Prospekte über diese Karten fügen wir hier bei; besonders möchten wir aufmerksam machen auf die Posten "Bargain Parcel" 3 120 sortierte Karten mit Umschlag zu DM 0,07 das Stück und "Peace Parcel" = 100 sortierte Karten mit Umschlag zu je etwa 0,11 DM. (Aus zoll-technischen Gründen erscheint es ratsam, daß jede Gruppe extra in London und direkt an die Gruppenadresse bestellt, wobei auf dieses Rundschreiben Bezug genommen werden sollte, um eine gute, zweckdienliche Auswahl zu erhalten.)

Wir dürfen nochmals erinnern, daß über diese Grußkartenaktion hinaus noch besondere Bedeutung zum diesjährigen "Tag der Gefangenen für den Frieden" die Besuche bei den Botschaften und Konsulaten haben, worüber wir in dem Rundschreiben M 4 - 1964 schrieben.

Guten Erfolg!

Anlage: Ehrenliste
der WRI

gez.: Horst Maurer
Auslandsreferent

Betr.: Grußkartenaktion

Wir haben uns an der Grußkartenaktion beteiligt und an
Adressen der Ehrenliste Grußkarten gesandt.

.....
Gruppe bzw. Adresse

.....
Unterschrift

WAR RESISTERS' INTERNATIONAL

TAG DER GEFANGENEN FÜR DEN FRIEDEN 1. DEZEMBER 1964
=====

Namen und Adressen von Kriegsgegnern, die Weihnachten 1964 und Neujahr 1965 im Gefängnis verbringen werden.

Frankreich

Prison de Metz, 1 ter rue Maurice Barrès, Metz (Moselle), France

1. Monsieur LUX

Camp de la Protection Civile, Brignoles (Var), France

- | | |
|---------------------------|-----------------------------|
| 2. Yves BARDON | 21. Francis HIMPE |
| 3. Jean-Francois BESSON | 22. Marcel LATINI |
| 4. Jean-Pierre CHARLET | 23. Albert LUX |
| 5. Jean-Claude DALLEMALLE | 24. Achille MONFORT |
| 6. Alain DEPARTER | 25. Michel PELTIER |
| 7. Roland ECK | 26. Jean-Claude ROCLET |
| 8. Denis HERLAUT | 27. Jean-Pierre SOMMERMEYER |
| 9. Bernard de LA CARCE | 28. Yvon BEL |
| 10. Robert LOPEZ | 29. Jean-Louis BOUDET |
| 11. Ambroise MONCO | 30. Richard DALLEMAGNE |
| 12. Daniel PAYAN | 31. Philippe DELORD |
| 13. Didier POIRAUD | 32. Jacques DUCRAS |
| 14. Alain ROUZET | 33. Philippe GIRODET |
| 15. Daniel BEAUVAIS | 34. Gerhard JEANNIN |
| 16. Henri BORSA | 35. Paul LUOBOT |
| 17. Jean-Pierre CLISTRE | 36. Yves MENESCUEN |
| 18. Bernard DELAHAYE | 37. Simon PALIX |
| 19. André DONNAINT | 38. Pierre PHILIPPE |
| 20. Bruno de FRUCHAS | 39. Claude ROUX |
| | 40. Marc WECHE |

Italien

Castello Angioino, Gaeta, Italy

1. Christoforo TONDO

Niederlande

1. Kees de Vries, Nieuwe Niedorp, Dorpstraat 257
2. Anne van der Geest, Sec. C.O. Council, Rijke Psychiatrische Inrichtingen, Bosdijt, Woensel, Eindhoven
3. Huib Woets, Sec. C.O. Council, Dienstweigeraarskamp, Vledder (Dr.)
4. Frank Fornara, Sec. C.O. Council, H.T.O., Laakkade 80 den Haag
5. Gerard Buisman, Kanaalweg 186, IJmuiden

Südafrika

Theodor KLOPPENBURG sollte Ende Dezember befreit werden. Grußkarten nach seiner Heimatadresse, bitte:

36, Airlie Road, Brighton Beach, Durban

Vereinigte Staaten

- | | |
|---|---|
| 1. Russell Gaddard 8573-PC
Box 4000
Springfield, Mo. | 2. Paul Salstrom
Federal Correctional
Institution
Danbury, Conn. |
| 3. John Ross 10050
Terminal Island Federal
Institution
San Pedro, Calif. | 4. Dennis Weeks 45626-C
Federal Reformatory
Chillicothe, Ohio |

Federal Prison Camp, Allenwood, Pennsylvania

- | | |
|--|--|
| 5. Brem Luckom (3119-AL)
Jacob Stauffer | 6. Alan Nyysola (3309-AL)
Marvin Stauffer |
|--|--|

Jugoslavien

- | | |
|----------------------|------------------|
| 1. Stovan DURDSLOVAC | (Urteil 8 Jahre) |
| 2. Milan ZAKIC | " 8 " |
| 3. Tomislav NEGRU | " 6 " |
| 4. Dusan KATANIC | " 9 " |
| 5. Ljubomir PETRIC | " 8 " |
| 6. Dejan JEVREMOV | " 10 " |

Ein gemeinschaftlicher Glückwunsch kann zu den Zivildienstlagern in Dänemark, Norwegen und der Bundesrepublik geschickt werden:

Dänemark

- | | |
|--|---|
| 1. Tillidsmaendene
Eribskovlejren
Maarum st, Denmark | 2. Tillidsmaendene
Kempedallejren
Engesvang st, Denmark |
|--|---|

Norwegen

- | | |
|--|--|
| 1. Til Sivilarbeiderne
Hustad leir
Forstad | +) 9. Til Sivilarbeiderne
Dillingøy leir
Valer i Østfold |
| 2. Til Sivilarbeiderne
Helvørsrud Forlegning
Ørje p.a. | 10. Til Sivilarbeiderne
Steinsvollen Forlegning
Drolsum p.a. |
| 3. Til Sivilarbeiderne
Den sivile arbeidstjeneste
Mysen | 11. Til Sivilarbeiderne
Vergjedalsbruket Forlegning
Nora i Numedal |
| 4. Til Sivilarbeiderne
Betanien Barne- og Pleiehjem
Alta | 12. Til Sivilarbeiderne
Utgravninga på brygga
Dregsalmenningen 6, Bergen |
| 5. Til Sivilarbeiderne
Tengesdal skule
Tengesdal pr. Egersund | 13. Til Sivilarbeiderne
Brautland skule
Helleland |
| 6. Til Sivilarbeiderne
Buskerud Vænføreheim
Geithus p.a. | 14. Til Sivilarbeiderne
Dr. Solems klinik
Tjøme |
| 7. Til Sivilarbeiderne
Indre Østfold høgre skole
Lidsberg kommune
Mysen | 15. Til Sivilarbeiderne
Norges geografiske oppmelning
Boks 1368
Oslo-Vika |
| 8. Til Sivilarbeiderne
Norges Røde kors
Bakkebo Egersund | 16. Til Sivilarbeiderne
Varli Realskole
Jøløy pr. Moss |

Die Adressen von dienstleistenden Kriegsdienstverweigerern in der Bundesrepublik haben wir weggelassen, da es nicht sinnvoll ist, daß diese Freunde ihre Grüße aus Deutschland erhalten. Wir sollten dem internationalen Charakter gemäß unsere deutsche Grußkartenaktion auf ausländische Freunde beschränken.

Die WRI hat versucht, alle Adressen genau anzugeben. Sollten Sie dennoch Karten zurückgeschickt bekommen, so fragen Sie uns bitte nicht warum.

Technische Hinweise:

Postkarten in Deutschland und nach Frankreich kosten DM 0.15 Porto. Sonstige Auslandspostkarten kosten DM 0.20.

War Resisters' International
88 Park Avenue
Enfield, Middlesex, England

Mil, den 13. u. 64 14. 11. 64

Lieber Herr Meuser! E37.18-5-104

Es geht um die Adressenliste. Grundsätzlich sollen doch nur inkaufte KDKs verkauft werden, ich habe aber den Eindruck, als ob es nicht bei den aufgeführten KDKen bleiben nur inkaufte handelt, sondern in der Mehrheit um solche, die irgendeinen sozial dient abdecken. Auch die ~~Tabelle~~ Minister auf S. 3 weist darauf hin.

Genauer gesagt: In Frankreich ist nur eine inkaufte; in Dänemark und Norwegen zwei; in der UdSSR zwei; in den Niederlanden zwei; es kommen so allein eine in Niederlande und 6 in Jugoslawien in Frankr.

Derin es also um Lebensmittel für den Wohlstand geht, dann scheint mir die Liste zweifelnhaft. Wie denken Sie darüber? Ich bin im Zweifel, ob man eine solche Aktion machen soll, wenn es offensichtlich ist, daß die inkaufte gar nicht inkaufte ist.

Herzliche Grüße
Ihr
Dietrich Titz

Abs.:

VERBAND DER
KRIEGSDIENSTVERWEIGERER e.V.

IN DER WRT
23 GRUPE KIEL
MÜHLENWEG 163



VERGISS
MEINEN
Postkarte

NICHT:

DIE

POSTLEITZAHL



Herrn

Horst Meurer

6 Frankfurt-Schwanheim
Am Ruckstein 43

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 11. November 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648

Rundschreiben N 5 - 1964

An die Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

nachstehend erhalten Sie eine Abschrift der "Ehrenliste der
Gefangenen für den Frieden 1964", die uns soeben von der WRI
London zugegangen ist. Wir bitten, daß Sie auch in diesem Jahr
wieder möglichst viele Grußkarten schreiben.

Wir zitieren aus einem Rundschreiben zur Ehrenliste der WRI:
"Wir müssen betonen, daß es tausende von Gefangenen für den
Frieden gibt, von denen wir nichts wissen und es mag viele
geben, von denen wir aller Voraussicht nach niemals etwas er-
fahren werden. Die beigefügte Liste gibt nur einen kleinen Ab-
riß derer, denen wir unsere Grüße gerne senden möchten".

Liebe Freunde, wir hoffen, daß Sie in diesem Jahr durch recht
viele Glückwunschkarten ein gutes Zeichen der Verbundenheit
mit der ihrer Überzeugung wegen Inhaftierten in aller Welt
geben werden. Wir bitten erneut um Ihre Überlegung, Glückwunschkarten
in größerer Menge - etwa ab 100 Stück rentabel - vom
Verlag "Endsleigh Cards" in London zu beziehen, da dessen sämt-
liche Erträgnisse zur Finanzierung der bedeutenden pazifistischen
Wochenzeitung "Peace News" dienen. Zwei Prospekte über diese
Karten fügen wir hier bei; besonders möchten wir aufmerksam
machen auf die Posten "Bargain Parcel" = 120 sortierte Karten
mit Umschlag zu DM 0.07 das Stück und "Peace Parcel" = 100
sortierte Karten mit Umschlag zu je etwa 0.11 DM. (Aus zoll-
technischen Gründen erscheint es ratsam, daß jede Gruppe extra
in London und direkt an die Gruppenadresse bestellt, wobei auf
dieses Rundschreiben Bezug genommen werden sollte, um eine gute,
zweckdienliche Auswahl zu erhalten.)

Wir dürfen nochmals erinnern, daß über diese Grußkartenaktion
hinaus noch besondere Bedeutung zum diesjährigen "Tag der Ge-
fangenen für den Frieden" die Besuche bei den Botschaften und
Konsulaten haben, worüber wir in dem Rundschreiben N 4 - 1964
schrieben.

Guten Erfolg!

gez.: Horst Maurer
Auslandsreferent

Anlage: Ehrenliste
der WRI

Betr.: Grußkartenaktion

Wir haben uns an der Grußkartenaktion beteiligt und an
Adressen der Ehrenliste Grußkarten gesandt.

.....
Gruppe bzw. Adresse

.....
Unterschrift

WAR RESISTERS' INTERNATIONAL

TAG DER GEFÄNGENEN FÜR DEN FRIEDEN 1. DEZEMBER 1964
=====

Namen und Adressen von Kriegsgegnern, die Weihnachten 1964 und Neujahr 1965 im Gefängnis verbringen werden.

Frankreich

Prison de Metz, 1 ter rue Maurice Barrès, Metz (Moselle), France

1. Monsieur LUX

Camp de la Protection Civile, Brignoles (Var), France

- | | |
|---------------------------|-----------------------------|
| 2. Yves BARON | 21. Francis HIMPE |
| 3. Jean-Francois BESSON | 22. Marcel LATINI |
| 4. Jean-Pierre CHARLET | 23. Albert LUX |
| 5. Jean-Claude DALLEMALLE | 24. Achille MONFORT |
| 6. Alain DEPARTER | 25. Michel PELTIER |
| 7. Roland ECK | 26. Jean-Claude ROCLET |
| 8. Denis HERLAUT | 27. Jean-Pierre SOMMERMEYER |
| 9. Bernard de LA GARCE | 28. Yvon BEL |
| 10. Robert LOPEZ | 29. Jean-Louis BOUDET |
| 11. Ambroise MONOD | 30. Richard DALLEMACNE |
| 12. Daniel PAYAN | 31. Philippe DELORD |
| 13. Didier POIRAUD | 32. Jacques DUCRAS |
| 14. Alain ROUZET | 33. Philippe GIRODET |
| 15. Daniel BEALVAIS | 34. Gerhard JEANNIN |
| 16. Henri BORSA | 35. Paul LUOBOT |
| 17. Jean-Pierre CLISTRE | 36. Yves MENESGUEN |
| 18. Bernard DELAHAYE | 37. Simon PALIX |
| 19. André DONNAINT | 38. Pierre PHILIPPE |
| 20. Bruno de FRUCHAS | 39. Claude ROUX |
| | 40. Marc WECKE |

Italien

Castello Angioino, Gaeta, Italy

1. Christoforo TONDO

Niederlande

1. Kees de Vries, Nieuwe Niedorp, Dorpstraat 257
2. Anne van der Geest, Sec. C.O. Council, Rijks Psychiatrische Inrichtingen, Bosdijk, Woensel, Eindhoven
3. Huib Wets, Sec. C.O. Council, Dienstweigeraarskamp, Vledder (Dr.)
4. Frank Fornara, Sec. C.O. Council, H.T.O., Laakkade 80 den Haag
5. Gerard Buisman, Kanaalweg 186, IJmuiden

Südafrika

Theodor KLOPPENBURG sollte Ende Dezember befreit werden. Grußkarten nach seiner Heimatadresse, bitte:

36, Airlie Road, Brighton Beach, Durban

Verainigte Staaten

- | | |
|---|---|
| 1. Russell Goddard 8573-PC
Box 4000
Springfield, Mo. | 2. Paul Selstrom
Federal Correctional
Institution
Danbury, Conn. |
| 3. John Ross 10050
Terminal Island Federal
Institution
San Pedro, Calif. | 4. Dennis Weeks 45626-C
Federal Reformatory
Chillicothe, Ohio |

Federal Prison Camp, Allenwood, Pennsylvania

- | | |
|--|--|
| 5. Bram Luckom (3119-AL)
Jacob Stauffer | 6. Alan Nyyaola (3309-AL)
Marvin Stauffer |
|--|--|

Jugoslavien

- | | |
|---------------------|------------------|
| 1. Steven DORSLOVAC | (Urteil 8 Jahre) |
| 2. Milan ZAKIC | " 8 " |
| 3. Tomislav NEGRU | " 6 " |
| 4. Dusan KATANIC | " 9 " |
| 5. Ljubomir PETRIC | " 8 " |
| 6. Dejan JEYREMOV | " 10 " |

Ein gemeinschaftlicher Glückwunsch kann zu den Zivildienstlagern in Dänemark, Norwegen und der Bundesrepublik geschickt werden:

Dänemark

- | | |
|--|---|
| 1. Tillidsmaendene
Gribskovlejren
Maerum st, Denmark | 2. Tillidsmaendene
Kompedellejren
Fngesvang st, Denmark |
|--|---|

Norwegen

- | | |
|--|---|
| 1. Til Sivilarbeiderne
Hustad leir
Førstad | +) 9. Til Sivilarbeiderne
Dillingøy leir
Valer i Østfold |
| 2. Til Sivilarbeiderne
Halvorstad forlegning
Ørje p.a. | 10. Til Sivilarbeiderne
Steinsvollen forlegning
Drolsum p.a. |
| 3. Til Sivilarbeiderne
Den sivile arbeidstjeneste
Mysen | 11. Til Sivilarbeiderne
Vergjedalsbruket forlegning
Nore i Numedal |
| 4. Til Sivilarbeiderne
Betonia Barne- og Pleiehjem
Alta | 12. Til Sivilarbeiderne
Utgravninge på drygge
Dregalsmendingen 6, Bergen |
| 5. Til Sivilarbeiderne
Tengesdal skule
Tengesdal pr. Egersund | 13. Til Sivilarbeiderne
Brautland skule
Helleland |
| 6. Til Sivilarbeiderne
Buskerud Vanføreheim
Gaithus p.a. | 14. Til Sivilarbeiderne
Dr. Solems klinik
Tjøme |
| 7. Til Sivilarbeiderne
Indre Østfold høgre skole
Eidsberg kommune
Mysen | 15. Til Sivilarbeiderne
Norges geografiske oppnaling
Boks 1368
Oslo-Vika |
| 8. Til Sivilarbeiderne
Norges Røde kors
Bekkeby Egersund | 16. Til Sivilarbeiderne
Verli Realskole
Jeløy pr. Moss |

Die Adressen von dienstleistenden Kriegsdienstverweigerern in der Bundesrepublik haben wir weggelassen, da es nicht sinnvoll ist, daß diese Freunde ihre Grüße aus Deutschland erhalten. Wir sollten dem internationalen Charakter gemäß unsere deutsche Grußkartenaktion auf ausländische Freunde beschränken.

Die WRI hat versucht, alle Adressen genau anzugeben. Sollten Sie dennoch Karten zurückgeschickt bekommen, so fragen Sie uns bitte nicht warum.

Technische Hinweise:

Postkarten in Deutschland und nach Frankreich kosten DM 0.15 Porto.
Sonstige Auslandspostkarten kosten DM 0.20.

War Resisters' International
88 Park Avenue
Enfield, Middlesex, England

Vorband der Kriegsdienstverweigerer
in der 'War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 12. November 1964
Waldstr. 99, Postfach 648

14. 11. 64

Rundschreiben V 17 - 1964

An die Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

es ist notwendig, Ihnen wieder einige Hinweise zu geben und da wir Ihnen auch einiges aktuelle Material übersenden, bitten wir Sie, dieses Rundschreiben recht bald auszuwerten.

1. Grußkartenaktion zum "Tag der Gefangenen für den Frieden"

Sie finden beigelegt das Rundschreiben M 5 - 1964 unseres Auslandsreferenten, Horst Maurer, das sich mit der Grußkartenaktion beschäftigt sowie einige Prospekte, zu denen Freund Maurer in seinem Rundschreiben einiges erläutert.

Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, daß wir die "Ehrenliste der Gefangenen für den Frieden 1964" nicht in ZIVIL veröffentlichten konnten, da sie zu spät hier eingetroffen ist. Deshalb bitten wir unsere Gruppenvorstände, gemeinsame Mitgliedertreffen zu arrangieren, die dem Schreiben und Verschicken von Grußkarten dienen. Wir können darüber hinaus auf Wunsch weitere Adressenlisten zur Verfügung stellen, die die Gruppen evtl. an die örtlichen Mitglieder verschicken möchten und bitten in diesem Falle um Bestellung bei der Verbandsgeschäftsstelle.

2. Volkstrauertag

Von unserem Angebot für ein Flugblatt zum Volkstrauertag hat eine erfreuliche Anzahl von Gruppen Gebrauch gemacht. Wir legen zur Information der übrigen Gruppen einige Exemplare der Flugblätter bei, die jeweils mit einem Eindruck der Gruppenadresse versehen wurden. Außerdem fügen wir einen Pressedienst bei und bitten, diesen wo es möglich ist, über die örtliche Presse zu publizieren. Die örtliche Presse wird daran interessiert sein, soweit es geschieht über die örtlichen Aktionen zum Volkstrauertag informiert zu werden.

Wir bitten alle Gruppen von ihren Aktionen zum Volkstrauertag Berichte und Bilder, möglichst bis zum 10.12.1964 an die Verbandsgeschäftsstelle zu senden.

3. NATO-Ratstagung in Paris

Am 15. Dezember 1964 beginnt in Paris die NATO-Ratstagung bei der die Frage einer multilateralen Atomstreitmacht (MLF) zur Diskussion stehen wird. Die Internationale Konföderation für Abrüstung und Frieden, Sitz London (der VK ist als nationale Organisation Mitglied in dieser internationalen Dachorganisation) plant am Dienstag, 15. Dezember 1964 in Paris eine Aktion gegen die MLF, an der sich vorwiegend englische, französische, italienische und deutsche Atomwaffengegner beteiligen werden. Von deutscher Seite werden mehrere Busse nach Paris fahren. Die Koordination der deutschen Teilnahme liegt bei dem Regionalen Ausschuss West der Kampagne für Abrüstung, 463 Bochum, Wittener Str. 183, Telefon: Bochum 3 43 39 und abends Bochum 3 52 10 (Beilmann).

Sicher werden VK-Gruppen und vor allem auch Mitglieder interessiert sein, an dieser Aktion in Paris teilzunehmen. Am besten informieren sich die VK-Interessenten über die zuständigen Regionalausschüsse und wo dies nicht möglich ist, direkt bei dem Regionalausschuß West der Kampagne für Abrüstung.

4. "Ostermarsch-Nachbetrachtungen"

Wie Sie der November-Ausgabe von ZIVIL sicher schon entnommen haben, ist eine neue Broschüre erschienen, die sich gegen die Kampagne für Abrüstung und gegen die in der Kampagne mitarbeitenden Verbände und Persönlichkeiten richtet. Der Zentrale Ausschuß hat in seinem Rundschreiben vom 3.11.1964 zu der Broschüre Stellung genommen und wir fügen zur Information dieses Rundschreiben bei.

Die "Ostermarsch-Nachbetrachtungen" werden seit Anfang dieser Woche - wie bereits die erste durartige Schrift - in größerer Anzahl anonym und ohne Absenderangabe verschickt. Freunde, deren Adresse sich nicht in den "Verteiler" des Herausgebenden Brückenbauer-Verlages befindet, können die Broschüre auch käuflich erwerben, und zwar gegen Voreinsendung von DM 1.20 auf das Post-scheckkonto Köln 128953 des Brückenbauer-Verlag Köln-Riehl.

Der geschäftsführende Vorstand des VK hält es nach einer telefonischen Absprache nicht für erforderlich, daß er als Verband innerhalb kürzester Frist zu den "Ostermarsch-Nachbetrachtungen" Stellung bezieht. Diese Frage wird auf der nächsten Bundesvorstandssitzung behandelt, die Anfang des Jahres 1965 ist.

Die Freunde des geschäftsführenden Vorstandes konnten nach Diskussionen mit recht vielen Personen, die nicht nur in der Kampagne für Abrüstung, sondern auch in anderen Organisationen wie Gewerkschaften und SPD tätig sind, feststellen, daß sich die Broschüre durch ihren Stil und durch mangelnde Informationskraft (was die Behauptung angeht, die Kampagne sei kommunistisch unterwandert) selbst abqualifiziert. Aus diesem Grunde wurde auch darauf verzichtet, von seiten des VK gegen die Broschüre eine einstweilige Verfügung zu erlassen, obwohl die "Ostermarsch-Nachbetrachtungen" nachweislich unwahre Behauptungen über Beschlüsse des VK bzw. Äußerungen des Bundesvorsitzenden Herbert Stubenrauch enthalten.

5. Sondernummer der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG

Dr. Burd und Frau Bailmann bereiten zur Zeit eine Sondernummer der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG vor, die die bisherige Tätigkeit der Kampagne für Abrüstung dokumentiert und Einsicht in die Organisation der Kampagne gibt. Diese Sondernummer dürfte Anfang Dezember 1964 fertiggestellt werden. Wir bitten darum, daß auch unsere VK-Gruppen zur Verbreitung der Sondernummer beitragen, die sicher sehr gut geeignet ist, manchen öffentlichen Mißverständnissen, wie sie unter anderem ja auch durch die Ostermarsch-Broschüren verbreitet werden sollen, entgegenzuwirken. Über die VK-Geschäftsstelle können Sie Sondernummern der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG beziehen und zwar bei Abnahme von mehr als 20 Stück zum Stückpreis von DM 0.20.

6. Arbeiterichtlinien für die ADF

Die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Friedensverbände (ADF) hat am 31.10.1964 in Frankfurt unter Anwesenheit aller der ADF angeschlossenen Verbände neue Arbeitsrichtlinien beschlossen. Die neuen

Arbeiterichtlinien waren notwendig, da die ADF in der vergangenen Zeit mit Satzungen und in Form eines Vereins gearbeitet hat, was die praktische Tätigkeit oft sehr beeinträchtigte.

✓ Wir legen die Arbeiterichtlinien der ADF zur Kenntnisnahme bei und bitten unsere Gruppen, darauf zu achten, daß überall dort, wo örtliche ADF-Gruppierungen arbeiten, für diese die zentralen Arbeiterichtlinien ebenfalls Geltung haben.

Das wäre für heute alles.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr

Klaus Vaack
(Klaus Vaack)

Verbandsgeschäftsführer

An den
Verband der Kriegsdienstverweigerer
Verbandsgeschäftsstelle

605 Offenbach 4
Postfach 648

- | | |
|---|----------|
| Stück Sondernummer der INFORMATIONEN ZUR ABRÜSTUNG
a 20 Stück/Stückpreis DM 0,20 | DM |
| Stück "Wer wird als Kriegsdienstverweigerer anerkannt?" 50 Seiten, DM 4,80; für VK-Gruppen und Mitglieder DM 3,-- | DM |
| Stück "Warum wir den Kriegsdienst verweigern" von W. Keller u. H.K. Tempel, DM 0,50; ab 20 Exempl. Stück DM 0,35 | DM |
| Stück "Kriegsdienstverweigerung und Dienst an der Gemeinschaft" von H. Hannover u. Dr.W.Ude, DM 0,30; ab 20 Exempl. Stück DM 0,20 | DM |
| Stück Merkblatt für Kriegsdienstverweigerer "Was wir sind - was wir wollen" 14 Seiten, mit VK-Satzung, DM 0,20; ab 20 Exempl. Stück DM 0,10 | DM |
| Stück "Warum ich als Christ nicht Soldat sein kann" von Walter Schlenker, 75 Seiten, DM 3,40 | DM |

Das Material ist an folgende Anschrift zu liefern:

Name:

Anschrift:

....., den

Unterschrift

6050 Offenbach, den 13. Nov. 1963
Waldstr. 99, Postfach 648

Rundschreiben R 2 - 1963

16.11.

An den Verteiler I, II und III

Liebe Freunde,

an 5.10.1963 habe ich Sie durch mein Rundschreiben über die Vorstellungen des Bundesvorstandes, zur Verwirklichung des Bundeskongress-Beschlusses 7, informiert. Ich habe Ihnen Material an die Hand gegeben, mit dem alle Gruppen in die Vorbereitungen zu Aktionen für den "Tag der Gefangenen für den Frieden" eintreten konnten. Leider habe ich bisher aus den Gruppen noch keine Reaktion auf mein Rundschreiben verspürt. Ich nehme jedoch an, daß sich alle Gruppen auf Aktionen vorbereiten und mir erst zum Abschluß ihren Bericht zugehen lassen werden.

Nun noch einige Hinweise zu den Veranstaltungen am "Tag der Gefangenen für den Frieden", die Sie bitte zur Kenntnis nehmen und für Ihre Aktionen auswerten.

1. Der Bundesvorstand wird zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" eine Presseerklärung herausbringen, die an sämtliche, größere Zeitungen in der Bundesrepublik geschickt wird. Einen Textentwurf für diese Presseerklärung finden Sie beigelegt. Da Sie über Ihre örtlichen Aktionen die örtliche Presse vorher und nachher informieren werden, empfehle ich Ihnen, sinngemäß diese Presseerklärung zu verwenden und durch die eigenen informativen Angaben zu ergänzen.
2. Unter Punkt 3 meines Rundschreibens vom 5.10. habe ich bereits darauf hingewiesen, daß bei den Botschaften und Konsulaten eine Erklärung abgegeben werden sollte. Ebenfalls beigelegt finden Sie den Textentwurf für eine solche Erklärung, die Sie sinngemäß übernehmen sollten und die von den einzelnen VK-Gruppen als Original auf Briefbogen der örtlichen VK-Gruppen geschrieben wird. Bei Botschaften heißt die Anrede "Seine Exzellenz", bei Konsulaten "Herrn Generalkonsul" oder "Herr Konsul". Die Botschaften oder Konsulate sollten vorher von Ihrer Aktion benachrichtigt werden, damit auch jemand anwesend ist, der das Schreiben entgegennehmen kann.

An alle, in meinem letzten Rundschreiben angeführten Botschaften wird außerdem eine vom Bundesvorstand unterzeichnete Erklärung geschickt.

3. Der Bundesvorstand hat für Freitag, den 29. November 1963, beim Polizeipräsidenten von Ostberlin eine Demonstration angemeldet, an der insgesamt 20 Mitglieder unseres Verbandes (vorwiegend Bundesvorstand und Bundesausschuss) teilnehmen sollen. Bei dieser Demonstration wird im Sinne des "Tag der Gefangenen für den Frieden" das Recht auf Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung in der DDR gefordert und eine Petition in der Volkskammer der DDR überreicht. Bis heute steht eine Zusage, ob wir diese Demonstration durchführen dürfen, noch aus. Sollte ein ablehnender Bescheid aus Ostberlin eintreffen, wird der Bundesvorstand diese Situation beraten und geeignete Maßnahmen einleiten.

In Ostberlin beabsichtigen wir folgende Transparente mitzuführen: 1. Wir fordern stop der Rüstung in beiden Teilen Deutschlands; 2. Wir fordern das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in allen Staaten; 3. Kriegsdienstverweigerung auch in der DDR!.

Im empfehle, diese Slogans sinngemäß auch bei unseren bundesdeutschen Aktionen mitzuführen. Also: 1. Wir fordern stop der Rüstung in Ost und West; 2. Wir fordern das Recht auf Kriegsdienstverweigerung in allen Staaten; 3. Kriegsdienstverweigerung auch in (hier Namen des Landes angeben).

Zum Schluß darf ich noch einmal alle Empfänger dieses Rundschreibens bitten, alle Kräfte dafür einzusetzen, daß die Aktionen zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" - die wie bisher keine Aktion direkt mit dem Anliegen eines Verbandes der Kriegsdienstverweigerer etwas zu tun haben - in großer Breite und so erfolgreich wie möglich durchgeführt werden. Melden Sie die Aktionen rechtzeitig bei der Polizei an. Schreiben Sie mir, wenn irgendwelche Schwierigkeiten auftreten. Schicken Sie mir vor allen Dingen im Anschluß an Ihre Aktionen einen ausführlichen Bericht. Noch einmal meine Adresse: Alfred Riedel, 7000 Stuttgart-Bad Cannstatt, Kienbachstr. 57.

Mit freundlichem Gruß!
gez. Alfred Riedel
Referent für Zentrale Aktionen

Entwurf für eine Presseerklärung zum "Tag der Gefangenen für den Frieden"

Am 1. Dezember ist wieder der Tag der Gefangenen für den Frieden. An diesem Tag gedenken die Kriegsdienstverweigerer in aller Welt ihrer Freunde, die in den Gefängnissen östlicher und westlicher Staaten eingesperrt sind, weil sie - ihrem Gewissen folgend - keinen Waffendienst leisten können.

Anlässlich dieses Tages veranstalten Gruppen des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in allen größeren Städten der Bundesrepublik am 29. November Demonstrationen vor den Botschaften und Konsulaten der Länder, in denen allgemeine Wehrpflicht eingeführt ist, deren Gesetzgebung aber keinen Schutz für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen vorsieht.

In einer Erklärung, die in den Botschaften und Konsulaten übergeben wird, heißt es: "Der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der Bundesrepublik Deutschland sieht in der Tatsache, daß noch nicht in jedem Land das Recht der Gewissensfreiheit gesetzlich garantiert ist, eine Mißachtung elementarer Menschenrechte. Der Verband der Kriegsdienstverweigerer richtet deshalb an die Regierungen aller Länder, in denen keine gesetzliche Regelung des Rechts auf Kriegsdienstverweigerung besteht, die Forderung, eine solche umgehend herbeizuführen."

Neben diesen Veranstaltungen in der Bundesrepublik werden am gleichen Tage der Bundesvorsitzende des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer, Herbert Stubenrauch, und etwa 20 andere führende Mitglieder des Verbandes der Volkskammer der DDR eine Petition überreichen, in der die gesetzliche Verankerung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung in dem anderen Teil Deutschlands gefordert wird. Vor und während der Übergabe dieser Petition werden die Teilnehmer der Delegation in Ostberlin für die Forderung, die sie erhoben, mit Transparenten demonstrieren.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer begrüßt die erst vor wenigen Wochen von der französischen Regierung verabschiedete gesetzliche Regelung für Dienstverweigerer aus Gewissensgründen. Diese Regelung, die seit Jahren von uns gefordert wurde, bewahrt endlich die französischen Kriegsdienstverweigerer vor dem Weg durch Lager und Gefängnis.

Darüber hinaus hat der diesjährige Bundeskongress des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in einem Beschluß gefordert, daß in einer europäischen Verfassung das Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen verankert werden soll.

Entwurf für die Erklärung an die Botschaften bzw. Konsulate
zum "Tag der Gefangenen für den Frieden"

An die Botschaft, das Konsulat oder Generalkonsulat der
 Republik

Seine Exzellenz (Botschaft)
 Herr (General) Konsul (Konsulate)

in den meisten westlichen Ländern wird von den regionalen Sektionen der War Resisters' International der 1. Dezember als "Tag der Gefangenen für den Frieden" begangen. Wir gedenken dabei unserer Gesinnungsfreunde, die ihrer religiösen oder politischen Anschauung wegen zu Freiheitsstrafen verurteilt wurden und inhaftiert sind.

Zu diesen Inhaftierten gehören auch junge Menschen, die aus Gewissensgründen der allgemeinen Wehrpflicht nicht Folge geleistet haben und bedingt dadurch, daß in der Gesetzgebung ihres Landes keine Regelung zur Verweigerung des Kriegsdienstes verankert ist, aus der menschlichen Gesellschaft ausgestoßen sind und längere Zeit ihr Leben in Lagern oder Gefängnissen verbringen müssen. Davon sind auch Bürger Ihres Landes betroffen.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer in der Bundesrepublik Deutschland sieht in der Tatsache, daß noch nicht in jedem Land das Recht der Gewissensfreiheit gesetzlich garantiert ist, eine Mißachtung elementarer Menschenrechte.

Der Verband der Kriegsdienstverweigerer bittet deshalb auch die Regierung Ihres Landes, umgehend eine gesetzliche Regelung für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen zu schaffen. Diese Forderung, die wir Sie bitten an Ihre Regierung weiterzuleiten, richten wir an die Regierungen all der Länder, in denen allgemeine Wehrpflicht ist und deren Gesetzgebung aber kein Recht auf Kriegsdienstverweigerung vorsieht.

Um dieser Forderung sichtbaren Ausdruck zu verleihen, demonstrieren Kriegsdienstverweigerer der Bundesrepublik Deutschland auch vor der diplomatischen Vertretung Ihres Landes.

Institut für
 Friedensforschung und
 Konfliktlösung

ED 718-5-112

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 23. November 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648

30.11.64

Rundschreiben V 18 - 1964

An die Verteiler I und II

Liebe Freunde,

wir geben Ihnen im folgenden kurz einige Hinweise.

1.) Volkstauertag

Wir bitten noch einmal alle Gruppen um Berichte über ihre Erfahrungen mit Aktionen zum Volkstauertag. Wir mußten feststellen, daß sich vielerorts der VdK und auch andere Verbände geweigert haben, anzuerkennen, daß der VK zum Volkstauertag Kränze niederlegt. Wir nehmen an, daß es sich hier um eine zentrale Aktion gegen den VK handelt und da wir wissen, daß es im VdK einige entscheidende Persönlichkeiten gibt, die den Bestrebungen unseres Verbandes freundschaftlich gegenüberstehen, möchten wir eine Zusammenstellung der Erfahrungen machen und diese mit einem Begleitbrief und der Bitte um Stellungnahme an die zentrale Bundesstelle des VdK schicken. Da wir die Erfahrungen zum Volkstauertag auch in ZIVIL auswerten möchten, bitten wir, den Berichten auch Fotos beizufügen.

2.) Tag der Gefangenen für den Frieden

Sie finden beigefügt den zentralen Pressedienst der Verbandsgeschäftsstelle zum "Tag der Gefangenen für den Frieden". Sicher ist es mancherorts möglich, diesen Pressedienst gemeinsam mit einem Kurzbericht über die örtliche Aktion an die örtliche Presse zu geben. Sofern einige Gruppen von diesem Pressedienst mehr als die beigefügte Anzahl benötigen, bitten wir um Mitteilung an die Verbandsgeschäftsstelle.

Auch zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" wird es sicherlich einige interessante Erfahrungen geben und wir bitten, diese, soweit möglich, ebenfalls mit Fotos an die Verbandsgeschäftsstelle zu senden.

Der Presse konnten wir inzwischen entnehmen, daß die Regierung in Canberra die Einführung einer zweijährigen Heeresdienstpflicht in Australien bekanntgegeben hat. Wir haben vom Bundesvorstand an die Kanzlei der Australischen Botschaft geschrieben und unser Bedauern über diese Tatsache kundgetan und gleichzeitig angefragt, ob auch Möglichkeiten für eine Regelung der Kriegsdienstverweigerung gegeben sind. Eine Antwort liegt uns noch nicht vor. Für eine Aktion zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" käme lediglich in Frage die Kanzlei der Australischen Botschaft, Bad Godesberg, Kölner Str. 157.

3.) Waffendienstverweigerung in der DDR

Es war geplant, zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" mit einer Delegation des VK-Bundesvorstandes die Volkskammer der DDR zu besuchen, um genaueres Informationsmaterial einzuholen über die neue Regelung einer Waffendienstverweigerung bei der Nationalen Volksarmee. Dieser Besuch mußte kurzfristig abge sagt werden, da uns Volkskammerpräsident Dr. Dr. Johannes Dieckmann mitteilen ließ, daß er bereit sei, unsere Delegation zu empfangen, sich aber vom 25.11. bis Ende des Jahres im Ausland befinden würde. Wir sind deshalb so verblieben, daß unsere Delegation Anfang des Jahres 1965 die geplanten Besprechungen führt.

4.) Verbandsgeschäftsstelle

Wir möchten Sie davon in Kenntnis setzen, daß unser seitheriger Verbandsgeschäftsführer, Klaus Vack, seine hauptamtliche Tätigkeit für den Verband der Kriegsdienstverweigerer zum 31.12. aufgeben wird, um am 1.1.1965 als hauptamtlicher Geschäftsführer für die Kampagne für Abrüstung zu arbeiten. Zum Verbandsgeschäftsführer des VK hat der Bundesvorstand unseren jetzigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Alfred Riedel aus Stuttgart angestellt. Alfred Riedel wird seine Tätigkeit beim VK Anfang Dezember aufnehmen.

Das wäre's für heute.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der 'War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, 23. November 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648

25.11.64

Rundschreiben V 18 - 1964

An die Verteiler I und II

Liebe Freunde,

wir geben Ihnen im folgenden kurz einige Hinweise.

1.) Volkstrauertag

Wir bitten noch einmal alle Gruppen um Berichte über ihre Erfahrungen mit Aktionen zum Volkstrauertag. Wir mußten feststellen, daß sich vielerorts der VdK und auch andere Verbände geweigert haben, anzuerkennen, daß der VK zum Volkstrauertag Kränze niederlegt. Wir nehmen an, daß es sich hier um eine zentrale Aktion gegen den VK handelt und da wir wissen, daß es im VdK einige entscheidende Persönlichkeiten gibt, die den Bestrebungen unseres Verbandes freundschaftlich gegenüberstehen, möchten wir eine Zusammenstellung der Erfahrungen machen und diese mit einem Begleitbrief und der Bitte um Stellungnahme an die zentrale Bundesstelle des VdK schicken.

Da wir die Erfahrungen zum Volkstrauertag auch in ZIVIL auswerten möchten, bitten wir, den Berichten auch Fotos beizufügen.

2.) Tag der Gefangenen für den Frieden

Sie finden beigelegt den zentralen Pressedienst der Verbandsgeschäftsstelle zum "Tag der Gefangenen für den Frieden". Sicher ist es mancherorts möglich, diesen Pressedienst gemeinsam mit einem Kurzbericht über die örtliche Aktion an die örtliche Presse zu geben. Sofern einige Gruppen von diesem Pressedienst mehr als die beigelegte Anzahl benötigen, bitten wir um Mitteilung an die Verbandsgeschäftsstelle.

Auch zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" wird es sicherlich einige interessante Erfahrungen geben und wir bitten, diese, soweit möglich, ebenfalls mit Fotos an die Verbandsgeschäftsstelle zu senden.

Der Presse konnten wir inzwischen entnehmen, daß die Regierung in Canberra die Einführung einer zweijährigen Heeresdienstpflicht in Australien bekanntgegeben hat. Wir haben vom Bundesvorstand an die Kanzlei der Australischen Botschaft geschrieben und unser Bedauern über diese Tatsache kundgetan und gleichzeitig angefragt, ob auch Möglichkeiten für eine Regelung der Kriegsdienstverweigerung gegeben sind. Eine Antwort liegt uns noch nicht vor. Für eine Aktion zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" käme lediglich in Frage die Kanzlei der Australischen Botschaft, Bad Godesberg, Kölner Str. 157.

3.) Waffendienstverweigerung in der DDR

Es war geplant, zum "Tag der Gefangenen für den Frieden" mit einer Delegation des VK-Bundesvorstandes die Volkskammer der DDR zu besuchen, um genaueres Informationsmaterial einzuholen über die neue Regelung einer Waffendienstverweigerung bei der Nationalen Volksarmee. Dieser Besuch mußte kurzfristig abgesagt werden, da uns Volkskammerpräsident Dr. Dr. Johannes Dieckmann mitteilen ließ, daß er bereit sei, unsere Delegation zu empfangen, sich aber vom 25.11. bis Ende des Jahres im Ausland befinden würde. Wir sind deshalb so verblieben, daß unsere Delegation Anfang des Jahres 1965 die geplanten Besprechungen führt.

4.) Verbandsgeschäftsstelle

Wir möchten Sie davon in Kenntnis setzen, daß unser seitheriger Verbandsgeschäftsführer, Klaus Veck, seine hauptamtliche Tätigkeit für den Verband der Kriegsdienstverweigerer zum 31.12. aufgeben wird, um am 1.1.1965 als hauptamtlicher Geschäftsführer für die Kampagne für Abrüstung zu arbeiten. Zum Verbandsgeschäftsführer des VK hat der Bundesvorstand unseren jetzigen stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Alfred Riedel aus Stuttgart angestellt. Alfred Riedel wird seine Tätigkeit beim VK Anfang Dezember aufnehmen.

Das wär's für heute.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr

Klaus Veck
(Klaus Veck)

Verbandsgeschäftsführer

VK-Bundesvorstand
- Auslandsreferat -

24. 11. 63

(Rundschreiben M 4 - 1963)

TAG DER GEFANGENEN FÜR DEN FRIEDEN - 1. Dezember -
Ehrenliste für Grußkarten-Aktion -
Letzte Informationen für Aktionen bei Botschaften und Konsulaten

Liebe Freunde,

die diesjährige "Ehrenliste der Gefangenen für den Frieden" konnte uns trotz Mahnung erst in diesen Tagen von der WRI London zuge- schickt werden; London hatte lange auf die Italien-Unterlagen warten müssen, wie man uns schrieb.

Die Liste, die wir nachstehend abdrucken, dient auch in diesem Jahr in erster Linie wieder dazu, den genannten Freunden unsere Verbunden- heit zu beweisen, indem wir möglichst zahlreich Grußkarten bzw. Weihnachtsgrüße schicken, wie dies seither und auch in diesem Jahr wieder von Freunden in aller Welt getan wird.

Wir regen darüberhinaus an, zu versuchen, einzelnen ~~Freunden~~ Inhaftier- ten Blumen ins Gefängnis zu schicken. Das ist zwar nicht ohne weiteres überall möglich, jedoch sollte es versucht werden. Zwar dürften alle geannten Länder einer der Blumen-Versand-Ketten (Fleurop etwa) ange- schlossen sein, jedoch ist es meistens nicht möglich, in Gefängnisse Blumen zu schicken. - Eine Anfrage bei der WRI London ~~ka~~ ergab, daß man dort darüber auch nicht informiert ist. - Diese Blumen-Übersendung dürfte überhaupt nur da infragekommen, wo ein Freund wohl einen grö- ßeren Betrag ausgeben möchte, aber nicht -zig Karten zu schreiben in der Lage ist.

Nachstehend nun die Liste, wie sie von ~~den~~ London zusammengestellt worden ist: Anschließend an die Zusammenstellung der Orte und Namen der

Inhaftierten in den
dem
wei-
igen
and.

Frankreich: Prison de Fresnes, Fresnes (Seine), Frankreich

(+ Algerien) Gérard JEANNIN, } cellule 255 3eme division
Alain ROUZET, }
Pierre SOMMERMEYER }
Claude BRESSON } cellule 252

Prison de Metz, rue Maurice Barrès, Metz (Moselle), Fr.

ANDRAU | Jean-Pierre LADOIRE
BOURDET | Sylvain LENTZ (Zeuge Jehovas)
Jean JURCIEWICZ | François VIOLLEAU
KIRCHGESSUER |

Hôpital Militaire Objecteur Français, S'Alger, Algerien

Yves RICHEBE

Locaux disciplinaires, CG 2, Caserne de Lattre de Tassigny, Metz (Moselle), Frankreich

Gilbert SCHMITZ
Fort du Ha, Bordeaux (Gironde), Frankreich

Didier POIRAUD

Les Petites Baumettes, Marseille (BdR), Frankreich

Jean-Pierre OSTRE

Camp du Mauzac (Nord), Dordogne, Frankreich

Mauzac ist ein offenes Lager speziell für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen. Sie werden mit ziviler Arbeit beschäftigt. Das Lager wurde ursprünglich als vorübergehende Maßnahme eingerichtet, nachdem Louis Leccoin die Zusicherungen erhalten hatte, daß dem Parlament ein Kriegsdienstverweigerer-Gesetz vorgelegt werden würde (zu dieser Zeit wurde das Lager eröffnet).

Jean ANDRE	Bernard GABEL
Charles ACTIS	Gérard GASTON
Dominique AUDRAN	Gérard GILBERT
Michel AUBLE	J. L. GIROD
ALLEMANE	André GODARD
Guy AUTERIVE	André GOLABECK
Yves BEL	Antoine GOLABECK
André BADZEK	Guy GROSSMANN
Marius BAWAZECH	Albert HAMMERLIN
Gerard BEAUFILS	Gérard HERMET
Daniel BESWARDIERES	Jean-Jaques HETZEL
André BIERWAQUE	Eugène HOCIJ
Roger BILLON	Claude HLADIK
André BLANC	Felix IDARGO
Gérard BLANC	Janura JAROSLAW
Michel BLASER	Daniel JOLLY
Joseph BOUDARD	Pierre JOUFFRAU
Serge BOURRES	Bogdan JURA
Jean BOURLIER	Ernest KIRCHER
Daniel BOUTET	Félicien KULCZAK
Francis CARDON	Jean LAGRAVE
Gilbert CEZARD	Georges LAJOIE
Jean-Claude CHAGOT	Michel LAJCIE
CHAPUIS	Charles LAMBRECH
Daniel CHARBON	Alain LARCHIER
Raymond CHERON	Lucien LATINE
Louis CHEVALIER	Anthelme LAURENCE
Pierre CHIMOT	Roland LEBRETON
Valentin-Mario COLOMBA	Alain LEFEBVRE
Claude COQUELET	Paul LEGER
François CHARLOPEAU	Guy LEGER
Eric CRISOPASSO	Gabriel LIPOWICZ
Yves CRUCIFIX	Gilbert LORENZINI
Bernard DAGUENET	Pierre LOUBOT
Henri DEBRE	Poulo LOUBOT
Jacques DELBECQUE	André LOUP
Claude DEWITTE	Albert LUX
Yves DUBOUCH	André MACKÉ
Louis Frederic DRIEDRICH	Guy MAEBER
José DUCHARNIAT	Christian MAISON
Michel DUCHESNE	Gerard MANCEAU
Michel DURAN	Claude MARQUET
Evans EMIOT	Michel MARY
Albert FASQUELLE	Bernard MATECKI
Christian & PAURAN	Jaques MILLET
Leonard FELKER	Luc MCNNIER
Paul FONLUPT	Robert MORSELLI
Michel FRON	Guy MOUFLARD

Jean-Claude MOZER
 Mean-Marie OCHENOWSKI
 Joseph PERSONAZ
 Daniel PETER
 Michel PEUVRIER
 Jean PEZET
 Raymond PISKORSKI
 Philippe GIRODET
 Christian Le PLAY
 Louis PORON
 Eric POT
 Michel POUCHKO
 Jean-Pierre PREZ
 Christian PYVETEAU
 Gérard QUEVILLY
 Henri ROBACZINSKI
 Jean-Paul ROBERT
 René ROCHER
 Daniel REBOUX
 Edouard RYDRYCZAK
 André SALAÜN
 Jean-Paul SALER
 Pierre SCHENK
 Henri BORJA

Jean-Pierre CHARLET
 Marc SEIGNOBOS
 Gérard SEGARD
 Jean-Pierre SEMBEL
 Bernard SEUX
 Marcel SICARI
 Claude SIEGMUND
 Robert SIMEON
 Stanislas SOBOTA
 Sylvain STINEAU
 Jean ATAURINES
 Gérard THIERRY
 Gérard THETIOT
 Gérard THOMAS
 Roland THOMAS
 Bernard TOMAZIEWSKI
 Claude VERREL
 Bernard VANBAELINGHEM
 Bernard WIGGERS
 Antoine WROBEL
 Claude VORON
 Jean François BESSON
 Daniel BEAUVAIS
 Philippe DELORD

Nach Frankreich können keine illustrierten Glückwunschkarten geschickt werden; sie sind verboten. Es soll auf weißem Papier und unter Umschlag geschrieben werden.

Zur Lage (WRI-Rundbrief vom 19.11.63): Ein Gesetz zur Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern ist bereits zweimal durch die Nationalversammlung gelaufen, wurde jedoch am 7. 11. zum zweiten Mal vom Senat verworfen und abgelehnt (140 zu 12 Stimmen). Es wird nun das dritte Mal vor die Nationalversammlung kommen. Dieses Gesetz hätte im Vergleich zu anderen Ländern keinen großen Fortschritt bedeutet, da es einen Ersatzdienst von doppelter Länge wie den Militärdienst vorsah und auch keine Bestimmungen enthielt für Gruppen wie etwa die Zeugen Jehovas, die die Mehrheit der französischen Kriegsdienstverweigerer bilden, oder die Anarchisten, die normalerweise auch einen zivilen Ersatzdienst verweigern würden. Die öffentliche Meinung zur Verweigerung aus Gewissensgründen ist in Frankreich sprunghaft und wechselt schnell, und die Gelegenheit ist günstig, daß wir unsere Solidarität mit den dortigen Kriegsdienstverweigerern zeigen und den Druck auf die französische Regierung verstärken.

Niederlande: Einzeladressen (privat?):

Tom VLEESHAKKER, Zaandam, Westzijdeveld 7 c
 Kees van MEULEN, Wydenes, Lekerweg 3 b
 Roelf PANNENBORG, Wildervank, Willem de Zwijgerlaan 9

Zivildienstlager (für Gemeinschaftsglückwünsche)

De Raad van Gewetensbezwaarden, Kamp voor
 Gewetensbezwaarden, Vledder, Holland

De Raad van Gewetensbezwaarden, Rijkpsychiatrische
 Inrichtingen, Woensel, Holland

Holland ist eines der Länder mit den meisten Kriegsdienstverweigerern, die Zeugen Jehovas sind, nämlich etwa 100. Ihre Namen und Haftorte sind meist unbekannt, da sie sich nicht unbedingt als zur Friedensbewegung gehörend fühlen und auch Weihnachten nicht als Fest anerkennen. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Unterdrückung dieser Sekte auch uns und alle Kämpfer für den Frieden angeht.

Italien: Peschiera del Garda (Verona), Italien

Leonardo RUTLIOLIANO (Zeuge Jehovas)
Cristoforo TONDO (Zeuge Jehovas)

(Seite 4)

ED 718-5-117

Zur Lage: In Italien haben in letzter Zeit Demonstrationen für ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung stattgefunden. Die Sache der dortigen Kriegsdienstverweigerer ist der Öffentlichkeit nahegebracht worden; internationale Unterstützung ist nötig, um die Bemühungen der dortigen Freunde zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Jugoslawien: Goli Otok, Jugoslawien

Stevan DOROSLOVAC - verurteilt zu 8 Jahren
Milan ZAKIC - verurteilt zu 8 Jahren
Tomislav NEGRU - verurteilt zu 6 Jahren
Dusan KATANIC - verurteilt zu 9 Jahren
Ljubomir PETRIC - verurteilt zu 8 Jahren
Dejan JEVREMOV - im September einberufen worden,
rechnet mit Verurteilung in Kürze

Vereinigte Staaten von Amerika:

Federal Prison Camp, Allenwood, Pennsylvania, USA

John KRUSE
Bram LUCKOM

Federal Correction Institution, Milan, Michigan, USA

Donald PORTER

Medical Center for Prisoners, Springfield, Missouri, USA

Robert T. READY
Paul SALSTROM

Federal Correctional Institution, Texarkana, Texas, USA

Clarence O'Neill WILSON

Da in den USA gesetzliche Regelungen für Kriegsdienstverweigerer bestehen, dürfte es sich um Fälle handeln, denen Aktionen Zivilen Ungehorsams zugrundeliegen.

Großbritannien: Military Detention Quarters, Portsmouth, Hants, Engl.

John DIXON

Fentonville Prison, London, England

Rowland Dale

Wormwood Scrubs Prison, Du Cane Road, London W 14, E.

Tony MURPHY

In England gibt es keine allgemeine Wehrpflicht mehr. Es handelt sich um Fälle, denen Aktionen Zivilen Ungehorsams (Comm. of 100) zugrundeliegen.

Schweiz: Zur Lage schreibt die WRI London, daß nach wie vor keine gesetzlichen Regelungen vorhanden seien, daß jedoch zur Zeit auch keine Namen von Inhaftierten vorliegen würden.

Schweizerische Quäker haben im Juni 63 ihrem Bundesparlament eine Resolution eingereicht, mit der um Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen ersucht wurde. Antwort des Verteidigungsministeriums: nachdem ein Militärdienst in der Verfassung vorgeschrieben sei, müßten seine Gegner über die gesetzlichen Wege und über die Kantonsregierungen eine Änderung zu erreichen suchen.

Belgien: Im Sommer 1963 verabschiedete der belgische Senat ein Gesetz für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen. Dieses Gesetz ist einigermaßen befriedigend. Es sind keine Freunde in Belgien inhaftiert.

Belgien fällt demnach entgegen der Mitteilung mit unserem Rundschreiben R 1 vom 5.10.63 nicht mehr unter die Länder, die für die Aktion bei Botschaften und Konsulaten am 1. 12. infragekommen.

Griechenland: Die Lage in diesem Land, in dem es nach wie vor keine Gesetze für Kriegsdienstverweigerer gibt, ist auch nach der Übernahme der Regierungsgewalt durch eine Gruppe "links der Mitte" unklar und für uns in keiner Weise befriedigend.

Dänemark: Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß die WRI-Ehrenliste zum Tag der Gefangenen für den Frieden Anschriften von zwei Zivildienstlagern in Dänemark enthält, an die evtl. Gemeinschafttaglückwünsche gesandt werden können, es sind dies

Tillidsmaendene
Gribskovlejre
Maarum
Dänemark

Tillidsmaendene
Kompedallejre
Engesvang
Dänemark

Liebe Freunde, soweit die Zusammenstellung der diesjährigen "Ehrenliste". Die sich an die jeweiligen Namen der Länder anschließenden Zeilen "zur Lage" sind besonders als Hilfe für eventuelle Gespräche mit den diplomatischen Vertretungen bei den direkten Aktionen zum diesjährigen 1. 12. gedacht.

Sollten Sie in Ihrer Gruppe umfangreichere Grußkarten-Sendungen planen, bitten wir um Überlegung, ob Glückwunschkarten nicht aus London bezogen werden könnten - was gleichzeitig eine Unterstützung der dortigen Friedensarbeit bedeuten würde. Wir fügen einen Prospekt bei. Die Karten kosten durchschnittlich 25 Pfennig, sind meist vierseitig, billigste schon für 13 Pfennig.

Liebe Freunde, abschließend darf ich wünschen und hoffen, daß der Aktion zum 1. 12. vor Botschaften und Konsulaten ein guter Erfolg beschieden ist. Zwar wird die Publizierung durch die tragischen Ereignisse in USA möglicherweise nicht wie gewünscht ausfallen - trotzdem sollten wir unser Möglichstes tun!

Mit besten Grüßen

Horst MAURER

Auslandsreferat

Die Liste geht Ihnen mehrfach zu, um bei Aktionen zur Hand zu sein.

6050 Offenbach, den 25. Nov. 1963
Waldstr. 99, Postfach 648

Bundschreiben Nr. 4 - 1963

An den Verteiler I, II, III und IV

TAG DER GEFANGENEN FÜR DEN FRIEDEN - 1. Dezember -

Ehrenliste für Grußkarten-Aktionen -

Letzte Informationen für Aktionen bei Botschaften und Konsulaten

=====

Liebe Freunde,

die diesjährige "Ehrenliste der Gefangenen für den Frieden" konnte uns trotz Mahnung erst in diesen Tagen von der WRI London zugesandt werden; London hatte lange auf die Italien-Unterlagen warten müssen, wie man uns schrieb.

Die Liste, die wir nachstehend abdrucken, dient auch in diesem Jahr in erster Linie wieder dazu, den genannten Freunden unsere Verbundenheit zu beweisen, indem wir möglichst zahlreich Grußkarten bzw. Weihnachtsgrüsse schicken, wie dies seither und auch in diesem Jahr wieder von Freunden in aller Welt getan wird.

Wir bitten darüberhinaus an, zu versuchen, einzelnen Inhaftierten Blumen ins Gefängnis zu schicken. Das ist zwar nicht ohne weiteres überall möglich, jedoch sollte es versucht werden. Zwar dürften alle genannten Länder einer der Blumen-Versand Ketten (Fleurop etwa) angeschlossen sein, jedoch ist es meistens nicht möglich, in Gefängnisse Blumen zu schicken. - Eine Anfrage bei der WRI London ergab, daß man dort darüber auch nicht informiert ist. - Diese Blumen-Übersendung dürfte überhaupt nur da infrage kommen, wo ein Freund wohl einen größeren Betrag ausgeben möchte, aber nicht zig Worten zu schreiben in der Lage ist.

Nächstehend nun die Liste, wie sie von London zusammengestellt worden ist: Anschließend an die Zusammenstellung der Orte und Namen der Inhaftierten in den einzelnen Ländern folgen einige Zeilen "zur derzeitigen Lage" in dem jeweiligen Land

Frankreich: Prison de Fresnes, Fresnes (Seine), Frankreich

(Belgier) Gérard JUANNIN,)
Alain ROUZET,) cellule 255 3eme division

Pierre SOMMERMEYER)
Claude BRISSON) cellule 252

Prison de Metz, rue Maurice Barrés, Metz (Moselle)

ANDRAU Jean-Pierre LAOUIE
BOURDET Sylvain LENTZ (Zeuge Jehovas)

Jean JURCIEWICZ François VICILIEAU

KIRCHGESSNER

Hôpital Militaire Objecteur Français, S'Alger, Algerien

Yves RICHEBE
Locaux disciplinaires, CG 2, Caserne de Lettres
de Tassigny, Metz (Moselle), Frankreich

Gilbert SCHMITZ
Fort du Ha, Bordeaux (Gironde), Frankreich

Didier POIRAUD
Les Petites Baucettes, Marseille (Bdr) Frankreich

Jean-Pierre OSBRE

Camp du Mauzac (Nord), Dordogne, Frankreich

Mauzac ist ein offenes Lager speziell für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen. Sie werden mit ziviler Arbeit beschäftigt. Das Lager wurde ursprünglich als vorübergehende Maßnahme eingerichtet, nachdem Louis Lecoin die Zusicherungen erhalten hatte, daß dem Parlament ein Kriegsdienstverweigerer-Gesetz vorgelegt werden würde (zu dieser Zeit wurde das Lager eröffnet).

Jean ANDRÉ
 Charles AOTIS
 Dominique AUDRAN
 Michel AUBLE
 ALLEMANE
 Guy AUTERTVE
 Yves BEL
 André BADEEK
 Marius BAWAZECH
 Gérard BEAUFILS
 Daniel BESWARDIERES
 André BIERWAQUE
 Roger BILLOU
 André BLANC
 Gérard BLANC
 Michel BLASER
 Joseph BOUDARD
 Serge BOURRES
 Jean BOURLIER
 Daniel BOUTET
 Francis CARDON
 Gilbert CEZARD
 Jean-Claude CHAGOT
 CHAPUIS
 Daniel CHARBON
 Raymond CHERON
 Louis CHEVALIER
 Pierre CHIMOT
 Valentin-Mario COLOMBA
 Claude COQUELET
 François CHARLOPEAU
 Eric CRISOPASSO
 Yves CRUCIFIX
 Bernard DAGUENET
 Henri DEBRE
 Jaques DELBECQUE
 Claude DEWITTE
 Yves DUBOUCH
 Louis Frederic DRIEDRICH
 José DUCHARNIAT
 Michel DUCHESNE
 Michel DURAN
 Evans EMIOT
 Albert PASQUELLE
 Christian FAURAN
 Leonard FELKER
 Paul FONLUPT
 Michel FRON

Bernard GABEL
 Gérard GASTON
 Gérard GILBERT
 J. L. GIRCO
 André GODARD
 André GOLABECK
 Antoine GOLABECK
 Guy GROSSMANN
 Albert HAMMERLIN
 Gérard HERMET
 Jean-Jaques HETZEL
 Eugène HOCIJ
 Claude HLADIK
 Telix IDARGO
 Janura JAROSLAW
 Daniel JOLLY
 Pierre JOUFFRAU
 Bogdan JURA
 Ernest KIRCHER
 Félicien KULCZAK
 Jean LAGRAVE
 Georges LAJOIE
 Michel LAJOIE
 Charles LAMBRECH
 Alain LARCHIER
 Lucien LAPINI
 Anthelme LAURENCE
 Roland LEBRETON
 Alain LEPEBYRE
 Paul LEGER
 Guy LEGER
 Gabriel LIPOWICZ
 Gilbert LORENZINI
 Pierre LOUBOT
 Poule LOUBOT
 André LOUP
 Albert LUX
 André MACKÉ
 Guy MAEBER
 Christian MAISON
 Gerard WANCEAU
 Claude MARQUET
 Michel MARY
 Bernard MATECKI
 Jaques MILLET
 Luc MONNIER
 Robert MORSILLI
 Guy MOUFLARD

Jean-Claude MOZER	Jean-Pierre CHARLET
Mean-Marie OGHENOWSKI	Marc SEIGNOBOS
Joseph PERSONAZ	Gérard SEGARD
Daniel PETER	Jean-Pierre SEMBEL
Michel PEUVRIER	Bernard SEUX
Jean PEZET	Marcel SICARI
Raymond PISKOWSKI	Claude SIEGMUND
Philippe GIRODET	Robert SIMEON
Christian Le FLAY	Stanislas SOBOTA
Louis PORON	Sylvain STINEAU
Eric POT	Jean TAURINES
Michel POUCHKO	Gérard THIERRY
Jean-Pierre PREZ	Gérard THETIOT
Christian PYVELEAU	Gérard THOMAS
Gérard QUEVILLY	Roland THOMAS
Henri ROBACZINSKI	Bernard TOMAZIEWSKI
Jean-Paul ROBERT	Claude VERREL
René ROCHER	Bernard VANBAELINGHEM
Daniel REBOUX	Bernard WIGGERS
Edouard HYDRYCZAK	Antoine WROBEL
André SALAÜN	Claude VORON
Jean-Paul SALTER	Jean François BESSON
Pierre SCHENK	Daniel BEAUVAIS
Henri BORJA	Philippe DELORD

Nach Frankreich können keine illustrierten Glückwunschkarten geschickt werden, sie sind verboten. Es soll auf weißem Papier und unter Umschlag geschrieben werden.

Zur Lage (WRI-Rundbrief vom 19.11.63): Ein Gesetz zur Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern ist bereits zweimal durch die Nationalversammlung gelaufen, wurde jedoch am 7. 11. zum zweiten Mal vom Senat verworfen und abgelehnt (140 zu 12 Stimmen). Es wird nun das dritte Mal vor die Nationalversammlung kommen. Dieses Gesetz hätte im Vergleich zu anderen Ländern keinen großen Fortschritt bedeutet, da es einen Ersatzdienst von doppelter Länge wie den Militärdienst vorsah und auch keine Bestimmungen enthielt für Gruppen wie etwa die Zeugen Jehovas, die die Mehrheit der französischen Kriegsdienstverweigerer bilden, oder die Anarchisten, die normalerweise auch einen zivilen Ersatzdienst verweigern würden. Die öffentliche Meinung zur Verweigerung aus Gewissensgründen ist in Frankreich sprunghaft und wechselt schnell, und die Gelegenheit ist günstig, daß wir unsere Solidarität mit den dortigen Kriegsdienstverweigerern zeigen und den Druck auf die französische Regierung verstärken.

Niederlande: Einzeladressen (privat?)

Tom VLEESHAKKER, Zaandam, Westzijderveld 7 c
 Kees van MEULEN, Wydenes, Lokerweg 3 b
 Roelf PANNENBORG, Wildervank, Willem de Zwijgerlaan 9

Zivildienstlager (für Gemeinschaftsglückwünsche)

De Raad van Gewetensbezwaarden, Kamp voor
 Gewetensbezwaarden, Vladder, Holland

De Raad van Gewetensbezwaarden, Rijksp Psychiatrische
 Inrichtingen, Woensel, Holland

Holland ist eines der Länder mit den meisten Kriegsdienstverweigerern, die Zeugen Jehovas sind, nämlich etwa 100. Ihre Namen und Raftorte sind meist unbekannt, da sie sich nicht unbedingt als zur Friedensbewegung gehörend fühlen und auch Weihnachten nicht als Fest anerkennen. Das schließt natürlich nicht aus, daß die Unterdrückung dieser Sekte auch uns und alle Kämpfer für den Frieden angeht.

Italien: Peschiera del Garda (Verona), Italien

Leonardo RULLICCIANO (Zeuge Jehovas)
Cristoforo TONDO (Zeuge Jehovas)

Zur Lage: In Italien haben in letzter Zeit Demonstrationen für ein Recht auf Kriegsdienstverweigerung stattgefunden. Die Sache der dortigen Kriegsdienstverweigerer ist der Öffentlichkeit nahegebracht worden; internationale Unterstützung ist nötig, um die Bemühungen der dortigen Freunde zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Jugoslawien: Goli Otok, Jugoslawien

Stevan ĐOROSLOVAC - verurteilt zu 8 Jahren
Milan ŽAKIĆ - verurteilt zu 8 Jahren
Dobislav NEGRU - verurteilt zu 6 Jahren
Dusan KATANIC - verurteilt zu 9 Jahren
Ljubomir PETRIĆ - verurteilt zu 8 Jahren
Dejan JEVREMOV - im September einberufen worden,
rechnet mit Verurteilung in Kürze

Vereinigte Staaten von Amerika:

Federal Prison Camp, Allenwood, Pennsylvania, USA

John KRUSE
Bram LUCKOW

Federal Correction Institution, Milan, Michigan, USA

Donald PORTER

Medical Center for Prisoners, Springfield, Missouri, USA

Robert F. READY
Paul SALSTROM

Federal Correctional Institution, Texarkana, Texas, USA

Clarence O'Neill WILSON

Da in den USA gesetzliche Regelungen für Kriegsdienstverweigerer bestehen, dürfte es sich um Fälle handeln, denen Aktionen zivilen Ungehorsams zugrundeliegen.

Großbritannien: Military Detention Quarters, Portsmouth, Hants, Engl.

John DIXON

Pentonville Prison, London, England

Rowland Dale

Wormwood Scrubs Prison, Du Cane Road, London W 14, E.

Tony MURPHY

In England gibt es keine allgemeine Wehrpflicht mehr. Es handelt sich um Fälle, denen Aktionen zivilen Ungehorsams (Comm. of 100) zugrundeliegen.

Schweiz: Zur Lage schreibt die FTL London, daß nach wie vor keine gesetzlichen Regelungen vorhanden seien, daß jedoch zur Zeit auch keine Namen von Inhaftierten vorliegen würden.

Schweizerische Quäker haben im Juni 63 ihrem Bundesparlament eine Resolution eingereicht, mit der um Anerkennung von Kriegsdienstverweigerern aus Gewissensgründen ersucht wurde. Antwort des Verteidigungsministeriums: nachdem ein Militärdienst in der Verfassung vorgeschrieben sei, müßten seine Gegner über die gesetzlichen Wege und über die Kantonsregierungen eine Änderung zu erreichen suchen.

Belgien: Im Sommer 1963 verabschiedete der belgische Senat ein Gesetz für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen. Dieses Gesetz ist einigermaßen befriedigend. Es sind keine Freunde in Belgien inhaftiert.

Belgien fällt demnach entgegen der Mitteilung mit unserem Rundschreiben R 1 vom 5. 10. 63 nicht mehr unter die Länder, die für die Aktion bei Botschaften und Konsulaten am 1. 12. infragekommen.

Griechenland: Die Lage in diesem Land, in dem es nach wie vor keine Gesetze für Kriegsdienstverweigerer gibt, ist auch nach der Übernahme der Regierungsgewalt durch eine Gruppe "links der Mitte" unklar und für uns in keiner Weise befriedigend.

Dänemark: Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß die WRI-Ehrenliste zum Tag der Gefangenen für den Frieden Anschriften von zwei Zivildienstlagern in Dänemark enthält, an die evtl. Gemeinschaftsglückwünsche gesandt werden können, es sind dies

Tillidsmaendene
Gribskovlejren
Maarun
Dänemark

Tillidsmaendene
Kompedallejre
Engesvang
Dänemark

Liebe Freunde, soweit die Zusammenstellung der diesjährigen "Ehrenliste". Die sich an die jeweiligen Namen der Länder anschließenden Zeilen "zur Lage" sind besonders als Hilfe für eventuelle Gespräche mit den diplomatischen Vertretungen bei den direkten Aktionen zum diesjährigen 1. 12. gedacht.

Sollten Sie in Ihrer Gruppe umfangreichere Grußkarten-Sendungen planen, bitten wir um Überlegung, ob Glückwunschkarten nicht aus London bezogen werden könnten - was gleichzeitig eine Unterstützung der dortigen Friedensarbeit bedeuten würde. Wir fügen einen Prospekt bei. Die Karten kosten durchschnittlich 25 Pfennig, sind meist vierseitig, billigste schon für 13 Pfennig.

Liebe Freunde, abschließend darf ich wünschen und hoffen, daß der Aktion zum 1. 12. vor Botschaften und Konsulaten ein guter Erfolg beschieden ist. Zwar wird die Publizierung durch die tragischen Ereignisse in USA möglicherweise nicht wie gewünscht ausfallen - trotzdem sollten wir unser Möglichstes tun!

Mit besten Grüßen

Horst MAURER

Auslandsreferat

Die Liste geht Ihnen mehrfach zu, um bei Aktionen zur Hand zu sein.

605 Offenbach, den 27.11.1964
Waldstraße 99, Postfach 648

30.11.64

Rundschreiben V 19 - 1964

An die Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

Die WRI-Konferenz 1963 in Stavanger beschloß ziemlich einmütig, daß die War Resisters' International die Möglichkeiten einer Kontaktaufnahme zum Weltfriedensrat prüfen und wenn möglich, Kontakt aufnehmen sollte. Diese Entscheidung - getroffen im Zeichen der Entspannung und Verständigung zwischen Ost und West - fand auch die Unterstützung des VK.

Am 3. und 4.10.64 fand nunmehr eine Besprechung zwischen Vertretern der WRI und des Weltfriedensrates in Ostende (Belgien) statt. An der Besprechung nahmen teil:

für die War Resisters' International: Harold Bing, Vorsitzender der WRI (England); Devi Prasad, Sekretär der WRI (England); Michael Randle, Mitglied des Rates und des Vorstands der WRI (England); Jean van Lierde, Mitglied des Rates der WRI (Belgien); David McReynolds, Organisationssekretär der War Resisters League (USA); Herbert Stubenrauch, Vors. des VK.

für den Weltfriedensrat: Walter Diehl, Sekretär des Weltfriedensrates; Prof. N. Matkowski, Sekretär des Weltfriedensrates; Stanislaw Tropczynski, Mitglied des Präsidiums des Polnischen Friedenskomitees; Andrew L. Walker, persönlicher Vertreter des Vors. des Präsidiums des Weltfriedensrates; Prof. J.D. Bernal; Mme Rosy Holender, Generalsekretärin der Belgischen Union zur Verteidigung des Friedens; Martin Hall, Redaktionsmitglied des Bulletins des Weltfriedensrates.

Zum Abschluß der Besprechungen wurde eine Niederschrift der Entscheidung angefertigt, die die Zustimmung aller Anwesenden fand (Dazu sei erwähnt, daß Herbert Stubenrauch zu diesem Zeitpunkt bereits abgereist war).

Von dieser Niederschrift, die in englischer Sprache verfaßt wurde, liegt inzwischen eine Übersetzung in deutscher Sprache vor, die von den Büros der WRI und des Weltfriedensrates als verbindlich erklärt wurde. Wir bitten alle VK-Gruppen, die Niederschrift zur Kenntnis zu nehmen und sind sehr an Stellungnahmen interessiert. Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, daß die Verbandsspitze des VK über die "Niederschrift der Entscheidungen" nicht sehr glücklich war, was nicht bedeutet, daß wir die Zusammenkunft, das Gespräch und die wesentlichsten Ergebnisse nicht für wertvoll hielten. Wir stehen deshalb zur Zeit in dieser Frage in Korrespondenz mit dem Sekretariat der War Resisters' International.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

Klaus Vack
(Klaus Vack)

Verbandsgeschäftsführer

KONFERENZ DER WAR RESISTERS' INTERNATIONAL UND DES WELTFRIEDENS-RATES
IN OSTENDE

- Niederschrift der Entscheidungen -

Am 3. und 4. Oktober 1964 trafen sich Vertreter der War Resisters' International und des Weltfriedensrates in Ostende und kamen nach einer umfassenden Aussprache zu Entscheidungen, die im nachstehenden Arbeitsdokument festgehalten sind:

Multilaterale Streitmacht

Eine unmittelbare Aufgabe der Friedensbewegung ist es, sich der geplanten multilateralen Streitmacht der NATO entgegenzustellen; alle Bemühungen sollten sich bis zur nächsten Tagung des NATO-Rates in Paris am 15. Dezember d.J., auf der über diesen Plan entschieden werden soll, auf diese Aufgabe konzentrieren. Im Verlaufe dieser Kampagne sollten wir die Zusammenarbeit aller Friedensbewegungen und anderer interessierter Organisationen anstreben. Während unsere Ansichten über die MLF zwar voneinander abweichen mögen, stimmen wir doch in der Ansicht überein, daß sie ein äußerst dringendes Problem darstellt. Daher ersuchen wir unsere Sektionen und angeschlossenen Organisationen, alle ihnen möglichen Aktionen zu unternehmen.

Die Verhinderung der MLF ist kein Endziel an sich, sondern Teil einer Kampagne, um die Weiterverbreitung von Kernwaffen zu verhindern, ein Disengagement in Europa zu erleichtern und ein Nachlassen der internationalen Spannung zu fördern, um so schließlich die Auflösung der Militärblöcke zu ermöglichen.

Das Jahr der Internationalen Zusammenarbeit

Im Hinblick auf das "Jahr der Internationalen Zusammenarbeit" der Vereinten Nationen, das wir unterstützen, betrachten wir es als wünschenswert, alle Mitgliedstaaten an ihre Verpflichtungen gemäß Artikel 2 der UNO-Charta zu erinnern, sich jeder Anwendung von Gewalt oder der Drohung mit Gewalt in den zwischenstaatlichen Beziehungen zu enthalten. Ferner erinnern wir sie an die Notwendigkeit, den Beschluß der UNO-Vollversammlung zu verwirklichen, der die endgültige Beseitigung des Kolonialismus und die Achtung der Grundsätze der Unabhängigkeit und der gegenseitigen Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten fordert. In diesem Zusammenhang empfehlen wir folgende Maßnahmen:

1. Ausdehnung des Versuchsstoppvertrages, so daß er alle Versuche und alle Nationen einschließt;
2. Schaffung kernwaffenfreier Gebiete;
3. Wesentliche prozentuelle Herabsetzung der Rüstungsausgaben, wobei die eingesparten Mittel der wirtschaftlichen Rekonversion und der Wirtschaftshilfe für die Entwicklungsländer dienen sollten;
4. Einladung an die Volksrepublik China, ihren rechtmäßigen Sitz in der UNO einzunehmen.

Ferner empfehlen wir den Vereinten Nationen, die Möglichkeit der Schaffung eines internationalen freiwilligen Hilfsdienstes zu untersuchen.

Friedensorganisationen empfehlen wir folgende Aktionen während des Jahres der Internationalen Zusammenarbeit:

1. Das Donau-Projekt: Vorschlag einer Donaufahrt - für einige Hundert junger Menschen aus allen europäischen Staaten - für gegenseitige Verständigung und gemeinsames Studium der Probleme der internationalen Zusammenarbeit und des Friedens;
2. Stärkung und Ausdehnung der Märsche zur Osterzeit, wobei jedem Land die freie Wahl seiner ihm entsprechenden Lösungen überlassen bleibt, was - wie man hofft - einige gemeinsame Themen einschließen wird; ferner Austausch von Rednern zwischen den Ländern des Ostens und des Westens.

Kriegsdienstverweigerung

Die Vertreter des Weltfriedensrates erklärten sich bereit, den Friedensrat der Deutschen Demokratischen Republik zu ersuchen, anderen nationalen Friedenskomitees Einzelheiten über den in der DDR eingeführten Alternativdienst für Kriegsdienstverweigerer mitzuteilen. Sie erklärten sich ferner bereit, den dem Weltfriedensrat angeschlossenen Organisationen vorzuschlagen, die Fragen der Kriegsdienstverweigerung und pazifistischer Gruppen ernsthaft zu prüfen.

Es wurde beschlossen, die breitestmögliche Teilnahme an Tag der Gefangenen für den Frieden (1. Dezember) zu empfehlen und das für Sommer 1965 geplante Studien-Arbeitslager der WRI bekanntzumachen.

Weitere Bereiche der Zusammenarbeit

Die Konferenz begrüßte die Idee einer Studienkonferenz über die Frage "Erziehung für eine Welt ohne Krieg", die - wie man hofft - im Jahre 1966 unter dem Patronat der WRI, des Weltfriedensrates und anderer internationaler Organisationen in Polen tagen könnte.

Das Vorhaben der WRI, im Jahre 1965 eine Weltkonferenz über Gewaltlosigkeit abzuhalten, wurde begrüßt, und die Vertreter des Weltfriedensrates erklärten sich bereit, durch Kontakte und, wenn möglich, durch eigene Beteiligung beihilflich zu sein.

Die Vertreter des Weltfriedensrates gaben die Absicht des Weltfriedensrates bekannt, im Jahre 1965 einen Weltkongreß abzuhalten und verließen der Hoffnung Ausdruck, daß die WRI in der Lage sein wird, Vertreter zu entsenden.

Man kam überein, dem Austausch von Informationen, Zeitschriften und Artikeln weiterhin Aufmerksamkeit zu widmen.

Alle Teilnehmer fanden die Diskussionen für die Erkundung von Gebieten der Übereinstimmung und der Divergenz in unserem gemeinsamen Kampf um den Frieden fruchtbar und stellten übereinstimmend fest, daß solche schöpferische Dialoge und Beratungen fortgesetzt werden sollten und daß es von Nutzen sei, sie auf andere internationale Friedensorganisationen auszudehnen.

ED 718-5-125

28. 11. 64

MAURER an VACK/VK-BV

Anbei heute erhaltene NACHTRAGSLISTE Gefangene für den Frieden. Beiliegendes Exemplar ist für Offenbach bestimmt, offenbar kommen jetzt auch die RS aus London über mich nach dort.

Ich bitte, möglichst bald diese Namen noch den Gruppen bekanntzugeben; die Zwischentexte habe ich übersetzt. Nachdem im ersten RS stellenweise ja wirklich wenige Namen genannt waren, scheint mir dieser Nachtrag wichtig bzw. erforderlich.

Übrigens hatte TITZ Kiel mir geschrieben, daß man bei den paar Männchen ja schlecht von "Gefangenen für den Frieden" sprechen könne, besonders, da die meisten der Liste ja nicht inhaftiert, sondern in ED-Lagern seien ...

Jörgen Borch

Institut für Zeitgeschichte

605 Offenbach, 2. Dezember 1964
Waldstr. 99 - Postfach 648

4.12.64

Rundschreiben M 6 - 1964
An die Verteiler I, II, III und IV

Ergänzungsliste der an Weihnachten 1964 und Neujahr 1965 inhaftierten Gefangenen für den Frieden

Frankreich

Prison de Fresnes (Seine)

- | | |
|--------------------------|-----------------------|
| 1. Gérard BORIS | 5. Michel RIAUX |
| 2. Jacques LEGROS | 6. Jean-Claude HENMIN |
| 3. Jean-Claude THIMONIER | 7. Richard SERRANO |
| 4. Jacques FOUCAULT | |

Prison de Metz, 1^{er} rue Maurice Barrès, Metz (Moselle)

- | | |
|------------------------|-----------------------|
| 1. Ghislain BYSSCHAERT | 5. Gilbert MICLO |
| 2. Jean JURKIEWICZ | 6. Raymond KITSCHENER |
| 3. Daniel PICKENBAUM | 7. Jean HOFFALT |
| 4. Daniel DEMBSKI | 8. Roland NAFZIGER |

Prison des Baumettes, Marseille (B.d.Rh.)

- | | |
|------------------|---------------------------|
| 1. Bernard GABEL | 2. Andel Mossin YOUSSEFAN |
|------------------|---------------------------|

Fort de Montluc (Rhône)

1. Jean-François DABROWSKY

Diese sind alle Zeugen Jehovas.
Bitte keine Postkarten senden, nur ein Blatt Papier mit "Grüßen"
in unverschlossenem Umschlag (Unterschrift ist natürlich erlaubt).

Camp de Mauzac, Dordogne, France

Sammelgrüße können an dieses Lager gesendet werden. Es sind dort
viele Kriegsdienstverweigerer, aber wir haben keine Namen.

Italien

Peschiera sul Garda (Verona)

1. Ernesto LUCIA

Dieses sind zwei Zeugen Jehovas. Vincenzo CIRONE und Renato VIGNOLI
(auch Zeugen Jehovas) sind verurteilt, aber wir kennen das Gefängnis
nicht. Es ist noch eine größere Zahl anderer in Italien im
Gefängnis, aber wir haben gar keine weiteren Nachrichten.

Boccea Fortress, Roma

1. Michele FILAMINO

Schweiz

Prison de Neuchâtel, Neuchâtel

- | | |
|--------------------|-----------------|
| 1. André Büllinger | 3. Michel KREBS |
| 2. Philippe ROULET | |

Pakistan

Fast 25 Anhänger von KHAN ABDUL GAFFAR KHAN, dem Gandhi Pakistans, sind zu 14 Jahren verurteilt. Die Bewegung des "Gandhi Pakistans" lehnt Gewaltanwendung ab und tritt für die Rechte der Bevölkerung ein, die laut GAFFAR KHAN seit Bestehen Pakistans verweigert worden sind. Die folgenden Namen sind die einzigen bekannten:

Peshawar Jail, Peshawar

1. Arbab Sikande Khan

Abottabad Jail, Abottabad

1. Arbab Abdul Gaffar Khan

Haripur Jail, Haripur

1. Zarin Khan
2. Shahzada Abdul Karim Khan

3. Phirdosh Khan
4. Munir Khan Salar

Lyallpur Jail, Lyallpur

1. Abdul Samad Khan Achikzei

Sweden

Sammelgrüße können an die nachstehenden Lager gesandt werden:

Vapenfria värnpliktiga
Universitetets Skogsförvaltning
Uppsala

Vapen värnpliktiga
Box 5
Åsbro

Brandkaren,
Vapenfria värnpliktiga
Bromma Flygfält
Bromma

Vapenfria värnpliktiga
Civilförsvarsskolan
Rosersberg

Vapenfria värnpliktiga
Torslanda Flygfält
Brandkaren
Göteborg H

Brandkaren
Vapenfria värnpliktiga
Midslanda flygfält
Sundsvall

Vapenfria värnpliktiga
Militärdepotekt
Karolinska sjukhuset
Stockholm

Vapenfria värnpliktiga
Civilförsvarsskolan
Tyloseand

Vapenfria värnpliktiga
Stensjö
Oskarshamn

Vapenfria värnpliktiga
Civilförsvarsskolan
Katrínholm

Vapenfria värnpliktiga
I 1, Sjukstugan
Sundbyberg

Vapenfria värnpliktiga
Civilförsvarsskolan
Nyadal

Vapenfria värnpliktiga
Sj-skolan
Revinglhed

Vapenfria värnpliktiga
Pack 34
Bernshammar

Vapenfria Vpl. förläse
Tvättstugan
Oskar Fredrikberg

Vapenfria värnpliktiga
Björbö
Adelsö

Vapenfria värnpliktiga
Garnisonsbrandkaren
Karlsborg

Mit besten Grüßen

ges.: Horst Maurer
Auslandsreferent

ED 718-5-127

96/64

23.11.64
28.11.64

WAR RESISTERS' INTERNATIONAL

SUPPLEMENTARY LIST OF PRISONERS FOR PEACE IN PRISON
AT CHRISTMAS TIME 1964 AND NEW YEAR 1965

FRANCE:

Prison de Fresnes (Seine)

BORIS Gérard	FOUCAULT Jacques	HENNIN Jean-Claude
LEGROS Jacques	RIAUX Michel	SERRANO Richard
THIMONIER Jean-Claude		

Prison de Metz, 1 ter rue Maurice Barrès, Metz (Moselle)

BYSSCHAERT Ghislain	DEMBSKI Daniel	HOFFALT Jean
JURKIEWICZ Jean	MICLO Gilbert	NAFZIGER Roland
PICKENBAUM Daniel	KITSCHENNER Raymond	

Prison des Baumettes, Marceille (B.d.Rh.)

GABEL Bernard	YOUSSEFAN Andel Messin
---------------	------------------------

Fort de Montluc (Rhône)

DABROWSKY Jean-François

The following are in prison but as yet we have no address:

BERTHE Claude	GARINO Jules	ROBERT Jean-Paul
SOBOTA Jean		

These are all Jehovah's Witnesses.

Please do not send postcards, only a sheet of paper with 'Greetings' on it, in an unsealed envelope. (Signature is allowed of course).

Camp de Mauzac, Dordogne, France

Collective greeting can be sent to this camp. There are many C.O's there but we do not have names.

ITALY

Peschiera sul Garda (Verona)

Boccea Fortress, Rome

LUCIA Ernesto

FILAMINO Michele

These two are Jehovah's witnesses. Vincenzo Cirone and Renato Vignoli (also JW's) have been sentenced but we do not know name of prison. There are quite a number of others in prison in Italy but we do not have any other information.

SWITZERLAND

Prison de Neuchâtel, Neuchâtel

BÜLLINGER, André	ROULET Philippe	KREBS Michel
------------------	-----------------	--------------

PAKISTAN

There are nearly 25 followers of Khan Abdul Gaffar Khan, the Frontier Gandhi, who are serving sentences of 14 years. The Frontier Gandhi's movement in Pakistan refuses to use violence and demands the right to serve the people, which, according to Gaffar Khan they have been refused ever since Pakistan came into being. The following names are the only ones available:

Peshawar Jail, Peshawar

ARBAB SIKANDE KHAN

Abbottabad Jail, Abbottabad

ARBAP ABDUL GAFFAR KHAN

Haripur Jail, Haripur

ZARIN KHAN

FHIRDOSH KHAN

MUNIR KHAN SALAR

SHAHZADA ABDUL KARIM KHAN

Lyallpur Jail, Lyallpur

ABDUL SAMAD KHAN ACHIKZEI

SWEDEN

Collective greetings can be sent to the following camps:-

Vapenfria värnpliktiga
Universitetets Skogsförvaltning
Uppsala

Vapen värnpliktiga
Box 5
Asbro

Brandkåren,
Vapenfria värnpliktiga
Bromma flygfält
Bromma

Vapenfria värnpliktiga
Civilförsvarskolan
Rosersberg

Vapenfria värnpliktiga
Torslanda flygfält
Brandkåren
Göteborg H

Brandkåren
Vapenfria värnpliktiga
Midlanda flygfält
Sundsvall

Vapenfria värnpliktiga
Militärapoteket
Karolinska sjukhuset
Stockholm

Vapenfria värnpliktiga
Civilförsvarsskolan
Tylösand

Vapenfria värnpliktiga
Stensjö
Oskarshamn

Vapenfria värnpliktiga
Civilförsvarsskolan
Katrineholm

Vapenfria värnpliktiga
I 1, Sjukstugan
Sundbyberg

Vapenfria värnpliktiga
Civilförsvarsskolan
Nyadal

Vapenfria värnpliktiga
SJ-skolan
Revinglhed

Vapenfria värnpliktiga
Fack 34
Bernshammar

Vapenfria Vpl. förläge
Tvättstugan
Oskar Fredriksborg

Vapenfria värnpliktiga
Björkö
Adelsö

Vapenfria värnpliktiga
Garnisonsbrandkåren
Karlsborg

WAR RESISTERS' INTERNATIONAL
88 Park Avenue
Enfield, Middlesex, England

23.11.64

ED 718-5-128

WAR RESISTERS'
INTERNATIONAL

LANSBURY HOUSE
88 PARK AVENUE
BUSH HILL PARK, ENFIELD
MIDDLESEX, ENGLAND

With Compliments

Duplicated list will be despatched
on Monday next which will include
any names which arrive between
now and then

21.11.64

WAR RESISTERS' INTERNATIONAL

ERGÄNZUNGSLISTE DER AN WEIHNACHTEN 1964 und NEUJAHR 1965
INHAFTIERTEN GEFANGENEN FÜR DEN FRIEDEN

FRANKREICH:

Die nachstehenden sind im Gefängnis, wir haben aber bis jetzt keine
Adresse:

Diese sind alle Zeugen Jehovas

Bitte keine Postkarten senden, nur ein Blatt Papier mit "Grüßen",
in unverschlossenem Umschlag (Unterschrift ist natürlich erlaubt).

Sammelgrüße können an dieses Lager gesandt werden. Es sind dort viele
Kdver, aber wir haben keine Namen.

ITALIEN

Dieses sind zwei Zeugen Jehovas. Vincenzo CIRCONE und Renato VIGNOLI
(auch Zeugen J.) sind ~~in~~ verurteilt, aber wir kennen das Gefängnis
nicht. Es ist noch eine größere Zahl anderer in Italien im Gefängnis,
aber wir habe gar keine weiteren Nachrichten.

SCHWEIZ

PAKISTAN

Fast 25 Anhänger von KHAN ABDUL GAFFAR KHAN, dem Gandhi Pakistans, sind zu 14 Jahren verurteilt. Die Bewegung des "Gandhi Pakistans" lehnt ~~weigert-sich-Gewalt-anzuwenden~~ Gewaltanwendung ab und tritt für die Rechte der Bevölkerung ein, die laut GAFFAR KHAN seit Bestehen Pakistans verweigert worden sind. Die folgenden Namen sind die einzigen bekannten:

SCHWEDEN:

Sammelgrüße können an die nachstehenden Lager gesandt werden:

Institut für Zeitgeschichte - Archiv

SUPPLEMENTARY LIST OF PRISONERS FOR PEACE IN PRISON
AT CHRISTMAS TIME 1964 AND NEW YEAR 1965

FRANCE:Prison de Fresnes (Seine)

BORIS Gérard	FOUCAULT Jacques	HENNIN Jean-Claude
LEGROS Jacques	RIAUX Michel	SERRANO Richard
THIMONIER Jean-Claude		

Prison de Metz, 1 ter rue Maurice Barrès, Metz (Moselle)

BYSSCHAERT Ghislain	DEMBSKI Daniel	HOFFALT Jean
JURKIEWICZ Jean	MICLO Gilbert	NAFZIGER Roland
PICKENBAUM Daniel	KIRSCHNER Raymond	

Prison des Baumettes, Marseille (B.d.Rh.)

GABEL Bernard	YOUSSEFAN Abdel Messin
---------------	------------------------

Fort de Montluc (Rhône)

DABROWSKY Jean-François

The following are in prison but as yet we have no address:

BERTHE Claude	GARINO Jules	ROBERT Jean-Paul
SOBOTA Jean		

These are all Jehovah's Witnesses.

Please do not send postcards, only a sheet of paper with 'Greetings' on it, in an unsealed envelope.

There are many French C.O.'s in the Camp de Mauzac, Dordogne, France but we do not have their names. A collective greeting could therefore be sent to the Camp.

ITALYPeschiera sul Garda (Verona)

ERNESTO Lucia

Boccea Fortress, Rome

FILAMINO Michele

These two are Jehovah's Witnesses. There are many others in prison also but we do not have their names and addresses.

PAKISTAN

There are nearly 25 followers of Jhan Abdul Gaffar Khan, the Frontier Gandhi, who are serving sentences of 14 years. The Frontier Gandhi's movement in Pakistan refuses to use violence and demands the right to serve the people, which, according to Gaffar Khan they have been refused ever since Pakistan came into being.

The following six names were available. We have no information about the ~~xxxxx~~ prison in which they are:

ARBAB SIKANDE KHAN	ARBAP ABDUL GAFFAR KHAN	ZARIN KHAN
PHIRDOSH KHAN	MUNIR KHAN SALAR	SHAHZADA ABDUL KARIM KHAN

Verband der Kriegsdienstverweigerer
in der War Resisters' International e.V.

605 Offenbach, den 18. Dezember 1964
Waldstraße 99 - Postfach 648

19. 12. 64

Rundschreiben V 20 - 1964

An die Verteiler I, II, III und IV

Liebe Freunde,

für das letzte Rundschreiben in diesem Jahr bitte ich für folgende Punkte um Ihre Aufmerksamkeit:

1. Personelle Veränderung in der Verbandsgeschäftsstelle

Im letzten Rundschreiben hat Klaus Vack mitgeteilt, daß ich ab 1. Januar 1965 seine Nachfolge als Verbandsgeschäftsführer antrete.

Da ich sicherlich nicht allen Gruppen und Gruppenvorständen bekannt bin, darf ich mich kurz vorstellen. Ich bin 25 Jahre alt; meine seitherige berufliche Tätigkeit war die eines Schriftsetzers. Ich gehöre dem Verband der Kriegsdienstverweigerer seit 1958 an und war mehrere Jahre lang Vorsitzender der Gruppe Stuttgart. Im Jahr 1962 hat mich der VK-Bundeskongreß in den Bundesvorstand gewählt, dessen geschäftsführendem Gremium ich seither angehöre. Als anerkannter Kriegsdienstverweigerer habe ich im Jahre 1963 meinen Zivilen Ersatzdienst abgeleistet. In den letzten 3 Jahren hatte ich innerhalb der "Kampagne für Abrüstung" die ehrenamtliche Geschäftsführung des Regionalen Ausschusses Württemberg/Bodensee und war in dieser Eigenschaft Mitglied des Zentralen Ausschusses. Seit vielen Jahren bin ich ferner Mitglied des Touristenvereins "Die Naturfreunde". Im Landesvorstand der württembergischen Naturfreunde habe ich zuletzt 2 Jahre lang mitgewirkt.

Klaus Vack, der mich hier in Offenbach seit dem 1. Dezember 1964 mit viel Verständnis in die VK-Probleme einarbeitet, darf ich für seine jahrelange unermüdliche Arbeit in unserem Verband meinen persönlichen Dank sagen. Ich freue mich, daß Klaus Vack, der nun die Geschäftsführung der Kampagne für Abrüstung übernimmt, weiterhin dem VK-Bundesvorstand als Schatzmeister angehört und daß er besonders mir durch Rat und Tat zur Seite stehen wird.

Ich selbst will um eine gute Zusammenarbeit mit Ihnen bemüht sein.

2. VK-PresseDienst

Der beiliegende Pressedienst wird so versandt, daß er am 22. Dezember 1964 bei den wichtigsten Tageszeitungen ist. Wo gute Verbindungen zur örtlichen Presse bestehen, bitten wir die Gruppen den Pressedienst direkt an die örtliche Presse weiterzuleiten.

3. Gruppentreffen in Nordrhein-Westfalen

Unser Bundesvorstandsmitglied Werner Böwing hat zu einem Gruppentreffen für die Gruppen in Nordrhein-Westfalen auf das Wochenende am 16./17. Januar 1965 aufgerufen. Sein beabsichtigter Schulungslehrgang für Gruppenmitarbeiter verspricht interessant zu werden und ist gleichzeitig für unsere Verbandsarbeit dringend notwendig. Bis jetzt haben sich leider nur wenige angemeldet. Wir erinnern

deshalb noch einmal daran und bitten alle Gruppen in Nordrhein-Westfalen sich direkt mit Werner Böwing, 565 Solingen, Hacketäuerstraße 136, in Verbindung zu setzen.

4. Nächster Zivil-Versand

Wegen Weihnachten/Neujahr erscheint die nächste Ausgabe von Zivil erst am 15. Januar 1965.

5. Verbandsgeschäftsstelle

Wie in den vergangenen Jahren ist die Verbandsgeschäftsstelle vom 24. Dezember 1964 bis zum 2. Januar 1965 geschlossen.

Mit dem Wunsche auf ruhige und erholsame weihnachtstage und einen guten start ins Neue Jahr

verbleiben wir mit freundlichen Grüßen

Alfred Riedel

(Alfred Riedel)
Verbandsgeschäftsführer

Institut für Zeitgeschichte Archiv

An den
Verband der Kriegsdienstverweigerer
Verbandsgeschäftsstelle

605 Offenbach 4
Postfach 648

- Stück Sondernummer der "Informationen zur Abrüstung"
a 20 Stück/Stückpreis DM 0,20 DM
- Stück Merkblatt für Kriegsdienstverweigerer
"Was wir sind - was wir wollen" 14 Seiten, mit
VK-Satzung, DM 0,20; ab 20 Exempl. Stück DM 0,10 DM
- "Warum wir den Kriegsdienst verweigern" von
W.Keller u.H.K. Tempel, DM 0,50; ab 20 Exempl. DM 0,35 DM
- Stück "Kriegsdienstverweigerung und Dienst an der
Gemeinschaft" von H.Hannover u. Dr.W.Ude, DM 0,30;
ab 20 Exempl. Stück DM 0,20 DM
- Stück "Wer wird als Kriegsdienstverweigerer aner-
kannt?" 50 Seiten, DM 4,80; für VK-Gruppen und
Mitglieder DM 3,-- DM
- Stück "Warum ich als Christ nicht Soldat sein kann"
von Walter Schlenker, 75 Seiten, DM 3,40 DM
- Stück "Kalter Krieg und Kriegsdienstverweigerung"
von Wilhelm Keller, DM 0,20; ab 20 Exempl. DM 0,10 DM
- Stück "Handbuch für Planung und Durchführung von
direkten gewaltlosen Aktionen" von Charles Walker,
DM 1,-- DM
- Stück "Der gewaltlose Weg zum Recht" von Martin
Luther King (12 Seiten), DM 0,30 DM
- Stück "Der Weg zur Weltabrüstung - jetzt!" von
Philip Noel-Baker (72 Seiten) DM 2,90 DM
- Stück Flugblatt "Aktion 4/3"; 1000 Stück DM 25,-- DM
- Stück Handzettel mit verschiedenen Karikaturen
1000 Stück DM 3,50 DM
- Stück Türschilder "Gott beschütze uns und unser
Haus vor Barry Goldwater und Josef Strauß" Stück 1,-
für VK-Gruppen ab 5 Exempl. Stück DM 0,65 DM

Das Material ist zu liefern an folgende Anschrift:

Name: -----

Anschrift: -----

-----, den -----

(Unterschrift)